

Stenografischer Bericht

16. Sitzung des Landtages Steiermark

XVIII. Gesetzgebungsperiode 23. Februar 2021

Beginn: 10:00 Uhr

Entschuldigungen: Dritter Präsident Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann, LTAbg. Lambert Schönleitner

B1. Einl.Zahl 1160/1

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

Betreff: *Verbesserung der Luftgüte im Großraum Graz durch die Umsetzung von attraktiven Angeboten im öffentlichen Verkehr*

Frage: KO LTAbg. Krautwaschl (2908)

Beantwortung: Landeshauptmannstellvertreter Lang (2909)

Zusatzfrage: KO LTAbg. Krautwaschl (2910)

Beantwortung der Zusatzfrage: Landeshauptmannstellvertreter Lang (2910)

B2. Einl.Zahl 1168/1

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

Betreff: *Bessere Aufklärung über Corona in der Steiermark*

Frage: KO LTAbg. Swatek, BSc (2911)

Beantwortung: Landesrätin Dr. Bogner-Strauß (2912)

Zusatzfrage: KO LTAbg. Swatek, BSc (2914)

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrätin Dr. Bogner-Strauß (2914)

B3. Einl.Zahl 1170/1

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

Betreff: *FFP2-Maskenpflicht nun auch im Freien?*

Frage: KO LTAbg. Kunasek (2914)

Beantwortung: Landeshauptmann Schützenhöfer (2915)

D1. Einl.Zahl 1167/1

Dringliche Anfrage der NEOS an Landeshauptmannstellvertreter Lang

Betreff: *Ausbau des öffentlichen Verkehrs vorantreiben, um die Luftqualität der Steirer_innen zu erhöhen*

Begründung der Dringlichen Anfrage: KO LTAbg. Swatek, BSc (3020)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmannstellvertreter Lang (3028)

Wortmeldungen: KO LTAbg. Swatek, BSc (3034), LTAbg. Dr. Murgg (3038), Landeshauptmannstellvertreter Lang (3041)

Beschlussfassung: (3041)

M.

Mitteilungen (§ 39 GeoLT) (2920)

Betreff: *Mitteilungen gem. § 39 GeoLT*

1. Einl.Zahl 1113/6

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Soziales

Betreff: *Gesetz, mit dem das Gesetz über die Gewährung von Sozialunterstützung (Steiermärkisches Sozialunterstützungsgesetz – StSUG) erlassen und das Steiermärkische Sozialhilfegesetz, das Steiermärkische Wohnunterstützungsgesetz, das Steiermärkische Behindertengesetz und das Steiermärkische Grundversorgungsgesetz geändert werden*

Wortmeldungen: (Siehe Tagesordnungspunkt 3)

Beschlussfassung: (2972)

2. Einl.Zahl 322/6

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Soziales

Betreff: *Drohender Wohnungsverlust für BezieherInnen der BMS im Falle eines Krankenhausaufenthalts*

Wortmeldungen: (Siehe Tagesordnungspunkt 3)

Beschlussfassung: (2975)

3. Einl.Zahl 717/4

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Soziales

Betreff: *Geplantes Steiermärkisches Sozialunterstützungsgesetz auf Salzburger und Kärntner Standards anheben!*

Wortmeldungen: KO LTAAbg. Krautwaschl (2921), LTAAbg. Zenz (2925), LTAAbg. Reif (2927), KO LTAAbg. Riener (2930), KO LTAAbg. Kunasek (2932), LTAAbg. Ahrer (2936), KO LTAAbg. Klimt-Weithaler (2938), LTAAbg. Moitzi (2942), LTAAbg. Triller, BA MSc (2944), LTAAbg. Mag.(FH) Hofer (2947), LTAAbg. Nitsche, MBA (2949), LTAAbg. Majcan, MSc BSc (2951), LTAAbg. Mag. Hermann, MBL (2953), LTAAbg. Schnitzer (2956), KO LTAAbg. Klimt-Weithaler (2957), Bundesrat Leinfellner (2961), KO LTAAbg. Schwarz (2964), KO LTAAbg. Krautwaschl (2965), LTAAbg. Mag. Hermann, MBL (2966), LTAAbg. Triller, BA MSc (2967), LTAAbg. Dirnberger (2968), LTAAbg. Dr. Murgg (2969), Landesrätin Mag. Kampus (2970)

Beschlussfassung: (2976)

4. Einl.Zahl 1118/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Klimaschutz

Betreff: *27. Umweltbericht des Landes Steiermark - Berichtszeitraum 2018 - 2019*

Wortmeldungen: KO LTAAbg. Krautwaschl (2976), LTAAbg. Mag. Pinter (2979), LTAAbg. Dr. Murgg (2981), LTAAbg. Fartek (2984), LTAAbg. Schwarzl (2987), Zweite Präsidentin LTAAbg. Kolar (2990), LTAAbg. Mag.(FH) Hofer (2992), LTAAbg. Reif (2993), LTAAbg. Nitsche, MBA (2996), LTAAbg. Dipl.-Ing.(FH) Köck (2997), LTAAbg. Mag. Pinter (3000), LTAAbg. Ing. Holler (3002), LTAAbg. Dr. Murgg (3004), LTAAbg. Hubert Lang (3007), KO LTAAbg. Krautwaschl (3008), Landesrätin Mag. Lackner (3012)

Beschlussfassung: (3015)

5. Einl.Zahl 764/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft

Betreff: *Einführung einer steirischen Mutterkuhprämie*

Wortmeldungen: LTAAbg. Royer (3017), LTAAbg. Mag. Pinter (3042), LTAAbg. Ing. Holler (3044), LTAAbg. Royer (3045), LTAAbg. Hubert Lang (3045), Landesrat Seitingner (3047)

Beschlussfassung: (3050)

6. Einl.Zahl 878/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Verfassung

Betreff: Faire Elektronik im Land Steiermark

Wortmeldung: LTAbg. Mag. Dr. Holasek (3051), KO LTAbg. Krautwaschl (3052)

Beschlussfassung: (3053)

7. Einl.Zahl 1116/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur

Betreff: *Auflassung der L137, Jasnitzstraße von km 2,800 – km 7,296 in einer Länge von 4.496 m, Übernahme der Zubringerstraße als L118a in einer Länge von 189 m Stadtgemeinde*

Wortmeldungen: (Siehe Tagesordnungspunkt 8)

Beschlussfassung: (3055)

8. Einl.Zahl 1117/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur

Betreff: *Verkauf von drei zusammenhängenden Grundstücken an der L 401; Gesamteinnahmen 82.790 Euro*

Wortmeldungen: LTAbg. Forstner, MPA (3054), LTAbg. Royer (3055)

Beschlussfassung: (3055)

9. Einl.Zahl 1115/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Verfassung

Betreff: *Gesetz, mit dem das Steiermärkische Pensionsgesetz 2009 und das Gesetz über die Regelung des Dienst-, Besoldungs- und Pensionsrechtes der Distriktsärzte und Landesbezirkstierärzte, ihrer Hinterbliebenen und Angehörigen geändert werden*

Beschlussfassung: (3056)

10. Einl.Zahl 904/3

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Prüfbericht zu Creative Industries Styria GmbH*

Wortmeldungen: LTAbg. Mag. Pinter (3056), LTAbg. Mag. Dr. Holasek (3060), Landesrätin Mag. Eibinger-Miedl (3061)

Beschlussfassung: (3062)

11. Einl.Zahl 686/6

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Regionen

Betreff: *Wiederherstellung der Abfragemöglichkeit von Grundbuchsdaten im Digitalen Atlas Steiermark in ihrer bewährten Form*

Wortmeldungen: LTAbg. Mag. Pinter (3062), LTAbg. Ing. Aschenbrenner (3063), KO LTAbg. Swatek, BSc (3065)

Beschlussfassung: (3066)

12. Einl.Zahl 1120/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Tätigkeitsbericht 2020*

Wortmeldungen: KO LTAbg. Swatek, BSc (3067), LTAbg. Eisel-Eiselsberg (3068), LTAbg. Mag. Kerschler (3070)

Beschlussfassung: (3071)

Erste Präsidentin Khom: Hohes Haus!

Es findet heute die 16. Sitzung des Landtages Steiermark in der XVIII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Anwesenden, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie alle Zuseher vor dem Livestream und sage herzlich Grüß Gott zur Landtagssitzung.

Ganz besonders begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung sowie die Herren des Bundesrates.

Entschuldigt für heute sind: Dritter Präsident LTAbg. Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann und der Herr LTAbg. Lambert Schönleitner.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand? Das ist nicht der Fall.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass drei Anfragen an Mitglieder der Landesregierung gemäß § 69 der Geschäftsordnung vorliegen.

In diesem Zusammenhang darf ich sowohl die Fragesteller und die Fragestellerin als auch die beantwortenden Mitglieder der Landesregierung um die gebotene Kürze ersuchen.

Gemäß § 69 Abs. 8 der Geschäftsordnung ist beim Aufruf der gegenständlichen Tagesordnungspunkte die Frage mündlich zu wiederholen. In Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz werde ich lediglich eine kurze, präzise und auf die Fragestellung hinführende Begründung zulassen.

Gemäß § 69 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat die Beantwortung der Frage durch das befragte Mitglied der Landesregierung so kurz und konkret zu erfolgen, wie es die Anfrage zulässt.

Nach Beantwortung der Frage kann der Fragesteller/die Fragestellerin eine kurze mündliche Zusatzfrage stellen. Diese darf nur eine einzige, nicht unterteilte Frage enthalten und muss mit der Hauptfrage in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen.

Über die Beantwortungen der Anfragen finden keine Wechselreden statt.

Ich komme nun zur ersten Befragung,

Am Montag, dem 15. Februar 2021 wurde von Frau KO LTAbsg. Sandra Krautwaschl namens des Landtagsklubs der GRÜNEN eine Anfrage an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Anton Lang betreffend „Verbesserung der Luftgüte im Großraum Graz durch die Umsetzung von attraktiven Angeboten im öffentlichen Verkehr“ eingebracht.

Ich ersuche die Fragestellerin, Frau KO LTAbsg. Sandra Krautwaschl die Frage mündlich am Rednerpult zu stellen. Bitteschön Frau Klubobfrau.

KO LTAbsg. Krautwaschl – Grüne (10.02 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende!

Wie Ihnen ja sicher bekannt ist, hat es am 12. Februar 2021 die Veröffentlichung eines sehr verheerenden Bundesrechnungshofberichtes zum Thema Luftgüte in Graz gegeben, der aufzeigt, dass es hier wirklich über viele Jahre auch zu einer gravierenden Gesundheitsgefährdung der Grazer Bevölkerung und auch der Bevölkerung im Grazer Umland gekommen ist. Der Rechnungshof zeigt hier auch ganz deutlich, dass jahrelangen grünen Forderungen, die wir immer wieder in diesem Haus erhoben haben, eigentlich auch aus meiner Sicht in gewisser Weise fahrlässig, denen nicht nachgekommen wurde. Speziell im Hinblick auf die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs und Ausbau des Öffentlichen Verkehrs. In diesem Zusammenhang und gerade, weil jetzt auch immer wieder neue Ideen aufgebracht werden, wie man die Verkehrssituation und damit Luftgüte und den

Gesundheitsschutz in Graz und Umgebung sicherstellen kann, stellen wir hiermit an das zuständige Landesregierungsmitglied, Landeshauptmannstellvertreter Lang, die konkrete Frage:

„Welche konkreten Projekte des öffentlichen Personennahverkehrs der Stadt Graz wurden vom Bürgermeister der Stadt Graz an Sie im Hinblick auf die laufende Finanzierungsverhandlung mit dem zuständigen Bundesministerium herangetragen?“

Ich bitte um Beantwortung. *(Beifall bei den Grünen – 10.04 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Herr Landeshauptmannstellvertreter Anton Lang, ich bitte dich um die Beantwortung.

Landeshauptmannstellvertreter Lang – SPÖ (10.04 Uhr): Geschätzter Herr Landeshauptmann, geschätzte Kolleg_innen in der Landesregierung, Frau Präsidentin, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzte Frau Klubobfrau!

Ich darf also die Frage wie folgt beantworten.

Das Land Steiermark befindet sich seit geraumer Zeit mit dem Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie in Verhandlungen zu einem sogenannten Steiermark Paket. Dieses Paket umfasst auf der einen Seite Projekte des Öffentlichen Personennahverkehrs in der gesamten Palette und natürlich auch geht es in diesem Paket um die Finanzierung, sprich Beteiligung des Bundes. Es gibt hier immer wieder auch persönliche Gespräche mit der Frau Bundesministerin und da ist auch der Herr Landeshauptmann zugegen. Das Steiermark Paket stellt ein enormes Infrastrukturpaket dar. Wir sprechen hier von einem hohen dreistelligen Millionenbereich und es ist, wenn es dann finalisiert ist, sicher ein mehr als wichtiges Projekt mit einem gesamten Mehrwert für die Steiermark. Ich ersuche um Verständnis, geschätzte Frau Klubobfrau, dass ich den finalen Verhandlungen mit der Frau Bundesministerin Gewessler und ihrer, so hoffe ich, auch Unterschrift unter dem Paket nicht vorgreifen kann und dementsprechend auch keine Inhalte des Verhandlungsgegenstandes hier heute kommentieren werde, danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.06 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Frau Klubobfrau, ich bitte dich, die Zusatzfrage zu stellen.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (10.06 Uhr): Danke Herr Landesrat, danke Frau Präsidentin!

Ich bin ja sehr zuversichtlich, dass hier von Bundesseite auch alles Mögliche getan werden wird, um zu dieser Lösung des jahrelang nicht gelösten Problems beizutragen. Ganz konkret: Gibt es aber auch Pläne, die schon seit vielen Jahren auf dem Tisch liegen? Und darauf bezieht sich meine Zusatzfrage: Werden Sie als zuständiger Finanzlandesrat für die bereits lange geplanten und auch schon beschlossenen Ausbauprojekte der Straßenbahnlinien in Graz die Finanzierung sicherstellen? Ich bitte um Beantwortung. *(Beifall bei den Grünen – 10.07 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Herr Landeshauptmannstellvertreter, bitte um Beantwortung.

Landeshauptmannstellvertreter Lang – SPÖ (10.07 Uhr): Geschätzte Frau Klubobfrau!

Das kann ich kurz beantworten. Es gibt also hier auch eine vertragliche Vereinbarung mit der Stadt Graz für diesen Ausbau, dass wir uns also hier mit einem Drittel der Kosten beteiligen. Zu dem stehen wir natürlich. Ich sehe hier überhaupt keinen Anlass, das irgendwie in Frage zu stellen. Mein letzter Wissensstand ist, dass aber das Drittel des Bundes noch fehlt, also dieser Kostenanteil. Es wurde damals eine Drittellösung vereinbart. Das Land steht dazu, ich gehe davon aus, die Stadt Graz auch, weil die ist ja Bauherr, also würde ich ersuchen, sich entsprechend einzusetzen bei der Frau Bundesministerin Gewessler, dass sie doch diesen Drittelanteil, der erheblich ist, über 30 Millionen, demnächst überweist und dann bin ich überzeugt davon, dass dieser Ausbau stattfinden wird. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.08 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Wir kommen zur Behandlung der zweiten Befragung.

Am Freitag, dem 19. Februar 2021 um 11 Uhr 03 wurde von Herrn KO LTAbg. Nikolaus Swatek namens des Landtagsklubs der NEOS eine Anfrage an Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß betreffend „Bessere Aufklärung über Corona in der Steiermark“ eingebracht. Ich ersuche den Fragesteller, Herrn KO LTAbg. Nikolaus Swatek die Frage mündlich am Redepult zu stellen.

KO Swatek, BSc – NEOS (10.09 Uhr): Werte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, liebe Mitglieder der Landesregierung, liebe Steirerinnen und Steirer im Livestream!

Ja, wir befinden uns leider noch immer inmitten einer Pandemie. Der effektivste Weg hin zur Normalität ist, wie wir alle wissen, die Impfung. Doch die Impfung läuft, wir sehen nach fast zwei Monaten impfen, sehr schleppend in Österreich. Noch nicht einmal 3 % der Österreicherinnen und Österreicher sind voll immunisiert. D.h. nach wie vor, dass der wichtigste Schutz für uns alle, für unsere Gesellschaft, weiterhin das Einhalten von Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen sind. Aber wir merken auch, dass viele von uns mittlerweile erschöpft sind und auf diese ganzen Maßnahmen nur noch sehr wenig Lust haben. Einige von uns, die sehen das Corona-Virus leider mittlerweile auch als gar nicht mehr als allzu gefährlich an. Erst eine kürzlich veröffentlichte Umfrage der Universität Wien zeigt z.B., dass 21 % der Steirerinnen und Steirer angeben, dass sie das Corona-Virus für nicht wesentlich gefährlicher halten als die Grippe. Damit sind wir leider eines der Spitzenbundesländer, was diesen Wert betrifft, denn der Durchschnitt in Österreich beträgt nur 16 %. Dabei wissen wir aber aus wissenschaftlicher Evidenz ganz klar, dass in Bezug auf die Reproduktionszahl die asymptotischen Verläufe, sowie die Übersterblichkeit das Corona-Virus klar gefährlicher und tödlicher sind als die normale Grippe. Bei der Pandemie kommt es aber vor allem auf jeden von uns an. Auf jede Steirerin, auf jeden Steirer, der sich an die Maßnahmen hält, umso wichtiger wäre es, durch konsequente Informationen den Steirerinnen und Steirern auch wissenschaftliche Evidenz näherzubringen, denn die Steirerinnen und Steirer halten sich nicht daran, was Vater Staat sagt, sondern halten sich an Maßnahmen, weil sie das Corona-Virus verstehen. Genau da wäre es bei der Landesregierung endlich an der Zeit, für mehr Informationen zu sorgen. Daher meine Frage an Sie, Frau Landesrätin:

„Welche Aufklärungsmaßnahmen werden Sie setzen, damit die Anzahl der Steirerinnen und Steirer, die die Gefährlichkeit von Corona anzweifeln, sinkt?“

(Beifall bei den NEOS – 10.11 Uhr)

Erste Präsidentin Khom: Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß, ich bitte dich um die Beantwortung.

Landesrätin Dr. Bogner-Strauß – ÖVP (10.11 Uhr): Danke Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Kollegin, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren, die uns über den Livestream zusehen!

Geschätzter Herr Klubobmann, deine Frage darf ich wie folgt beantworten:

Diese Woche jährt sich ja, wie wir alle wissen, der erste Corona-Fall in Österreich und auch in der Steiermark. Wir haben ein Jahr hinter uns, das für uns alle, für die gesamte Gesellschaft, extrem herausfordernd war und das viele Einschnitte, täglichen Verzicht mit sich gebracht hat.

Dass Covid-19 keinesfalls eine „normale Grippe“ ist und auch nicht verharmlost werden darf, zeigen die Zahlen: Bislang gab es weltweit in etwa 10 Millionen bestätigte Fälle und 2,4 Millionen Todesfälle, österreichweit liegen wir bei über 440.000 bestätigten Fällen und knapp 8.300 Todesfällen und steiermarkweit sind es 53.000 laborbestätigte Fälle und mit heutigem Tag 1.725 Todesfälle.

Aber die Bundesregierung und die Landesregierung haben im letzten Jahr, in den letzten zwölf Monaten sehr intensiv über das Corona-Virus informiert und auch über die Folgen einer Covid19-Erkrankung. Seit einem Jahr läuft die ORF-Kampagne, eine Kampagne der Bundesregierung, die natürlich in allen Ländern übertragen wird. Auch in den sozialen Medien ist das Thema Corona verstärkt behandelt worden und wird es noch. Wir haben eine tägliche Berichterstattung, wir müssen nur in der Früh die Zeitungen aufschlagen oder Onlinemedien konsumieren, wo über aktuelle Fallzahlen, über 7-Tage-Inzidenzen, über internationale Entwicklungen, über die Gefahr der Mutationen in den letzten Wochen und auch über die Schicksale einzelner Erkrankter sowie auch die Schicksale einzelner Verstorbener berichtet wird. Auf den Websites des Gesundheitsministeriums, des Bundeskanzleramtes, aber auch am Newsportal des Landes Steiermark gab und gibt es unglaublich viele Informationen und FAQs zu Covid-19. In einer Krisensituation ist es wichtig, klar zu kommunizieren. Die Kommunikation der Steiermärkischen Landesregierung folgt diesem Grundsatz. Es erfolgt eine rasche, faktenbasierte und umfassende Kommunikation. Die medizinische Aufklärung und die Information über die zahlreichen Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen werden vom Bund und von den Ländern in den Mittelpunkt gestellt. Allein das Newsportal des Landes hatte in den letzten Monaten eine Million Zugriffe, es wurden mehr als 700 Pressemeldungen zum Thema Corona veröffentlicht und in den sozialen Medien gab es mehr als 600 Beiträge. Das ist allein der Informationsfluss

des Landes Steiermark. Klar ist, dass diese objektive und offensive Informationslinie weiter beibehalten werden muss. Letzte Woche erst haben wir gemeinsam als Landesregierung an die Steirerinnen und Steirer appelliert, dass man weiterhin nur gemeinsam das Corona-Virus bekämpfen kann und dass die Pandemie weiterhin ernst genommen werden muss und dass man sich an die Maßnahmen zu halten hat. Denn nur so können wir das Infektionsgeschehen unter Kontrolle bringen. Seit Jahresbeginn, du hast es gesagt, Herr Klubobmann, liegt der Fokus verstärkt auf der Ausrollung der Impfung und einer Informationskampagne und in einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit zur Impfung. Es gab viele Einschnitte, es gibt viele Einschnitte für die Gesellschaft, für uns alle, und die Bevölkerung sehnt sich, ich kann es verstehen, nach Normalität. Du hast es auch schon gesagt, eine gewisse „Corona-Verdrossenheit“ ist nicht mehr zu übersehen und wird leider von unterschiedlichen Gruppierungen unterstützt und befeuert. Ich möchte hier nur einzelne Stichworte erwähnen: Corona-Demos/Spaziergänge, Verweigerung der Masken und Negierung der Gefährlichkeit des Virus. Da wird ganz klar eine faktenbasierte Aufklärungs- und Informationsarbeit des Bundes, aber auch der Länder konterkariert. Du hast eine Studie der Universität Wien zitiert. In der wird sichtbar, dass die Zustimmung zur Aussage, dass das Coronavirus gefährlicher als die normale Grippe ist, vor allem von der Parteizugehörigkeit abhängig ist, aber auch zwischen den Bundesländern leicht variiert. Was für mich wirklich überraschend ist an dieser Studie, die zwischen Mai 2020 und Jänner 2021 Daten erhoben hat und wo in etwa 225 Steirerinnen und Steirer pro Monat gefragt wurden, die Anzahl der Personen, die der Aussage zustimmt, das Corona-Virus ist gefährlicher als die normale Grippe, hat sich zwischen Mai 2020 und Jänner 2021 nicht verändert, obwohl man eigentlich denken sollte, dass aufgrund der vielen Information und vor allem auch der starken Übersterblichkeit im vierten Quartal eine erhöhte Zustimmung sich zeigen sollte. Die Studie verweist eben darauf, dass „die Verantwortungsträger_innen in den entsprechenden Parteien und den Bundesländern gefordert sind, und zwar den Bürgerinnen und Bürgern den Unterschied zwischen COVID-19 und einer normalen Grippe klar darzustellen, sich an die Schutzmaßnahmen und die Vorgaben zu halten und ihr Verhalten so anzupassen, dass sie zur Eindämmung der Pandemie beitragen. Dazu hat das Land Steiermark einen sehr großen Beitrag geleistet. Abschließend möchte ich aber an die gemeinsame Verantwortung appellieren, sodass alle systemrelevanten Kräfte und Parteien wirklich über einen Schulterschluss hinweg die Aufklärungsarbeit zu COVID-19 verstärken, damit die Wirkung und die Nachhaltigkeit hier nicht nachlassen, Dankeschön.
(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.18 Uhr)

Erste Präsidentin Khom: Herr Klubobmann, ich bitte dich um die Zusatzfrage.

KO Swatek, BSc – NEOS (10.18 Uhr): Werte Frau Landesrätin!

Vielen Dank für die Beantwortung der Frage. Das Land Steiermark hat ja auch sein Öffentlichkeitsbudget ein wenig in die Höhe geschraubt, um über Corona zu informieren. Am Wochenende habe ich wieder ein Magazin aufgeschlagen und habe da ein Inserat drinnen gesehen mit der „Will-be-Back-Kampagne“. Eine Kampagne, die eher auf Slogan setzt und teilweise auch auf recht schlechte Scherze oder Stating jetzt in der Corona-Krise nicht allzu gut funktioniert. Meine Frage wäre daher an Sie konkret, ob Sie es nicht für sinnvoller erachten würden, die kompletten Ressourcen des Landes Steiermark für die Aufklärungsarbeit zu verwenden, statt für einfallslose Slogans, vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 10.19 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Frau Landesrätin, ich bitte dich um Beantwortung.

Landesrätin Dr. Bogner-Strauß – ÖVP (10.19 Uhr):

Ich möchte hier einfach noch einmal die Zahlen erwähnen. Das Land Steiermark hat viel für Aufklärungsarbeit getan. Wir haben ein Newsportal, allein in den letzten Monaten mit über einer Million Zugriffe, wir haben 700 Pressemeldungen gemacht zum Thema Corona und wir haben in den sozialen Medien viele Beiträge aufgestellt. Ganz ehrlich: Fazit aus dem Ganzen kann wirklich nur sein, dass sich niemand mehr Information zu COVID19 holen muss, sondern dass man eigentlich mit jeder Art von Information täglich von früh bis spät versorgt wird, um nicht fast zu sagen, geflutet wird. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.19 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Wir kommen zur Behandlung der dritten Befragung.

Am Freitag, dem 19. Februar 2021 wurde um 11 Uhr 28 von Herrn Klubobmann LTAbg. Mario Kunasek namens des Landtagsklubs der FPÖ eine Anfrage an Herrn Landeshauptmann Herrmann Schützenhöfer betreffend „FFP2-Maskenpflicht nun auch im Freien?“ eingebracht. Ich ersuche den Fragesteller, Herrn Klubobmann LTAbg. Mario Kunasek die Frage am Redepult zu wiederholen, bitteschön.

KO LTAbg. Kunasek – FPÖ (10.20 Uhr): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung!

Jetzt habe ich extra eine so tolle Maske mit dem Herrn Abgeordneten Kinsky, jetzt sieht er es gar nicht. Spaß beiseite. Herr Landeshauptmann, du hast zu Beginn des Monats Februar Post erhalten. Post vom Gesundheitsminister, vom Gesundheitsministerium, worin in diesem Schreiben aufgefordert wird, umgehendst, und ich zitiere „eine Regelung auf Landes- und Bezirksebene zu schaffen, um eine Tragepflicht der FFP2-Maske im Freien zu etablieren und sicherzustellen“. Wir haben das auch entsprechend, ja, bereits kommentiert. Aber, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, es ist schon auch bezeichnend, dass diese für uns, aus unserer Sicht völlig überzogene Maßnahme, wo die Verhältnismäßigkeit in keinster Art und Weise gegeben ist, du nicht zum Anlass genommen hast, dieses Schreiben zu nehmen und in den berühmten Rundordner zu werfen, sondern nein, dieses Schreiben unreflektiert auch an die Behörden in der Steiermark, an die Bezirkshauptmannschaften auch weiterzuleiten. Aus unserer Sicht ist es, Herr Landeshauptmann, völlig inakzeptabel, dass man Menschen im Freien, in der Herrengasse, im Bereich der Inneren Stadt, zu einem Maskenzwang vergattert, wohl wissend, dass das Infektionsgeschehen, das sagen auch die Experten, im Freien keine oder eine sehr, sehr kleine Rolle spielt und sich deshalb auch ja der Bürgermeister von Wien ganz klar gegen diese Pflicht des Tragens der FFP2-Maske im Freien ausgesprochen hat. Am Rande angemerkt, auch eine Wirtschaftsfeindlichkeit durchaus zu erkennen ist, wo man endlich den Handel unter schwierigen Rahmenbedingungen wieder aufsperrern kann. Wo man die körpernahen Dienstleistungen unter schwierigen Rahmenbedingungen auch wieder in Anspruch nehmen kann und dann mit einer Maskenpflicht im Freien schikaniert wird. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, vor dem Hintergrund dieser Tatsachen darf ich folgende Anfrage stellen: „Werden Sie sich, wie der Bürgermeister von Wien, gegen eine FFP2-Maskenpflicht an stark frequentierten öffentlichen Orten im Freien aussprechen?“ Ich bedanke mich. *(Beifall bei der FPÖ – 10.22 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Ich bitte Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer um Beantwortung. Bitteschön Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Schützenhöfer – ÖVP (10.22 Uhr): Meine sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, verehrte Frau Landesrätinnen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es steht natürlich vollkommen außer Frage, dass jeder und jede Einzelne von uns weitere Schritte in Richtung Normalität setzen will. Das ist ein Ziel, das wir alle haben, ganz egal aus

welchen Parteien, aus welchen Gesellschaftsschichten wir kommen. Ich spüre natürlich auch die Müdigkeit in der Bevölkerung, die sich aufgrund der Maßnahmen breitmacht, in vielen Gesprächen meist virtuell und in vielen Begegnungen. Deshalb muss uns bewusst sein, dass die Epidemie, trotz dieser Stimmung, die herrscht, nicht besiegt ist. Es schießen jetzt die Mutationsfälle in die Höhe und es macht mir Sorge, dass insbesondere auch wieder von Wien bis Graz die Städte betroffen sind, wenngleich es ganz schwere regionale Ausreißer gibt. Nur wenn wir alle weiterhin zusammenhalten und durchhalten, kommen wir gut durch die nächsten Monate und durch die nächsten Wochen. Ich habe mich persönlich nie an der Frage beteiligt, wann wird das zu Ende sein, weil ich bin kein Spekulant und ich bin kein Wahrsager und das weiß niemand. Ich habe in den letzten Tagen gesehen, dass ein Großteil der Menschen bereit ist, sich regelmäßig bei den Teststraßen, Apotheken, denen bin ich ganz besonders dankbar, dem Gerhard Kobinger, dem Präsidenten der Apothekerkammer und allen (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Apothekerinnen und Apothekern. Ich habe ihn damals gemeinsam mit der Gesundheitslandesrätin in der Nacht angerufen und gesagt, hilf uns. Mittlerweile tun 152 von 204 Apotheken bei den Gratistests mit, das ist der höchste Anteil in Österreich, den es überhaupt gibt. Es ist gut, denn jede oder jeder von Ihnen weiß, wo die Teststraßen sind, jeder und jede von Ihnen weiß aber auch, dass es in vielen Orten keine Teststraße gibt, wo es eine Apotheke gibt und wo es die nicht gibt, dort haben wir die Testbusse. Da bin ich dankbar auch dem Landeshauptmannstellvertreter. Wir geben ja hier laufend Geld aus, dass wir eigentlich nicht mehr haben. Aber die Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts, und die muss Vorrang haben. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*). Wenn Sie sich in den Medien die Berichte anschauen, wieviel geimpft wurde, wieviel getestet wurde, gebe ich Ihnen einen guten Rat, glauben Sie es nicht. Es stimmt nämlich nicht. Wir haben die offiziellen Teststraßen der Steiermark mit den Testbussen. In diesen Zahlen sind nicht eingerechnet die Apotheken. Da haben wir allein laut Kobinger etwa 10.000 pro Tag. Sechs Tage wird das gemacht, sind 60.000. Da ist nicht eingerechnet die Schule, da ist nicht eingerechnet die tausenden Tests in den Betrieben. Wir reden ja nur über die, die Krawall machen. Die fragen, warum bin ich noch nicht dran, was ist dort, was ist da? Wir reden ja nicht darüber, dass Magna mit tausenden Beschäftigten ununterbrochen testet, dass die VOEST ununterbrochen testet, dass mittlere und kleinere Betriebe ununterbrochen testen. Aber zwei Seiten habe ich dann drinnen wegen eines Betriebs, der gesagt hat, gebt ja nicht zu, dass ihr krank seid, wir könnten geschlossen werden. Das ist das Faktum, mit dem wir zu leben gelernt haben, aber manches, was als Fakt erscheint, ist kein Fakt. Damit habe ich mich

längst abgefunden, aber ich bitte Sie als Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung, das auch kritisch zu hinterfragen und ich bin persönlich, nachdem wir uns ein Jahr lang Tag und Nacht mit dieser Pandemie, mit dieser nie dagewesenen Corona-Epidemie auseinandersetzen müssen, dass die umfangreichen Testungen ein Schlüssel dafür sind, dass wir dann folgend die Impfungen, die Frage dieses Virus, beseitigen können. Daher halten wir an diesem Kurs fest. Natürlich, wenn ich viel teste, gibt es auch Neuinfektionen. Hat nicht nur mit den Testungen zu tun, muss auch aufpassen in der Argumentation, aber wir tun alles, was wir tun können, um die Neuinfektionen so gering wie möglich zu halten. Ich habe gestern mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter und mit der Gesundheitslandesrätin gemeinsam wieder mit dem KAGes-Vorstand, den Virologen, den Bezirkshauptmannvertretern, dem eigenen Team geredet, was können wir tun, und wir müssen etwas tun, etwa in den Gemeinden, die in die Höhe schießen, da muss es umfangreiche Testungen geben. Etwa in der Kontrolle, weil manche glauben, es ist nichts. Etwa in der Frage auch des Contact-Tracing. Wir tun, was wir tun können, aber ich danke an dieser Stelle jenen, und das ist immer noch eine große Mehrheit, die sich in großer Disziplin an die altbekannten Schutzmaßnahmen, wie das Einhalten des Mindestabstandes, das Tragen der FFP2-Masken, regelmäßiges Händewaschen und desinfizieren, halten und ernstnehmen, denn sonst würden wir das nicht zustande bringen, was wir vorhaben. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ich bin kein Schönwetterpolitiker, ich weiß, dass es Gegenwind gibt. Ich weiß, dass die Stimmung in Bezug auf Corona schon besser war, aber als Landeshauptmann bin ich nicht dazu da. Öl in das Feuer zu gießen, als Landeshauptmann bin ich nicht dazu da, mich nach der Stimmung zu richten, sondern auch bei Gegenwind, nach menschlichem Ermessen, mit der Landesregierung das richtige zu tun, auch wenn man dafür Schläge bekommt. Aber wir leben in einer Zeit, wo aufgrund der gesellschaftspolitischen Situation es sehr viel Gegenwind gibt, das ist in einer Demokratie erlaubt, vielleicht sogar notwendig, aber wir dürfen uns von diesem Kurs im Interesse der Menschen, auch im Interesse der Betriebe – selbstverständlich ist die Arbeitslosigkeit zu hoch, selbstverständlich haben wir zu viel Kurzarbeit, aber wir müssen das Virus überwinden, damit wir wieder in Richtung Mehrbeschäftigung gehen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Der Erlass des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, der die Möglichkeit einer Maskenpflicht beim Betreten stark frequentierter öffentlicher Orte ausführt, wurde umgehend an die Bezirksverwaltungsbehörden und die Stadt Graz weitergeleitet. Jetzt, Herr Klubobmann, bei allem guten Gesprächsklima, das uns verbindet, jeder Erlass eines Ministeriums kommt zum

Landeshauptmann, ob er zuständig ist oder nicht, nämlich im Sinne der Mittelbaren Bundesverwaltung. Ich kann nicht sagen, den gebe ich reflektiert weiter, da lösche ich ein paar Zeilen. Da spiele ich ja mit einer Ministeranklage, wie das heißt. Eine Ministeranklage würde ich auch überleben, das hebt die Stimmung im Volk, siehe Haslauer in Salzburg in Bezug auf den 08.12., der Vater Haslauer. Nur, da geht es nicht um Stimmung, da geht es um das Recht. Ich bin kein Jurist, aber ich kann ja nicht einen Erlass des Bundesministers, der immer an den Landeshauptmann kommt, dem ich weisungsgebunden bin, ob ich will oder nicht, abändern, oder dorthin geben, wovon der Klubobmann der FPÖ gesprochen hat. Ja bitte, in einer Demokratie, wo es Zuspruch und Widerspruch geben muss, wo wir vor allem den Rechtsstaat hochhalten, geht das nicht. Gott sei Dank geht das nicht, meine Damen und Herren (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Wir haben die Debatte ja schon im Dezember gehabt. Der Erlass wurde ja jetzt ergänzt. Im Dezember haben wir sehr ernsthaft mit der Stadt Graz gesprochen, was machen wir und sind zum Entschluss gekommen, wir warten ab, aber wir wissen, dass es diese Möglichkeit im Fall des Falles gibt und jetzt liegt es an den regionalen Behörden, die genauen Umstände zu erheben und zu entscheiden, ob eine eingeschränkte Maskenpflicht im Freien notwendig ist. Die Regelung für einen Bezirk oder eine Gemeinde muss dabei aber genau begründet sein. Die aktuellen Infektionszahlen sind auf hohem Niveau, aber auf hohem Niveau stabil. Eine generelle Maskenpflicht im Freien ist daher derzeit unsererseits nicht vorgesehen. Ich bin nicht der Landeshauptmann, wie das möglicherweise andere tun, die sich sofort im Fernsehen zeigen und sagen, das machen wir alles nicht, weil ich nicht der Weisheit letzter Schluss bin und weil ich nicht weiß, welche Maßnahmen morgen oder in zwei Monaten notwendig sind, um das richtige für die Menschen im Lande und damit das richtige für das Land eigentlich zu tun. Ich habe gestern mit den Vertretern der Bezirkshauptleute geredet, ein Bezirkshauptmann ist aufgrund dieses Erlasses ermächtigt, für einzelne Gemeinden seines Bezirkes oder für den gesamten Bezirk eine solche Maskenpflicht temporär vorzuschreiben. Natürlich wird er das in Absprache mit der Gesundheitslandesrätin und dem Landeshauptmann tun, bezirksübergreifend. Wenn zwei Bezirke zusammenkommen oder gar die Steiermark ist hierfür gemäß Geschäftsverteilung der Landesregierung die Landesrätin für Gesundheit zuständig. Ich sage gleich dazu, ich möchte damit nicht sagen, ich habe damit nichts zu tun, ich habe mit allem zu tun. Der Landeshauptmann ist irgendwie letztverantwortlich und selbstverständlich werde ich in solchen Zusammenhängen auch gefragt was machen wir und beraten wir das gemeinsam, damit nicht jemand glaubt, ich schiebe die Verantwortung ab. Aber damit einmal klargestellt ist, wer was zu tun hat. Wenn

ich sage, in der Gemeinde XY ist die 7-Tages-Inzidenz zu hoch, da testen wir jetzt alle durch, das ist etwas, was wir besprochen haben, dann muss das beraten werden. Dann muss ich mit der Gesundheitslandesrätin, dann muss ich mit dem Bezirkshauptmann das besprechen und der sagt dann, aus seiner Erfahrung, das sind ja unterschiedliche Leute, aber im Prinzip sehr gute Leute, die Bezirkshauptleute, bitte keine Maskenpflicht, aber schärfer das und das kontrollieren. Auf das haben wir uns auch gestern geeinigt. Daher sage ich noch einmal, wir dürfen den Kopf nicht in den Sand stecken. Wir haben keinen Grund, Entwarnung zu geben, es gibt keine Entwarnung. Wir haben allen Grund, alles zu tun, jeder und jede an seiner Stelle, um dieses Virus wegzubringen. Wir sollten aber auch nicht bei jenen sein, denen alles egal ist, die sich und andere gefährden, denn nur gemeinsam schaffen wir das, auch wenn es in der Summe schwerer geworden ist von der Stimmung her. Ich weiß das sehr wohl, Sie brauchen keine Angst haben, ich bin gut informiert, ich weiß, was sich in meinem Büro abspielt, wie die Leute beschimpft werden, ich weiß, was sich in den Abteilungen des Landes abspielt bei Mitarbeitern, die im Übrigen teilweise Tag und Nacht arbeiten, Tag und Nacht arbeiten in bestimmten Abteilungen, wie die beschimpft werden. Weil die Leute halt in manchen Bereichen nach den Gesetzen heute hier und jetzt arbeiten und nicht daran denken was vorher war oder was vielleicht nachher sein soll. Weil die Leute glauben, sie können den Impfplan für sich ändern und das tun wir in der Steiermark nicht. Es gibt Länder, die haben einmal 500 über 80-Jährige geimpft, großartig wird dann geschrieben, die haben geimpft, und die restlichen 40.000 bleiben über. Wir machen das in genauer Vereinbarung mit dem Impfplan, mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Herr Gemeindebundpräsident und auch dem Städtebundpräsident Dirnberger und Wallner ein herzlicher Dank. Die Gemeinden tun großartig mit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* In Absprache übrigens auch mit den niedergelassenen Ärzten, kein leichtes Klientel, aber die sind hier im Boot bei den Impfungen. Dadurch werden wir in der nächsten Woche 27.000 Ü80 impfen. 10.000 sind schon geimpft, in den Pflegeheimen, und damit sind wir weit über der Hälfte derer, die wir ansprechen wollen. Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss, ich habe sehr viel mehr gesagt, als da in dieser Geschichte drinnen steht. Aber wissen Sie, ich persönlich habe schon oft hier im Haus gesagt, ich bin kein Jurist. Sie wissen aber auch, ich bin kein Arzt. Ich bin einer, der sich – wir sind am Montag wieder beim Bundeskanzler, die Landeshauptleute und ich informieren vorher und nachher meinen Regierungspartner selbstverständlich, wir haben auch nächste Woche wieder eine Besprechung mit den Klubobleuten. Wenn halt da sieben, acht, neun zehn Fachleute sitzen, die sich auch nicht immer nur einig sind, aber jedenfalls einig

sind, dass die Impfung das Virus beseitigt, und zwar auch jene Impfstoffe, die öffentlich schlechtgemacht werden, was mir sehr weh tut, noch dazu auch von manchen Ärzten schlechtgemacht werden, was mir noch viel mehr weh tut, aber es sind sich alle einig, dass durch diese Impfung letztlich das Virus insgesamt beseitigt werden kann. Das muss doch unser aller Ziel sein. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.40 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Herr Klubobmann, ich stelle die Frage, gibt es eine Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu den Mitteilungen.

Am Freitag, dem 19. Februar 2021 wurde von Abgeordneten der NEOS eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 1167/1, an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Anton Lang betreffend „Ausbau des öffentlichen Verkehrs vorantreiben, um die Luftqualität der Steirer_innen zu erhöhen“ eingebracht.

Die Behandlung der Dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des § 68 Abs. 2 der Geschäftsordnung nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls aber um 16.00 Uhr beginnen.

Es wurden 14 Anfragen gemäß § 66 Abs. 1 der Geschäftsordnung eingebracht. Weiters wurden 6 Anfragebeantwortungen gemäß § 66 Abs. 3 der Geschäftsordnung von Mitgliedern der Landesregierung eingebracht. Die Anfragen sowie die Anfragebeantwortungen sind gem. § 78 Z 4 der Geschäftsordnung auf der Homepage des Landtages Steiermark veröffentlicht.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 der Geschäftsordnung über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung immer anzumelden.

Bei den Tagesordnungspunkten 1, 2 und 3 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt

1. Bericht des Ausschusses für Soziales, Einl.Zahl 1113/6, betreffend Gesetz, mit dem das Gesetz über die Gewährung von Sozialunterstützung (Steiermärkisches Sozialunterstützungsgesetz – StSUG) erlassen und das Steiermärkische Sozialhilfegesetz, das Steiermärkische Wohnunterstützungsgesetz, das Steiermärkische Behindertengesetz und das Steiermärkische Grundversorgungsgesetz geändert werden zur Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1113/1.

Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Soziales, Einl.Zahl 322/6, betreffend Drohender Wohnungsverlust für BezieherInnen der BMS im Falle eines Krankenhausaufenthalts zum Antrag von Abgeordneten der GRÜNEN, Einl.Zahl 322/1.

Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Soziales, Einl.Zahl 717/4, betreffend Geplantes Steiermärkisches Sozialunterstützungsgesetz auf Salzburger und Kärntner Standards anheben! zum Antrag von Abgeordneten der GRÜNEN, Einl.Zahl 717/1.

Bei diesem Tagesordnungspunkt steht den Mitgliedern des Bundesrates gem. § 14 Abs. 1 GeoLT das Rederecht zu.

Ich ersuche um Wortmeldungen.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (10.44 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Frau Landesrätin, liebe Mitglieder der Landesregierung, Kolleg_innen und Zuhörende hier und im Livestream!

Wir haben nun über die nun vorliegende Gesetzesnovelle schon sehr oft in diesem Haus debattiert und wir haben als Grüne schon von Beginn an, und darüber bin ich auch sehr froh, sehr viele konstruktive Vorschläge zur Umsetzung dieses Gesetzes in der Steiermark eingebracht. Ich bin deswegen sehr froh darüber, dass wir das getan haben, auch wenn wir da von der SPÖ zeitweise dafür durchaus kritisiert worden sind, dass wir das tun schon im Entwurfsstadium, weil es einer grundsätzlichen Haltung entspricht, für die ich auch in die

Politik gegangen bin, nämlich der grundsätzlichen Haltung, dass die Politik die Aufgabe hat, Lösungen zu finden, und zwar dort, wo sie wirksam sind, im eigenen Wirkungsbereich wirklich die bestmöglichen Lösungen für die Menschen, für die man verantwortlich ist. Genau aufgrund dieses Zugangs haben wir vom Beginn des ersten Entwurfes an auch ganz konkrete Vorschläge gemacht, wie die Umsetzung des Gesetzes aus unserer Sicht bestmöglich gelingen kann. Ich habe mir da noch einmal zu diesem Zweck, weil das ja auch auf der Tagesordnung gemeinsam mit diesem Punkt debattiert wird, unseren ursprünglichen Selbstständigen Antrag angesehen vom September 2020, der ist nämlich ziemlich lang, der hat sechs Seiten und auf diesen sechs Seiten haben wir ganz konkrete Vorschläge gemacht, wie aus unserer Sicht der damals vorliegende Entwurf verbessert werden kann, welche Punkte uns da wichtig sind, damit die Menschen in der Steiermark die bestmögliche Absicherung mit diesem letzten sozialen Netz zur Verfügung haben. Wir gesagt, wir wurden da oftmals kritisiert dafür, auch vonseiten der SPÖ, weil immer wieder gesagt wurde, wir können dann all diese Vorschläge ja im Unterausschuss diskutieren. Die Frau Landesrätin hat auch angekündigt, dass es hier eine ausführliche Debatte geben wird. Es hat nun mal ein Unterausschuss stattgefunden, es ist dort auch debattiert worden. Auch dort haben wir noch letzte Vorschläge eingebracht, die sogar dann noch einmal auf die Umsetzung teilweise gekommen sind, aber eine ausführliche Debatte, wirklich das Beste herauszuholen, was möglich ist, hat es aus meiner Sicht, aus unserer Sicht, hier nicht mehr gegeben. Ich möchte dennoch die heutige Debatte auch dazu nutzen, durchaus zu betonen, dass es Verbesserungen aus unserer Sicht gegeben hat im Hinblick auf den ersten Entwurf. Dass durchaus Dinge gelungen sind, die erfreulicherweise auch sich teilweise eins zu eins mit unseren Vorschlägen decken. Ganz entscheidend ist für mich da, dass der Kreis der Bezugsberechtigten, darauf wird meine Kollegin Veronika Nitsche dann auch noch einmal genauer eingehen, wirklich deutlich erweitert worden ist. Das nutzt ganz, ganz vielen Menschen, die sonst, trotz eines z.B. humanitären Bleiberechts, kein Recht auf ein würdiges Leben gehabt hätten, wenn der ursprüngliche Entwurf so durchgegangen wäre und dann nicht verändert worden wäre. In diesem Sinne möchte ich mich auch dafür bedanken, da ist wirklich auch etwas gelungen, wo ich auch sehr froh bin, dass wir uns von Beginn an da klar dafür stark gemacht haben und das dann berücksichtigt wurde. Eine Sache, die mich besonders freut, weil das eine langjährige Forderung von mir selbst war, die auch aus meinen intensiven, immer wieder Besuchstätigkeiten in sozialen Einrichtungen, resultiert hat, die nämlich wirklich von Sozialarbeiter_innen an mich herangetragen wurde, war, dass bei Menschen, die

Mindestsicherung beziehen und ins Krankenhaus kommen, für längere Zeit, bisher nur ein Satz von 37,9 %, glaube ich, der Sozialhilfe oder der Mindestsicherung weiterbezahlt wurde aber zwei Wochen Krankenhausaufenthalt, und hier natürlich für Leute, die in besonders prekären Situationen leben immer wieder die Gefahr bestanden hat, dass sie ihre Wohnung verlieren, auch da wurde unserem Antrag, der ja auch auf der Tagesordnung steht, nachgekommen. Er wird zwar als Antrag abgelehnt, aber ich bin froh, dass er im Gesetz sich jedenfalls widerfindet und damit den Menschen wirklich geholfen wird, die da in solchen prekären Situationen leben. Wir haben, und auch da wurde im Unterausschuss auch ganz klar und deutlich hingewiesen von uns, dass es auch im Grundversorgungsgesetz einen Rechtsanspruch auch weiterhin gibt auf Bescheid. Das ist etwas, was aus unserer Sicht dem Rechtsstaat einfach Rechnung trägt und da ist noch einmal nachgebessert worden, auch dafür ein herzliches danke im Sinne der Betroffenen. Ich muss aber auch noch weiter, nachdem die Zeit da wirklich sehr schnell vergeht bei diesem so wichtigen Thema, zu Punkten kommen, wo ich glaube, dass die Landesregierung ganz entgegen ihren Beteuerungen, den Spielraum, den das Grundsatzgesetz hier bieten würde, eindeutig nicht zugunsten der Betroffenen nützt. Ich werde dazu im Übrigen auch noch Abänderungsanträge einbringen, die ganz konkret Ihnen heute und hier ermöglichen würden, dieses Gesetz so zu verändern, dass dem eben sehr wohl Rechnung getragen wird. Einerseits bezieht sich das auf das Thema Wohnen. Es wurde zu diesem Thema immer wieder betont, dass eine gleichzeitige Auszahlung von Wohnunterstützung und Mindestsicherung auf Basis des Schwarz/Blauen Grundsatzgesetzes nun nicht mehr möglich ist. Das bestreiten wir nicht, aber wir haben eben genau in diesem Antrag, den ich vorher erwähnt habe und in zahlreichen Entschließungsanträgen, die meine Kollegin Veronika Nitsche immer wieder eingebracht hat, darauf hingewiesen, dass es sehr wohl eine Möglichkeit gäbe, mehrere Möglichkeiten gäbe, die Härten, die bei Wohnkosten jetzt drohen, den Menschen in der Steiermark drohen, durch das, dass diese gleichzeitige Auszahlung nicht mehr möglich ist, diese Härten abzufedern. Wir haben da ganz klar aufgezeigt, dass das in anderen Bundesländern gemacht wird und genutzt wird, diese Möglichkeit, nämlich in Salzburg und in Kärnten auf etwas unterschiedliche Weise, und es gäbe in der Kombination von einigen diesen Maßnahmen absolut die Möglichkeit, heute und hier dieses Gesetz zu verbessern. Ich möchte das nur wirklich an dieser Stelle gesagt haben, weil ich ja dann auch unsere Abänderungsanträge dazu einbringen werde. Man kann also durch eine Erhöhung der Wohnkostenpauschale, durch einen entsprechenden Vollzug der Härtefallklausel und dadurch, dass man sich nicht auf diese 60/40-Regelung bei der

Aufteilung Wohnkosten und Lebensunterhalt festnagelt, sehr wohl den Spielraum ausnutzen. Das haben wir auch mehrmals betont, dass der Verfassungsgerichtshof hier Spielräume eröffnet. Wir haben das auch ausführlich im Unterausschuss diskutiert, ich kann das hier nicht und werde das hier nicht alles wiedergeben, aber es ist aus unserer Sicht völlig klar und zeigt sich auch im Salzburger Gesetz, dass die Möglichkeit dafür besteht. Aus diesem Grund, und da komme ich noch einmal zurück auf das, was ich eingangs gesagt habe. Wenn es darum geht, hier und jetzt und heute Lösungen zu finden, die wirklich das Beste für die Menschen rausholen in der Steiermark, dann ist da etwas möglich, wenn Sie unseren Abänderungsanträgen Folge leisten und diese beschließen. (*Beifall bei den Grünen*) In diesem Sinne möchte ich auch schon zu den Anträgen kommen, jetzt muss ich sie nur noch finden, Moment, genau. Also der erste Antrag ist ein Entschließungsantrag, der sich eben darauf bezieht auf die Härtefallklausel, die ich schon erwähnt habe, mit der man besonders hohe Wohnkosten, die es auch gibt in der Steiermark, die jetzt nicht überall üblich sind, aber doch in manchen Regionen üblich sind, abfedern könnte. Da bezieht sich unser Entschließungsantrag auf den Vollzug.

Der Antrag lautet: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Härtefallklausel im Sinne der Bürger_innen derart zu vollziehen, dass die Bezugsberechtigten ihren Wohnbedarf weiterhin bestreiten und damit auch regionsbedingt höhere Wohnkosten gedeckt werden können.

Dann komme ich noch zu den zwei Abänderungsanträgen, die sich ebenfalls – also der eine bezieht sich auf das Thema Wohnkostenpauschale, wie schon erwähnt, und der zweite bezieht sich darauf, das habe ich im Vorfeld jetzt gar nicht erwähnt, aber auch da wäre eine Besserstellung noch möglich, die das Grundsatzgesetz zulässt, nämlich, dass jedes Kind gleich viel wert sein muss. Diese zwei Abänderungsanträge lese ich an dieser Stelle noch einmal vor.

Der erste lautet:

Der Landtag wolle beschließen, eben in Bezug auf die Wohnkostenpauschale:

In § 8 Abs 6 StSUG wird die Zahl "20" durch die Zahl "30" ersetzt.

Das würde eben dazu führen, dass die Wohnkostenpauschale, wie in anderen Ländern auch 30 % betragen darf.

Der zweite Abänderungsantrag lautet, bezieht sich eben auf die Gleichstellung aller Kinder:

Der Landtag wolle beschließen:

§ 8 Abs 3 Z 3 des Steirischen Sozialunterstützungsgesetzes lautet: „Höchstsatz für in Wirtschaftsgemeinschaft lebende minderjährige Bezugsberechtigte 21%“.

Ich bitte um Annahme. (*Beifall bei den Grünen – 11.54 Uhr*)

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Klaus Zenz, bitteschön Herr Abgeordneter.

LTAbg. Zenz – SPÖ (10.54 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, werte Zuseherinnen und Zuseher!

Wenn ich mich heute zu diesem neuen Steirischen Sozialunterstützungsgesetz, und es ist keine Novelle, Kollegin Krautwaschl, es ist ein neues Gesetz, das hier zur Beschlussfassung aufliegt, zu Wort melde, dann muss ich Ihnen gleich vorweg gestehen, dass ich nicht nur positive Einschätzungen und Worte finden werde, die Sie jetzt von mir hören. Es liegt vor allem daran, und ich würde sogar sagen, ausschließlich daran, an den Begleitumständen, die uns dazu veranlassen, ich würde sogar das Wort sagen, die uns dazu zwingen, dieses Gesetz hier heute zur Beschlussfassung vorzulegen. Hier muss man, davon bin ich überzeugt, einen genauen Blick auf die Vorgeschichte dieses Gesetzes legen. Seine Entwicklung von der Bedarfsorientierten Mindestsicherung hin zu diesem ominösen Beschluss dieses neuen Sozialhilfegrundsatzgesetzes, bis zur jetzigen Vorlage des Steirischen SUGs. Lassen Sie mich es so auf den Punkt bringen: Mit dem Beschluss der damaligen Bundesregierung aus Türkis und Blau zur Einsetzung eines neuen Sozialhilfegrundsatzgesetzes im Jahr 2019 und mit dem Beschluss der jetzigen Bundesregierung unter Türkis/Grün, dieses Gesetz jetzt auch so umzusetzen, wurde das Steirische Mindestsicherungsgesetz aufgehoben und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist bedauerlich, das ist mehr als bedauerlich (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) War doch das Steirische Mindestsicherungsgesetz ein gutes, ein sozial ausgewogenes, ein treffsicheres und in seiner Anwendung auch ein gut umsetzbares Werkzeug für eine gerechte steirische Sozialpolitik. Das neue, 2019 von der Bundesregierung Sozialhilfegrundsatzgesetz, zu dessen Umsetzung wir heute verpflichtet sind, geht mit einer komplett konträren sozialpolitischen Sichtweise an das Thema heran. Es geht dabei nicht mehr darum, soziale Mindeststandards festzulegen, möglichst gleich in allen Bundesländern,

ein großes Ziel der damaligen Bedarfsorientierten Mindestsicherung, um Menschen in schwierigen Lebenssituation zu unterstützen und vor Armut zu bewahren, sondern es geht genau um den umgekehrten Weg, nämlich Höchstgrenzen festzulegen, die nicht überschritten werden dürfen und die aber doch unterschritten werden können, wie es einige Bundesländer bereits gemacht haben und dabei jedwede Unterstützung, wie z.B. eine Wohnunterstützung, zu unterbinden, weil es damit zu einer automatischen Reduzierung der Sozialunterstützung kommen würde. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind schon zwei unterschiedliche Welten, die sich nicht so mir nichts dir nichts miteinander vereinbaren lassen, sozusagen unter einen Hut bringen lassen. Auch, wenn so manche Wortmeldungen der letzten Wochen und Tage, vor allem jetzt aus der Grünen Regierungsfraktion, Bundesregierungsfraktion, uns das weismachen wollen und uns diesen Bären auf die Nase binden wollen. Sie hätten nur an ein paar Rädchen schrauben müssen. Es könnten ja alle Härtefälle sein. Allfällige Pauschalen könnten das ja alles abfedern, dann wäre sich das schon alles so ausgegangen, aber sie haben es ja nicht getan. Das ist einfach ein Märchen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Märchen (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) aus der Sammlung der Gebrüder Kogler und Anschöber, mit dem Titel „Das Beste aus zwei Welten“. Bedauerlicherweise hat das Märchen kein Happyend, sondern wird am Schluss vom bösen Wolf gefressen. Es war jetzt also Aufgabe dieser Landesregierung und dieser Koalition, die Errungenschaften des Steirischen Mindestsicherungsgesetzes in das neue SUG, man muss es fast so sagen, zu retten und damit den sozialen Frieden und die soziale Unterstützung für die Steirerinnen und Steirer, die es brauchen und die es jetzt dringender brauchen denn je, aufrechtzuerhalten. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, davon bin ich überzeugt, ist diesem Steirischen Sozialunterstützungsgesetz gelungen. Wie auch im alten Mindestsicherungsgesetz ist es und bleibt es das Ziel, Menschen so rasch wie möglich aus dem Sozialsystem heraus in Arbeit und Beschäftigung zu bringen. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Die neu eingeführte flächendeckende Sozialberatung und der Einkommensfreibetrag sollen und werden dabei die entscheidende Rolle sein. Die Wohnkostenpauschale soll, soweit es möglich ist, die nicht mehr mögliche Wohnunterstützung ersetzen. Ein voller Ersatz ist nicht möglich. Wohnunterstützung darf nicht zusätzlich gewährt werden. Besonders Alleinerzieher_innen sollen und werden mit diesem Gesetz unterstützt und auch bessergestellt. Es sind weitere Initiativen vom Land Steiermark ausgegangen, die wesentlich entscheidend waren, dass wir dieses Gesetz heute so beschließen können. Der Abzug von Spenden wurde verhindert. Die Verknüpfung mit konstruierten Sprachkenntnissen und Erhalt

der Mindestsicherung, der Sozialunterstützung wurde revidiert. Die Höchstgrenzen für Kinder wurden Gott sei Dank gestrichen. Die Verschlechterung für Menschen mit Behinderung wurden abgewehrt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach derzeitigem Stand beziehen 16.000 Menschen in der Steiermark die noch bestehende bedarfsorientierte Mindestsicherung und ab Juli das neue Steirische Sozialunterstützungsgesetz. Davon sind 75 % sogenannte Aufzählerinnen und Aufzähler, also Menschen, die einer Beschäftigung nachgehen und dennoch unter der Armutsgrenze verdienen. 36 % davon sind Kinder und 23 % sind Alleinverdiener_innen. Sie sind keine Sozialschmarotzer, die in einer warmen, sozialen Hängematte liegen, wie so gerne vom rechten Rand her betont wird. Sie sind auch keine Almosenempfänger, zu denen sie so gerne von manchen neoliberalen Wirtschaftskapitänen degradiert werden. Es sind Menschen, die sich in schwierigen sozialen und persönlichen Situationen befinden und die die Unterstützung der öffentlichen Hand, der Gesellschaft und von uns allen brauchen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Der damalige Sozialminister Rudolf Hundsdorfer hat bei der Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung diese als ein Sprungbrett zurück in den Arbeitsmarkt und in ein selbstbestimmtes Leben bezeichnet. Ich hoffe, ich hoffe ausdrücklich, dass wir mit diesem neuen SUG diesen Ansprüchen, soweit es uns möglich ist, auch entsprechen können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.02 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Robert Reif, bitteschön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Reif – NEOS (11.03 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Landesrätinnen, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Steirerinnen und Steirer!

Wir reden heute über eines der letzten Überbleibsel der Schwarz/Blauen Regierung, zumindest, was das Grundsatzgesetz betrifft. Vieles ist auch schon im Vorfeld diskutiert, und manches auch berücksichtigt worden. Dazu möchte ich sagen, dass es doch einige positive Dinge gibt, die dieses Gesetz mit sich bringt und ich denke, die Frau Landesrätinnen haben es nicht leicht gehabt, ein solch teilweise vermurkstes Gesetz so zu adaptieren, dass es doch noch einigermaßen sinnvoll ist. Auch wenn es der Landesrätin, wie schon erwähnt, gelungen ist, viele Spielräume positiv und sinnvoll im Ausführungsgesetz umzusetzen, können wir dem Gesetz in dieser Form keine Zustimmung geben, denn der große Wurf ist es leider nicht. Die Gefahr, dass die Wartezeiten durch den erheblichen Mehraufwand bei der Abwicklung der

Verfahren für die Betroffenen steigen, ist leider sehr hoch und kann weder in unserem Sinne noch im Sinne der Bezugsberechtigten sein. Sinnvoller wäre es hier, und die Zeit hätte dafür gereicht, mutig zu sein und sogenannte One-Stop-Shops zu installieren, sprich, eine Stelle für alle Förderungen. Damit wäre ein bürokratischer Spießrutenlauf, so wie er jetzt leider häufig gemacht werden muss, für Betroffene nicht mehr nötig. Ich bin mir sicher, alle Verwaltungsangestellten sind bemüht darum, den Leuten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Viele kennen sich aber trotzdem nicht aus und werden von Stelle zu Stelle geschickt, haben viele unterschiedliche Ansprechpersonen usw. Mit der Umsetzung des One-Stop-Shops wären diese Probleme gelöst. Aber das findet sich leider nicht im vorliegenden Entwurf. Ein Punkt, der für mich nicht vertretbar ist, ist die Tatsache, dass durch dieses Gesetz ein wirklicher Anreiz, wieder in das Erwerbsleben einzusteigen, leider nicht gegeben ist. Denn es soll unserer Ansicht nach das Ziel eines Systems der sozialen Sicherung sein. Es muss jene unterstützen und auffangen, die in Notlage geraten. Es muss ein menschenwürdiges Leben und soziale Teilhabe in der Gesellschaft ermöglichen. Es soll auch gleichzeitig jene unterstützen, die gerne wieder auf eigenen finanziellen Beinen stehen wollen und können, indem sie einem Job nachgehen. Es muss doch in unser aller Interesse sein, dass Menschen so schnell und vor allem so unbürokratisch wie möglich wieder einer Arbeit nachgehen können und dies, ohne dass ihnen zusätzliche Hürden in den Weg gelegt werden. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, eine 36-monatige Sperre für den Einsteigerbonus ist für mich völlig überzogen. Durch diese Sanktion wird das Ziel verfehlt, Menschen dabei zu unterstützen, wieder eine Arbeit aufzunehmen. Im Gegenteil, sie kann dazu führen, dass Betroffene entweder gar keine Erwerbstätigkeit mehr aufnehmen, und so noch länger Sozialhilfeempfänger sind, oder dass sie sich in prekären Arbeitsverhältnissen einzementiert fühlen, weil, wenn sie sich für einen anderen Job entscheiden, ihren Anspruch auf Freibetrag verlieren würden. Der Freibetrag stellt nämlich einen ersten Schritt dar, um den Zuverdienst durch Erwerbsarbeit und damit im Idealfall einen dauerhaften Übergang vom Sozialhilfebezug in den Arbeitsmarkt zu erleichtern und zu ermöglichen. Ich denke, beide Situationen sind für die betroffenen Menschen gleichermaßen belastend. Der Freibetrag ist ohnehin auf 12 Monate beschränkt und muss immer wieder neu beantragt werden. Warum also die 36-monatige lange Sperrfrist? An dieser Stelle möchte ich deshalb auch unseren Entschließungsantrag einbringen.

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Von der vorgesehenen 36-monatigen Sperre in § 5 Abs 4 Steiermärkisches Sozialunterstützungsgesetz Abstand zu nehmen,
2. die Vermittelbarkeit von Bezieherinnen und Beziehern mit Betreuungspflichten von Kindern (insbesondere Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher) durch eine entsprechende Unterstützung in den Arbeitsmarkt zu erhöhen, indem verstärkt die Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen (nach VIF-Kriterien) für diese Zielgruppe ermöglicht und ggf. als Sachleistung bereitgestellt wird, sowie
3. auf die Bundesregierung zuzugehen, um allfällige Inaktivitätsfallen, beispielsweise an der Geringsfügigkeitsgrenze bei "Aufstockerinnen und Aufstocker" (mit Bezügen aus der Arbeitslosenversicherung), zu beseitigen und Zuverdienstmöglichkeiten weiter zu vereinfachen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, worauf wir in der Steiermark noch viel stärker in der Sozialpolitik eingehen müssen, ist das Wechselspiel zwischen dem Arbeitsmarkt und der sozialen Absicherung von Familien. Sei es bei der Frage eines funktionierenden Wiedereinstiegs, und wie steirische Familien auch über diesen Weg wirtschaftlich und finanziell unabhängig werden können. Auch die Wirkung der vorhandenen Sozialleistungen für Familien gehören hier dazu, damit wir gezielt und nachhaltig Kinderarmut bekämpfen können. Eine umso wichtigere Maßnahme ist es daher, genügend Betreuungsplätze für Kinder zur Verfügung zu stellen, damit die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit auch für Alleinerziehende wieder ermöglicht wird. Nur wenn ein ausreichendes Betreuungsangebot vorhanden ist, kann es Eltern ermöglicht werden, wieder in den Berufsalltag einzusteigen. Gerade im ländlichen Fall ist es immer wieder der Fall, dass viele junge Mütter gerne arbeiten würden, aber leider keine Möglichkeit haben, ihre Kinder betreuen zu lassen. Gerade, wenn wir hier auch oft von Geschlechtergerechtigkeit sprechen, ist es umso wichtiger, dass Frauen durch ausreichendes Betreuungsangebot für Kinder ein Wiedereinstieg in das Berufsleben ermöglicht wird. Es sollte daher jedenfalls ein spezielles Augenmerk auf diese Gruppe gelegt werden. Es sollten hier wirklich Möglichkeiten geschaffen werden, um einen echten Anreiz zu schaffen und nicht durch Bürokratie und Sperren den Betroffenen Hürden in den Weg gelegt werden. Noch kurz zum FPÖ-Antrag bezüglich des Erhebungsdienstes. Natürlich könnte man etwas übrig gebliebenes Geld, wobei ich sehr stark bezweifle, dass da etwas überbleibt, in die Einführung eines Erhebungsdienstes stecken. Keine Frage, man muss natürlich auch kontrollieren, aber man könnte es aber auch

investieren in einen Ausbau von Case-Management. Neben der finanziellen Absicherung brauchen Menschen, die in Not sind, auch Beratung und Betreuung, um diese Notlagen eben zu überwinden. Die Beratung hat hier einen erheblichen Mehrwert für die Betroffenen. Aber schlussendlich auch für unsere Gesellschaft, weil es ja unser aller Anliegen sein sollte, dass Menschen, welche in eine Notlage geraten und es aus eigener Kraft nicht mehr aus dieser herauschaffen, mit Hilfe einer adäquaten Beratung und Betreuung geholfen wird, Probleme zu überwinden und hinter sich zu lassen und es wieder schaffen, auf eigenen Beinen zu stehen. Statt eines Erhebungsdienstes, wie es die FPÖ in ihrem Antrag fordert, ist ein niederschwelliges Care & Case-Management für jeden und jede Betroffene ein wichtiger Schritt, um Menschen eine Chance zu geben ihr Leben neu zu ordnen und schlussendlich nicht in der Langzeitarbeitslosigkeit zu landen. Zum Abschluss stelle ich noch den Antrag auf getrennte Abstimmung über die Punkte drei und vier beim Antrag 1113/16, danke. *(Beifall bei den NEOS – 11.11 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Barbara Riener, bitteschön Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Riener – ÖVP (11.11 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Landesrätinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das Sozialhilfegrundgesetz auf Bundesebene war ein guter Kompromiss. Hat Spielräume ermöglicht und wir in der Steiermark mit dem neuen Sozialunterstützungsgesetz haben einen guten Kompromiss mit der SPÖ gefunden, um dieses Gesetz umzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Uns war immer wichtig, den Ansatz für die Kinder, nämlich die Sätze für die Kinder, gleich, wie bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, beizubehalten, letztendlich, weil wir einen gemeinsamen Weg gegangen sind, SPÖ und ÖVP, gegen Kinderarmut. Diesen Weg gehen wir auch damit weiter. Verstärkt wird aber auch darauf ein Augenmerk gerichtet, das wurde bis jetzt noch überhaupt nicht erwähnt, dass, wenn es um eine Effizienzsteigerung geht, diese Zielerreichung, nämlich soziale Absicherung zu gewährleisten, dass da vorrangig Sachbezug anzuwenden ist. Was vor allem dann, bezogen auf die Wohnkostenpauschale, auch eine zwingende Vorgabe ist. Vorrangiges Ziel dieses Sozialunterstützungsgesetzes ist, wie wir alle wollen, eine soziale Absicherung für die Menschen in der Steiermark, die es brauchen. Das haben wir immer gesagt und das werden wir auch weiter so sagen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Deswegen auch Ausnutzung, volle Ausnutzung der Sätze für Alleinerzieher_innen,

deswegen auch die Zuschläge für die behinderten Menschen, und, wurde bereits mehrfach erwähnt, ein Weg, der mit unserer Landesrätin Kampus immer wieder sehr stark gegangen wurde, rasche Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Das ist uns ein großes Anliegen und deswegen werden Anreize geschaffen, lieber Kollege Reif, nämlich mit dem 35%igen Freibetrag des Nettoeinkommens, der maximal ein Jahr ausgezahlt wird. In Ausnahmefällen sogar diese 36-monatige Sperrfrist sozusagen aussetzt. Aber, und da bin ich jetzt überhaupt nicht bei dir. Wir wissen, je länger jemand arbeitet, desto gefestigter ist er am Arbeitsmarkt, desto mehr hat er wieder im sozialen Leben Fuß gefasst und das soll unser Ziel sein und das ist auch diese Bestimmung, dem hat diese Bestimmung Rechnung getragen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Kollege Klaus Zenz hat es schon angesprochen, sehr nachdenklich stimmt mich, dass bei den 75 % Aufstockern rund 1.000 Menschen dabei sind, die arbeiten und noch zu wenig haben zum Leben. Denn, es muss unser aller Ziel sein, sagt doch unser Herr Landeshauptmann immer, dass man mit dem eigenen Einkommen auskommt. Deswegen auch wichtig die Beratung im Vorfeld bzw. begleitend, da haben wir ein gutes Netz gebaut. Frau Landesrätin, danke dafür. Letztendlich eben, um zu gewährleisten, dass mit der Unterstützung und in der Beratung auch das Fußfassen am Arbeitsmarkt stabil möglich ist. Für jene, die glauben, das System ausnutzen zu wollen, haben wir die Sanktionen beibehalten und wir haben, wir finden sie als ausreichend, letztendlich, wenn das AMS kürzt, dass wir nicht ausgleichen und wenn eben Fehlverhalten festgestellt wird, gibt es Kürzungen um 25 % bzw. 60 % des Bezuges. Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Opposition, wenn jetzt diverse Aussagen da sind, die einen sagen, wir sollen das SUG in diese Richtung anpassen, dass, wenn das AMS weniger zahlt, wir das auch weiter ausgleichen oder die anderen sagen, das ist viel zu lasch, was ihr mit den Sanktionen macht, dann haben wir es gemeinsam genau richtiggemacht, liebe Kolleginnen und Kollegen der FPÖ. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Es wurde das SUG einem breiten Stellungnahmeverfahren unterzogen. Von diesem breiten Stellungnahmeverfahren wurden viele Stellungnahmen auch inhaltlich in diese Regierungsvorlage eingepflegt. Frau Landesrätin hat das im Ausschuss betont und bezüglich dieser Ausschussdebatte: Es wurden alle Fragen beantwortet, auch wenn der Opposition die Antwort nicht immer passt, logisch. Inhaltlich sind wir unterschiedlich, aber es wurden alle Fragen beantwortet, deswegen nicht schnell durchgezogen, sondern korrekt abgehandelt, liebe Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Uns ist mit diesem Sozialunterstützungsgesetz ganz, ganz wichtig, eine Balance zu schaffen, eine Balance zu schaffen der sozialen Absicherung, vor allem für Kinder, dabei aber Obacht zu geben, dass

die Gelder entsprechend verwendet werden, wie sie vorgesehen sind, Stichwort Sachbezug, und da könnte ich als Sozialarbeiterin euch einige Beispiele nennen, wo das Geld nicht bei der Familie angekommen ist. Der dritte Punkt ist das soziale Fußfassen durch rasche Wiedereingliederung am Arbeitsmarkt. Letztendlich dient das am effektivsten und am längerfristigsten einer Armutsprävention und stärkt das Selbstwertgefühl der Menschen, wenn sie durch eigene Arbeit das Auskommen haben. Nun, liebe Kolleg_innen, noch ein paar Sätze zum Sozialhilfegesetz. Ich möchte zwei Punkte da hervorgehen. Es ist ja ein Konvolut von mehreren Gesetzen, die angepasst wurden, das sind jetzt die Novellen dazu, wie schon vermerkt wurde. Mit dem Sozialhilfegesetz wurde ein eigener Pflegebericht festgelegt, der alle zwei Jahre rauskommt, das finde ich sehr wichtig und treffend und mit dem § 13a, Abs. 2 gibt es eine Verordnungsermächtigung mit einer verbindlichen Vorgabe, aufbauend auf den Bedarfs- und Entwicklungsplan, nämlich das Angebot der Pflegebetten zu steuern und zwar bezogen auf einzelne Bezirke. Und das ist ein weiterer wichtiger Schritt, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, in die Richtung mobil vor stationär, denn, was die Menschen in der Steiermark wirklich wollen, ist, so lange wie möglich, auch mit Unterstützung, zu Hause zu bleiben und das ist unser Auftrag. Deswegen finde ich diese Gesetze, die novelliert bzw. neu geschaffen wurden, für gute Gesetze. Danke sehr. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.19 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet Herr Klubobmann Mario Kunasek, bitteschön, Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Kunasek – FPÖ (11.19 Uhr): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, Frau Landesrätin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf es gleich einmal vorwegnehmen, dass wir Freiheitliche dem heute vorliegenden Gesetz nicht unsere Zustimmung geben können und geben werden. Warum? Weil aus meiner Sicht eine große Chance vertan ist, ein nachvollziehbares, ein transparentes, ein System zu etablieren, das in Not geratene Österreicher in den Mittelpunkt stellt und genau das ja die Grundintention, die Barbara Riener lacht, genau das ja die Grundintention war, wie wir damals unter Türkis/Blau das Grundsatzgesetz beschlossen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Genau das ist dann, und wir wissen die Vorgeschichte, Klaus Zenz hat es aus seiner Sicht dargestellt, ich sehe es ein bisschen anders. Faktum war, das Gesetz wurde beschlossen, wurde bekämpft und der Verfassungsgerichtshof hat Teile davon, wesentliche Teile wieder aufgehoben. Was hätte passieren müssen, meine

sehr geehrten Damen und Herren, konkret an ÖVP gerichtet. Selbstverständlich eine Reparatur des Gesetzes auf Bundesebene, das ist aber nicht passiert aufgrund der neuen realpolitischen Verhältnisse, die sich dann dort festgemacht haben in Form von ÖVP und Grün. Letztlich ist der Ball dann bei den Ländern gelegen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Landesrätin, natürlich gibt es hier Bereiche, die man unterstützen kann, wenn es um die Behinderten geht, wenn es darum geht, mehr Sachleistungen als Geldleistungen auch zu geben, zur Auszahlung zu bringen, dann ist das klar positiv zu erwähnen. Aber viele Bereiche, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind aus Freiheitlicher Sicht ganz klar abzulehnen. Dieser Bereich, meine sehr geehrten Damen und Herren, umfasst einiges. Aber einen Teil möchte ich ganz besonders hervorstreichen, weil, und das wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren natürlich auch, der Sozialstaat als Magnet für Zuwanderung dient. Viele von Ihnen werden wahrscheinlich auch die Presse am Sonntag gelesen haben, aktuelle Ausgabe, wo das WIFO genau das auch bestätigt. Überschrift ist „Mit Geld fängt man Menschen“. Jetzt sage ich euch ganz offen, das ist eine zutiefst politische, wahrscheinlich auch ideologische Frage, ob man mit Geld aus dem Sozialstaat Menschen fangen möchte. Wir Freiheitliche sagen ganz klar nein, wir wollen Menschen auffangen und sie möglichst rasch auch wieder in das Erwerbsleben bringen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Das unterscheidet uns, das unterscheidet uns, die FPÖ, von Teilen der Sozialdemokratie und auch von Teilen der Volkspartei. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ja, Beispiele in Europa, wie in Dänemark, aber auch Beispiele, die sich in Österreich in den letzten Jahren im Bereich der Mindestsicherung auch aufgetan haben, ich sage nur Stichwort Niederösterreich, die hier auch, ja, die Mindestsicherung für Asylberechtigte entsprechend gesenkt haben, haben gezeigt, dass es natürlich auch einen, wie sagt man so schön, Pooleffekt gibt, bzw. einen Effekt auch der Abwanderung. Ich sage euch, eigentlich traurig, dass man das nicht österreichweit entsprechend regeln kann. Das wäre auch Aufgabe gewesen der Bundesregierung. So haben wir eine Situation des Föderalismus, aber als steirische Landespolitiker haben wir alles daranzusetzen, Magneteffekte, eine Zuwanderung in unser Sozialsystem, was letztlich auch vom Steuerzahler finanziert wird, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu verhindern. *(Beifall bei der FPÖ)* Vor diesem Hintergrund, meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt es unzählige Rechenbeispiele, zu ein, zwei Rechenbeispielen der KPÖ komme ich noch, ich habe mich auch erkundigt, aber ein Rechenbeispiel möchte ich Ihnen auch mit auf die Reise geben, nämlich ein Rechenbeispiel einer asylberechtigten Familie, zwei Erwachsene, drei minderjährige Kinder. Um auch diesen

fehlenden Leistungsansatz für diese Menschen entsprechend darzustellen. Familie, seit acht Monaten in Österreich, positiver rechtskräftiger Asylbescheid, Vater, Mutter arbeitslos, drei Kinder, drei, sechs und neun Jahre alt. Wohnungsmiete 900 Euro. Mindestsicherung Vater 665 Euro, Mindestsicherung Mutter 665 Euro, Mindestsicherung für drei Kinder 598,05 Euro, Familienbeihilfe 593 Euro, Wohnkostenpauschale 266 Euro – monatliches Nettomonatseinkommen, passives Einkommen 2.787,05 Euro. Jetzt sage ich schon, wenn man sich, und da bin ich bei der Barbara Riener, die Situation in Österreich ansieht, du hast gesagt, Einkommen zum Auskommen, dann ist 2.800 Euro, knapp 2.800 Euro ein Schlag ins Gesicht der Leistungsträger, der vielen fleißigen Menschen in diesem Land, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Jetzt kenne ich die Diskussion zur Genüge, dass man dann sagt, naja dann müssen wir eben die Gehälter, die Löhne heben. Dann frage ich aber schon, liebe Barbara, wer ist denn auch dafür verantwortlich, genau dass wir diese Mindestlöhne, die in etwa in den Bereichen um 1.700 Euro liegen, nicht haben? Wo sind die vielgerühmten Sozialpartner, wenn es darum geht, Kollektivverträge auszuverhandeln, die letztlich genau das sicherstellen, was du jetzt einforderst, das Einkommen zum Auskommen. Deshalb sage ich, hier diese Diskussion zu führen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eigentlich unehrlich, so ehrlich muss man das sagen, na selbstverständlich muss es einen Unterschied zwischen Erwerbseinkommen geben und passiver Sozialhilfe, meine sehr geehrten Damen und Herren, sonst würden wir ja wirklich sehr, sehr viel auch in diesem Bereich letztlich falsch machen. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen, dass der Kurs, den die Landesregierung in den letzten Jahren eingeschlagen hat, immer wieder auch von uns Freiheitlichen kritisiert worden ist. Wir wissen, dass über 50 %, 51 % aller vollunterstützten Bezieher der Mindestsicherung, der alten Mindestsicherung, Asylberechtigte sind und dass natürlich auch die Sozialpolitik, die hier seitens der Landesregierung forciert wird, dazu beigetragen hat, dass die Situation so ist, wie sie ist. Ich weiß nicht, wer es gesagt hat, ich glaube, das war auch die Barbara Riener, ich glaube, eines muss das Ziel sein und das sagt auch das WIFO in dem angesprochenen Artikel in der Presse am Sonntag. Wir müssen Menschen so rasch wie möglich wieder zurück in das Erwerbsleben bringen. Jetzt sage ich schon mit einem, mit Verlaub, sozialromantischen Ansatz, einem Gesetz, wie es vorliegt, wo eben das sich abspielt, was ich Ihnen in diesem konkreten Rechenbeispiel jetzt dargelegt habe, glaube ich nicht, und glauben wir Freiheitliche nicht, dass dieser Anreiz eines raschen Integrierens in das Erwerbsleben tatsächlich gegeben ist. Das ist auch der Kern unserer Kritik, meine sehr geehrten Damen und Herren, und da

werden wir Freiheitliche auch nicht müde werden, das immer wieder zu betonen. Liebe Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, ich habe dich gefragt, weil ich mir auch diese Rechenbeispiele angesehen habe. Wir haben ja in der Steiermark schon seit Jahren die Kultur im positiven Sinne, uns immer wieder gegenseitig Rechnungen zu präsentieren und dann über diese zu diskutieren. Jetzt weiß ich schon, jeder erstellt die Rechnung so, dass es insgesamt in sein politisches Konzept einigermaßen passt. Aber diese Beispiele, die du angeführt hast und die uns auch gestern oder war es heute, gestern online in den Medien erreicht haben, die sind schon für mich bis zu einem gewissen Grad zumindest hinterfragenswert. Wenn du hier in diesem Beispiel eins von einem alleinstehenden Mann mit 65 Jahren ohne Pensionsanspruch redest, jetzt habe ich dich gefragt, ich persönlich kenne so einen Menschen nicht, den wird es geben, aber ich würde ihn als ultimativen Härtefall bezeichnen. Wenn du in einem zweiten Rechenbeispiel von einer alleinstehenden arbeitslosen Frau sprichst, die, wohl gemerkt, im neuen System auch über 1.000 Euro erhält und das ist jetzt Vice versa also auf der anderen Seite zum Erwerbsleben, ich sage nur Stichwort Kollektivvertrag Handel, gar nicht einmal so wenig, und dann dort Stromkosten von 70 Euro oder 72 Euro netto annimmst, dann würde ich dieser Dame einen dringenden Anbieterwechsel auch empfehlen, weil das würde ich als sehr hoch empfinden. Aber sei es drum, was ich damit sagen möchte ist, man kann Rechenbeispiele in die eine oder in die andere Richtung bringen, das ist mir vollkommen klar, aber insgesamt muss der Kurs aus meiner Sicht klar sein. Der Kurs muss lauten: Fairness, der Kurs muss lauten, an die Lebensrealitäten angepasst, der Kurs muss aber auch lauten, leistungsorientiert und mit Leistungsanreizen versehen, ein soziales System zu etablieren, das unsere Österreicher, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch in den Mittelpunkt rückt, das muss unser Ziel hier sein. (*Beifall bei der FPÖ*) Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben heute noch eine sehr intensive Debatte dazu, auch noch weitere Redner seitens der Freiheitlichen Partei, wir werden auch Entschließungsanträge einbringen, um vielleicht noch das Eine oder Andere in diesem vorgelegten Entwurf des Gesetzes in die richtige Richtung zu drehen. Weil ein Bereich hier ist ganz besonders, Barbara, da bin ich überhaupt nicht bei dir, weil hier ein Bereich ganz besonders erwähnenswert ist, das ist der Kampf gegen den Sozialmissbrauch. Da verstehe ich die ÖVP nicht mehr. Das sage ich euch ganz offen, da kann ich bis zu einem gewissen Grad die Sozialdemokratie verstehen. Wir haben uns da immer wieder in den letzten Jahren, ja nicht immer gefunden in dieser Frage, aber da kann ich die SPÖ verstehen, wenn sie im Status quo verharren möchte und sagt, es ist schon gut so, wir machen bei einem Vergehen einen Aktenvermerk und der Üblichkeit dann,

die Frau Landesrätin wird das eh korrigieren, aber überspitzt gesagt, mehr oder weniger ein zahnloses Sanktionieren. Bei der ÖVP verstehe ich das nicht, weil auch du liebe Barbara, liebe Klubobfrau, hier gesagt hast, hier haben wir nichts verändert. Dann sage ich aber schon, ja verdammt noch einmal, in welcher Welt lebt denn die Volkspartei. Habt ihr nicht die unzähligen Fehler von Sozialmissbrauch in den letzten Jahren in der Steiermark mitbekommen? Habt ihr nicht auch in den Medien und immer wieder auch dargestellt bekommen, wie dreist hier teilweise auch vorgegangen wird, wenn es darum geht, soziale Leistungen abzugreifen ohne Rücksicht auf Verluste. Dann verwehrt man sich gegen alle Ansätze, Sozialmissbrauch einzustellen, hier zu bekämpfen, ja bis hin zu erfolgreichen Modellen, die wir in Graz gemeinsam umgesetzt haben, hier auch auf Landesebene zu etablieren. Was steht dagegen, einen Erhebungsdienst entsprechend auch zu installieren, der sich auch die Lebensverhältnisse ansieht. (*Erste Präsidentin Khom: „Herr Klubobmann, ich bitte dich um deinen Schlusssatz.“*) Der auch schaut, diese Erhebungslisten, auch schaut, ob die Sozialleistungen wirklich dort ankommen, wo es die Menschen wirklich brauchen oder ob hier eben Missbrauch betrieben wird.

Ich darf hier deshalb auch entsprechend einen Entschließungsantrag einbringen.

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. bei den zuständigen Bezirksverwaltungsbehörden Erhebungsdienste einzurichten, die dafür notwendigen personellen und finanziellen Mittel bereitzustellen sowie das zugrundeliegende Konzept dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen und
2. den Erhebungsdiensten den Auftrag zu erteilen, vor allem im Bereich der neuen Sozialunterstützung gegen Sozialbetrug mit der gebotenen Härte und – wenn notwendig – auch investigativ vorzugehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir Freiheitliche werden nicht müde werden in unseren Bemühungen, immer den Österreicher in den Mittelpunkt zu stellen. So viel kann ich von diesem Rednerpult hier heute schon sagen. (*Beifall bei der FPÖ – 11.32 Uhr*)

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Helga Ahrer, bitteschön, Frau Abgeordnete.

LTAbg. Ahrer – SPÖ (11.32 Uhr): Sehr geschätzte Frau Präsidentin, werte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen im Plenum, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher im Publikumsraum und via Livestream!

Ich möchte meine Ausführungen mit einer Geschichte beginnen. Es hat sich zugetragen im Jahr 1982. Eine Frau, eine Mutter von drei Kindern, der Vater hat sich aus der Familienverantwortung, wie man so schön auf steirisch sagt vertschüsst. Diese Mutter stand mit ihren drei minderjährigen Kindern da, eine Kleinkeuschlerwirtschaft mit sieben Ziegen, 13 Katzen, zwei Hunden und einem Pflegehasen. Wenn der Lebenserhalter wegfällt in einer Familie, dann kann man von einer Notsituation sprechen, weil diese Frau ist natürlich keiner Beschäftigung nachgegangen, sondern sie lebte dann vom Verkauf der Produkte aus der Ziegenbewirtschaftung. Der Hase kam nicht zum Fall, das verhinderten die drei Kinder. Aber diese Frau hatte ein Auffangnetz. Für die Kinder gab es damals die steirische Schülerbeihilfe, gibt es auch heute noch, denn es waren teilweise in den höherbildenden Schulen noch die Schulbücher zu bezahlen, und wenn man damals in eine Handelsschule ging, musste man für die Buchhaltungsbücher 300 Schilling bezahlen. Das war natürlich für diese Familie eine große Herausforderung und daher war diese Schüler_innenbeihilfe eine große Unterstützung. Es gab Notfallstöpfe und es gab natürlich eine Ausgleichszulage, denn diese Frau hat natürlich nie Monate erworben. Damals gab es das berühmte Aussteuern, auf immer und ewig verheiratet und die Monate wurden ausbezahlt, die eine Frau erworben hat, nur für die Pension war dann nichts mehr da. So gab es dann Gott sei Dank eine Ausgleichszulage. Aus den drei Kindern ist etwas geworden und sie haben ihre Mutter bis ins hohe Alter und in ihrer Pension und in ihrer Lebenssituation sowohl finanziell als auch mental unterstützt. Aber es gab ein soziales Auffangnetz, damals, so wie heute. Jetzt möchte ich den Schwenk machen zum heutigen, hier zum Beschluss zu fassenden neuen SUG. Wir wissen auch hier, und der Kollege Zenz hat das auch schon erwähnt, dass dieses Netz für viele Frauen da ist, weil sie den großen Anteil aus diesem Sozialunterstützungsgesetz bekommen. Sind das Alleinerzieherinnen, sind das Frauen, die trotz Job nicht ein Einkommen zum Auskommen haben, sind das Mindestpensionistinnen und –pensionisten die eben durch eine Ausgleichszahlung ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Nicht wegschauen und nicht verschweigen möchte ich, dass dieses neue Sozialunterstützungsgesetz einem 90%igen Blau/Schwarzen-Korsett vonseiten des Bundes unterliegt, denn damals wurde das beschlossen. Bei 10% Spielraum finde ich, hat man sehr viele Nischen und Gutes gefunden, dass man hier das Beste daraus machen konnte für dieses Steirische Sozialhilfeunterstützungsgesetz. Sei es, dass Spendenzahlungen nicht eingerechnet werden, seien es die Sätze für die Kinder, seien es aber auch die 33 Stellungnahmen, die eingebracht wurden und die zum Großteil berücksichtigt und eingearbeitet wurden. Ganz kann ich euch,

liebe Grüne, nicht entlasten, denn ihr hattet die Möglichkeiten, jetzt, in der jetzigen Regierung, eine Veränderung herbeizuführen und ihr habt es nicht gemacht, das nenne ich auch Verantwortung. Zusätzlich möchte ich erwähnen, und das haben auch schon viele Vorredner gesagt vor mir, dass es das allerwichtigste ist, die Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen. Auch hier hat es viele Maßnahmen, oder gibt es viele Maßnahmen, wie z.B. den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze, die Aus- und Weiterbildungsoffensive gemeinsam mit dem AMS. Auch für Menschen, die schon länger in der Arbeitslosigkeit sind, wurden Jobs geschaffen. Auch mit Unterstützung des AMS und des Landes. Jetzt fließen weitere 40 Millionen in Zukunft für zusätzliche Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, damit die Menschen in einen guten Job kommen. Eine bessere Qualifizierung heißt auch eine bessere Entlohnung. Zum Abschluss, diese Geschichte, die ich am Beginn erzählt habe, war meine Geschichte. D.h., wir schauen nicht weg, damals nicht und heute nicht. Wir helfen, wo Hilfe benötigt wird. In diesem Sinne danke für eure Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.38 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, bitteschön, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (11.39 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, Frau Landesrätinnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende via Livestream!

Wissen Sie, was spannend ist? Für tausende Menschen wird es künftig weniger an Sozialunterstützung geben, weil das Mindestsicherungsgesetz geändert wird und niemand ist schuld dran. Die Grünen sind nicht schuld dran, weil das Gesetz mit der FPÖ gemacht wurde. Die SPÖ ist nicht schuld dran, weil es sich um ein Bundesgesetz handelt. Die ÖVP ist sowieso nicht schuld dran, weil die will Gerechtigkeit gemeinsam mit der FPÖ, die sich ja auch immer als diejenige hierherstellt und sagt, wir wissen, was gut ist für die Österreicher und Österreicherinnen. Letztendlich haben wir gehört von der Kollegin Riener, es ist ein guter Kompromiss, den man gemeinsam mit der SPÖ hier im Land gegangen ist, weil es auch ein Beitrag ist zur Armutsbekämpfung speziell bei Kindern. Ich muss euch ganz ehrlich sagen, da ist euch nicht wirklich viel gelungen, wenn das der Ansatz ist. Wir wissen, wie hoch die Kinderarmut in der Steiermark ist und ich kann hier, und ich bin keine Prophetin, aber ich kann hier mit Sicherheit sagen, dieses Sozialunterstützungsgesetz, diese Umsetzung in der Steiermark wird keinen Deut dazu führen, dass die Kinderarmut verringert wird in der

Steiermark, im Gegenteil, das glaube ich zu 100 %. Wenn Sie, liebe Abgeordnete, auch wenn jetzt schon einige inzwischen den Saal verlassen haben, weil es nicht mehr ganz so interessant zu sein scheint, heute über diese Sozialunterstützungsgesetzregelung abstimmen, die Umsetzung in der Steiermark, dann denken Sie auch bitte darüber nach, dass Sie hier jetzt mit ihrer Abstimmung, wenn sie dem zustimmen, für all jene Menschen große Auswirkungen hat, ihre Zustimmung, die eben jetzt schon ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten können. Alle, die jetzt aktuell Mindestsicherung beziehen, haben ein Einkommen von 949,46 Euro im Monat, mit dem müssen die über die Runden kommen, jetzt. Künftig mit weniger. Als die Bedarfsorientierte Mindestsicherung, der Klaus Zenz hat da sehr lange und gut darüber gesprochen, eingeführt wurde, vor rund zehn Jahren, da hat man in erster Linie davon gesprochen, dass man Armut bekämpfen will. Der zweite Schwerpunkt oder das zweite Ziel war, die Menschen wieder in die Arbeit einzugliedern. Jetzt, mit dem Bundesgesetz, das unter Türkis und Blau beschlossen oder sagen wir einmal, vorbereitet wurde und jetzt mit Türkis und Grün beschlossen wurde, redet man nicht mehr von Armutsbekämpfung. Es steht nämlich dezidiert drinnen bei der Zielformulierung: Die Leistung soll zur Unterstützung des allgemeinen Lebensunterhaltes und zur Befriedigung des Wohnbedarfs beitragen. Nichts mehr mit Armutsbekämpfung. Das ist genau das, lieber Klaus, was du auch gesagt hast und da bin ich zu 100% d'accord. Ich verstehe nur nicht dann das Verhalten der SPÖ hier auf Landesebene, denn alle Kritikpunkte, die du ja genannt hast, und auch Helga, was du gesagt hast, das war sehr berührend, das unterstreiche ich zu 100 %, aber warum geht man dann in der Steiermark den Weg, dass man den Spielraum, den man hier hat, nicht ausnutzt. Ich werde später auf das Thema noch einmal zurückkommen. Aber ich möchte zur ÖVP generell noch etwas sagen. Hat viele Interviews gegeben, vom Kanzler Kurz auch zum Thema Sozialunterstützung und eines habe ich mir herausgesucht, oder ein Zitat, möchte ich vorlesen, wo er sagt und es ist der Herr Kurz, nicht der Herr Kickl oder der Herr Strache, der Herr Kurz hat gesagt: „Die bisherige Mindestsicherung sei viel zu attraktiv für Migranten, für Zuwanderer im Sozialsystem. Das habe man geändert, gleichzeitig aber auch dafür gesorgt, Arbeitengehen wieder attraktiv zu machen. Christlich-sozial ist das, was stark macht und nicht das, was in Abhängigkeit hält...“ usw. usf. Aber was heißt das eigentlich, was der Kanzler Kurz uns da mitteilt? Muss man ein Sozialsystem schaffen, auf das Menschen mit Migrationshintergrund möglichst keinen Anspruch haben? Geht es darum? Oder geht es darum, dass man sagt, Bezieher und Bezieherinnen von Sozialleistungen sind generell, also da sind wir wieder ganz bei der FPÖ, einmal unter dem Verdacht, dieses Sozialsystem

auszunützen und zu missbrauchen. Ist das christlich-sozial? Ich glaube, dass diese Aussagen, die der Bundeskanzler Kurz hier getroffen hat und das ist eines dieser Zitate im Zusammenhang mit der Sozialunterstützung, mehr als euch vielleicht lieb ist, die generelle türkise Politik auf den Grund geht. Es ist ein scharfer rechter Kurs in der Migrations-, Asyl- und Sozialpolitik. Weg vom Sozialstaat, von dem wurde heute auch schon viel geredet, hin zu einer Almosenpolitik. Ich will jetzt gar nicht näher darauf eingehen, wofür der Sozialstaat eigentlich geschaffen wurde oder wofür er eigentlich zuständig ist. Da geht es um soziale Gerechtigkeit. Bei einem Sozialstaat geht es darum, dass jenen geholfen wird, die es eben aus eigener Kraft nicht schaffen. Stichwort Sozialversicherung, Stichwort Unfall- und Krankenversicherung, Stichwort Kinderarbeitsverbot, geht auch auf den Sozialstaat zurück, Pensionsversicherung, Arbeitslosenversicherung, ja wollt ihr das alles nicht mehr haben? Wie oft habe ich in den letzten Jahren von neoliberaler Seite gehört, der Sozialstaat ist ein Auslaufmodell. Ja was tun wir denn mit den ganzen Menschen, wenn es diese Leistungen nicht gibt? Oder schaffen es, so wie es halt die türkise Linie ist, alle aus eigener Kraft und all jenen, die es nicht schaffen, den armen Hascherln, denen geben wir ein bisschen Almosen. Almosen, ohne Rechtsanspruch, Almosen, davon abhängig, ob ich mildtätig sein möchte und lieb bin, dass ich mir vielleicht das Fegefeuer erspare oder sonst irgendwas. Liebe geschätzte Abgeordnete, alle, die ihr hier heute sitzt, entscheidet ihr mit, welchen Weg wir künftig gehen werden. Mir ist schon klar, dass das ein Bundesgesetz ist, aber hier geht es um die Ausführung in der Steiermark. Hier geht es darum, ob wir sagen, wir nützen diesen Spielraum aus und da hilft uns die ganze Unzufriedenheit der Grünen eh nichts, aber wenn sie diese Anträge einbringen, werde ich selbstverständlich zustimmen. Mir wäre auch lieber, ihr hättet auf Bundesebene etwas geregelt. Ganz aus der Verantwortung nehmen, liebe Sandra, könnt ihr euch ganz sicher nicht, denn auch da habe ich ein schönes Zitat gefunden vom Vizekanzler Kogler, das war noch, bevor man sich mit Kurz auf eine Koalition geeinigt hat, da sagte er, „bei einer Koalition mit der ÖVP werde eine Einigung beim Klima allein nicht reichen. Es müsse sich auch in der Sozialpolitik etwas bewegen.“ Tja, bewegt hat sich bis jetzt überhaupt nichts in der Sozialpolitik auf Bundesebene, und wenn, dann gebt mir ein Beispiel, ich nehme es dankend an. Es hilft nichts, es hilft nichts, auch ihr tut da nichts, ihr habt das mehr oder weniger mitübernommen und regt euch jetzt darüber auf, wie schlecht das ist. Da rege ich mich mit auf darüber, (*Beifall bei der KPÖ*) aber es ist halt so. Ihr habt auf Bundesebene es nicht geschafft, die Türkisen in die Schranken zu weisen. Genauso wenig, wie es die SPÖ da auf Landesebene tut. Die ÖVP stellt sich hin und sagt, das ist alles so gerecht, wie hat die

Barbara Riener da auch noch gesagt, ich habe es mir aufgeschrieben, es ein guter Kompromiss. Ja, aber halt auch nur so, wenn du dich hierherstellst, liebe Barbara, naja, die KPÖ, für die ist es viel zu wenig und für die FPÖ ist es immer viel zu viel, naja dann liegen wir ja genau richtig, wenn wir den Weg der Mitte gehen. Es zeigt nur, dass ihr eines verfolgt, keine Haltung zu haben, keine Haltung zu haben. (*LTabg. Riener: „Geh, hör auf.“*) Weil ihr stellt euch nicht hin und sagt, wir sind für diejenigen da, die es brauchen in Form eines Sozialstaates. Ihr seid die Almosengeber_innen geworden und das halte ich für besonders grauslich. Ein Beispiel noch, weil der Mario Kunasek, jetzt ist er leider nicht mehr da, unsere Beispiele erwähnt hat, ich möchte auf zwei Dinge kurz eingehen. Das eine ist, er hat gemeint, der Mann ohne Pensionsanspruch sei ein Ausnahmefall, ein Härtefall. Nein, lieber Mario Kunasek, ist er nicht. Um Pension in Österreich beanspruchen zu können, braucht man mindestens 15 Versicherungsjahre. Das Problem ist, das werden all jene wissen, die sich mit Leuten auseinandersetzen, es gibt sehr viele, die diese 15 Jahre leider nicht zusammenbringen und es gibt auch viele, die sich diese Beitragszeiten dann leider nicht zukaufen können. Also das ist kein Einzelfall. Dann können wir noch über die Energie Steiermark diskutieren, ich selber zahle auch 58 Euro im Monat für den Energieanbieter und dann kommt mein Stromverbrauch dazu, also auch kein Ausnahmefall. Wegen diesen, ich nenne es jetzt „Asylbeispiel“. Ich gehe hier sicher nicht in die Materie ein und debattiere hier, ob das zu viel oder zu wenig ist, aber eines möchte ich auch anmerken, ihr rechnet bei eurem Beispiel dann die Familienbeihilfe dazu. Ist legitim zu sagen, die bekommen das, aber wofür ist denn die Familienbeihilfe? Die ist für die Kinder, egal, welches Einkommen ich habe. Der Herr Kinsky hat sechs Kinder, der verdient nicht wenig als Abgeordneter und ich glaube, nebenher hat er auch noch ein bisschen ein Zubrot, der bekommt auch die Familienbeihilfe. Völlig gerechtfertigt, weil es nicht für ihn ist, sondern für seine Kinder. Ich mache da jetzt einmal einen Punkt, wir werden auch noch dementsprechende Entschließungsanträge einbringen. Aber eines möchte ich wirklich allen, die diesem Gesetz heute zustimmen, ins Stammbuch schreiben. Es ist halt relativ einfach zu sagen als Abgeordneter, mit mindestens 3.000 Euro netto im Monat, tue ich mir relativ leicht zu sagen, naja, das sind eh Peanuts. Aber Sie treffen weitreichende (*Erste Präsidentin Khom: „Frau Klubobfrau, bitte Schlusssatz.“*) Entscheidungen, die jene Menschen treffen, die Peanuts zur Verfügung haben, im Monat, nämlich die Mindestsicherung und künftig wenig, und nicht einzelne Härtefälle, sondern ganz, ganz viele. Aber, (*Erste Präsidentin Khom: „Schlusssatz bitte.“*) das ist ihre Entscheidung. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der KPÖ – 11.51 Uhr*)

Erste Präsidentin Khom: Wir sind in der heutigen Sitzung wieder zu den normalen Redezeiten zurückgekehrt. Zehn Minuten für jeden Abgeordneten und ich bitte euch, euch auch daran zu halten, danke. Nächster Redner Abgeordneter Wolfgang Moitzi, bitteschön Herr Kollege.

LTabg. Moitzi – SPÖ (11.51 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landesrätinnen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Vielleicht noch kurz zu dir Claudia, bevor ich anfangen. Die KPÖ hat nicht die soziale Frage für sich gepachtet, und wir alle da herinnen haben gelobt, dass wir die Verfassung Österreichs, die Gesetze respektieren, und dazu gehört, und da sage ich leider heute dazu, auch Grundsatzgesetze umzusetzen, die der Bund vorgibt. Deshalb sitzen wir heute da. (LTabg. Klimt-Weithaler: „Unverständlicher Zwischenruf.“) Nein, ich werde dann.... Lasse mich einmal ausführen, du kannst dich danach zu Wort melden, deshalb stehen wir heute da als Koalition, als Steirischer Landtag, dass wir das Grundsatzgesetz, das unter Schwarz/Blau eingeführt worden ist in der Steiermark, vollziehen. Ich sage ganz ehrlich, ich mach da aus meinem Herzen keine Mördergrube, für mich als Abgeordneter ist das kein Freudentag und es ist auch sozialpolitisch kein Freudentag, weil dass wir heute die Mindestsicherung auch für viele Steirerinnen und Steirer wesentlich kürzen müssen, hat damit zu tun, dass der Bund ein Gesetz vorgibt, das in vielen Dingen, aus meiner Sicht, sozialpolitisch hinter dem liegt, was wir in der Steiermark jetzt als geltendes Gesetz haben. Der Grundgedanke der Mindestsicherung war, wie sie eingeführt worden ist, dass die Armutsbekämpfung im Mittelpunkt gestanden ist. Es ist drinnen gestanden, wir in Österreich wollen die Armut bekämpfen. Im jetzigen Grundsatzgesetz, wie es auch mein Kollege Klaus Zenz schon ausgeführt hat, steht leider kein Wort drinnen, dass Armutsbekämpfung ein Ziel des Gesetzes ist. Ich glaube aber, dass es vor allem in Zeiten von Corona, wo wir Rekordarbeitslosigkeit haben, wo wir hunderttausende Leute in Kurzarbeit haben, die Armutsbekämpfung so wichtig wie noch nie ist und deshalb erfüllt es mich nicht mit Stolz und auch nicht mit Freude, dass wir dieses Gesetz heute umsetzen müssen. Ich möchte nur kurz auf ein paar Dinge noch hinweisen, weil es immer wieder von den Grünen gekommen ist, sie haben da so gekämpft. Ich glaube, die einzigen, die auf Bundesebene wirklich dafür gekämpft haben, dass sich etwas verbessert essentiell, war die SPÖ. Ich möchte auch allen 21 Bundesräten und Bundesrätinnen der SPÖ danken, die eine Drittelklage eingebracht haben. Weil was haben sie verbessert? Ich möchte das nur kurz aufzählen. Es wäre im Erstentwurf drinnen gewesen, dass ein Kind, das

dritte Kind nämlich, 44 Euro im Monat bekommt. Ja, da gebe ich der Claudia Klimt-Weithaler schon recht, dass man sich als Abgeordneter leicht tut mit drei Kindern, dass man dann sagt, man bringt sein Kind gut über die Runden. Mit 44 Euro Mindestsicherungsbezieher ein Kind zu ernähren, wird ja nicht möglich sein. Und der VfGH hat das zum Glück auch so gesehen und die absurd niedrigen 44 Euro als verfassungswidrig beurteilt. Dasselbe ist mit den Sprachkenntnissen. Ich weiß, und der Mario Kunasek ist gerade nicht da, da trennt uns ideologisch viel. Aber es ist keine ideologische Frage, ob ein Kind in Österreich, nur, weil es einen anderen Pass hat, vielleicht im Winter auf der Straße erfriert. Ich finde, das ist eine menschliche Frage, ob wir in Österreich es ermöglichen, dass Kinder, egal, woher sie kommen, manche in Österreich leben, nicht auf der Straße erfrieren, weil sich seine Eltern vielleicht kein Dach über den Kopf leisten können und auch das hat der VfGH gekippt, dass die Verknüpfung der Sozialhilfe mit den Sprachkenntnissen kombiniert worden ist. Der dritte Punkt ist, dass die Übermittlung von personenbezogenen Daten auch vom VfGH auf Grundlage des SPÖ-Antrages für VfGH-widrig gekippt worden ist. Auf diese Sachen bin ich stolz, dass die gekippt worden sind und ich bin auch stolz darauf, dass das, was die Frau Landesrätin durchgesetzt hat, nämlich, dass es keine Schlechterstellung für Menschen mit Behinderung gibt, was im ersten Entwurf auch drinnen war, rückgängig gemacht worden ist. Ich bin auch froh, dass Spenden nicht mehr einberechnet werden. Das waren alles die Punkte, die die Sozialdemokratie erkämpft hat. Ja, auch mit der ÖVP in einigen Punkten natürlich, in der Sozialhilfe, aber alles in allem liegt jetzt ein Gesetz am Tisch, das ich guten Gewissens vertreten kann, weil wir viele Punkte damit durchgesetzt haben. Die Sozialberatung, was der Robert Reif angesprochen hat, dass wir Menschen dazu ermächtigen, wirklich wieder in den Arbeitsmarkt zu kommen, dass sie ihre Probleme angehen, dass es auch flächendeckende Sozialarbeiter, Case & Care-Management gibt, dass wir den Alleinverdienerbonus umsetzen, dass wir Arbeitsmarktprojekte gleichzeitig machen, Mindestsicherungsbezieherinnen und –bezieher unterstützen, also diese Punkte halte ich für extrem wichtig, dass wir diese in der Steiermark angehen. Einen letzten Punkt noch zur FPÖ, weil das auch immer wieder in der Diskussion genannt worden ist, als Kritik, dass keine weiteren Sozialleistungen ausbezahlt werden. Ich halte das als einen der größten Schwachpunkte und Unmenschlichkeiten des Gesetzes, dass es uns als Landesgesetzgeber nicht erlaubt wird, zusätzlich Sozialleistungen für Mindestsicherungsbezieherinnen und –bezieher auszuzahlen. Ich habe das bis jetzt für eine gute Regelung gefunden, dass wir die Wohnunterstützung ausbezahlen haben. Ich weiß, und die FPÖ hat das auch immer wieder

kritisiert, aber ich möchte nur diese Doppelmoral aufweisen. Wisst ihr, wem ihr Wohnunterstützung bezahlt habt mit einem Einkommen von 19.674 Euro? Eurem ehemaligen Parteivorsitzenden und Vizekanzler. Dem habt ihr Monat für Monat 2.500 Euro ausbezahlt und gleichzeitig seid ihr es jenen neidig, die im Durchschnitt von September bis jetzt, aktuelle Daten, von September bis jetzt, 360,40 Euro bekommen durchschnittlich Mindestsicherungsbezieherinnen/-bezieher in der Steiermark. 360 Euro. Denen sind wir es zu neidig, dass wir eine Wohnunterstützung auszahlen dürfen. Das ist eine Sozialpolitik, wo uns zum Glück von der Sozialdemokratie und der FPÖ Welten trennen, weil das ist nicht eine Sozialpolitik, die ich für gerecht finde. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Ein letztes Wort noch dazu, ich glaube, wir müssen in den nächsten Monaten und Jahren wahrscheinlich alles dafür tun, dass die Corona-Krise keine weitere soziale Krise wird. Wir müssen in den Arbeitsmarkt investieren, wir müssen in das Bildungssystem investieren und gerade jetzt hat es gezeigt, dass der Sozialstaat so wichtig wie nie zuvor ist. Der Sozialstaat hat in der Krise bewiesen, dass er kein Relikt von gestern ist, sondern dass er das Einkommen und das Auskommen von hunderttausend Österreicherinnen und Österreichern sicherstellt. Ich glaube, wir haben im Land auf Bundesebene noch das Beste herausgeholt. In diesem Sinne ein Danke an die Frau Landesrätin für das Gesetz und ich hoffe, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten und Jahren auf Bundesebene vielleicht eine Mehrheit haben, dass wir dieses Grundsatzgesetz einmal ändern können, damit wir in der Steiermark wieder zu dieser Mindestsicherung zurückgehen können, die wir jetzt gehabt hätten, weil das sicher die bessere ist. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.58 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, Herr Kollege Moitzi. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Marco Triller. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTabg. Triller, BA MSc. – FPÖ (11.58 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätinnen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher! Lieber Kollege Moitzi! Ich möchte nur ganz kurz darauf eingehen, was du zuletzt gesagt hast betreffend der Freiheitlichen Partei. Ich würde an deiner Stelle da schon eher zurückhaltend sein, denn, wenn ich mir deinen Parteigenossen, den Beppo Muchitsch, anschau, der sich mitten in der Wiener Innenstadt um 200 Euro eine Billigstwohnung, die eigentlich um einiges mehr wert wäre, gemietet hat, oder euer ehemaliger Parteivorsitzender, Ex-Bundeskanzler Christian Kern, der eine saftige Aufzahlung zu seinem Klubobmann-Gehalt bekommen hat,

damit er wieder auf das Kanzlergehalt kommt – würde ich an deiner Stelle sehr, sehr still sein. *(Beifall bei der FPÖ)* Jetzt zum Thema „Sozialunterstützung“: Es fehlt in der Steiermark seit Jahren an Härte – mir kommt auch zum Teil vor – und auch der Wille, gegen Sozialbetrüger vorzugehen. Dargestellt ist es insofern, dass Gesetze und Erläuterungen, die sich mit Kann- und Sollbestimmungen widersprüchlich widersprechen, dann werden Ermahnungen ausgesprochen, statt Strafen. Es gibt eine Nachlässigkeit beim Zurückfordern von zu Unrecht bezogenen Leistungen. Das hat keine wirklich abschreckende Wirkung, im Gegenteil. Es lädt verschiedenste Personen wahrlich zum Sozialbetrug ein. Wenn ich vom Sozialbetrug auch spreche, möchte ich da ein paar Daten Ihnen zur Kenntnis bringen. Im Jahr 2019 wurden 2.003 Sanktionen ausgesprochen. Davon 1.005 gegen nicht österreichische Staatsbürger, das sind immerhin 50 Prozent, obwohl in der Steiermark nur 11 % an ausländischen Staatsbürgern wohnen. In den Jahren 2016 bis 2019 waren 1.468 Fälle eines unrechtmäßigen Bezuges bekannt, angezeigt wurden lediglich 130 Fälle, davon 40 % nicht österreichische Staatsbürger. Also es fehlt hier an der notwendigen Härte gegenüber Sozialbetrügern. So etwas spricht sich ja in den verschiedensten Ländern herum. Sie brauchen nur mit Vertretern von Nachrichtendiensten, aber auch des Verfassungsschutzes sprechen. Die wissen ganz genau, was sich in verschiedensten Ländern südlich von Österreich, südlich von Europa auch abspielt. Da wird natürlich auch davon gesprochen, dass es in Österreich Bundesländer gibt, wo Sozialhilfe leicht und in einem hohen Ausmaß auch empfangen werden kann. Das lädt nicht nur Menschen aus Ländern ein, die nicht so wohlhabend sind wie Österreich, sondern vor allem auch die Schleppermafia. Mit so einem – sage ich – liberalen Sozialunterstützungsgesetz macht das natürlich auch die Runde und die Schlepper werden nicht davor Halt machen, Österreich jetzt auszunehmen und andere Länder zu bevorzugen. Nein, im Gegenteil. Es wird so sein, dass durch dieses Sozialunterstützungsgesetz weiterhin die Schleppermafia ihr Handwerk stellen wird. Ich möchte aber trotzdem auf ein paar Bestimmungen eingehen, und zwar einerseits auf den § 7 Abs.2, das ist der Einsatz der Arbeitskraft, wo festgelegt wird, dass Bezugsberechtigte, die das Arbeitslosengeld oder Teile davon aufgrund eines Fehlverhaltens verlieren, keine Aufzahlung durch die Sozialunterstützung erfahren. Ihnen“ – und ich zitiere – „ist für die Dauer des Anspruchsverlustes nur jene Leistung gem. § 8 zu gewähren, die ohne diesen Anspruchsverlust gebühren würde.“ Zitat Ende. Wir haben da eine Ist-Bestimmung im Gesetz, aber die Erläuterungen haben folgendes vorgesehen. Die Erläuterungen sehen keine Ist-Bestimmung vor. Da steht nämlich eines: „Sperrern wegen Arbeitsunwilligkeit u.a. nach §

10 und § 49 a AIVG besteht keine Verpflichtung.“ Auch hier sieht man wieder diese Widersprüche, die es in den Vorgängergesetzen ebenfalls schon gegeben hat. Zwar hat die zuständige Abteilung 11 dargestellt, dass sie sich an das Gesetz halte, dass man sich daran halten soll. Aber ich denke mir, draußen, bei den Bezirksverwaltungsbehörden die Personen, die Mitarbeiter, die dieses Gesetz dann umsetzen müssen, da kann es dann wieder zu schwierigen Entscheidungen kommen. Ja, was mache ich mit denjenigen? Wie handle ich da? Da gibt es keine klaren Richtlinien und diese Richtlinien müssen unbedingt umgesetzt werden. (*Beifall bei der FPÖ*) Ähnlich ist es im § 7 Abs.2 und da möchte ich auch auf Frau Klubobfrau Riener kurz eingehen, die gesagt hat: „Ja, es ist dann sowieso zuerst mit 25 % bei Verfehlungen zu kürzen und in weiterer Folge mit 40 % und dann 60 % für die Dauer von drei Monaten – drei Monaten. Aber dann solltet ihr euch bitte als ÖVP z.B. ein Beispiel an Niederösterreich oder Oberösterreich nehmen, wo bei der ersten Verfehlung eine 50%-ige Kürzung stattfindet. 50 % bei der ersten Verfehlung und nicht erst bei der dritten Verfehlung 60 % für die Dauer von drei Monaten. Auch da sieht man, dass hier die dementsprechende Ernsthaftigkeit aber auch Härte diesbezüglich fehlt und da sind Oberösterreich und Niederösterreich schon viel weiter als die Steiermark und haben da ein strengeres Ausführungsgesetz. Im § 13 Informationspflicht hat im Allgemeinen zu bestehen, jetzt bei der Beantragung, wo es darum geht, dass die antragsberechtigte Person einen Lichtbildausweis vorweist, einen Staatsbürgerschaftsnachweis, eine Geburtsurkunde, Meldezettel – also verschiedenste Nachweise bringt, und es steht ja auch drinnen, es kann – da haben wir wieder eine Kannbestimmung in den Erläuterungen – zu Abweisungen führen, wenn dieser Mitteilungspflicht nicht nachgekommen wird. Auch da fordern wir eine Ist-Bestimmung und diese Person hat diese Nachweise zu bringen, ansonsten, ist es aus freiheitlicher Sicht so, dass diese Person nicht unterstützungswürdig ist. Zuletzt möchte ich noch auf die Strafbestimmungen eingehen, § 29, was die Strafregelung regelt, die möglichen Verwaltungsstrafbestände und führt die möglichen Geldstrafen zu Verwaltungsübertretungen an. Das heißt, bei der erstmaligen Verfehlung gibt es im Endeffekt nur einen Aktenvermerk, wo das festgehalten wird, anstatt dass man von Haus aus bei Verfehlungen sofort mit der Klinge nach oben zeigt und sagt: „So geht das nicht und da muss es auch Strafbestimmungen auch geben.“ Nein, es gibt einen Aktenvermerk und im Endeffekt passiert gar nichts und das ist Problem. Das öffnet natürlich Sozialbetrüger natürlich Tür und Tor und das gilt es zu verhindern. (*Beifall bei der FPÖ*) Also es gibt in diesem Sozialunterstützungsgesetz schon einige Dinge aufzuarbeiten und ich möchte daher folgenden Entschließungsantrag einbringen.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Steiermärkischen Sozialunterstützungsgesetz (StSUG)

1. sämtliche Kann-Bestimmungen in den Erläuterungen entsprechend an die Ist-Bestimmungen im Gesetz anzupassen und somit für eine klare Auslegung beim Vollzug zu sorgen,
2. den mit dem Vollzug der zukünftigen Sozialunterstützung betrauten Mitarbeitern umgehend ein Handbuch mit Handlungsanleitungen (insbesondere mit Entscheidungsbäumen für einzelne komplexe Verfahrensschritte und Berücksichtigung der gesetzlichen Ermessensspielräume) zur Verfügung zu stellen und es dem Landtag zur Kenntnis zu bringen,
3. die Beratungs- und Betreuungsleistungen gemäß § 12 StSUG zumindest einmalig verpflichtend vorzusehen,
4. die Höhe von Kürzungen gemäß § 7 StSUG bei erstmaligen Verstößen von 25 auf mindestens 50 Prozent zu heben, darüber hinaus auch die Einstellung sämtlicher Leistungen zu ermöglichen sowie die „Verjährungsfrist“ von sechs auf 18 Monate anzuheben,
5. die unter §§ 13 und 16 StSUG vorgesehene Kann-Bestimmung hinsichtlich der Abweisung von Anträgen als verpflichtend festzulegen,
6. den gemäß § 29 StSUG vorgesehenen Aktenvermerk beim erstmaligen Verstoß gegen § 17 StSUG ersatzlos zu streichen und stattdessen eine Anzeigepflicht für die Behörden vorzusehen und

die unter Einarbeitung der vorhergehenden sechs Punkte zu erstellende Novelle des Sozialunterstützungsgesetzes dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ich bitte um Annahme. (*Beifall bei der FPÖ – 12.09 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. (FH) Stefan Hofer. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Mag. (FH) Hofer - SPÖ (12.09 Uhr): Werte Frau Präsidentin, geschätzte Landesrätinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!
Zum vorliegenden neuen Sozialunterstützungsgesetz in der Steiermark wurde heute im Rahmen der Debatte schon viel gesagt und ich möchte daher auf keine weiteren Details eingehen, sondern ein paar grundsätzliche Bemerkungen machen. Wobei ich zu Herrn Abgeordneten Reif nur kurz sagen möchte, es geht uns beim vorliegenden Gesetz in erster

Linie um Rechtsansprüche. Und Impulse, damit Menschen den Sprung in den Arbeitsmarkt schaffen, sind im vorliegenden Gesetz auch durchaus gegeben. Zu Herrn Abgeordneten Triller: Lieber Marco, bei aller Wertschätzung, ich würde dich bitten, bei einer Debatte über sozial Schwächere, die sich in Situationen befinden, in denen du wahrscheinlich und hoffentlich noch nie warst, Begrifflichkeiten wie Sozialbetrüger nicht zu verwenden. *(Beifall bei der SPÖ)* Liebe Kolleginnen und Kollegen ich habe selbst einige Jahre eine berufliche Tätigkeit im Sozialressort verbracht und ich weiß daher, wie sensibel dieser Bereich ist. Oft geht es darum, einen Mittelweg zwischen jenen, denen vieles zu weitreichend ist, zu finden und anderen, die viel mehr fordern. Ich kann mich noch gut erinnern, ich blicke da zur Abgeordneten Klubobfrau Riener hinüber, wie wir hier das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz diskutiert und im Haus auf den Weg gebracht haben. Zusätzlich gilt es oft, wie auch bei diesem Gesetz, Rahmenbedingungen, die durch Grundsatzgesetze des Bundes vorgegeben werden, zu berücksichtigen und zusätzlich gilt es dann auch in einer Koalition bzw. in der Demokratie ganz generell Kompromisse zu finden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wundern kann ich mich aber wieder einmal nur über das Verhalten der Grünen Fraktion. Dass Regierungsarbeit einem viel abfordert, wissen wir als staatstragende Partei. Dass man aber so mit gespaltener Zunge spricht wie die Grünen, ist beispiellos in dieser Republik. *(KO LTAbg. Krautwaschl: Unverständlicher Zwischenruf)* Du kannst dich gerne selbst zu Wort melden. Stichwort „Abschiebungen“, noch dazu von Kindern. Liebe Kollegin, du hast, glaube ich, heute gesagt, aus Sicht der Grünen sind alle Kinder gleich viel wert. *(Beifall bei der SPÖ)* Steuergerechtigkeit – jetzt die jüngste Causa unter dem amtierenden Finanzminister usw. usw.. Liebe Sandra Krautwaschl, du hast von bestmöglichen Lösungen gesprochen. Sind das die bestmöglichen Lösungen aus Sicht der Grünen? Auch in der vorliegenden Materie wird das wieder deutlich. Hier wird ein Gesetz hier im Landtag kritisiert und auf Bundesebene, bei der Grundsatzgesetzregelung, ist man widerstandsloser Vollstrecker eines Gesetzes, das die Handschrift der Freiheitlichen Exministerin Hartinger-Klein trägt. Man merkt halt wieder, es ist leicht, in der Opposition große Töne zu spucken, in der Regierungsarbeit Dinge dann wirklich in die Tat umzusetzen ist viel schwerer. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, ich habe schon fast Mitleid mit euch aufgrund eurer Willens- und Hilflosigkeit auf Bundesebene. Ich kenne nämlich persönlich auch einige ehemalige Grünwählerinnen und Grünwähler, die nach den Erfahrungen mit Grünen in der Regierung jetzt meinen, sie würden nie mehr Grün wählen, geschweige denn, sich für diese Partei engagieren. Das ist auch schon in den Umfragen

spürbar. Also, liebe Grüne, aufgepasst – eventuell erledigt sich die Diskussion, ob man zukünftig auf Elektrodienstwägen umsteigt bzw. auf Dienstwägen verzichtet, von selbst. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend – gerade in der Krise sieht man das wieder deutlich – eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und Bürgerlichen ist doch besser für das Land. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.14 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Veronika Nitsche. Bitte, Frau Kollegin.

LTAbg. Nitsche, MBA - Grüne (12.14 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen und liebe Zuschauerinnen und Zuschauer via Livestream!

Wie gesagt, es wurde schon viel gesagt zum Steiermärkischen Sozialunterstützungsgesetz. Auch ich habe dazu schon viel gesagt – nicht mit „gespaltener Zunge“ allerdings. Gerade aus dieser Ecke wurde ich sehr stark kritisiert dafür, dass ich eben im Entwurfstadium mich zu Wort gemeldet habe oder wir uns zu Wort gemeldet haben und konkrete Vorschläge und Anträge eingebracht haben. Was uns eigentlich von einigen Parteien unterscheidet, da auch sehr von der KPÖ, die das erste Mal einen Antrag zu diesem Thema eingebracht hat. Ich bin ganz froh, weil wir wurden immer auf die Ausschüsse verwiesen und auf parlamentarische Abläufe und ich habe das jetzt miterlebt und bin froh, dass wir beharrlich geblieben sind und auch schon ganz früh Vorschläge eingebracht haben. Wir sind uns einig, es geht da um dieses letzte soziale Netz, es geht auch um viele tausende Personen. Klaus Zenz hat es auch gesagt, es sind 16.000 Bezieherinnen und Bezieher, 75 % eben die sogenannten Aufstocker_innen und ein Drittel ungefähr sind die Kinder. Denn, wie ich das jetzt erlebt habe, vom Zeitpunkt, wenn das Gesetz in den Ausschuss kommt, bis es dann in den Landtag kommt, da gibt es wirklich wenig Zeit und Möglichkeiten, darauf einzuwirken. Das ist eben das Thema – das Einwirken und der Wirkungsbereich und der Verantwortungsbereich. Das ist hier auch unser Thema. Man kann das schon auf die Bundesregierung, auf die Grünen auf der Bundesregierungsebene schieben oder irgendwo hin- und herschieben. Aber wichtig ist, was sind die Zuständigkeiten von *(Unruhe unter den Abgeordneten der SPÖ)* uns in diesem Bereich. Ich sehe mich als Landtagsabgeordnete der Grünen in der Steiermark und in dieser Rolle bin ich auch hier und in dieser Rolle bringe ich meine Vorschläge ein und unsere Anträge. *(Beifall bei den Grünen)* Da geht es eben um das Einwirken. Das ist eben das

Thema, dass es um das Einwirken geht. Es geht nicht darum, Barbara Riener, dass Fragen im Ausschuss beantwortet werden. Es geht darum, dass wir einwirken können. Ich bin auch froh, dass es uns noch gelungen ist, eben zwischen diesem Ausschuss oder für den Ausschuss und die Landtagssitzung, die ersatzlose Streichung der Bescheidpflicht bei Einschränkung der Grundversorgungsleistung an Asylwerbende abzuwenden. Das ist eine Frage der Rechtssicherheit und wäre ein massiver Eingriff in den Rechtsschutz gewesen, gerade der Ärmsten und Armen. Aber noch zurück zum Gesetzesentwurf, im § 8 des Stmk. Sozialunterstützungsgesetzes, der legt den Kreis der Bezugsberechtigten fest, und erfreulicherweise finden sich da auch im Gegensatz zum Begutachtungsentwurf neben den Österreicherinnen und Österreichern die Asylberechtigten, EWR-Bürgerinnen und EWR-Bürger auch Menschen mit dem sogenannten humanitären Bleiberecht. Das war auch eine unserer Forderungen. Wir wollen auch noch darauf hinweisen, dass es eben fremdenrechtliche Besonderheiten gibt und darauf zielt auch unser Entschließungsantrag hin und das ist eben auch ein Bereich, wo wir Verantwortung haben, was in unserem Wirkungsbereich ist – also wäre es schön, wenn man diesem zustimmen würde. Es ist nämlich so, dass seit dem Jahr 2014 das humanitäre Bleiberecht nicht mehr von den Landesbehörden nach dem Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, sondern zunächst vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl nach dem Asylgesetz als Aufenthaltsberechtigung oder als AufenthaltsberechtigungPlus zuerkannt wird. Erst danach erfolgt der Umstieg ins Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz. Aktuell findet es sich in der Auflistung der bezugsberechtigten Aufenthaltstitel im Sozialunterstützungsgesetz, da scheinen aber diese Aufenthaltsberechtigung und AufenthaltsberechtigungPlus noch nicht auf. Es ist zwar gesagt worden, dass diese Auflistung demonstrativ ist und es ist auch aufgrund des Gesetzeswortlautes davon auszugehen, dass diese Personen mit diesen Aufenthaltstiteln bezugsberechtigt sind, allerdings wäre eine Klarstellung im Rahmen der Vollziehung in Form eines Erlasses zu begrüßen. Zusätzlich ist auch noch zu bedenken, dass Menschen mit humanitärem Bleiberecht erst nach einem fünfjährigen Aufenthalt zum Bezug von Sozialunterstützung berechtigt sind und für den Fall, wo dieses humanitäre Bleiberecht vor Ablauf dieser fünf Jahre zuerkannt wird, gilt es, die soziale Absicherung dieser Menschen zu gewähren, da andernfalls der Verlust der elementaren Grundversorgung droht – also des Wohnplatzes, der Krankenversicherung.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der Vollziehung sicherzustellen, dass

1. Personen mit humanitärem Bleiberecht nach § 55 AsylG nach fünf Jahren des rechtmäßigen Aufenthalts Sozialunterstützung erhalten und
2. Personen mit humanitärem Bleiberecht vor Ablauf der 5 Jahre des rechtmäßigen Aufenthalts grundversorgt sind.

Das sind Angelegenheiten, die tatsächlich in unserem Wirkungsbereich liegen, wo man heute noch zustimmen kann und ich ersuche um Annahme. Vielen Dank. *(Beifall bei den Grünen – 12.20 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Julia Majcan. Bitte, Frau Kollegin.

LTAbg. Majcan, BSc MSc - ÖVP (12.20 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, werte Zuhörerinnen und Zuhörer via Livestream!

Liebe Kollegin von der KPÖ, mir kommt schon manchmal so vor, als hätte die KPÖ oder würden sie so tun als wären sie die Einzigen im Land, die die soziale Verantwortung gepachtet haben und nur die KPÖ hat Lösungen. Ich möchte an dieser Stelle schon betonen, dass dem nicht so ist und diese steirische Landesregierung die politische Verantwortung, aber auch die soziale Verantwortung in diesem Land sehr, sehr ernst nimmt und nach dieser Verantwortung auch handelt. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Als Sprecherin für Arbeit ist mir aber an dieser Stelle besonders wichtig anzusprechen, dass unser aller Ziel doch sein muss – und ich glaube, da sind wir uns in diesem Punkt über alle Parteigrenzen hinweg einig, dass die Menschen wieder so schnell wie möglich dauerhaft in Beschäftigung müssen. Neben aller wichtigen Unterstützung, die die Sozialunterstützung in den Notlagen auch bringt, soll aber trotzdem vermieden werden, dass der Bezug von Sozialunterstützung ein Dauerzustand wird. Das heißt, raus aus der Sozialunterstützung, rein in die Wirtschaft und am Arbeitsmarkt wieder Fuß fassen – genau sieht dieses steirische Sozialunterstützungsgesetz einiges an Anreizen und Unterstützung vor. Zum einen gibt es künftig die verpflichtende Sozialberatung. Das heißt, Menschen werden dabei unterstützt bei Behördengängen oder auch bei der Meldung beim Arbeitsmarktservice, also Hilfe und Unterstützung nach dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“. Zum anderen, ein weiteres wichtiges Instrument, aber vor allem meiner Meinung

nach oder unserer Meinung nach ein wichtiger Anreiz ist der Einkommensfreibetrag, und dieser Einkommensfreibetrag ist vom Grundsatzgesetz des Bundes hier voll ausgeschöpft. Also liebe KPÖ, liebe FPÖ, ich weiß nicht ob ihr da nicht richtig gelesen habt. Es ist dieser Einkommensfreibetrag von 35 % hier voll ausgeschöpft. Das heißt jetzt ganz konkret: Hat jemand einen laufenden Bezug von Sozialunterstützung und nimmt eine Erwerbstätigkeit auf, so werden vom bezogenen Nettoeinkommen 35 % nicht in die Bemessung der Sozialunterstützung einbezogen. Das heißt, Menschen, die wieder beginnen, auf eigenen Beinen zu stehen, werden hier ganz klar dafür belohnt. Denn, wie bereits erwähnt, hat dieses Gesetz das Ziel, neben der notwendigen Unterstützung in Notlagen, die die Menschen brauchen, auch wieder rasch und dauerhaft die Menschen in Beschäftigung zu bringen. Dafür eben ist der Einkommensfreibetrag ein ganz klarer Anreiz und mit der verpflichtenden Sozialberatung hat man Hilfe zur Selbsthilfe geschaffen. Neben diesen Anreizen und Instrumenten in Bezug auf den Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit bietet dieses Gesetz aber vor allem auch Schutz – nämlich Schutz für die besonders schutzbedürftige Bevölkerung und Personengruppen in unserer Gesellschaft, nämlich die Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher und die Menschen mit Behinderung. Für diese Gruppen wird es in Zukunft Zuschläge geben, nämlich Zuschläge für Menschen mit Behinderung und Zuschläge für Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher. Abgesehen vom Sozialunterstützungsgesetz werden auch das Wohnunterstützungsgesetz, das Grundversorgungs- und Behindertengesetz und das Sozialhilfegesetz novelliert, weil es hier an dieser Stelle notwendig ist. Gerade über das Sozialhilfegesetz ist ja noch gar nicht so viel gesprochen worden heute, ist mir aufgefallen. Als Sprecherin für Menschen mit Behinderung ist mir aber an dieser Stelle auch ganz, ganz wichtig anzumerken, dass behinderte Menschen, die Lebensunterhalt nach dem Behindertengesetz bekommen, wenn sie dadurch weniger erhalten würden als behinderte Menschen, die Sozialhilfe beziehen, hier entsprechend aufstocken können. Das heißt, behinderte Menschen, nach dem Behindertengesetz ..., werden hier nicht schlechter gestellt als behinderte Menschen, die Sozialunterstützung beziehen. Natürlich, ich glaube, da sind wir uns auch alle einig, kann das einem jeden passieren, dass man in besondere Notlagen gerät und dafür eben ist dieses steirische Sozialunterstützungsgesetz wie auch das bisherige steiermärkische Mindestsicherungsgesetz ein gutes Auffangnetz. Zusammenfassend kann jetzt gesagt werden, das steirische Sozialunterstützungsgesetz soll notwendige Sozialleistungen erbringen für alle, die es brauchen. Neben diesen notwendigen Sozialleistungen auch Unterstützungsmöglichkeiten bieten, damit Menschen wieder so rasch wie möglich und vor

allem dauerhaft am Arbeitsmarkt Fuß fassen können. Herzlichen Dank. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.25 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Stefan Hermann. Bitte, Herr Kollege.

LTAbg. Mag. Hermann, MBL – FPÖ (12.26 Uhr): Danke sehr, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen auf der Regierungsbank, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher!

Im Dezember 2010 ist hier herinnen mit Stimmen der SPÖ und ÖVP die bedarfsorientierte Mindestsicherung beschlossen worden. Damals waren es 837 Euro netto, mittlerweile sind es 950 Euro netto. Ziel – und das Ziel ist ja etwas Positives – war die rasche Integration arbeitsloser Menschen in den Arbeitsmarkt und die Sicherung des Lebensunterhaltes und des Unterkunftsbedarfs. Leider ist dieses sozialromantische Kartenhaus an der Realität gescheitert und in sich zusammengebrochen. Denn statt einer Überbrückung für Personen in schwierigen Situationen wird es nun teilweise als bedingungsloses Grundeinkommen wahrgenommen und es bietet Anreiz für Wohlstandsmigranten aus aller Herren Länder für die Zuwanderung in unser Sozialsystem. Es hat sich also diese Mindestsicherung weg entwickelt, weg entwickelt von einem sinnvollen und notwendigen Auffangnetz für Steirer, die unverschuldet in die Armut geschlittert sind, hin zu einem sozialen Magneten, der Wohlstandsmigranten aus aller Herren Länder zu uns zieht. (*KO LTAbg. Schwarz: „Also das sind Vergleiche.“*) Die Differenz zwischen dem wirklich erarbeiteten Geld und der für das Nichtstun zugeschobenen Mittel ist schlichtweg zu gering. Dass es ein attraktives System auch ist, das zeigt auch die aktuelle Wifo-Studie, (*LTAbg. Zenz: Unverständlicher Zwischenruf*) auf die unser Herr Klubobmann schon eingegangen ist. Herr Kollege Zenz, du hast eine sehr gute Wortmeldung am Vormittag gehalten. Ich habe sehr gut zugehört. Du hast über das Märchen der Grünen und der ÖVP gesprochen, von den Besten aus zwei Welten. Jetzt wissen wir schön langsam, das ist ein Krieg der Welten. Du hast auch hier ein Märchen erzählt. Und zwar hast du das Märchen so erzählt, wie ich meiner 2jährigen Tochter Märchen erzähle, dass ich nämlich nur die positiven Dinge herausstreiche und gewisse negative Dinge weglasse. Du bist auf die Zahlen eingegangen, du hast davon gesprochen, dass es 16.000 Mindestsicherungsbezieher gibt. Du hast aber nicht mehr erwähnt, dass von diesen 16.000 Beziehern, also im Dezember vorigen Jahres waren es 7.885 Ausländer, das sind fast 50,3 %. Du hast auch nicht erwähnt,

dass bei den vollunterstützten Mindestsicherungsbeziehern – das sind 3.967 im Dezember gewesen – 56,5 % Ausländer sind, und dass von den voll unterstützten Mindestsicherungsbeziehern 51 % Asylanten sind. Also jeder zweite, voll unterstützte Mindestsicherungsbezieher in der Steiermark ist ein Asylberechtigter. Dafür war das System mit Sicherheit nicht gedacht, Herr Kollege Zenz. (Beifall bei der FPÖ) Die Kosten für die Mindestsicherung haben insgesamt in den letzten Jahren 570 Millionen Euro betragen. Das hat dieses gute Sozialhilfegrundsatzgesetz unter ÖVP und FPÖ auf Bundesebene gegeben und das Ziel war es, Missbrauch abzustellen, für mehr Fairness zu sorgen und den Leistungsgedanken auch wieder in den Vordergrund zu stellen. Eine Intention dieses Gesetzes waren genau die Familien. Man hat hingeschaut: Wo sind denn die Kostentreiber? Man hat gemerkt, dass besonders kinderreiche Familien in einen Genuss der Sozialunterstützung auch kommen. Hier hat man Einschleifungsregelungen getroffen. Hier habe ich auch ein paar Zahlen für Sie. Das sind zwar Zahlen aus dem Juli 2019, aber die kann man sicher noch heranziehen. Es gibt in der Steiermark oder hat im Julie 2019 6.087 minderjährige Bezieher der Mindestsicherung gegeben, davon waren 63,1 % Ausländer und 50,7 % Asylberechtigte. Vor allem bei kinderreichen Familien waren Nicht-Österreicher die großen Profiteure dieser Mindestsicherung auch, denn Paar mit vier oder mehr Kindern waren 191 ausschließlich Österreicher und 693 ausschließlich Nicht-Österreicher. Dass das auch anders geht, zeigen uns die Bundesländer Oberösterreich und Niederösterreich vor, wo man genau auf diese Umstände reagiert hat und hier eine Einschleifung der Bezüge für Kinder auch stattgefunden hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es handelt sich um Steuergeld. Hier ist ein verantwortungsvoller Umgang notwendig. Und, Herr Kollege Hofer, du hast in deiner Wortmeldung davon gesprochen, dass Marco Triller Sozialbetrug erwähnt hat und er soll das hier am Rednerpult unterlassen. Ja, ich muss dich schon fragen, welche Medien konsumierst du? Denn, wenn du die Kleine Zeitung, die Kronen Zeitung aufschlägst, dann ist fast tagtäglich von Sozialbetrug auch zu lesen und wir haben alle gehört, dass es 1.500 Fälle in den letzten Jahren hier entsprechend gegeben hat. (Beifall bei der FPÖ) Was es braucht, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei allem Bekenntnis zu Armutsbekämpfung und zur Bekämpfung von Kinderarmut, ist auch ein Bekenntnis zu den Leistungsträgern und zur Fairness. Wir haben die Zahlen schon oftmals gehört. Kollege Schwarz hat da immer von der Seite hereingerufen, er kann die Rede nicht mehr hören. Ich habe es Ihnen auch aufgeschrieben, dass Sie einmal sehen, was hier fabriziert wird – nämlich in Zukunft wird ab Juli ein Asylant 950 Euro monatlich bekommen und eine Familie mit zwei Kindern mit

positivem Asylbescheid 2.800 Euro monatlich netto. Da muss man sich die Frage stellen, ist das ein faires System? Ist das fair gegenüber den Arbeitern? Ist das fair gegenüber den Unternehmern? Ist das fair gegenüber den Pensionisten? Das sind 2.800 Euro bedingungsloses Familieneinkommen. Fair gegenüber einer steirischen Familie, wo sich die Mutter dazu entschließt, beim Vater zu Hause zu bleiben, wo man lediglich Kinderbetreuungsgeld kassiert? Nein, das ist nicht fair, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*) Hier vermisse ich auch ein bisschen die Handschrift der ÖVP, da hätte ich mir mehr erwartet. Aber ich verstehe es, denn Sie waren ja in den letzten Wochen etwas abgelenkt durch Ministerrücktritte, Hausdurchsuchungen und Attacken auf die Justiz. Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade in der Corona-Krise ist es wichtig, dass sich die Steiermark in erster Linie auf die Steirer fokussiert, anstatt das Füllhorn über Wohlstandstouristen aus aller Herren Länder auszuschütten.

Ich darf daher folgenden Antrag einbringen: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Steiermärkischen Sozialunterstützungsgesetz (StSUG)

1. das Unterlaufen der Intention des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes durch eine die Abschaffung des 13. und 14. Monatsbezugs ersetzende Erhöhung der Höchstsätze für Minderjährige zurückzunehmen und ebenjene Höchstsätze an jene der Bundesländer Ober- und Niederösterreich – bei einer Person 25, bei zwei Personen pro Person 20, bei drei Personen pro Person 15, bei vier Personen 12,5 und bei fünf Personen pro Person 12 Prozent – anzupassen sowie

2. eine Nachweispflicht darüber zu implementieren, dass für Minderjährige ausbezahlte Leistungen auch tatsächlich ebenjenen zugutekamen, wobei unsachgemäß verwendete Gelder zurückzufordern sind und

eine Punkt 1 und 2 umfassende Novelle des STSUG dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um die Zustimmung. (*Beifall der FPÖ – 12.33 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Lukas Schnitzer. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTabg. Schnitzer - ÖVP (12.33 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen auf der Regierungsbank!

Wenn man jetzt die Rhetorik des Kollegen Hermann mitverfolgt hat – seine Wortschöpfungen, seine Wortfindungen und auch die Reinkarnation des sogenannten Jörg Haider-Gedächtnistaferls, dann kann man irgendwie feststellen, wie schlecht der Zustand in der FPÖ scheinbar sein muss, wenn man sich dieser billigen, populistischen Schiene wieder bedient, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)* Geschätzte Damen und Herren, wir alle leben momentan in einer massiv herausfordernden Zeit – in einer Zeit, wo vieles ungewiss ist und wo es vor allem eines in diesem Land braucht: Nämlich einen sozialen Zusammenhalt und einen sozialen Frieden. Das, was Sie heute hier wieder machen von der Freiheitlichen Partei, ist genau das Gegenteil. Sie wollen keinen sozialen Frieden. Sie wollen eine gewisse Unruhe und das wollen wir, geschätzte Damen und Herren, definitiv nicht in diesem Land. *(Beifall bei der ÖVP)* Es ist heute ja irgendwie eine gewisse paradoxe Debattensituation. Warum? Wir haben auf der einen Seite die extreme Linke, die sagt: „Dieses Gesetz ist nicht sozial, es ist unsozial. Das passt uns nicht.“ Wir haben auf der anderen Seite die extreme Rechte, die das anders argumentiert. Die sagt: „Das ist die Hängematte, das ist viel zu sozial.“ Also irgendwie geht sich das nicht aus und insofern bin ich froh, dass es in der Steiermark eine Regierung gibt, bestehend aus SPÖ und ÖVP, die einen guten Kompromiss in der Mitte gesucht hat. Die Wahrheit liegt in der Mitte und das, was hier vorliegt, ist gut für den sozialen Frieden in der Steiermark, geschätzte Damen und Herren. Mir sind zwei Punkte inhaltlich wichtig zu betonen. Weil, wenn man die Debatte verfolgt und vor allem der KPÖ zuhört, dann hat man irgendwie das Gefühl, wir leben in einem ganz unsolidarischen Land. Schaut man sich die nackten Zahlen an, dann wird man feststellen, dass das so nicht stimmt. Im Gegenteil, wir sind europaweit bei den Nettoausgaben im Sozialbereich die Nummer eins. Wir sind bei den Mindestleistungen europaweit netto die Nummer eins, geschätzte Damen und Herren. Wir sind weit weg von einem sozial ungerechten Land. Wir sind europaweit das gerechteste Land, geschätzte Damen und Herren. Der zweite Punkt, die FPÖ versucht ja immer wieder so zu sagen: „Ja, da findet dann Sozialmissbrauch statt, das ist die Hängematte“ – ja, das sind irgendwie ihre Wörter, die sie sich irgendwo einfallen haben lassen. Aber die Fakten geben das nicht wieder. Sie haben selber gesagt, 16.000 Bezieherinnen und Bezieher. *(Unruhe unter den Abgeordneten der FPÖ)* Ich lese Ihnen die Zahlen vor – ganz kurz: Wir hatten im Jahr 2019 – also vor zwei Jahren – in Summe 312 Fälle von zu Unrecht ausbezahlter Sozialhilfe. Davon wurden neun

aufgrund von Betrugsverdacht zur Anzeige gebracht. Ich gebe Ihnen Recht, jeder Fall des Missbrauchs ist zu viel. Aber da wird gehandelt – Gott sei Dank wird gehandelt. Sie können nicht sagen, es findet hier pauschal ein völliger Missbrauch statt. Das stimmt so nicht, das entspricht nicht den Fakten, geschätzte Damen und Herren. (*Unruhe unter den Abgeordneten der FPÖ - Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) In diesem Sinne würde ich alle dazu einladen, dass man in schwierigen Zeiten zusammenhält, dass man in schwierigen Zeiten den sozialen Frieden sucht, damit das, was in der Steiermark gut weitergeht, auch in Zukunft gesichert ist. Alles, alles Gute. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.38 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Bitte, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (12.38 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzte Frau Landesrätinnen, werte Zuhörende!

Lieber Lukas Schnitzer, herzliche Gratulation zu dieser Wortmeldung, kann ich nur unterstreichen, weil du viel von sozialem Zusammenhalt und sozialem Frieden gesprochen hast. Das denke ich auch, es ist wichtig. Ich finde auch dein Ausrichten an die FPÖ wunderbar, aber tu mir einen Gefallen: Richte das bitte auch dem Bundeskanzler Kurz aus. Der hätte das auch dringend nötig, weil der verwendet zum Teil die gleichen Formulierungen. Es wäre schön, wenn er das auch nicht mehr tun würde. Ich beginne jetzt damit, unsere Entschließungsanträge einzubringen. Der erste heißt „Keine Streichung der Wohnunterstützung bei Bezug von Sozialunterstützung“.

Der Antrag lautet wie folgt, es wird der Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Anliegen heranzutreten, eine Novelle des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes zu veranlassen, die

1. den Bezug der steirischen Wohnunterstützung ergänzend zur Sozialunterstützung ermöglicht
2. die Unterstützung zur Befriedigung des Wohnbedarfs generell als Geldleistung und nur in begründeten Fällen als Sachleistung definiert
3. den Richtsatz 75 zu 25 auf die Unterstützung des allgemeinen Lebensunterhalts und die Befriedigung des Wohnbedarfs aufteilt.

Ich bitte um Annahme.

Der zweite Entschließungsantrag lautet „Sanktionen für arbeitslose Menschen dürfen letztes soziales Netz nicht gefährden“.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den vorliegenden Entwurf des StSUG in § 7 insofern zu überarbeiten, dass von der grundgesetzlichen Ermächtigung Gebrauch gemacht wird, verlorene Ansprüche nach dem AIVG mit 50 Prozent des Differenzbetrages auszugleichen und diese Vorlage dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen. Ich bitte um Annahme.

Der dritte lautet „Wohnkostenpauschale im Steiermärkischen Sozialunterstützungsgesetz erhöhen“.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den vorliegenden Entwurf des StSUG insofern zu überarbeiten, dass die Wohnkostenpauschale in § 8 Abs.6 auf maximal 30 % des Höchstsatzes angehoben wird, und diese Vorlage dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen. Ich bitte um Annahme.

Das sind unsere Entschließungsanträge. Jetzt komme ich noch einmal ganz kurz auf Kollege Schnitzer zu sprechen und möchte es noch einmal betonen. Der Entwurf, der hier von der Bundesregierung kommt – ihr seid ja auch in der Bundesregierung – und der hier im Landtag, wo ihr auch in der Regierung seid, umgesetzt werden soll, wird ganz sicher nicht dazu beitragen, den sozialen Frieden zu unterstützen und zu fördern, denn wir haben hier wirklich das Problem – ich habe es vorhin schon gesagt – es werden künftige tausende Menschen weniger bekommen. Es ist so. Da bin ich auch gleich bei Kollegin Julia Majcan. Nein, die KPÖ hat hier die sozialen Anliegen absolut nicht gepachtet. Das hat auch nie jemand von uns behauptet. Es ist aber kein Verbot, sich hier für all jene einzusetzen, die genau in dieser Lage sind. Sowohl die Bundesregierung hat gesagt, wir wollen hier, wenn wir diese Sozialunterstützung künftig auszahlen, nicht erlauben, dass Länder zusätzlich etwas zum Wohnen beitragen können. Das hat die türkise Bundesregierung gemeinsam noch mit den Freiheitlichen so beschlossen und die Grünen haben das jetzt mitgetragen. Wir werden künftig für Sozialunterstützungsbezieher_innen keine Wohnunterstützung mehr auszahlen können. Wo ist denn da der soziale Zusammenhalt? Das war bis jetzt ganz eine wichtige

Leistung für all jene, die mit diesem Beitrag auskommen mussten. Ich hoffe, das ist dir auch klar, liebe Kollegin Majcan. Ein Satz noch zu Veronika Nitsche. Wir sind jetzt seit 15 Jahren im Landtag, liebe Veronika. Vielleicht magst du dir ja einmal die Mühe machen und schauen, was die KPÖ inzwischen alles für Anträge in puncto Soziales gestellt hat. (*LTAbg. Nitsche, MBA: Unverständlicher Zwischenruf*) So realitätsfremd kann man nicht sein, dass man glaubt, dass da noch nie etwas passiert ist. Es ist eigentlich völlig wurscht, zu welchem Zeitpunkt man welchen Antrag stellt – es geht hier um die Sache und uns, liebe Veronika, also euch als Grüne und uns als KPÖ unterscheidet viel. Darauf kann ich jetzt nicht eingehen, weil da ist mir die Zeit zu kurz. Ich bleibe bei den Fakten. Was haben wir für Fakten? Durch das neue Sozialunterstützungsgesetz werden keine Einsparungen erzielt – nix, gar nix. Im Gegenteil, es wird Mehrausgaben geben. Aber leider nicht deswegen, weil man den Menschen mehr gibt, sondern weil der Verwaltungsaufwand so hoch ist. Das heißt, uns ist das offensichtlich egal. Die ganze Zeit wird geschrien, der Sozialstaat ist so teuer und die Sozialausgaben explodieren. Aber jetzt machen wir ein Gesetz oder ihr macht ein Gesetz, wo die Kosten steigen, ohne dass es bei denen ankommt, die es dringend brauchen. Zweites Faktum, der Großteil der derzeitigen Mindestsicherungsbezieher und –beziehrinnen wird weniger unter dem Strich erhalten, u.z.T. nicht nur die Ausländerinnen und Ausländer, sondern auch die Österreicher und Österreicherinnen werden künftig weniger bekommen. Das habt ihr mit der ÖVP gemeinsam auf Bundesregierungsebene so vorbereitet. Herzliche Gratulation. Dritter Punkt, und jetzt sind wir bei der SPÖ und das verstehe ich ganz und gar nicht, weil wir eben die Situation haben, dass Menschen, die künftig Sozialunterstützung beziehen, keine Wohnunterstützung mehr bekommen dürfen. Gäbe es die Möglichkeit, 30 % des Richtsatzes als Wohnkostenpauschale auszuführen – 30 %, das machen andere Bundesländer, die Steiermark macht es nicht. Die SPÖ argumentiert und sagt: „Naja, die Mieten in der Steiermark sind ohnehin nicht so hoch wie die in Salzburg.“ Das geht aber an den Bedürfnissen der Menschen, liebe Doris Kampus, vollkommen vorbei. Weil, jetzt kann man hergehen und kann sagen, ja, ich finde vielleicht noch in Kickeritz-Patschen eine günstige Wohnung, aber wir kennen alle die Situation z.B. in den Ballungszentren – Graz, Leoben, aber auch in der Weststeiermark, wo ich sehr viel zu tun habe – ist es so, dass die Mieten immer mehr steigen. Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit und was macht ihr? Ihr geht her und sagt, naja, 20 % reichen auch. Das verstehe ich nicht. Ich verstehe es wirklich nicht. Das muss mir bitte jemand erklären. Warum kann man nicht hergehen als sozialdemokratische Landesrätin und sagen: „Liebe ÖVP, wenn ihr schon hergeht und als

Bundesregierung das verbietet, dann versuche ich wenigstens in der Steiermark all das zu machen, was mir hier möglich ist. Denn die Situation wird ja schlimmer werden – das ist ja das Nächste. Wir werden ja aufgrund der Wirtschaftskrise und der Rekordarbeitslosigkeit immer mehr Menschen haben, die von Sozialleistungen abhängig sind. Wenn wir von vorneherein schon nicht das Beste für sie herausholen, ja, wo soll denn das enden, frage ich mich. Weil Wolfgang Moitzi gesagt hat – er hat auch gesagt, die KPÖ hat die Sozialagenten nicht gepachtet. Nein, haben wir nicht, Wolfgang. Aber ich würde mir so wünschen, wenn die SPÖ uns in diesen Fragen hier auch mit Taten unterstützen würde und nicht nur mit Worten allein. Ich kann alles unterstreichen, was du gesagt hast. Was tut ihr aber dann? Und das ist vielleicht der Unterschied zwischen uns. Ihr redet hier, wie wichtig es wäre und du bringst jedes stichhaltige Argument, wo ich sage: „Ja, hundertprozentig richtig.“ Aber in der Situation, in der ihr dann seid, wo ihr dann sagt: „Wir hätten die Macht, das jetzt zu verbessern“, stimmt ihr mit der ÖVP mit, weil die sagt, 20 % sind genug. Das kann ich absolut nicht nachvollziehen. Auch deine Kritik an den Grünen halte ich für vollkommen berechtigt. Es stimmt, sie haben auf Bundesebene nichts in die Gänge gebracht, was das angeht. Aber gleichzeitig sagst du dann auch, du bist mit dem Entwurf, der daliegt, zufrieden. Das kann ja nicht sein, dass du zufrieden bist. Jetzt komme ich noch einmal auf ein paar Beispiele. Es kann nicht sein, dass du damit zufrieden bist, dass künftig jemand, der alleinstehend ist, der jetzt Mindestsicherung und Wohnunterstützung hat, künftig 207 Euro weniger zur Verfügung hat. Es kann nicht sein, dass du damit zufrieden bist, dass eine alleinstehende arbeitslose Frau, die derzeit Mindestsicherung und Wohnunterstützung bezieht, künftig 75 Euro im Monat weniger hat. Ich glaube dir auch nicht, dass du damit zufrieden sein kannst, wenn ein älteres Ehepaar, das derzeit Mindestsicherung und Wohnunterstützung bezieht, künftig 184 Euro monatlich weniger bezieht. Das kann mir niemand erklären, dass ihr damit zufrieden seid. Das glaube ich euch nicht. Auch wenn du sagst: „Ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube, das Bundesgesetz halte ich für grauslich“, oder ich weiß jetzt dein Wort nicht mehr, aber so habe ich es vernommen. Ja, aber hier könntet ihr was tun. Warum nützt ihr diese 30 % nicht aus, das wäre in eurer Hand. Das ist eben das Traurige daran, dass ihr euch da von der ÖVP, der das offensichtlich reicht, auch wenn Kollege Schnitzer hier auch schön vom sozialen Frieden und vom sozialen Zusammenhalt spricht, letztendlich aber sagt: „Ist genug, 20 Prozent – kommt über die Runden damit.“ „Ihr müsst lernen, mit eurem Einkommen auszukommen“, hat Barbara Riener gesagt. Das halte ich für verwerflich. Es ist nicht gut, wenn dieses Gesetz in der Form jetzt so beschlossen wird. Glaubt mir, das wird

allen noch auf den Kopf fallen. Weil, noch einmal, der Bezieher_innenkreis wird größer werden und wir sind für die verantwortlich. Deshalb wird die KPÖ diesem Gesetz ganz sicher nicht zustimmen. Dankeschön. (*Beifall bei der KPÖ – 12.48 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, Frau Klubobfrau. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Markus Leinfellner.

Bundesrat Leinfellner – FPÖ (12.48 Uhr): Vielen Dank, Frau Präsident! Frau Landesrat, werte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus, liebe Steirer!

Kollege Schnitzer, du hast dir vorher Gedanken gemacht über den Zustand in der FPÖ und auch verkündet, dass die FPÖ Unruhe stiften würde. Ich glaube, ich würde mir viel eher Gedanken über den Zustand der ÖVP und die Unruhe der ÖVP machen, die sie in diesem Land wirklich verteilt. (*Beifall bei der FPÖ*) Eine ruinierte Wirtschaft ist das Endergebnis dieser Chaosregierung. Hausdurchsuchungen beim Finanzminister, der dann eine eidesstaatliche Erklärung abgibt als Beschuldigter, (*LTAbg. Eisel-Eiselsberg: „Wir reden über Sozialhilfe.“*) nachdem er (*Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP – LTAbg. Eisel-Eiselsberg: „Frau Präsidentin! Zum Thema! Ist das zum Thema?“*) – ich weiß schon, dass ihr das nicht hören wollt, aber ich glaube, man kann es euch nicht oft genug sagen, wie desolat der Zustand in ihrer Partei wirklich ist. (*Beifall bei der FPÖ*) 86 Gedächtnislügner in einem Untersuchungsausschuss, wo man die Wahrheit sagen hätten müssen. (*Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP*) Als Beschuldigter, wenn man die Wahrheit nicht mehr sagen muss, na dann geben wir dann eine eidesstaatliche Erklärung ab. Kollege Schnitzer, ich glaube, das sind Dinge, da sollte man sich Gedanken machen, aber nicht um den Zustand in der FPÖ, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*) Aber nun zum Thema „Das Beste aus zwei Welten“. Was beim besten aus zwei Welten herausgekommen ist, das sehen unsere Österreicher ja jeden Tag schmerzvoll. Ich sage, diese Regierung Kurz, die steht ja kurz vor dem Scheitern. Bei der Landesregierung in der Steiermark schaut es etwas anders aus, da haben wir eine Zweckbindung, einen Machterhalt und das zeigt auch wieder der Gesetzesvorschlag von heute aus dem Sozialressort. Ich habe da immer das Gefühl, dass diese – egal ob die Bundesregierung oder auch hier die Landesregierung so etwas Ähnliches darstellt wie eine Gegengesellschaft zum Willen der österreichischen Bevölkerung, meine sehr geehrten Damen und Herren. „Wir machen die Steiermark enkel-fit.“ Ein Satz, den wir alle wirklich gerne geglaubt hätten und der etwas Schönes gewesen wäre für unsere

Steiermark. Leider Gottes ist genau das Gegenteil der Fall. Das Gegenteil von gut gemacht ist nun einmal gut gemeint. (*LTabg. Schwarz: „Das ist nicht zum Thema.“ – LTabg. Dipl.-Ing. Kinsky: „Kommen Sie einmal zum Thema!“ – Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP und SPÖ*) Das bringt mich auch schon bereits zum heutigen Thema. Vielleicht, weil Ostern vor der Tür steht, legt uns diese Schwarz/Rote-Landesregierung ein Osterei vor die Haustür, ein Osterei für viele Steirer. (*Zweite Präsidentin Kolar: „Herr Bundesrat, ich bitte dich jetzt wirklich, du hast das zweimal angekündigt, dass du jetzt zum Thema kommst und ich bitte dich wirklich jetzt zum Thema zu kommen. Herr Bundesrat, bitte*). Vielen Dank Frau Präsident, ich glaube, dieses Osterei, dieses Sozialunterstützungsgesetz (*LTabg. Dipl.-Ing. Kinsky: „Ostern, das ist kein Thema.“*) ist ja für viele Steirer ein Schlag mitten ins Gesicht. Mit diesem Sozialunterstützungsgesetz öffnet diese Steirische Landesregierung den Missbrauch unseres Sozialsystems für Asylanten und Wirtschaftsflüchtlinge aus aller Herren Länder. (*Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP und SPÖ*) Jene Menschen, die 2015 über diese Grenze gekommen sind, denen rollt diese Steirische Landesregierung den roten Teppich aus. (*KO LTabg. Riener: „Fünf Jahre müssen sie da sein.“*) Ich verstehe schon, dass da eine Unruhe herrscht hier in diesem Haus, aber eines kann ich Ihnen sagen, die Wahrheit ist zumutbar, auch wenn sie es nicht hören wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Allgemeine Unruhe unter den Abgeordneten der SPÖ und ÖVP, der Grünen – Beifall bei der FPÖ*) Diese Landesregierung rollt jenen Menschen den roten Teppich aus, die bis heute noch keinen Cent in unser Sozialsystem einbezahlt haben und die nie einen Cent in dieses Sozialsystem einzahlen werden. Na da werden Geldgeschenke in Hülle und Fülle verteilt. Die Österreicher wissen inzwischen nicht mehr, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen. Na, wenn das der Weg ist, um die Steiermark enkel-fit zu machen, dann glaube ich viel mehr, dass das ein Irrweg ist. Denn dieser Weg macht die Steiermark nicht enkel-fit für unsere Steirer, dieser Weg macht die Steiermark enkel-fit für Sozialtouristen und Wirtschaftsflüchtlinge aus aller Herren Länder. (*Beifall bei der FPÖ – KO LTabg. Schwarz: „Sowas von einer Rede eines Bundesrates habe ich noch nie gehört. Es geht um die Würde unseres Hauses.“*) Herr Klubobmann Schwarz, du kannst dich ja dann im Anschluss auch zu Wort melden, aber schau (*Allgemeine Unruhe – KO LTabg. Schwarz: „Das hier ist das Hohe Haus und da ist nicht irgendwer.“*) – ihr wolltet es 2015 nicht hören, wenn ihr 2015 auf uns gehört hättet, dann hätten wir uns viele, viele Diskussionen in diesem Haus erspart. Ich bin 2015 tagtäglich an diesen Grenzübergängen gestanden und habe ihre propagierten Atomphysiker und Ärzte und Raketenwissenschaftler über die Grenze kommen gesehen. Da

waren aber sehr, sehr wenige davon dabei. Es waren Experten für rasche Eigentumsübertragungen, es waren Terrorexperten und es waren Rechtsstaatsverweigerer dabei. Jene Menschen, die Sie heute mit Geldgeschenken überhäufen. (*Allgemeine, starke Unruhe verbunden mit Durcheinanderrufen der Abgeordneten der ÖVP, SPÖ, Grünen – Zweite Präsidentin Kolar: „Herr Bundesrat, Herr Bundesrat, ich bitte Sie zum Thema zu kommen.“*) Während unsere.... (*Präsidentin Kolar: „Herr Bundesrat!“*) Während unsere gesetzestreuen Steirer mit ständig neuen Teuerungswellen und neuen Steuern konfrontiert werden, werden strafrechtlich verurteilte Asylanten und Wirtschaftsflüchtlinge, denen wird der Freibrief von diesem Haus gegeben, um ihre kriminelle Ader weiter auszuleben. (*Anhaltende allgemeine Unruhe verbunden mit Durcheinanderrufen – (LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Endlich zum Thema bitte.“*) Wenn Sie glauben, dass das nicht zum Thema ist, na dann würde ich hier (*Zweite Präsidentin Kolar: „Herr Bundesrat!“*) na dann würde ich hier Ihre Gesetzesvorlagen einmal lesen, (*Zweite Präsidentin Kolar: „Herr Bundesrat!“*) meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Zweite Präsidentin Kolar: „Herr Bundesrat wir sind ganz – wir freuen uns immer, wenn der Bundesrat bei uns im Hause spricht. Aber es ist uns ganz wichtig, dass auch Sie sich an die Spielregeln in diesem Haus halten und diese Wortwahl in diesem Haus ist dem Hause der Steiermark nicht würdig.“ – Anhaltender Beifall bei der SPÖ und ÖVP, den Grünen und der KPÖ – Heiterkeit bei den Abgeordneten der FPÖ*)

Vielen Dank, Frau Präsident. Ich gehe davon aus, dass ich die Minute Redezeit noch dazubekomme, wo da jetzt applaudiert geworden ist. (*Unruhe unter den Abgeordneten der Grünen, der KPÖ und SPÖ – Die Abgeordneten der SPÖ, der KPÖ und der Grünen verlassen den Sitzungssaal*) Ich sage, ihr wollt das einfach nicht hören. Die ÖVP geht immer dann einen harten Asyl Kurs, wenn es für die ÖVP gerade einmal eng wird. Na, dann schaffen wir es, Kinder mitten in der Nacht abzuschieben, dann schaffen wir das in der ÖVP. Aber mehr als 20.000 Asylanträge im Jahr 2020 sollten doch zeigen, wie diese ÖVP wirklich tickt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wenn diese ÖVP eine harte Zuwanderungslinie verfolgen würde, dann würden wir uns heute nicht mit diesem toleranzromantischen Gesetz beschäftigen. Dann hätten wir ein Gesetz im Interesse unserer Steirer, im Interesse unserer Steirerinnen und eine wirkliche Unterstützung für unverschuldet in Not geratene Arbeitslose. Spätestens mit der heutigen Änderung im Bereich der Grundversorgung muss jedem klar sein, wie konträr diese ÖVP handelt im Vergleich zu dem, wie sie es vorgibt, zu tun. Wir schaffen heute, oder Sie schaffen heute hier ein All-Inklusiv-Paket für Asylanten aus aller Herren Länder. Um kurz einen Einblick in das zu geben, übersetzt aus dem komplizierten

Juristendeutsch: Völlig egal, welche Eskapaden ein Asylwerber in der Steiermark leistet, sie müssen weiterhin mit Steuergeld versorgt werden. Diese Herrschaften – Damen und Kinder sind ja sehr wenige dabei – tanzen uns weiterhin auf der Nase herum. Berufskriminelle müssen laut Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs weiter von uns durchgefüttert werden. Anstatt verfassungswidrige Corona-Gesetze zu verteidigen, würde ich auch unserem Landeshauptmann empfehlen, dass er hier gegen solche Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs entschieden auftritt. Das wäre etwas, was unseren Steirern wirklich helfen würde. Den Regierungsparteien kann ich nur sagen, wenn dieser Lockdown vorbei ist, wenn die Gasthäuser wieder offen haben, geht einmal zum Wirten ums Eck, fragt einmal, was die Leute davon halten, dass Asylwerber, straffällige Asylwerber, weiterhin eine Rundumversorgung bekommen, weiterhin ein Taschengeld bekommen, von dem manche Alleinverdiener nur träumen können. Den ÖVP-Anstecker könnt ihr beruhigt am Sakko drauflassen. Ich glaube, das wäre der erste Schritt in Richtung wirkliche Wirklichkeit, das wäre der erste Schritt, wo Ihnen die Menschen auch sagen und zeigen, was sie von Ihrer Politik halten. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 12.58 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Hannes Schwarz zur Geschäftsordnung.

KO LTAbg. Schwarz – SPÖ (12.58 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich ersuche um Unterbrechung der Sitzung und Einberufung einer Präsidialsitzung. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ, den Grünen – 12.58 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Ich unterbreche die Sitzung und bitte um Teilnahme an der Präsidiale in den Rittersaal. Bitte.

Unterbrechung der Sitzung: 12.59 Uhr

Fortsetzung der Sitzung: 13.14 Uhr

Zweite Präsidentin Kolar: Geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtages Steiermark, werte Gäste!

Ich darf nun die Sitzung wiederum aufnehmen, berichte ganz kurz aus der Präsidiale. Wir werden das Protokoll der Rede des Herrn Bundesrates uns noch einmal genau anschauen und

wir werden dann die weitere Vorgehensweise Ihnen mitteilen.

Ich darf jetzt mit der Sitzung fortfahren.

Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Klubobfrau Sandra Krautwaschl. Bitte, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Krautwaschl - Grüne (13.14 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, werte Frau Landesrätinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen und Zuhörende im Saal und im Livestream! Hoffentlich sind trotz allem noch ein paar Zuhörende da.

Es ist nicht ganz einfach, sich nach einer solchen Wortmeldung zu Wort zu melden und wieder auf das zurückzukommen, worum es heute eigentlich geht. Aber ich werde es jetzt definitiv versuchen, weil ich das auch angesichts meiner ersten heutigen Wortmeldung für meine Aufgabe halte – nämlich lösungsorientiert für die Schwächsten in diesem Land, und es war oft genug davon die Rede, dass es um die Schwächsten in diesem Land geht, um die, die wirklich Hilfe brauchen, lösungsorientiert Dinge auf den Tisch zu legen, die wir glauben, die möglich wären, um deren Situation zu verbessern. Insofern bleibt es mir auch nicht ganz erspart, kurz auf Wortmeldungen zu replizieren, die sich genau in unsere Richtung heute bewegt haben, vor allem, weil ich sie in der Logik nicht ganz nachvollziehen kann. Ich beziehe mich ganz konkret auf die Wortmeldung des Kollegen Hofer. Diese Attacken, die du heute gegen uns gerichtet hast, kann ich insofern sehr schwer nachvollziehen, weil auch das noch so kritisierenswerte Grundsatzgesetz euch heute ermöglichen würde, Verbesserungen für Menschen in diesem Land, in der Steiermark, umzusetzen. Das Gleiche kann ich auch in deine Richtung sagen, Claudia. Ich hätte mir diese Energie durchaus im Unterausschuss gewünscht, wo wir ganz, ganz viele konkrete Vorschläge, die wir heute in Form von Abänderungsanträgen vorgelegt haben, auch schon auf den Tisch gelegt haben, darüber diskutieren wollten – wirklich Möglichkeiten aufgezeigt haben, wie man hier und jetzt im eigenen Wirkungsbereich, und ich betone das noch einmal auch in Richtung der SPÖ, im eigenen Wirkungsbereich, noch etwas verbessern könnte. Das Grundsatzgesetz hindert euch nicht daran, heute unsere Abänderungsanträge anzunehmen. Ich möchte das wirklich hier betonen, das hindert euch nicht. Wenn euch wer hindert, dann ist es vielleicht der Regierungspartner ÖVP hier an dieser Stelle, aber sicher nicht das Grundsatzgesetz und das ist auch einmal an dieser Stelle zur Kenntnis zu nehmen, das möchte ich wirklich betonen. *(Beifall bei den Grünen)* Ich glaube, und es ist immer wichtig auch zu schauen, wo gibt es in anderen Ländern, in anderen Bundesländern in diesem Fall, Möglichkeiten, hier das Beste

umzusetzen. Wo haben wir Möglichkeiten gefunden, etwas Besseres umzusetzen? Das haben wir uns einfach angeschaut. Ich möchte es auch noch einmal betonen. Es ist viel Arbeit gewesen und wir haben diese Arbeit gerne getan. Auch in Richtung der KPÖ möchte ich das sagen – wirklich im Detail zu vergleichen, was ist möglich? Was hat zum Beispiel die Kärntner Landesregierung „rausgeholt“ mit einer SPÖ-ÖVP-Mehrheit? Was hat Salzburg rausgeholt, wo ÖVP, Grüne und NEOS regieren? Wir haben versucht, genau diese Vorschläge einzubringen und wir haben heute noch einmal in Form von Abänderungsanträgen, die jetzt und hier im eigenen Wirkungsbereich beschlossen werden können, eingebracht. Ich sehe das als einen konstruktiven und lösungsorientierten Ansatz und genauso verstehe ich auch meine Rolle und unsere Rolle in der Politik als Grüne, weil wir auch Dinge gestalten wollen und durchaus auch aus der Opposition heraus versuchen, Dinge zu gestalten. In diesem Sinne möchte ich Sie noch einmal bitte, im Sinne der Menschen, um die es heute nämlich in Wirklichkeit geht, sich vielleicht doch einmal durchzuringen, unseren Abänderungsanträgen zuzustimmen. Danke sehr. *(Beifall bei den Grünen – 13.19 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmannstellvertreter Stefan Hermann. Bitte, Herr Klubobmannstellvertreter.

LTAbg. Mag. Hermann, MBL - FPÖ (13.19 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mit der Einführung der Mindestsicherung wurde auch der Aufteilungsschlüssel der Kostentragung festgelegt, nämlich 60 % Land und 40 % Gemeinden. In dem vorliegenden Gesetz wird diese Praxis fortgesetzt. Kommunen wird erneut diese enorme finanzielle Last, was insbesondere in Krisenzeiten massive Auswirkungen hat, aufgebürdet. Verwaltet wird das von Sozialhilfeverbänden, die insgesamt 900 Millionen Euro an Steuergeld verwalten. Nicht erst seit dem Prüfbericht aus dem Jahr 2018 wissen wir, dass in Sozialhilfeverbänden es da und dort zu Verfehlungen gekommen ist, wenn in diesem Prüfbericht der Abteilung 7 wenig Effizienz, fehlende Transparenz, fehlende Kontrolle, fehlende oder unzulässige Beschlüsse etc. attestiert sind. Hier braucht es ähnlich effiziente Kontrollen und ein generelles Umdenken über diese unzweckmäßigen Strukturen der Sozialhilfeverbände. Mit dem heutigen Gesetz wäre eine Änderung des Aufteilungsschlüssels möglich gewesen, hin zu 70/30 – nämlich 70 % Kostentragung Land, 30 % Gemeinden. Damit könnte man in Corona-Zeiten für eine merkliche Entlastung der Gemeindehaushalte auch sorgen und auch eine

Gebührendeckelung wäre ein wichtiger Schritt, um zu verhindern, dass Gemeinden in finanzielle Notlagen schlittern.

Ich darf daher folgenden Antrag einbringen: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. dem Landtag eine Regierungsvorlage zur Beschlussfassung vorzulegen, in der die derzeitige Kostenteilung von 60:40 auf 70 Prozent durch das Land Steiermark und 30 Prozent durch die Sozialhilfeverbände abgeändert sowie
2. die Gemeindeanteile an den Kosten für die Sozialunterstützung für nicht österreichische Staatsbürger gedeckelt wird und
3. die regelmäßige Überprüfung der Sozialhilfeverbände durch das Land Steiermark sicherzustellen sowie
4. umgehend eine Expertenkommission, der auch Vertreter sämtlicher Landtagsfraktionen angehören, einzusetzen, die Reformmaßnahmen bezüglich der derzeitigen Organisation der Sozialhilfeverbände bis hin zu einer möglichen Auflösung der Sozialhilfeverbände erarbeiten soll.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung. (*Beifall bei der FPÖ – 13.21 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Marco Triller. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Triller, BA MSc – FPÖ (13.22 Uhr): Dankeschön, Frau Präsidentin, Frau Landesrätinnen!

Ich darf vorweg einen Antrag stellen einerseits über das Behindertengesetz und andererseits über den Rest der Gesetze getrennt abstimmen zu lassen und in weiterer Folge einen Entschließungsantrag einbringen zum Bereich der Personalressourcen jetzt für das kommende Sozialunterstützungsgesetz, wo es in der Vergangenheit durchaus auch Malversationen gegeben hat. Da hat es vor allem in den Bezirksverwaltungsbehörden Probleme gegeben, wo der Landesrechnungshof gesagt hat, dass es nicht die Schuld der Mitarbeiter ist, sondern es ein Fehlen von Mitarbeitern in den Bezirksverwaltungsbehörden gibt und eine Differenzierung bzw. unterschiedliche Auszahlungen betreffend der Bezirksverwaltungsbehörden, die ja beim Land Steiermark angesiedelt sind, aber auch des Magistrats Graz, wo die Wertigkeiten bei den Bediensteten vom Land, die für die Ausführung

der Sozialunterstützung eingeteilt sind, eine sogenannte C-Wertigkeit haben. Also C-Wertigkeit ist nicht Matura-Niveau und in Graz aber schon das Matura-Niveau erreicht werden muss, und somit diese höher eingestuft werden soll. Das wird jetzt schon relativ lange evaluiert, ich glaube rund 1 ½ Jahre wird das evaluiert. Aber ich denke, es wird an der Zeit, dass eben diese unterschiedlichen Auszahlungen für die Zukunft aufgehoben werden. Es geht darum, dass es eine faire Auszahlung gibt. Es ist ja die gleiche Arbeit. Es wird immer wieder gefordert: Gleiches Geld für gleiche Arbeit, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Von dem her wäre es, glaube ich, angebracht, in diesem Sinne rasch das umzusetzen.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die seit rund eineinhalb Jahren laufenden Evaluierungen und Verhandlungen im Personalbereich betreffend Bedarfsorientierte Mindestsicherung bzw. Steiermärkisches Sozialunterstützungsgesetz endlich abzuschließen und darauf aufbauend
2. für die im Bereich der Sozialunterstützung tätigen Mitarbeiter eine höhere, der Komplexität der Aufgaben entsprechende Einstufung sicherzustellen sowie
3. den zur optimalen Verfahrensabwicklung benötigten erhöhten Personalbedarf zu decken und die dafür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Es steht ja u.a. auch geschrieben, dass ein personeller Mehraufwand für diese Verfahren von 77 bis 98 % zu rechnen ist und ich glaube, es ist höchste Zeit das umzusetzen. Ich bitte um Annahme des Entschließungsantrages. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ – 13.25 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Erwin Dirnberger. Bitte, Herr Präsident.

LTAbg. Dirnberger – ÖVP (13.25 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, meine Landesrätinnen, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren, Zuseher und Zuhörer!

Ja, die Frau Klubobfrau hat es erwähnt. Dem einen zu viel, dem anderen zu wenig – das ist der Natur der Sache unserer Demokratie. Ich glaube, dass wir richtigliegen, da kann ich ihr vollstens beipflichten. Wir haben eine bundesgesetzliche Vorgabe auf Basis der Verfassung. Der Verfassungsgerichtshof hat gewisse Veränderungen vorgenommen und wir haben hier einen Konsens gefunden zwischen zwei staatstragenden Parteien – der SPÖ und der ÖVP, und das ist politischer Wille. Das ist Demokratie und das, glaube ich, ist zu begrüßen, ist auch

mehrheitsfähig und ich glaube, dass wir hier gut unterwegs sind. Ein Vergleich: Wir brauchen unsere Leistungen nicht unter den Scheffel stellen. Im Vergleich zu vielen Nationen, Lukas Schnitzer hat es auch angeführt, sind wir in Österreich und in der Steiermark auch mit der sozialen Unterstützung sehr gut unterwegs. Ich möchte nur kurz Stellung nehmen zum Entschließungsantrag der Freiheitlichen. Es wäre wünschenswert, die Änderung 70:30 steht drinnen – ja, aus meiner Sicht auch wünschenswert. Alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister würden sich das auch wünschen, aber im Wissen über das Landesbudget, wie die finanzielle Situation ist, im Wissen des Finanzausgleiches, dass Bund, Länder und Gemeinden in einem Boot sitzen. Wenn sich Steuereinnahmen reduzieren, bedeutet das für alle Institutionen, wenn wir eine Verschiebung vornehmen, bedeutet das eine höhere Belastung für die andere Institution und im Wissen, dass wir keine Spitalsfinanzierung in der Steiermark leisten müssen, lehne ich euren Entschließungsantrag ab, obwohl er wirklich gut gemeint war.

Zur Reform selbst: Der Rechnungshof prüft Murtal. Die anderen Sozialhilfeverbände werden querschnittsmäßig mitgeprüft. Wenn das vorliegt, hat Herr Landeshauptmann schon mehrmals betont, wird auch eine landesinterne Evaluierung stattfinden. Welche Veränderungen gibt es oder kommt es überhaupt zur Abschaffung? Bezüglich Organisation, das was 2018, von der A7 kritisiert wurde, ist längst abgestellt. Es finden regelmäßige Vorstandssitzungen statt, es finden viermal im Jahr Verbandsversammlungen statt, auch wenn es nichts zu beschließen gibt, so ist diese Verbandsversammlung eine Info-Veranstaltung – unter Anführungszeichen.

Wie gesagt, es ist längst das umgesetzt. In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.28 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, Herr Kollege! Ich komme nun zur nächsten Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Werner Murgg. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Dr. Murgg – KPÖ (13.28 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätinnen!

Ich habe gar keinen Zettel mit, brauche ich auch nicht. Denn ich will nur beim Antrag, Einl.Zahl 1113/6, eine punktuelle Abstimmung beantragen. Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 13.28 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, Herr Abgeordneter Murgg. Wir haben das erfasst. Vielen Dank.

Als vorläufig letzte Rednerin darf ich Frau Landesrätin Mag. Doris Kampus an das Rednerpult bitten. Bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Kampus – SPÖ (13.29 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, werte Kollegin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Ich möchte mit einem Danke an Sie beginnen, mit einem Danke für die großteils konstruktive, kritische Diskussion. Ich glaube, es ist wichtig, es genau so zu tun, damit wir die unterschiedlichen Positionen kennenlernen, abgleichen, wissen, wo wir einer Meinung sind und wissen, wo wir anderer Meinung sind. Das ist Demokratie und ich finde es großartig, dass wir jetzt, dass Sie jetzt viele Stunden zum Thema Sozialpolitik und Sozialstaat in der Steiermark diskutiert haben. Dafür ein Danke von mir. (*Beifall bei der SPÖ*) Ich habe nicht nur sehr aufmerksam zugehört. Ich möchte Ihnen auch sagen, dass vieles von dem, was heute ausgeführt wurde, ich unterschreibe. Ich habe das in den unterschiedlichen Ausschüssen und Unterausschüssen und Treffen, die es gegeben hat, auch gesagt. Dieser Prozess, der jetzt über viele Monate gegangen ist – ich sage immer, das war kein Larifari-Prozess oder ein Prozess, weil man ihn einfach so macht. Wir haben mehr als 50 % der Empfehlungen aus den Stellungnahmen eingearbeitet und einiges von dem, was sich verändert hat, ja, ist auch von der Opposition gekommen. Das ist gut und das ist richtig so. Vieles von dem ist von der Zivilgesellschaft gekommen, die wir engstens mit einbezogen haben. Ich möchte die aus meiner Sicht wesentlichen Punkte noch einmal zusammenfassen, was uns in dieser Regierung bewegt hat, genau diesen Vorschlag vorzulegen. Sie kennen das, auch ich bin da immer sehr offen und sehr transparent. Die Freude hält sich in Grenzen. Uns allen möglicherweise oder vielen von uns wäre es lieber gewesen, wir hätten weiterhin die Mindestsicherung. Ich möchte noch einmal und ich durfte auch 2016 schon dabei sein und mit Rudi Hundstorfer und anderen Sozialministern das verhandeln. In dieser Zeit ist es geglückt in der Steiermark, dass die Zahl der armutsgefährdeten Menschen von 16 auf 13 % sinkt. Das verdanken wir auch einer Wirtschaft, die angezogen hat, das verdanken wir auch einer Sozialpolitik, die getragen wird vom gemeinsamen Willen von ÖVP und SPÖ. Ich möchte ganz bewusst auch das Thema „Kompromiss“ aufgreifen. Es ist mir schon ein paar Mal aufgefallen, dass in diesem Hause – „Mein Gott, schon wieder so ein Kompromiss“ ... Was ist denn, bitte, Politik anderes als das Finden von Kompromissen, als das Finden von gemeinsamen Schnittmengen, von,

Gott sei Dank, unterschiedlichen Parteien? Das ist Demokratie. Deswegen kann ich mit dem sehr, sehr gut leben, wenn man sagt: „Ein Kompromiss wurde gefunden.“ Ja, was wäre denn die Alternative? Ein permanentes Hick-Hack und Streitereien und das ist das Letzte, das die Menschen wollen und in Zeiten einer Krise auch brauchen können. *(Beifall bei der SPÖ)* Zu den inhaltlichen Schwerpunkten, könnte ich ganz, ganz viel erwähnen. Wie gesagt, ich unterschreibe vieles von dem, was heute von den unterschiedlichen Parteien gesagt wurde, nicht alles, aber vieles. Und dass man erkannt hat, dass es unser oberstes Ziel ist, Menschen in Arbeit zu bringen. Das ist so mit ein Wesenszug dieses Gesetzes, den wir versucht haben, umzusetzen, z.B. mit der Sozialberatung. Wir werden auch die Alleinerziehenden in der Steiermark nicht im Stich lassen, das ist ein besonders großer Schwerpunkt, weil wir wissen, dass die Gefahr riesengroß ist, dass gerade die Frauen zu den Verliererinnen dieser Krise zählen werden. Das heißt, wir haben unsere Schwerpunkte, unsere Akzente gesetzt und wir haben – erlauben Sie mir diesen Streifzug Richtung FPÖ, man möge noch strenger, noch mehr ... ja, sicher, kann man diskutieren. Ich kenne die Haltung der FPÖ. Ich darf nur eines sagen: Das Grundsatzgesetz hätte vorgesehen, dass wir das, was das AMS kürzt, wieder auffüllen – haben wir nicht getan. Deshalb: Wir sind bei dem geblieben, was sich in der Mindestsicherung bewährt hat, weil es Sinn macht, gute, funktionierende Systeme überzuführen und weiterzuführen. Das ist auch so ein Punkt, der uns sehr, sehr wichtig war. Wir wollen gemeinsam, dass es den Steirerinnen und Steirern gut geht. Wir wollen gemeinsam, dass sie sich auf uns verlassen können. Wir wollen gemeinsam, dass die Menschen möglichst rasch wieder Arbeit finden. Die Zugänge sind unterschiedliche, gut so, wie gesagt, das ist Demokratie, das ist Parlamentarismus, der auch, wenn er sehr lebendig ist, aus meiner Sicht sehr, sehr wertvoll ist. Zum Sozialunterstützungsgesetz abschließend: Mir wäre es am allerliebsten, und ich habe das schon ein paar Mal gesagt, niemand in Österreich und in der Steiermark würde ein Sozialsystem brauchen. Das hieße nämlich, dass es den Menschen so gut geht und dass sie leben können von dem, was sie tun. Die Menschen wollen arbeiten. Deshalb wäre es mir am allerliebsten, wenn man sagt: „Das werden die Menschen gar nicht brauchen, weil sie einen Job haben.“ Das wird aber nicht Realität sein. Darum ist es unsere Aufgabe, mit Augenmaß ausgewogen im Rahmen dessen, was möglich war, die Steirerinnen und Steirer gut aus dieser Krise herauszuführen. Ich möchte mit einem Danke schließen. Mit einem Danke an meine Partei, mit einem Danke an die ÖVP und da vor allem an Juliane Bogner-Strauß und Barbara Riener, die das Gesetz mit uns federführend verhandelt haben. Es ist ein Gesetz, das Verantwortung zeigt. Es ist ein Gesetz, wo wir bei Gott nicht

alles selbst entscheiden konnten, aber es ist ein Gesetz, das dazu dient, dass die Menschen gut durch die Krise geführt werden und zum Schluss ein Appell: Am schönsten wäre es, die Steirer_innen würden es gar nicht brauchen und wir werden dafür sorgen, dass die Jobs in der Steiermark wieder anwachsen, dass die Wirtschaft hoffentlich bald wieder anzieht und dass die Menschen Arbeit haben. Das beste Instrument in der Sozialpolitik ist Arbeit und Beschäftigung, davon bin ich überzeugt. Ein großes Danke von meiner Seite. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.36 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Frau Landesrätin. Ich sehe keine weitere Wortmeldung. Ich komme nun zur Abstimmung.

Zum Tagesordnungspunkt 1 liegen zwei Abänderungsanträge seitens der Grünen vor:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1113/9, betreffend „Wohnkostenpauschale auf 30 % anheben“ ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen und der KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1113/11, betreffend „Jedes Kind muss gleich viel wert sein“ ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme zum dritten Punkt der Abstimmung, zur Abstimmung der Gesetzesnovelle entsprechend dem Ausschussantrag. Von der FPÖ wurde ein Antrag auf punktuelle Abstimmung gestellt, wonach Art. 4 – Änderung des Steiermärkischen Behindertengesetzes separat abgestimmt werden soll.

Ich stimme daher wie folgt ab:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1113/6 (TOP 1), enthaltenen Ausschussantrag – hinsichtlich Art. 4 Änderung des Steiermärkischen Behindertengesetzes – ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, der NEOS, der Grünen und der FPÖ angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1113/6 (TOP 1), enthaltenen Ausschussantrag – hinsichtlich der übrigen Artikel – ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der ÖVP, der SPÖ die Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1113/7 (zu TOP 1), betreffend „Hohe Wohnkosten durch Härtefallklausel abfedern“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 1113/8 (zu TOP 1), betreffend „Wohnkosten-pauschale im Steiermärkischen Sozialunterstützungsgesetz erhöhen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen nicht die erforderliche Mehrheit (KO LTAbg. Klimt-Weithaler: „Und der KPÖ.“) und der KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Claudia, Entschuldigung, vielleicht rückst du ein Stückerl nach links. Vielen Dank, da sehe ich dich viel besser.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1113/10 (zu TOP 1), betreffend „Menschen mit humanitärem Bleiberecht sozial absichern“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 1113/12 (zu TOP 1), betreffend „Sozialhilfe als Sprungbrett in den Arbeitsmarkt“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der NEOS und der KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1113/13 (zu TOP 1), betreffend „Einführung eines landesweiten Erhebungsdienstes zur Bekämpfung von Sozialmissbrauch“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.
Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1113/14 (zu TOP 1), betreffend „Schluss mit linker Sozialromantik: Sozialbetrug mit der notwendigen Härte und Konsequenz bestrafen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.
Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1113/15 (zu TOP 1), betreffend „Angemessene Einstufung der Mitarbeiter und entsprechende Personalressourcen sicherstellen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.
Dieser Antrag hat mit den Stimmen der FPÖ und der KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Zum Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1113/16 (zu TOP 1), betreffend „Entlastung der Gemeinden und Reform der Sozialhilfeverbände“ wurden von der KPÖ und den NEOS Anträge auf punktuelle Abstimmung eingebracht.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt 1 des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.
Dieser Antrag hat mit den Stimmen der FPÖ und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt 2 des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.
Dieser Antrag hat mit den Stimmen der FPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt 3 des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, und FPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt 4 des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der FPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1113/17 (zu TOP 1), betreffend „Überförderung durch Anpassung der Höchstsätze im Sozialunterstützungsgesetz verhindern – Leistung muss sich lohnen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Bei diesem Antrag wurde mit den Stimmen der FPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 1113/18 (zu TOP 1), betreffend „Sanktionen für arbeitslose Menschen dürfen letztes soziales Netz nicht gefährden“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen und der KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 1113/19 (zu TOP 1), betreffend „Keine Streichung der Wohnunterstützung bei Bezug von Sozialunterstützung“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen und der KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 322/6 (TOP 2), enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der ÖVP, der SPÖ, der NEOS und der FPÖ angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 717/4 (TOP 3), enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der ÖVP, der SPÖ und der FPÖ angenommen.

Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Klimaschutz, Einl.Zahl 1118/2, betreffend „27. Umweltbericht des Landes Steiermark – Berichtszeitraum 2018 – 2019“ zur Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1118/1.

Ich ersuche um Wortmeldungen und bitte die Kolleginnen und Kollegen im Hause um etwas Ruhe. Ich weiß, es war ein sehr langer Tagesordnungspunkt, aber wir kommen zu einem nächsten, sehr, sehr wichtigen Punkt, nämlich zum Umweltbericht. Als Erste zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Sandra Krautwaschl. Bitte, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (13.46 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Vielleicht hilft es auch für die Aufmerksamkeit ein bisschen, dass zumindest aus meinem Ermessen heraus, wie ich den Erhalt unserer Lebensgrundlagen sehe, das eigentlich auch die Basis ist für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Auch wenn hier das Thema jetzt der Umweltbericht ist, geht es nämlich tatsächlich darum, dass wir Lebensgrundlagen sichern in der Steiermark und ich habe mir heute für meine zwei Entschließungsanträge, die ich einbringen werde, zwei essenzielle Themen herausgenommen. Das eine ist der Klimaschutz und die Klimaschutzziele des Landes Steiermark und das andere ist die Luftgüte, die im Übrigen auch ganz viel mit Klimaschutz zusammenhängt, wie Ihnen sicher klar und bewusst sein wird. Ich beziehe mich in meinen Entschließungsanträgen primär auf diese zwei Punkte, weil das für mich die großen Hebel sind, wie wir in Zukunft das Leben in der Steiermark auch gestalten wollen und werden. Der Umweltbericht, der wiederum sehr ausführlich und sehr viele Bereiche bearbeitet, gibt dazu doch auch einiges her und so bezieht er sich auf Seite 61 und 62, falls das wer nachschauen möchte, ganz konkret auf die Maßnahmen des Landes Steiermark in Bezug auf die sogenannte Klima- und Energiestrategie, die eigentlich sicherstellen soll ... – oder in der eigentlich die selbst auferlegten Klimaziele verankert sind. Nun wissen wir schon seit längerer Zeit durch zahlreiche wissenschaftliche Berichte und Zugänge, die immer wieder auch hier schon diskutiert worden sind, dass diese Ziele, so, wie

sie in der Klima- und Energiestrategie vorgesehen sind, schon an und für sich ganz sicher nicht mehr ausreichen werden, um das große Ziel, nämlich die Klimakrise, auch in den Griff zu bekommen, zu erreichen. Das werde ich auch in unserem Entschließungsantrag thematisieren. Aber vorerst ist auch festzuhalten, dass selbst diese Zielwerte, minus 36 % sind in der Klima- und Energiestrategie festgehalten, minus 36 % Treibhausgasemissionen bis 2030. Alle, die in den letzten Jahren hier mitdiskutiert haben, zahlreiche Berichte, Monitoringberichte und auch weitere Anpassungen der Klima- und Energiestrategie diskutiert haben, wissen, dass wir selbst diese niedrigen Ziele nicht erreicht haben, dass wir nicht auf dem Zielpfad sind, damit wir – also jedenfalls nicht seit 2015, seit auch ich in diesem Landtag bin – überhaupt diese niedrigen Ziele erreichen. Das ist einmal das Grundproblem. Das Zweite, das ich hier noch einmal aufrollen möchte, ist, dass wissenschaftliche Erkenntnisse uns ganz klar zeigen, dass wir mit diesen Zielen gar nicht auskommen werden. (*Hoher Lärmpegel*) Sie alle wissen, es gibt in der Klimakrise, in der wir uns einfach nach wie vor in höchster Dramatik befinden, auch wenn es offensichtlich nicht so viele gerade interessiert, aber mich interessiert es immer und schon seit Jahren und ich glaube, es ist für die Zukunft in unserem Land mindestens ebenso wichtig wie das Sozialunterstützungsgesetz, dass wir diese Dinge ernst nehmen. Aber wir alle wissen, es gibt einen Point of no return, da kommt es durch das, was jetzt schon aufgestoßen wurde, durch die Folgen der Politik der letzten Jahre und Jahrzehnte dazu, dass es zu einem unkontrollierten Ansteigen der Treibhausgasemissionen kommen wird und etwas – vielleicht hilft das, Coronakrise, da haben wir das nämlich kennengelernt – exponentielles Wachstum. In der Coronakrise – siehst, das hilft – haben wir auch kennengelernt, wozu uns das führt. Wenn wir nämlich exponentielles Wachstum zulassen – in der Coronakrise war es eben an Infektionen, dann ist das irgendwann nicht mehr in den Griff zu bekommen, dann können wir das Problem, die Krise mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln, die wir jetzt hier zur Verfügung haben, nicht mehr in den Griff bekommen. Deswegen ist mir das so wichtig, dass wir hier jetzt wirklich – und da hat unlängst einmal, ich glaube der Profil-Chefredakteur einen schönen Artikel dazu geschrieben. „Die Klimakrise ist ganz groß, Corona ist klein“ – wir werden diese extremen Herausforderungen der Klimakrise sicher nicht in den Griff bekommen, wenn wir diesen Point of no return nicht verhindern. Da haben wir noch ganz wenig Zeit, verdammt wenig Zeit, das wissen wir alle. Deshalb wäre es aus unserer Sicht absolut notwendig hier erstens einmal zu schauen, dass wir primär einmal wenigstens auf den Pfad kommen, der jetzt in der Klima- und Energiestrategie drinnen steht. Aber zweitens ganz wichtig für uns da noch

einmal die Wissenschaft ganz stark hereinzuholen und diese Ziele auch anzupassen, an das, was in der Realität notwendig sein wird, damit wir wirklich unsere Ziele erreichen. Damit wir letztlich keine Strafzahlungen nach Brüssel zahlen müssen, sondern das Geld dorthin fließt, wo wir es brauchen – in erneuerbare Energien, in Jobs, die hier in der Steiermark krisensicher geschaffen im Sinne einer Umsteuerung eines nachhaltigen Wirtschaftssystems. Dafür haben wir in unserem Entschließungsantrag Vorschläge formuliert, die sich genau darauf beziehen die Wissenschaft hereinzuholen und da wirklich sicherzustellen, dass die regelmäßig die Landesregierung auch das sogenannte Klimakabinett berät und auch diese Anpassung der Ziele sich erstellt. Und, und das ist ganz entscheidend, wenn die Ziele nicht erreicht werden, dann gibt es bis jetzt keinen Mechanismus, der sicherstellt, dass dann irgendwas passiert und der ist aus unserer Sicht einfach herzustellen. Es braucht Konsequenzen, wenn wir die Ziele nicht erreichen. Weil wie sie alle wissen – Papier ist geduldig, da steht seit Jahren ein Pfad drauf, da stehen Ziele drauf, die wir immer wieder verfehlt haben und es braucht jetzt und so schnell wie möglich unter Einbeziehung der Wissenschaft ganz klare Konsequenzen, wenn diese Ziele nicht erreicht werden. Darauf bezieht sich eben der erste Entschließungsantrag, den ich hiermit auch vorlesen möchte.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Die Ziele der Steirischen Klima- und Energiestrategie 2030 (KESS) an das höhere Niveau der nationalen und europäischen Ziele anzupassen, nämlich Klimaneutralität bis 2040 und Reduktion der Treibhausgase um 55% bis 2030.

Das ist nämlich ein ordentlicher Brocken und da braucht es wirklich auch dann Kontrollmechanismen, dass die Ziele auch eingehalten werden.

2. Für eine verbindliche Einhaltung der adaptierten KESS-Zwischenziele (jährliche Emissionsreduktionen gemäß KESS-Zielpfad) zu sorgen.

3. Bei Nicht-Erfüllung eines Zwischenzieles einen rechtlich bindenden Korrekturmechanismus in Kraft zu setzen, wonach proportional zu den Emissionsübertretungen Mittel in den steirischen Klimaschutz fließen müssen.

Also das ist dieser Mechanismus, den ich kurz vorher schon erwähnt habe, damit sozusagen nicht immer gut da drinnen steht, was wir uns an Zielen gegeben haben, aber ein Überschreiten der Ziele zu keiner Konsequenz führt.

4. Zur Beratung der Landesregierung in Fragen des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung einen Klimarat einzurichten, der aus Vertreter_innen aus den Wissenschaftsbereichen Klimaentwicklung und direkte Klimafolgen besteht und die Sicherstellung der Zielerreichung begleitet.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages und werde dann nachher noch den zweiten Antrag einbringen, da die Zeit dafür schon zu kurz ist. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 13.54 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Alexander Pinter. Bitteschön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Mag. Pinter – Grüne (13.55 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landesrätin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Steirerinnen und Steirer!

Papier ist geduldig, hat unsere Klubobfrau Sandra Krautwaschl gerade gesagt. Aber wir Grüne sind das, wenn es um Klimaschutz, wenn es um die Artenvielfalt geht, gar nicht. Deswegen ist es mir auch wichtig hier über die Biodiversität ein paar Worte zu sagen. Im Mai 2019 hat der Welt-Biodiversitätsrat der Vereinten Nationen darauf hingewiesen, dass der Verlust an Artenvielfalt besorgniserregende Ausmaße erreicht hat und da haben Expertinnen und Experten aus über 50 Ländern drei Jahre lang geforscht und untersucht und sich die Entwicklung der Biodiversität angeschaut u.z. über die letzten fünf Jahrzehnte. Die Zeichen sind leider alarmierend und der Biodiversitätsrat hat die Weltgemeinschaft auch dazu aufgefordert diese Krise nun endlich ernst zu nehmen. Weil das Artensterben ist analog zur Bedrohung durch die Klimakrise, das sind unsere beiden globalen Krisen, die sich nicht einfach wegimpfen lassen werden. Darauf müssen wir das Gewicht in Zukunft ganz stark setzen und dafür setzen wir Grüne uns natürlich ganz massiv ein. *(Beifall bei den Grünen)*

Kommen wir zur Steiermark, dem Umweltbericht 2018/19, daraus ist zu entnehmen, dass die roten Listen in der Steiermark überarbeitet werden. Diese roten Listen sind ja eine ganz wichtige Sache, weil aufgrund dieser roten Listen wird ja auch eine naturschutzfachliche Bewertung vorgenommen und es ist ja auch, bezugnehmend auf die Entscheidungsfindung, das wesentlich Instrument dazu und da kann man gleich vorwegnehmen, dieser Bericht wird alarmierend ausfallen – ein Drittel bis zur Hälfte der heimischen Arten in der Steiermark ist bedroht. Die Maßnahmen, die hier steiermarkweit gesetzt wurden, reichen leider nicht aus. Die reichen nicht für eine Trendumkehr aus und die reichen leider nicht einmal aus, um die derzeitige fatale Entwicklung auch nur abzugrenzen. Es gibt ja die Ausweisung von

Europaschutzgebieten und es handelt sich hier um die Bezugnahme auf Basisbiotope. Aber was auch ganz wichtig ist bei diesen Basisbiotopen, dass diese vernetzt werden. Diese Vernetzung ist bis jetzt nicht berücksichtigt und die Europäische Union fordert das ja auch. Die Europäische Union fordert ein kohärentes ökologisches Netz an Schutzgebieten. Ich darf kurz daraus zitieren: „Hierbei handelt es sich um Landschaftselemente, die aufgrund ihrer linearen, fortlaufenden Strukturen, z.B. Flüsse mit ihren Ufern oder herkömmliche Feldraine oder ihrer Vernetzungsfunktion, Teiche oder Gehölze, für die Wanderung, die geografische Verbreitung und den genetischen Austausch wildlebender Arten wesentlich sind.“ Es geht hier bei solchen Biotopen natürlich auch um den genetischen Austausch. Die genetische Vielfalt ist wesentlich für unsere Zukunft. Da geht es ja auch darum, wenn hier Medikamente gebraucht werden. Wir beziehen diese Medikamente und diese medizinische Versorgung auch aus unserer Natur. Unsere genetische Vielfalt ist da auch unsere Lebensversicherung, sehr geschätzte Damen und Herren. Das dürfen wir nicht vergessen, wenn wir über die Themen Biodiversität und Artenvielfalt reden. Es soll daher der Erhalt und die Etablierung von Strukturen, die zu einer besseren Vernetzung der steirischen Offenlandbiotope – Hecken, Blühstreifen, Gehölzinseln, geschlossene Ufergehölzgürtel – unterstützt und auch gefordert werden. Ich komme daher zum Antrag.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Vernetzung der steirischen Offenlandbiotope wissenschaftlich zu evaluieren, um bestehende Defizite, Barrieren und Konfliktbereiche offenzulegen und zu prüfen, welche Landesflächen zur Verbesserung der Biotopvernetzung beitragen könnten,
2. ein adaptiertes Biotopverbundkonzept für die Steiermark vorzulegen, welches aufbauend auf bestehenden Projekten zu einer bestmöglichen Vernetzung der heimischen Wildtierlebensräume führt,
3. die ausgewiesenen Biotopverbundkorridore in den berührten Rechtsmaterien (Naturschutz, Raumordnung) zu verankern und
4. Förderschienen in den Vertragsnaturschutzmodellen zu adaptieren bzw. neu zu etablieren, damit Grundbesitzer/innen bei der Schaffung und Pflege von Landschaftsstrukturen, welche zur Biotopvernetzung beitragen, bestmöglich unterstützt werden.

Ich bitte um Zustimmung. Biodiversität ist keine Liebhaberfrage, Biodiversität ist eine Überlebensfrage. Dankeschön. *(Beifall den Grünen – 13.59 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Werner Murgg. Bitteschön, Herr Abgeordneter.

LTabg. Dr. Murgg – KPÖ (14.00 Uhr): Danke, geschätzte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin!

Jetzt habe ich einen Zettel, weil ich habe ein paar Zeilen und deswegen brauche ich ihn. Ich will eigentlich zum Umweltbericht, Frau Landesrätin wird das entschuldigen, mich nicht näher äußern. Vielleicht nur so viel, wir werden dem Umweltbericht zustimmen. Er ist ausgezeichnet recherchiert und es ist eigentlich eine bündige Darstellung von dem, was in dem Zeitraum, den der Bericht betrifft, passiert ist. Warum ich mich ... (*Erste Präsidentin Khom:* „*Ich erlaube mir, im Vorhinein zu sagen, lieber Herr Kollege Murgg, der Tagesordnungspunkt ist der Umweltbericht. Bitte zum Tagesordnungspunkt.*“) Jaja, ich bin schon beim Tagesordnungspunkt, (*Erste Präsidentin Khom:* „*Ja, dann passt es.*“) du hast mich jetzt unterbrochen, aber nicht aus dem Konzept gebracht, deswegen darf ich fortsetzen. Ich fange noch einmal an, aber verkürzt, weil sonst (*Allgemeine Heiterkeit*) läuft mir die Zeit davon. Der Umweltbericht ist in Ordnung, wie auch die anderen und alten Umweltberichte immer in Ordnung waren. Aber ich möchte trotzdem zum Tagesordnungspunkt sprechen, weil die Grünen eine Latte von Anträgen gestellt haben. Vor allem der Antrag 1118/3 – und jetzt habe ich es aufgeschrieben, da möchte ich um eine punktuelle Abstimmung ersuchen, hat mich veranlasst, hier doch ein bisschen auszuholen. Es geht um die – ich möchte fast sagen – leidige Strategie, bis wann wir die Klimaziele, nämlich was die Energieaufbringung CO₂-neutral betrifft, erreichen sollen. Es hat da einen kleinen Disput, ich glaube in der Kleinen Zeitung war es, zwischen Ihnen, Frau Landesrätin, und Klubobfrau Krautwaschl gegeben. Die Grünen wollen ja, dass wir das 2040 erreichen. Die Steiermark hat auf 2050 das Erreichen unserer Maßnahmen und Ziele festgelegt, die wir uns gesetzt haben – was ich ja eigentlich für richtig und für vernünftig halte. Wir sollten noch einmal ein bisschen rekapitulieren, wenn wir über dieses Thema reden, welche Ziele wir uns gesetzt haben. Bis 2030 wollen wir den Anteil erneuerbarer Energien von ca. 29 % derzeit auf 40 % anheben. Das ist ein nicht leicht zu erreichendes Ziel, glaube ich, aber es dürfte realistisch sein. Österreich hat sich das Ziel gesetzt, und ich glaube, das werden wir alle mittragen, die Stromproduktion bis 2030 aus erneuerbaren Energiequellen zu gewinnen. Jetzt schaue ich mir das ein bisschen genauer an. Auch das wird mit viel Anstrengung vielleicht zu realisieren sein. Vielleicht schaffen wir es 2031 und nicht 2030, aber ich möchte da jetzt doch ein paar Zahlen bringen, weil ich dann auf

das Begehren der Grünen zurückkomme von 2050 auf 2040 Gesamtenergieaufwand CO₂-neutral zu gestalten. Wie schaut es bei der Stromproduktion aus? Sie haben es vielleicht mitbekommen – oder, ich fange anders an. Um dieses Ziel zu erreichen, müsste man die Wasserkraft – so sagen auch Energieexperten vom Verbund und von der Energie Steiermark – um ca. 6 bis 8 Terawattstunden erhöhen, die Windenergie um 15 Terawattstunden und die Fotovoltaik auf 14 Terawattstunden österreichweit. Derzeit ist es so – Energiebericht 2019, ein neuerer liegt nicht vor, das sind die steirischen Zahlen –, dass die Steiermark einen Fotovoltaik-Anteil, also eine mögliche Fotovoltaik Energiegewinnung von 0,342 Terawattstunden hat, von Wind 0,5 Terawattstunden und von Wasser 4 Terawattstunden. Jetzt habe ich die Zahlen von Österreich nicht da. Aber ich sage, das kann man grosso modo – neun Bundesländer haben wir, kann man natürlich nicht mal neun rechnen, weil es gibt viel kleinere Bundesländer als die Steiermark, aber rechnen wir es mal sieben, dann kommen wir ungefähr bei Fotovoltaik auf 2,2. Wollen wir die 14 erreichen, bis 2030 wäre das eine Versiebenfachung. Beim Wind sind wir ca. auf 3,5 – also, wenn wir das erreichen wollen, was wir brauchen, um den Strom allein CO₂-neutral zu machen, müssten wir den Wind verfünffachen und beim Wasser müssten wir es ungefähr verdoppeln. Jetzt wird das bei der Fotovoltaik möglicherweise funktionieren, aber selbst die Grünen bekommen auch hier schon Ohrensausen, weil nicht umsonst haben sie ja sehr vernünftig einen Antrag eingebracht, dass man jetzt aufpassen muss, dass wir nicht alle wertvollen landwirtschaftlichen Flächen mit Fotovoltaik-Panelen zubetoniert. Ob das wirklich, wenn wir alle asphaltierten Flächen, die möglich sind mit Fotovoltaik zu belegen und die Haudächer etc., wenn man das alles macht und wir auf diese Versiebenfachung kommen werden – möglich, leicht wird es nicht. Beim Wind ist es ähnlich und bei der Wasserkraft sagt mir jeder Experte, der Wasserkraftausbau ist in Wahrheit erschöpft. Also wir bräuchten – 4 TWh haben wir derzeit in der Steiermark, wir planen in Leoben ein neues Wasserkraftwerk zu bauen und das könnte 11.000 Haushalte mit Strom versorgen. Wissen Sie, wie viele TWh dieses Wasserkraftwerk haben würde? 0,038 TWh - und 4 TWh erzeugen wir derzeit in der Steiermark und 6 bis 8 TWh müssten wir erhöhen, um eben bei der Wasserkraft diese erneuerbaren Energiewerte zu erreichen. Nur, damit wir irgendwie die Größenordnungen sehen. Jetzt komme ich dort hin, worauf ich eigentlich hinmöchte. Wenn man behauptet, man könnte die gesamte Energie, die Österreich aufbringt, bis 2040 – in 19 Jahren – CO₂-neutral machen, dann schaue ich mir den Energiebericht 2019 an. Da sind schöne Tortengrafiken, mehrere, und da sieht man z.B., dass der Bruttoinlandsverbrauch der Steiermark nach Klassen aufgespalten so ist. Wenn ich mir

jetzt die CO₂-schädlichen hernehme – Kohle 14,7 %, Öl 29,4 %, Erdgas 22,5 %, das sind 62,6 %. Jetzt muss man noch die 5,1 % Nettostromimporte teilweise dazutun, weil da kommt Atomstrom, Kohle etc. – das wollen wir auch nicht. Nehmen wir 2 % dazu, sind wir fast auf 65 % und da soll mir jemand sagen, wie wir in 19 Jahren in diesen – weil österreichweit schaut es genauso aus, wie es in der Steiermark mit der Verteilung ausschaut – diese zwei Drittel wegbringen. Das ist einfach Illusion – und das muss man dazusagen – außer man macht das beispielsweise wie in Finnland. Da sind die Grünen in der Regierung, eine interessante Öl-Sendung vor einem halben oder dreiviertel Jahr, wo ein Vertreter einer Gemeinde in Finnland befragt worden ist, die jetzt schon CO₂-neutral in ihrer Gemeinde erzeugen. Aber der sagt, ohne Atomstrom geht das nicht. In Finnland sind die Grünen in der Regierung, bekennen sich dort zur Atomenergie. Ich nicht. Österreich hat hier tabula rasa gemacht, da sind wir alle einverstanden. Das nehmen wir zur Kenntnis. Aber die finnischen Grünen und die finnische Regierung sagt: „Ja, das werden wir schaffen.“ Aber nur mit der Atomtechnologie der vierten Generation haben die Tritium-Reaktoren etc., ich beschäftige mich damit gar nicht, weil das in Österreich sowieso kein Thema ist. Ich sage es nur. Man muss dazusagen, wenn man sagt, in 19 Jahren bekommen wir die 62,6 % der CO₂-Gefährlichen weg, wo diese Energie herkommen soll. Oder man braucht natürlich eine viel offensivere ... – Sie kennen mich hier als Trommler des Ausbaus des Wasserstoffs, aber natürlich des grünen Wasserstoffs. Den Wasserstoff, wie ihn die OEMV aus dem Erdgas macht, das ist natürlich ein, ich will nicht sagen, Taschenspielertrick, aber es ist nicht das, was wir eigentlich brauchen, um CO₂-neutral zu werden. Und wir werden brauchen – vor allem den privaten PKW-Verkehr, den werden wir nicht ganz wegbringen. Das ist eine Illusion. Aber auch den LKW-Verkehr auf synthetische Kraftstoffe umzustellen und da passiert überhaupt nichts. Ich war jüngst beim Jürgen Roth, weil ich mich schon ein bisschen schlau gemacht habe, wir werden ja bald über das Verbot der Ölheizungen diskutieren, wo die Grünen auch sagen: „Weg damit“, aber von einem synthetischen Öl wollt ihr offenbar nichts hören, was genauso CO₂-neutral wäre wie die Biomasse, nur könnte man es selber erzeugen und die Biomasse müssen wir teilweise importieren. Dann sieht man hier, dass das auch ohne synthetische Kraftstoffe nicht gehen wird. Das wollte ich sagen. Ich höre schon dich mit dem erhobenen Zeigefinger praktisch mir zu zeigen, dass es bereits blinkt. Ich wollte eigentlich noch etwas sagen zu dem Antrag mit der Fernwärme. Ihr habt da Anträge, wir wollen dem allen ohnehin zustimmen, aber das ist in Wahrheit das, was ich schon Jahre lang hier predige und wo ich ausgelacht worden bin vom Kollegen Schönleitner, wie ich gesagt habe, man

muss die KWK in Mellach nutzen und das Wasser nicht in die Mur leiten. (*Erste Präsidentin Khom*: „*Es ist zu wenig, wenn du spürst, dass ich gleich den Finger erhebe.*“ – *Allgemeine Heiterkeit*) Danke, ich bin ohnehin schon fertig.

In diesem Sinne, wir werden allen Grünen Anträgen zustimmen. Aber bei dem einen, was ich gesagt habe, bitte eine punktuelle Abstimmung. Danke. (*Beifall bei der KPÖ – 14.11 Uhr*)

Erste Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Franz Fartek. Bitteschön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Fartek – ÖVP (14.12 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ja, der 27. Umweltbericht ist ein umfassendes Werk. Wir wissen, Umweltschutz und Klimaschutz ist etwas Wichtiges und ist eine zentrale Rolle in unserem täglichen Tun. Es ist eine große Herausforderung, wie wir das Tempo, aber vor allem auch die richtige Balance finden, damit wir auch diese Ökonomie, die Ökologie, aber vor allem auch diese soziale Gerechtigkeit im Fokus haben. Es sind 15 Themenbereiche, die hier sehr gut beleuchtet und bearbeitet werden und es ist es wert - und das kann ich euch schon sagen –, dass man wirklich hineinschaut und sich mit diesem Bericht auch intensiv auseinandersetzt. Das Thema Nachhaltigkeit, natürlich, ist das die Zukunftsfrage schlechthin und es passiert in diesem Bereich auch sehr, sehr viel. Wenn man davon ausgeht, dass hier die Bewusstseinsbildung in verschiedensten Aktivitäten, Projekten der Gemeinden, der Schulen immer wieder auch stattfindet. Ich möchte ein Beispiel nennen aus meinem Bezirk Feldbach mit den Klimaschulen: Hier sind acht Klassen mit 190 Schülern und 70 Maßnahmen und Aktivitäten immer wieder dabei, gerade in diesem Thema zuzuarbeiten. Das sind 20 Betriebe, die diese Schulen und diese Klassen auch unterstützen. Ich glaube, das ist eine wertvolle Arbeit, denn Umweltschutz, Klimaschutz muss schon bei den Jüngsten beginnen. Es geht hier um Beteiligung und es geht vor allem auch um das „Wir“ für die Zukunft, damit wir hier unseren Beitrag eben leisten, damit wir gerade in die richtige Richtung kommen. Die Abfall- und Stoffflusswirtschaft, ein wichtiges Thema, das uns ja auch tagtäglich in unserem Tun begegnet. Hier möchte ich vielleicht schon darauf hinweisen, die Aktivitäten – ja, ob das der Frühjahrsputz ist oder „G’scheit feiern“ und vieles mehr, aber im Endeffekt geht es um das Müllvermeiden, um das Verwerten und auch um das Recyceln. Das ist mir auch wichtig, dass ich heute einmal Zwischenbilanz gebe. Wir wissen, die ASZ’s haben ja eine riesige

Aufwertung auch gemacht dahingehend, wenn es um Trennung geht, um richtige Entsorgung geht. Wir haben derzeit in der Steiermark 268 ASZ, aber auch mittlerweile 75 Re-Use-Shops und das Ziel war ja auch in einer Studie von 2015, dass wir in der Steiermark mit 40 Ressourcenparks auch diese Thematik bearbeiten. Mittlerweile haben wir fünf Ressourcenparks schon in Betrieb, einer ist in Bau und sieben sind in Planung. Ich glaube, da sind 13 schon in guter Vorbereitung und in Umsetzung. Ich glaube, das ist auch ein wichtiger Schritt, wenn es um die Abfall- und Stoffflusswirtschaft geht. Ein weiteres Thema, das uns in dieser Thematik auch immer wieder begegnet, ist der Boden. Bodenschutz, Bodenverbrauch ist ein Thema, das wir auch immer wieder zu bearbeiten haben, ob das in der Landwirtschaft ist, ob das in der Raumordnung ist usw. Boden, von dem wir leben, das betrifft uns einfach auch immer alle. Und gerade wenn wir von Bodenschutz reden, dann ist das dieser Humusaufbau eine Chance für die Landwirtschaft, auch im Fokus, wenn es um Klimawandel, Klimaschutz und um Umweltschutz geht. Geschätzte Damen und Herren, ich möchte vielleicht auch erwähnen, dass wir hier gerade in der Landwirtschaft auch diesem Thema sehr gut zuarbeiten. Wir haben hier drei Versuchsreferate, die gerade dieses Thema Bodenfruchtbarkeit genau beleuchten: Es sind dies die Versuchsstation Haidegg, die gerade mit dem Thema Obst und Weinbau intensiv unterwegs ist, die Versuchsstation in Wies, die sich mit dem Gemüsebau und Alternativpflanzen beschäftigt und es ist die Versuchsstation in Hatzendorf, die dem Ackerbau, der Pflanzenwirtschaft zuarbeitet. Ich glaube, das sind Zukunftsabteilungen, auch wenn es um das Thema Boden geht und um das Thema Bodenschutz und Bodenverbrauch. Natürlich ist es auch wichtig, dass wir den Bodenverbrauch reduzieren und da gilt es auch in der Raumordnung dementsprechend hinzuschauen. Damit sind wir auch befasst und da müssen wir uns auch dementsprechend anstrengen. Energie und Klima, da will ich nicht viel sagen, weil wir haben das eh in den nächsten Sitzungen, die Berichte auch zu erläutern und genau in die Tiefe zu gehen. Aber, ja, der Herr Murgg hat es sehr realistisch dargestellt, ja, da müssen wir schon wirklich gut aufpassen, dass wir nicht unsere Ziele stecken, die wir nicht schaffen. Aber, wir haben uns mit der Klima- und Energiestrategie doch Ziele festgeschrieben und mir ist es auch bewusst, uns ist es auch bewusst, dass wir diese Ziele auch schärfen müssen und dass wir hier dranbleiben müssen. Da gibt es auch wieder viele Dinge, und das dürfen wir nicht unterschätzen in unserer täglichen Arbeit, diese Basisarbeit. Es ist diese Bewusstseinsbildung, die unten auf der Gemeindeebene beginnt, die hier in die Breite geht mit den KEM-Regionen, mit den KLAR-Regionen, hier könnte man vieles, vieles noch erwähnen oder auch die Ich-

tu's-Initiative, die auch wieder bei den Kindern und Schulen ansetzt und vieles mehr. Vieles ist in Bewegung. Es braucht hier ein klares Bekenntnis aber vor allem, wenn wir weiterkommen wollen zu den erneuerbaren Energien. Und da ist es natürlich - liebe Frau Landesrätin, möchte ich dich wirklich bitten, dass wir dieses Thema Sachprogramm erneuerbare Energien wirklich intensiv und aktiv auch angehen, weil das ist natürlich auch ein wichtiges Instrument, wenn es um die Leitlinien dahingehend geht und auch um gewisse Lenkungseffekte. Und, geschätzte Damen und Herren von der Opposition, es helfen die ganzen Entschließungsanträge nichts. Wir müssen uns dazu gemeinsam bekennen, wir müssen es wollen und wir müssen den Schritt gemeinsam auch setzen, wenn es um die Umsetzung geht in allen Bereichen, ob das Windkraft, Wasserkraft oder auch Holzwirtschaft ist. Ein weiteres Thema – es sind viele Themen, die wir ansprechen wollen, aber ich will nicht auf alle eingehen, ob das die Gen-Technik ist, ob das der Lärm und die Luft ist. Vielleicht beim Lärm ist eines auch zu erwähnen: Diese Radverkehrsinitiative des Landes, die ich schon für sehr gut halte. Es gibt die Radverkehrsstrategien, wo sich auch wieder die Gemeinden sehr intensiv beschäftigen und wir sehen in unserer Region – ich darf wieder Feldbach nennen – die sind mit diesem Projekt als Pilotgemeinde fertig und es wird angenommen. Es ist gut so, sie haben Vorbildwirkung. Es wird auch von vielen, vielen Gemeinden nachgeahmt und nachgemacht. Das Thema Nahrung, das ist mir noch ein wichtiges Anliegen, dann komme ich schon schön langsam zum Schluss. Thema Nahrung, Nahrungssicherheit, das ist etwas ganz, ganz Wichtiges, unser tägliches Brot, wenn man so sagen darf. Dafür müssen wir alle arbeiten, da müssen wir uns auch alle bekennen dazu. Es geht nicht darum, dass wir uns gegenseitig ausspielen, ob biologisch oder konventionell, sondern es ist uns nur wichtig, dass wir diese regionale Landwirtschaft gemeinsam biologisch, dieses Thema Regionalität stärken und hier auch auf die Herkunftsgarantie, Nachhaltigkeit, auf das Tierwohl auch genau hinschauen. Eine Geschichte möchte ich noch erwähnen, weil ich die Sandra Holasek da sehe, die Initiative Sterz. Das ist etwas ganz, ganz Wichtiges, wo sich die Landwirtschaft, die Wissenschaft aber auch die Gesundheit gemeinsam bemüht, um die Ernährung und die Qualität weiter voranzutreiben. Ich glaube, das ist es auch wert, das zu unterstützen, diese Aktivität und auch hier dranzubleiben. Ein Thema ist mir noch ein wichtiges Anliegen, das ist die Natur, Landschaft und der Naturschutz. Die Themenbereiche sind beleuchtet mit den Naturparks, mit den Natura-2000-Gebieten, die Artenvielfalt, hat der Kollege schon erwähnt. Aber eine besondere Freude habe ich schon mit diesem Bericht, liebe Frau Landesrätin, das ist dieser Teil, wenn es um den Biosphärenpark geht. Vier Gemeinden im Murtal, das ist die

Gemeinde Radkersburg, Gemeinde Halbenrain, die ehemalige Gemeinde Murfeld und Mureck haben 2019 einen Antrag gestellt für diese Auszeichnung und 2019 wurde in Paris die Auszeichnung für den ersten Biosphärenpark der UNESCO übergeben in der Steiermark. Das war für uns wirklich eine tolle Geschichte. Auf das sind wir wirklich stolz. Ein weiterer Schritt ist jetzt dahingehend weitergemacht worden, dass wir auch um den weltweit ersten 5-Länder-Biosphärenpark angesucht haben – Mur, Drau, Donau, das betrifft die Länder Österreich, Slowenien, Ungarn, Kroatien und Serbien. Auch das haben wir unter Dach und Fach gebracht. Es ist nun wichtig für uns, dass wir das Leitbild weiter intensivieren, dass wir auch hier die Gesetzgebung vorantreiben und den Managementplan auch machen. Ich glaube, das ist ein Thema, auf das können wir hier in der Steiermark wirklich stolz sein. Das ist eine großartige Geschichte, der Biosphärenpark im Unteren Murtal. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* geschätzte Damen und Herren, es gäbe noch vieles zu sagen, was den Umweltschutz betrifft. Der, glaube ich schon, eine tolle Sache ist, weil für uns eine Ist-Situation dargestellt wird, weil auch auf die zukünftigen Herausforderungen hingewiesen wird und weil es auch ein bisschen ein Spiegelbild für unsere tägliche Arbeit ist. Insofern möchte ich allen danken, die ihren Beitrag dazu geleistet haben und ich möchte vor allem auch dir, Frau Landesrätin, danken, dass diese positiven Beispiele, die es dann auch plakativ und gut sichtbar machen, hier drinnen angeführt sind. Ein toller Bericht. Danke allen, die einen Beitrag geleistet haben. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.21 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Georg Schwarzl, bitte schön.

LTabg. Schwarzl – Grüne (14.21 Uhr): Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Frau Landesrätin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher via Livestream!

Es gibt wohl kaum etwas, was uns im täglichen Leben enger und regelmäßiger begleitet als die Luft, die wir atmen. Erwachsene, ca. zwölf bis 18-mal pro Minute, Säuglinge 35- bis 40-mal pro Minute. Wenn man sich das ganz bewusst vor Augen führt, wird einem recht schnell klar, dass die Luft, die wir atmen und die Qualität bzw. wie sauber und rein diese Luft ist, sich maßgeblich auf die Gesundheit der Steirerinnen und Steirern auswirkt. Das wissen wir auch aus der Wissenschaft, einerseits kurzfristig, aber vor allem - und das ist ein ganz entscheidender Punkt – auch langfristig auf diese auswirkt. Schlaganfälle, Herzerkrankungen,

Lungenkrebs, chronische als auch akute Atemwegserkrankungen inklusive Asthma sind Beispiele. Krankheiten, die man mit Sicherheit niemanden wünscht, Krankheiten, die wir aber auch alle wahrscheinlich bei Freundinnen und Freunden, Familienmitglieder und anderen Bekannten bereits miterlebt haben. Krankheiten, die im direkten Zusammenhang mit der Luftverschmutzung stehen. Krankheiten, die die gesunden Lebensjahre der Steirerinnen und Steirer massiv reduzieren. Ein Anliegen, das uns sicher alle vereint, ist, dass wir unseren Liebsten und auch uns selbst wünschen, möglichst viele dieser gesunden Lebensjahre zu haben. Möglichst viel Zeit zu haben, in der wir nicht auf die Pflege angewiesen sind und Zeit zu haben, in denen wir selbst in unseren eigenen vier Wänden selbstständig leben können. Wir haben es heute schon von Herrn Landeshauptmann gehört: „Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts“, also müssen wir sie auch prioritär behandeln. Eines wissen wir auch: Welche Menschen sind es denn, die besonders von Umweltfaktoren, wie der Luftverschmutzung betroffen sind? Welche Menschen sind es denn, die sich nicht aussuchen können, ob sie an einer vielbefahrenen Straße oder irgendwo ein Haus im Grünen haben? Jede einzelne Person, die in der Steiermark lebt sollte das Recht darauf haben, gesunde Luft zum Atmen zu haben. Es darf auch keine soziale Frage sein, es darf keine Frage sein, ob man es sich leisten kann oder nicht. *(Beifall bei den Grünen)* Es ist ganz klar unsere Aufgabe als Politik den Rahmen zu schaffen, Gesundheit für alle zu ermöglichen. Ein wichtiger Schritt ist zu erkennen, was nachhaltige Umweltpolitik auch nachhaltige Gesundheitspolitik bedeutet und auch eine sozial gerechte. Man kann diese Realität natürlich aber auch ignorieren – die Zahlen, Daten und Fakten ignorieren, die ja ganz klarmachen, dass wir bei der Luftverschmutzung handeln müssen –, diese Zahlen einfach nicht zu aktualisieren. Beim steirischen Emissionskataster, also dem räumlich gegliederten Verzeichnis der Luftschadstoffe ist das laut dem Bericht des Rechnungshofes bereits seit knapp 20 Jahren nicht passiert. Und das, obwohl ganz klar ist, dass die rechtlichen Rahmen so sind, dass der alle fünf Jahre zu aktualisieren ist. Wie soll man evidenzbasiert Maßnahmen setzen, wenn es keine aktuellen Zahlen dazu gibt. Fürchtet man sich wirklich so sehr davor, dass die notwendige Umwelt- und Klimapolitik, die das bedeutet, ans Tageslicht kommt. Seit 2014, wird in dem Bericht auch geschrieben, hat sich die Luftqualität in der Steiermark nicht verbessert. Die Frage ist schon, wie man das noch rechtfertigen kann. Wie kann man es rechtfertigen vor den Steirerinnen und Steirern? Wie kann man es rechtfertigen vor einer ganzen Generation, die erkannt hat, dass wir endlich im Umweltbereich effizient handeln müssen, die ganz klar formuliert, dass es endlich konkrete Schritte zu einer

Klimagerechtigkeit braucht? Ewig gestrige Klimapolitik hilft uns hier nicht weiter. Man kann noch so sehr die Augen davor verschließen, die Luft, die wir atmen, bleibt aber die gleiche. Verschließen wir also nicht die Augen vor zukunftsfähigen Verkehrslösungen, zukunftsfähigen Energielösungen und der Dringlichkeit, sich langfristig Themen wie Klimaschutzzielen, der Artenvielfalt und der Klimagerechtigkeit zu widmen. Und auch weil wir von der KPÖ bzw. vom Kollegen Murgg vorher gehört haben bezüglich der Klimaziele, dass man die ja erst bis 2050 wahrscheinlich schaffen würden, erinnert mich schon ganz stark an eine Situation, die viele junge Menschen schon sehr lange kritisieren. Es wird immer Gründe geben oder man kann sich immer Gründe irgendwo zusammensuchen und sagen: „Ja, nein, machen wir vielleicht doch noch nicht oder geht sich nicht aus.“ Aber genau dieses Zögerliche ist massiv gefährlich und genau dieses Zögerliche ist, was viele kritisieren. Wir müssen jetzt schnell und effizient in der Klima- und Umweltpolitik handeln. Abschließend möchte ich aber auch noch einen anderen Aspekt einbringen. Neben allen direkten Auswirkungen auf die Gesundheit der Steirerinnen und Steirer, darf man auch nicht vergessen, dass vorsorgliche Maßnahmen im Gesundheitsbereich auch einen ganz entscheidenden zusätzlichen Effekt haben. Es geht um verdammt viel Geld das wir sparen könnten und für andere wichtige Projekte einsetzen könnten. Die Versorgung von Menschen mit chronischen Krankheiten kostet sehr viel Geld. Umso kürzer die gesunden Jahre sind, umso größer die Kosten. Wäre es in dem Fall nicht erstrebenswert, dafür zu sorgen, dass die Menschen in unserem Land gesunde Luft zum Atmen haben, die gesunden Jahre zu verlängern und nebenbei auf lange Sicht auch noch die Kosten im Gesundheitssystem zu reduzieren? Genau aus diesem Grund brauchen wir nachhaltige Klima- und Umweltpolitik und damit nachhaltige Gesundheitspolitik. Auch, wenn der Kollege Fartek gemeint hat, dass alle Entschließungsanträge der Opposition nichts bringen, bringe ich trotzdem einen Antrag ein.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, als Entscheidungsgrundlage für Maßnahmen zur Verbesserung der Luftgüte in der Steiermark

1. gemäß den Empfehlungen des Rechnungshofes den Emissionskataster regelmäßig, mindestens alle fünf Jahre zu aktualisieren und
2. die gesamten luftschadstoffbedingten Gesundheitskosten für die Steiermark zu ermitteln.

Ich bitte um Annahme. *(Beifall bei den Grünen – 14.27 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Zweite Landtagspräsidentin Gabriele Kolar. Bitte schön, Frau Präsidentin.

Zweite Präsidentin LTAbg. Kolar – SPÖ (14.28 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Frau Landesrätin – zuständig für Umwelt und Klimaschutz –, geschätzte Damen und Herren, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer zuhause!

Der Umweltbericht 2018 und 2019 liegt uns vor und der Franz Fartek hat ihn ja auch schon ganz großartig beschrieben. Danke, geschätzte Frau Landesrätin, für deinen tollen Einsatz. Du nimmst deine Aufgabe sehr, sehr ernst. Wir merken das: Tagtäglich stehen immer wieder neue Berichte in den Zeitungen, in den Medien, wo man wirklich merkt, da geht jetzt wirklich ein Ruck, es geht viel weiter und wir sind hier wirklich bemüht, und im Speziellen du, dass hier dieses so wichtige Thema neben der Pandemie natürlich, einfach auch den richtigen Platz bekommt in der Prioritätenreihung. Zum Umweltbericht möchte ich eigentlich gar nicht mehr viel sagen. Es wurde ja schon viel gesagt, diese 15 Themen, die hier durchgegangen werden, sind sehr umfangreich. Ich kann nur die Worte von Franz Fartek verwenden: „Schauen Sie sich das selber an“. Machen Sie einen Blick in die Vergangenheit, in die Jahr 2018/19, was hier alles passiert ist. Ich freue mich dann schon, wenn die nächsten Umweltberichte kommen, weil, wie du jetzt richtig gesagt hast, es ist ja schon wieder so viel im Laufen. Aber trotzdem möchte ich ein ganz großes Dankeschön an die quasi Autorin dieses Berichtes sagen. Ich möchte einen Dank ausrichten Richtung Abteilung 13, federführend Frau Hofrätin Mag. Birgit Konecny und der Abteilung 15 – Energie, mit dem Herrn Hofrat Dr. Semmelrock mit dem ganzen Team, die sich hier bemüht haben, hier uns bildhaft zu zeigen, was hier alles im Bereich Umwelt passiert ist in diesen Jahren. Mit der Bildung eines Klimakabinetts - das war fast vor einem Jahr am 06.02.2020 -, hat die erste Sitzung stattgefunden, hat die Steiermark ein ganz starkes Zeichen gesetzt. Einmalig in Österreich, dass auch hier vor allem die gesamte Landesregierung dieses wichtige Thema als höchste Priorität gesetzt hat und heuer noch gekrönt hat mit zehn Millionen zusätzlich im Budget, die wir noch verwenden können. Wir tragen aber alle eine große Verantwortung, was unsere Umwelt und das Klima angeht. Jeder von uns, nicht nur hier im Haus, sondern jeder auf dieser Welt, der einen Beitrag leistet, und sei er noch so klein, leistet einen wichtigen Beitrag für das große Ganze. Nachdem heute schon so viel gesagt wurde, was in einzelnen Gemeinden passiert oder in vielen Gemeinden mittlerweile schon passiert, viele Projekte, was in Schulen passiert, die „Ich-tu’s-Initiative“, möchte ich ganz kurz eingehen auf die Entschließungsanträge. Ich sehe

das jetzt nicht so, dass Entschließungsanträge per se quasi umsonst sind oder wie auch immer, denn gerade bei manchen Entschließungsanträgen entlarvt sich manche Partei schon auch selbst. Ich gehe hier jetzt gerade bei diesem ersten Antrag und zwar: Klimaschutzziele – die höheren Standards der Bundesregierung und an die EU anpassen. Der Klimaschutz benötigt ein gemeinsames Vorgehen und die Festlegung klarer Ziele, das wissen wir alle, das haben wir auch in der Steiermark gemacht. Der Bund hat in seinem Regierungsprogramm angekündigt – ich sage es noch einmal, damit es wirklich gut ankommt – im Regierungsprogramm angekündigt, bis 2024 Klimaneutralität erreichen zu wollen. Dieses Vorhaben ist ambitionierter wie jenes der EU, die natürlich erst 2015 diese minus 55 Prozent, zehn Jahre später erreichen möchte. Aber zurück zum Bund: Derzeit, liebe Frau Klubobfrau Sandra Krautwaschl und Grüne, gibt es weder einen Entwurf seitens des Bundes, wie der Zielpfad zur Klimaneutralität 2040 aussehen soll, noch wurde das Vorhaben im Regierungsprogramm verbindlich in einem Gesetz erklärt. Bereits mehrfach wurde diesbezüglich ein notwendiges neues Klimaschutzgesetz angekündigt und wieder verschoben, auch das EU-Ziel und ein EU-Gesamtziel. Derzeit wird verhandelt, was die minus 55 Prozent für Österreich bedeuten. Selbstverständlich werden wir – und darauf schaut unsere Umweltlandesrätin ganz besonders und der Franz Fartek hat es auch bereits bemerkt – die Ziele in der Steiermark den neuen Zielen auf EU- und Bundesebene anpassen. Die Vorarbeiten dazu haben bereits begonnen und da wird schon heftig daran gearbeitet. Vielleicht noch kurz zu dem Entschließungsantrag der NEOS. Hier geht es um die Fassadenbegrünung. Gerade in urbanen Räumen ist die Begrünung von Dächern und Fassaden ein Instrument zur Kühlung und zur Beschattung, das wissen wir, um die Temperaturen im Sommer zu dämpfen. Im Rahmen der klimaneutralen Landesverwaltung und Landesregierung wird bereits an einem Pilotprojekt gearbeitet. Ich denke, das weißt du, lieber Robert. Ein Beratungsangebot muss die Gegebenheiten und Wirksamkeiten vor Ort, die in Frage kommenden Pflanzen, die Bewässerung und vieles mehr mit den jeweiligen Expertisen berücksichtigen. Daher ist ein breites Beratungsangebot sehr schwierig. Und vielleicht auch noch zum Entschließungsantrag der Artenvielfalt. Also, gerade da bemerke ich auch so einen wirklichen Schub seitens der Landesrätin Ursula Lackner. Wir haben, die Landesregierung hat beschlossen, um Naturräume zu schützen, für die sieben Naturparks 576.250 Euro an Förderungen auszubezahlen. Da geht es hier bei den Naturparks um eine Fläche von 2.160 km². Das entspricht 12 % der Fläche des Bundeslandes. Die Naturparks Mürzer Oberland oder Pöllautal, der Naturpark Südsteiermark – jeweils 70.000 Euro. Zum

Beispiel die Naturparke in Liezen mit 140.000 Euro gefördert. Bei mir in der Region Zirbitzkogel Grebenzen, sehr vielen bekannt, auch ein Naturpark – liebe Frau Präsidentin, das ist eigentlich deine nähere Heimat – auch 70.000 Euro und der Naturpark Almenland. Die Naturparks sperren die Menschen nicht aus, sondern integrieren sie in einem gesunden Kreislauf nach dem Muster der Natur. So werden aktive und wirksame Beiträge zum Erhalt der Artenvielfalt und zum Klimaschutz geleistet. Ganz wichtig erscheint mir noch ein sehr hoher Betrag und zwar 900.000 Euro für den Nationalpark Gesäuse. Auch das ist ein Beitrag in Richtung Artenvielfalt. Die Landschaften rund um sieben heute bestehenden Naturparks haben über Jahrhunderte durch das achtsame Zusammenwirken von Mensch und Tier und die Natur weiterentwickelt. Ich bedanke mich nochmals recht, recht herzlich bei dir, geschätzte Frau Landesrätin, aber auch bei euch allen, die ihren Beitrag leisten, in den Gemeinden als Abgeordnete, als Privatpersonen, als Kommunikatoren für euren großartigen Einsatz. Was mir noch hängen geblieben ist vom Herrn Abgeordneten Schwarzl, der gesagt hat: „Dr. Murgg meint, dass wir das nicht so schnell schaffen, aber die Jugend, die macht Druck!“ Da kann ich euch nur sagen, ich gehöre zwar nicht mehr zur Jugend, aber ich möchte auch Druck machen, denn wir haben alle Kinder und Enkelkinder und die sollen in einer weiterhin gesunden Umwelt aufwachsen. Ich bedanke mich sehr herzlich. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.37 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Stefan Hofer. Bitte schön, Herr Kollege.

LTAbg. Mag (FH) Hofer – SPÖ (14.38 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Frau Landesrätin, werter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der vorliegende 27. Umweltbericht bietet, glaube ich, abermals eine gute Gelegenheit, dieses zentrale gesellschaftspolitische Zukunftsthema aufzugreifen und hier im Hohen Landtag sachlich zu diskutieren. Ich persönlich nehme dieses Thema auch sehr, sehr ernst und daher bin ich froh, dass Umwelt- und Klimaschutz wesentliche Schwerpunkte in der Agenda Weiß-Grün zwischen ÖVP und SPÖ in der Steiermark sind und ich bin auch froh, dass wir mit Landesrätin Ursula Lackner eine engagierte und auch erfahrene Ressortverantwortliche haben, die sich beherzt um diese Sache annimmt. Klima- und Umweltschutz als Querschnittsmaterie, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat viel mit Sicherheit zu tun –

Stichwort: Vermeidung von Naturkatastrophen –, aber auch mit sozialpolitischen Aspekten. So meint der Hamburger Klimaforscher Hans von Storch: „Umweltbewusstsein ist dort stark, wo die Menschen materiellen Sorgen entkommen.“ Und Klimaschutz kann auch, das ist gerade in Krisenzeiten besonders wichtig, ein guter, ein sinnvoller, ein effektiver Jobmotor in und für die Wirtschaft sein. In der Steiermark sind wir gefordert, durch ein Bündel an Maßnahmen unseren Ökoraum auch für zukünftige Generationen zu erhalten, damit auch – und da kann ich ganz an die Worte von Präsidentin Gabi Kolar anschließen – beispielsweise auch meine Tochter und mit ihr unsere nächste Generation in einer intakten Natur groß werden kann. Ich bin froh, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass viele einen Beitrag leisten aus Basis unserer gemeinsamen steirischen Klima- und Energiestrategie und ich bedanke mich auch bei allen dafür sehr herzlich. Vieles aber ist noch unerledigt, vieles könnte besser gehen, vieles könnte schneller gelingen, aber ich glaube, die ernsthaften Anstrengungen, die ernsthaften Bemühungen der Verantwortlichen, die sind deutlich spürbar. Konstruktive Kritik und alternative Lösungsvorschläge sind gut, sind auch wertvoll in der Debatte und ich habe auch tiefen Respekt vor dem Engagement z. B. von Frau Klubobfrau Sandra Krautwaschl. Aber bitte begreifen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses essenzielle Thema nicht als Erbpacht irgendeiner Partei und diskutieren wir hier sachlich und lösungsorientiert und niemals mit Hysterie. Die USA ist mit dem neuen Präsidenten Joe Biden Gott sei Dank auch klimapolitisch auf dem Pfad der Vernunft zurückgekehrt. Kämpfen wir mit ihnen gemeinsam gegen den von Menschen gemachten Klimawandel, denn die Corona-Pandemie, die wird Gott sei Dank und hoffentlich schnell irgendwann einmal zu Ende gehen, der Klimawandel aber bleibt als Herausforderung bestehen. Im Übrigen abschließend bin ich der Meinung, das AKW Krško gehört endlich abgedreht. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.41 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Robert Reif. Bitte schön, Herr Kollege.

LTAbg. Reif – NEOS (14.42 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, geschätzte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Steirerinnen und Steirer vor den Bildschirmen!

Das ist bereits der 27. Umweltbericht, über den wir heute sprechen, aber es ist der erste Umweltbericht, den wir als NEOS und ich als Abgeordneter hier herinnen begleiten dürfen.

Und deshalb will ich die Gelegenheit ergreifen, um mich für die wirklich teils auch sehr, sehr ausführliche Berichterstattung zu den Themen Nachhaltigkeit, Abfall- und Stoffflüsse, Boden, Energie und Klima, Gentechnik, Lärm, Luft, Nahrung, Natur und Landschaft, Raumordnung, Strahlen, Umwelt und Recht, Wald und auch Wasser, sehr, sehr herzlich bedanken. Natürlich kann ich und können wir da nicht über alle enthaltenen Themen sprechen, aber ich möchte einen speziellen Punkt herausnehmen, der, meiner Meinung nach, sehr, sehr wichtig ist. Und zwar ist das Problem: Die Temperaturen, wie wir wissen, steigen immer weiter an und besonders in der Stadt haben wir das Problem mit den sogenannten Hitzeinseln. Das heißt, dadurch, dass es so viele versiegelten Flächen gibt, hat die Hitze keine Möglichkeit zu entweichen bzw. gibt es auch zu wenig Grünraum, der diese Hitze aufnehmen würde. Und auch mit Projekten wie dem Sprühnebel, hat man gesehen, dass das eigentlich nicht funktioniert. Eine sinnvolle Lösung für einen Hitzeschutz vor heißen Sommertagen ist die Begrünung der Gebäudefassaden. Das ist eine sehr, sehr sinnvolle Alternative und dient als natürliche Klimaanlage. Durch diese Begrünung heizen sich die Gebäude nicht so stark auf und Wasser verdunstet. Das Problem mit herkömmlichen Klimaanlagen ist ja das, dass es innen drinnen dann zwar schön kühl ist, aber draußen wird es immer wärmer, weil irgendwohin muss ich diese Abwärme auch bringen. Zusätzlich sind diese Außenbegrünungen eine natürliche Luftreinigungsanlage. Die gefährlichen Luftschadstoffe werden gebunden und Sauerstoff wird produziert. Die Pflanzen haben im Winter einen Isolationseffekt und die Wärme tritt weniger schnell aus den Gebäuden aus und dadurch erspare ich mir wieder Energie und Kosten. Die begrünende Fassade schluckt aber auch Schallwellen und ist damit auch eine natürliche Lärmschutzwand. Das Gebäude kann außerdem vor UV-Strahlen und Niederschlag geschützt werden und diese natürliche Schutzschicht verlängert die Lebensdauer der Fassade und spart damit ebenso Kosten. Nicht zuletzt ist die Außenbegrünung auch Lebensraum für viele Pflanzentiere, die sonst in Städten oft keinen ausreichenden Platz mehr hätten und damit auch ein wichtiger Schritt für die Erhaltung der Artenvielfalt. Die Grünfassade hat damit insgesamt positive Auswirkungen auf das Kleinklima, steigert das Wohlbefinden und die Lebensqualität der Bürger und Bürgerinnen und wertet, meiner Meinung, auch Gebäude optischer extrem auf. Nach Ausführen der zahlreichen Vorteile aus ökologischer und ökonomischer und sozialer Hinsicht, die eine vertikale Außenbegrünung in den Städten mit sich bringen kann, frage ich mich, warum man nicht schon viel mehr dieser vertikalen Grünflächen auf den Gebäuden findet. Es führt mich dann zum Umweltbericht, durch den Umweltbericht genau zu Gemüte –

so ist es – ersichtlich, dass die politische Verantwortlichkeit, die Wichtigkeit dieses Themas erkennen, und das haben wir schon gehört, es gibt zum Glück auch schon Pilotprojekte, wo versucht wird, Fassaden zu begrünen. Bei der WIN-Bauberatung gibt es seit letztem Jahr auch eine geförderte Beratung für eine „klimaangepasste Außenbegrünung“, welche von Betrieben in Anspruch genommen werden können. Ich finde, das geht aber nicht weit genug, sondern wir sollten auch schauen, dass Privatpersonen sehr wohl diese Beratungsleistungen in Anspruch nehmen können, damit man auch dort versucht, Leute dazu zu motivieren, diese Grünfassaden umzusetzen und Grünfassaden im Erscheinungsbild der steirischen Städte zu etablieren. Ich hoffe, dass der 28. Umweltbericht in zwei Jahren dann bereits intensivere Ausführungen zur Umsetzung der positiven Effekte der vertikalen Außenbegrünungen an allen möglichen Fassaden beinhalten wird. Das Problem vor dem wir stehen ist, jetzt in Angriff zu nehmen, denn nachhaltige Stadtplanung, welche ausreichend Schutz vor Hitze bietet und die Lebensqualität der Bevölkerung erhält, wird nicht in den nächsten zwei Jahren gelingen, sondern braucht ihre Zeit. Deshalb ist es so wichtig, dass wir bereits jetzt beginnen, unsere Verantwortung wahrnehmen und die ersten Schritte setzen. Es ist sicher so, dass nicht nur in den Städten wichtig ist, dass man gerade auch dieses Thema der Fassadenbegrünung anspricht, sondern auch im ländlichen Raum. Wir werden bei unserem Haus zuhause eine Seite auch begrünen und ich hoffe, dass ich da in zwei Jahren dann auch zum Bericht dazu positiv berichtet kann, wie sich das bei uns zuhause auswirkt.

Ich möchte daher auch den Antrag stellen: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. geförderte Beratungen für eine klimaangepasste Außenbegrünung für Betriebe und Privatpersonen gleichermaßen zur Verfügung zu stellen,
2. finanzielle Mittel für die Förderungen der Umsetzung von Grünfassaden für Betriebe und Privatpersonen bereitzustellen, sowie
3. an allen landeseignen Gebäuden zu überprüfen, ob eine Grünfassade errichtet werden kann und dies in weiter Folge an allen Standorten, wo es möglich ist, umzusetzen.

Ich bitte um Annahme und sage herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei den NEOS – 14.47 Uhr*)

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Veronika Nitsche. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

LTabg. Nitsche, MBA – Grüne (14.48 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landesrätin, sehr geehrter Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen via Livestream!

„Laut einer Studie zur Lebensqualität in der Steiermark 2019 leben die Menschen gerne in der Steiermark. Das Wohlbefinden kann aber nicht über die negativen Aspekte unseres Lebens hinwegtäuschen. Erst auf dem zweiten Blick wird deutlich, dass wir durch unseren ressourcen-intensiven Lebensstil einen wesentlichen Anteil an den globalen Umwelt- und Sozialproblemen haben. Unseren Güterwohlstand mit gutem Gewissen zu genießen ist heutzutage nicht einfach. Zu offensichtlich sind mittlerweile die Zusammenhänge zwischen unserem Lebensstil und der Gefährdung der Umwelt und der schlechten Lebenssituation von Menschen auf anderen Erdteilen.“ Das ist die Einleitung zum Kapitel Nachhaltigkeit im Umweltbericht und ich zitiere das auch als Würdigung, aber auch weil ich finde, dass es sehr schön die Position der Steiermark in der Welt beschreibt. Und die Einleitung schließt dann damit, dass es an uns allen ist, dazu beizutragen und das ist ja auch im Sinne der gemeinsamen Verantwortlichkeit bei den nachhaltigen Entwicklungszielen, also den sogenannten SDGs Agenda 2030, wo es eben um diese gemeinsame Verantwortung in einer vernetzten Welt geht bis hin zu den Gemeinden, bis hin zu den Individuen. Die Steiermark hat sich ja bereits 2016 zur Umsetzung bekannt und ist in dem Zusammenhang durchaus auch ein Vorreiter. Das „Model Styria“ wurde eben positiv erwähnt im ersten Voluntary National Reviews von Österreich aus dem Jahr 2020. Und entsprechend habe ich das auch erwartet, dass sich dieses Nachhaltigkeitsthema quasi als Querschnittsmaterie durch den ganzen Umweltbericht zieht und nicht so abgekapselt als eigenes Thema. Weil es eben wichtig ist, das zusammenzuschauen, das Thema Nachhaltigkeit zusammenzuschauen. Und der Franz Fartek hat ja auch ganz schön Projekte genannt, aber dass es eben vielleicht so, wie es nicht sein soll, dass man eben in dieser Abteilungslogik ein Thema nach dem anderen durchdekliniert, sondern, es ist einfach wichtig das zusammenzuschauen. Das war in deiner Rede auch drinnen, aber es wäre auch schön, das im Bericht so zu sehen. Ich kann mir aber auch vorstellen, dass vielleicht der nächste Bericht eben die Nachhaltigkeit mehr so als Querschnittsmaterie begreift. Auch mein Entschließungsantrag ist zum Thema Nachhaltigkeit und zwar geht es da um die Reparaturprämie Steiermark. Es geht darum, dass die Nutzungsdauer vieler Produkte immer weiter verkürzt wird und es werden die Produkte in kürzeren Zeitabständen neu gekauft, halten immer kürzer und es ist immer schwieriger sie zu reparieren. Diese Art von Konsum und Produktion ist nicht nachhaltig. Es geht hier um die

Frage des Ressourcen Energieverbrauches in der Produktion, der auch nicht durch die Energieeffizienz im Gebrauch verringert werden kann. Es geht da um eine Verlängerung von Produkten als ressourcen- und klimapolitische Notwendigkeit. Eine erfolgreiche Maßnahme, um diesem Trend entgegenzuwirken ist eben ein Reparaturbonus für Elektrogeräte, denn es ist die beste Form Abfälle zu umgehen, nämlich sie zu vermeiden. Das Reparieren von beschädigten Geräten kann einen wesentlichen Beitrag zur Abfallreduktion leisten. Das stärkt eben auch die regionalen Wirtschaftskreisläufe, schafft Arbeitsplätze und damit auch eine soziale Komponente und fördert zusätzlich das Bewusstsein für einen bewussteren Umgang mit Ressourcen. Es findet sich eben dieses Pilotprojekt „Reparaturprämie Steiermark“ auch im Umweltbericht 2018/2019 und es konnte die Lebensdauer von ca. 1.300 haushaltsüblichen Elektro- und Elektronikgeräten in der Steiermark verlängert werden. Leider wird dieses Projekt nach der Pilotphase nicht weitergeführt, im Unterschied eben zu Graz oder auch zu anderen Bundesländern wie Oberösterreich, Kärnten, Salzburg, Tirol, Wien, die diese Reparaturprämie anbieten.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Förderaktion „Reparaturprämie Steiermark“ wieder einzuführen,
2. für die Abwicklung ausreichend Budgetmittel und Personal bereit zu stellen, sowie
3. die Einführung der Reparaturprämie mit einer Informationskampagne zu begleiten.

Ich ersuche um Annahme. *(Beifall bei den Grünen – 14.52 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, Frau Kollegin. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Lara Köck. Bitte, Frau Kollegin.

LTAbg. Dipl.-Ing. (FH) Köck – Grüne (14.53 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, werte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Steirerinnen und Steirer!

Herr Dr. Murgg, vielen herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Es ist immer wieder ein Genuss mit Ihnen gemeinsam abzutauchen in die fachlichen Untiefen der Energiewirtschaft. Nur eine kurze Anmerkung noch zu den synthetischen Kraftstoffen – vielleicht können wir uns dann noch zusammensetzen. Es gibt eine sehr interessante Studie von Greenpeace, die im April 2019 rausgekommen ist, die sich das quasi genau angeschaut haben, über die Optionen, die quasi synthetischen Kraftstoffe haben und was wir vielleicht sonst noch priorisieren könnten, um den Verkehr quasi umzuschichten. Die kommen leider zu anderen

Schlussfolgerungen, aber ich glaube, das ist dann eher eine Fachdebatte, die wir dann zu zweit weiterführen. Noch ein Satz, weil Sie gemeint haben, der Herr Schönleitner hat da das letzte Mal gelacht wie Sie über die Fernwärme damals geredet haben. Da war ich schon mit dabei und Teil in diesem Haus. Er hat deshalb gelacht und auch ich habe deshalb gelacht, weil Sie da Ihre Vorliebe für das russische Gas mit hineinvermengt haben und da haben wir keineswegs über die Fernwärmeproblematik in Graz gelacht. Geschätzte Frau Präsidentin, ich möchte auf das eingehen, was du angeführt hast, nämlich, dass es so viel gibt und so viel geschieht, aber quasi der Bund tut ja nichts. Also quasi eh schon die Laier, die wir heute schon den ganzen Vormittag gehört haben. Quasi, wir schieben uns den schwarzen Peter immer dorthin, wo es uns am besten passt. Aber jetzt fangen wir einmal bei uns an, bei der Eigenverantwortung. Es ist auch immer das, was ich versuche, meinen Kindern beizubringen. Wenn du was ändern kannst in deinem Wirkungsbereich, dann mache das, weil du kannst das. Und so sind wir heute im steirischen Landtag und es hindert niemanden die steirische Landesregierung einen eigenen Fahrplan zu entwerfen, eigene Ziele zu verfolgen und im eigenen Wirkungsbereich wirksam zu werden. *(Beifall bei den Grünen)* Und nun inhaltlich zum Umweltbericht: Wir wissen ja auch, dass gerade in Österreich die Aufbringung und die Erzeugung von der Raumwärme auch ein sehr großer CO₂-Emittent ist. In dem Umweltbericht wird auch in einem Absatz darauf eingegangen, auf die ganze Nah- und Fernwärmesituation in der Steiermark. Da steht z. B., dass wir 700 Förderungsfälle hatten für Wohnung, also Bestandswohnungen und Ein- und Zweifamilienhäuser, die quasi an das Fernwärmenetz angeschlossen wurden und dann noch, dass bei der Errichtung und Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen auf Basis von erneuerbarer Energie ca. 45 Förderungsfälle vorliegen. Das klingt einmal ganz gut und man könnte sagen, die Richtung stimmt. Aber, wie eingangs erwähnt: Die Wärmeproduktion ist ein wesentlicher CO₂ Faktor in der Steiermark und in Österreich. Weil sie eben genau deswegen nicht zu hundert Prozent aus erneuerbaren Rohstoffen produziert und generiert wird. Ein trauriges Beispiel haben wir in Graz in unserer Landeshauptstadt, da wo sehr viele von uns leben. Da war ein Bericht in der Kleinen Zeitung. Ich bin mir sicher alle in diesem Haus haben den sehr aufmerksam gelesen, auch wenn es eine durchwegs sehr komplexe Materie ist. Und zwar geht es darum, dass bis zum Ende der Vergangenheitsperiode ca. zwei Drittel der Grazer Fernwärme aus dem Kohlekraftwerk Mellach gespeist wurde. Wir haben das eh schon ausführlich immer wieder mal öfter auch in diesem Haus hier diskutiert. In Mellach war es so, dass Wärme quasi nur das Nebenprodukt war. Das war eine Kraftwärmekopplung, dass quasi die Wärme das Abfallprodukt von der

Stromgewinnung war. Und dann ist Mellach, das ja ein Kohlekraftwerk war, vom Netz gegangen und Tarifverhandlungen haben begonnen zwischen der Energie Steiermark und dem Verbund. Das hat aber – beim Geld wissen wir, fangen alle zum Streiten an – zu keiner Einigung geführt. Das heißt, sie haben keinen neuen Wärmeliefervertrag zustande gebracht. Und um diese Verluste auszugleichen wurde dann das Gas-Kraftwerk in der Puchstraße, das eigentlich vor vier Jahren als Ausfallsreserve und zur Spitzenkraftdeckung ursprünglich geplant war, fährt eben jetzt auf Hochtouren, weil, wo soll es denn herkommen? Herzaubern können wir es nicht. Dementsprechend ist das eben alles andere als erneuerbar. Und es ist ja nicht so, dass wir da auch übergeordnete Verpflichtungen hätten und das ganze ja Konsequenzen mit sich bringt, wie z. B. die 15a-Vereinbarung, wo es nämlich in dieser 15a-Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern um die Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen geht. Und genau da drinnen sind Maßnahmen im Bereich der Wohnbauförderung der Länder festgelegt und demnach zählt, dass beim Wohnungsneubau nur hocheffiziente alternative Systeme zur Heizung als Mindestanforderungen für die Förderbarkeit festgelegt wurden. Und was ist jetzt ein hoch effizientes alternatives Energiesystem? Das ist die Fernwärme nur dann, wenn sie zumindest 80 % aus erneuerbaren Quellen die Energie zieht. Jetzt wissen wir aber, jetzt haben wir gerade über Graz geredet, dass es da nicht stimmt und, dass es da nicht passt, weil da läuft das Gaskraftwerk in der Puchstraße auf Hochtouren. Und dementsprechend verstoßen wir jetzt eigentlich gegen diese 15a-Vereinbarung, wenn es darum geht, dass wir Treibhausgasemissionen irgendwie senken sollen und dadurch natürlich auch die Wohnbauförderung quasi wesentlich beeinflusst wird. Insofern wäre es halt ganz gut, wenn wir einmal die ganze steirische Situation anschauen, wie das mit den Fernwärmenetzen ist und so und dass wir vielleicht auch nachweisen oder ein Auge darauf haben, dass wir die vom Bund gewährten Finanzmittel nicht ganz zu Unrecht abgerufen haben.

Insofern bringe ich den Entschließungsantrag ein – schon wieder einer, Herr Kollege Fartek. Nur ein Beisatz noch, das Zitat von Ihnen – ich schaue es mir gerne noch einmal an, ich habe es auch mitgeschrieben – ich zeige es Ihnen das nächste Mal, wie Sie das wortwörtlich gesagt haben: „Diese ganzen Entschließungsanträge sind ja für nichts.“ So ein Verständnis von Parlamentarismus und Demokratie widerstrebt mir zutiefst. Insofern bringe ich genüsslich meinen Entschließungsantrag ein.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. den Anteil der verschiedenen Energieträger an der steirischen Fernwärme gesamt auf der Homepage des Landes Steiermark zu veröffentlichen,
2. den Anteil erneuerbarer Energie (z. B. Kraft-Wärme-Kopplung) der einzelnen Fernwärme-Anbieter auf der Homepage des Landes Steiermark auszuweisen,
3. darzulegen, wie einer Kriterien-Verfehlung in Zukunft vorgebeugt und das 80%-ige Erfordernis an erneuerbarer Energie bei der steirischen Fernwärme flächendeckend erreicht werden soll,
4. darzulegen, welche konkreten Kosten bei einer Kriterien-Verfehlung aufgrund der Versäumnisse der letzten Jahre auf das Land Steiermark zukommen.

Ich bitte um Annahme. *(Beifall bei den Grünen – 15.00 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Alexander Pinter. Bitte, Herr Kollege.

LTabg. Mag. Pinter – Grüne (15.01 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzte Frau Landesrätin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Steirerinnen und Steirer!

Der Titel des nächsten Entschließungsantrages lautet „Pestizidregister Steiermark“. Aber worum geht es da in weiterer Folge? Es geht natürlich wieder um Biodiversität, es geht um den Artenschutz. Da spielen Pestizide nämlich ebenfalls eine entscheidende Rolle. Es ist ja leider so – und das habe ich in meiner letzten Rede auch schon erwähnt –, dass die Bedeutung von Biodiversität und Artenschutz leider noch nicht wirklich großflächig erfasst wird. Ich möchte nur daran erinnern: Es geht dabei um die Lebensversicherung unserer Zukunft, es geht um die Ernährung der Welt, es geht um die medizinische Versorgung, es geht um unsere Atemluft, es geht da um wirklich ganz, ganz wichtige Themen. Ich habe natürlich auch dem Kollegen Fartek gut zugehört bei seinen Ausführungen und ich habe da schon geglaubt, wir leben da im gelobten Land des Klimaschutzes. Ich verstehe ja natürlich auch, dass er den Bericht positiv bewertet, aber ich habe es auch in meiner vorigen Rede schon gesagt: Wenn 50 % der heimischen Arten gefährdet sind, ist das nicht der Zeitpunkt, wo man sich zurücklehnen soll, sondern mit aller Kraft nach vorne stürmen soll und sich dem Klimaschutz und der Biodiversität und dem Artenschutz ganz massiv widmen muss. Aber fangen wir einmal damit an, dass es natürlich auch erfreuliche Tatsachen gibt. Der Einsatz von Pestiziden

in Österreich ist glücklicherweise rückläufig. Im Sprung vom Jahr 2018 auf 2019 wurden 6,1 % weniger Pestizide aufgebracht. Das ist einmal eine positive Entwicklung. Aber wo Licht ist, ist auch Schatten und da muss man natürlich auch erwähnen, dass 13 Faktoren zur landwirtschaftlichen Intensivierung untersucht wurden und die Ausbringung von Insektiziden und die Ausbringung von Pestiziden ist leider die Maßnahme, die am meisten Schaden beim Artenschutz anrichtet. Und so ist eine globale Reduzierung der Ausbringung von Pestiziden völlig unabdingbar. Und da gibt es auf föderaler Ebene einen Hebel, den wir angreifen können, weil es ist nicht möglich, die Ausbringung von Pestiziden auf Landesebene herunterzubrechen. Jetzt wissen wir zwar, dass es österreichweit einen Rückgang gibt. Wir wissen aber nicht, wie die Entwicklung in der Steiermark aussieht. Es gibt ja für die Ausbringung von Pestiziden auch einen verpflichteten Ausweis, also man muss ja da eine Ausbildung machen – ich habe sie selber auch, wird liebevoll im Umgangsjargon „Giftschein“ genannt – aber ich kann ohne Statistik auch nicht sagen, welche Mengen und welche Art da jetzt genau ausgebracht werden. Wenn man das z. B. auf den Verkehr ummünzt, sagen wir, dass wir einen Führerschein brauchen, aber die Einhaltung der Straßenverkehrsordnung, die schauen wir uns nicht an. Und so eine Dokumentationspflicht, die hat ja auch weitere positive Effekte. Wenn ich jetzt sage, dass man dokumentieren muss was da in der Natur hinausgelassen wird, das führt ja auch zu einer Bewusstseinsbildung. Also, das sagt ja auch, dass es heikle Stoffe sind, die hier ausgebracht werden. Ich kenne auch keine Bäuerin und keinen Bauer, die freudestrahlend über das Feld springen und sagt: „Hurra, ich kann hier Gift ausbringen“, sondern da ist ja ohnehin schon eine gewisse Reserviertheit da, weil das giftige Mittel sind. Ich kenne es ja auch aus der Forstwirtschaft. Wir haben ja auch Anwendungsgebiete, wo wir mit giftigen Materialien arbeiten. Wenn man z. B. eine Räumung – oder wie es umgangssprachlich heißt, einen Kahlschlag – aufforstet, hat man das Problem mit dem braunen Rüsselkäfer und Fastac® Forst, das das Mittel ist – ist zwar im Moment nicht am Markt -, aber das ist das präferierte Mittel, ist aber leider auch hochgiftig. Ich habe es selber auch schon verwendet. Und da ist ja auch die Frage: Wie setzt man das ein? Es gibt verschiedene Möglichkeit es einzusetzen. Manche tauchen den Baum als Ganzes ein. Das ist natürlich eine Methode, die viel von dieser Ressource verbraucht. Dann gibt es auch die Möglichkeit den Wurzelansatz nur ein bisschen zu besprühen. Es gibt auch die Möglichkeit der Rindenfallen. Da wird von einem gesunden Baum, der frisch gefällt ist, die Rinde geschöpft und dann faltet man einen Teil der Rinde zusammen und dann braucht man nur relativ wenig von dem Mittel. Hängt natürlich immer auch vom Schädlingsdruck ab, wie

man da vorgehen kann. Ich wollte nur damit sagen, man soll die Ressourcen, wenn man sie schon einsetzt, bewusst einsetzen. Und wenn jetzt z. B. in Richtung Lebensmittel schaut, stellen Sie sich vor, Sie haben einen Apfel in der Hand und jetzt besprühen Sie den 23 Mal mit einem Schädlingsbekämpfungsmittel. So oft kann nämlich die Häufigkeit sein. Im Jahr 2014 waren wir bei 23 Behandlungen pro Apfel. Jetzt sagen Sie ganz ehrlich, ob Sie noch Lust haben in diesen Apfel hineinzubeißen? Was kann man jetzt tun? Man kann vieles tun, aber vor allem kann man einmal unserem Antrag zustimmen. Das wäre einmal ein erster Schritt, denn die Lösung ist im Prinzip ja eine relativ einfache: Wir müssen in der Steiermark einfach die rechtliche Grundlage für eine verpflichtende Dokumentation schaffen.

In diesem Sinne komme ich zum Antrag:

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, rechtliche Grundlagen für eine verpflichtende Dokumentation des Steiermark weiten Pestizideinsatzes im Landtag einzubringen, wonach Verwender_innen zumindest die ausgebrachte Menge pro Wirkstoffklasse an eine dafür zuständige Behörde übermitteln müssen.

Ich bitte um Zustimmung. Vielen Dank. *(Beifall bei den Grünen – 15.06 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Gerald Holler. Bitte, Herr Kollege.

LTAbg. Ing. Holler – ÖVP (15.07 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Landesräte, werte Kollegen und Zuhörer!

Ein paar Worte auch zum Umweltbericht. Ich bin sehr froh, dass es den gibt, dass er sich so tiefgreifend, so differenziert mit den Zahlen auseinandersetzt. Ich glaube, man kann mit den vergangenen Jahren Vergleiche ziehen und dann für die Zukunft planen. Warum sage ich das? In dieser Zeit, in der eben der Bericht gelegt wurde, war eine Umweltschutzorganisation bei uns in den Gewässern der Steiermark unterwegs, mit Schutzoveralls, mit Atemschutzmasken – nicht FFP-2 Masken, sondern wirklich die Schutzmasken – und haben hier medienwirksam Wasserproben gezogen. So weit so gut, 300 Meter weiter oben haben kleine Buben mit kurzer Hose mit ihrem Hund im Wasser gespielt, nur zum Vergleich. Die Zahlen wurden präsentiert – natürlich fürchterliche Zahlen. Wir waren zwei Tage in kompletter Schockstarre, keiner hat mehr gewusst, um was es da wirklich geht und dann hat man nachschauen können in den Umweltberichten des Landes Steiermark und hat diese Zahlen wirklich in Bezug setzen

können und relativieren können. Es war vieles in Ordnung, Grenzwerte wurden kaum erreicht. Es war weit weg von Gesundheitsgefährdung und Stoffe wurden in niedersten Mengen in Parts per million Milligramm, wenn überhaupt gefunden. Jetzt will ich das überhaupt nicht ins Lächerliche ziehen was hier passiert ist, aber was war wirklich? Aus Oberösterreich haben uns die Leute angerufen im Tourismusbüro und wollten ihre Buchungen stornieren, weil sie geglaubt haben, wenn sie in die Steiermark kommen, fallen sie am nächsten Tag tot um. Und das ist eine gefährliche Geschichte. Wir haben das zum Glück dann halbwegs ins Reine bringen können. Gott sei Dank sind diese Meldungen nicht nach Deutschland gekommen, weil dann wäre unser Tourismus wirklich für Jahre beschädigt gewesen. Zum Pestizidregister vielleicht noch in aller Kürze. Also Giftschein haben wir noch nie gesagt. Das ist die Ausbildungsbescheinigung gem. § 6 Stmk. Pflanzenschutzmittelgesetz. Wir sagen dazu Pflanzenschutzausweis, nicht Giftschein, und ich gehe da sehr mit den NEOS wieder einmal sehr konform, die sagen, dass Ausbildung, Weiterbildung wichtig sei. Das ist das. Du bekommst den für sechs Jahre, musst dafür Kurse ablegen, musst auch in den sechs Jahren immer wieder Kurse ablegen und Stunden abführen, damit du das behältst und weiter haben kannst. Ich glaube, dass das eine sehr wichtige Sache ist. Der Vorschlag wäre viel besser, wenn man das auch in dem privaten Bereich führen würde, wo man teilweise ja Dinge verwenden darf, vom Baumax, vom Obi, ohne irgendein Wissen dazu. Das wäre, glaube ich, wesentlich wichtiger. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Abschließend vielleicht noch ein Punkt zum Boden- und Wasserbericht. Wir haben hier im Süden von Graz, da gibt es also diese bekannte blaue Banane, die also ungefähr zwei Drittel der Steirer mit Wasser versorgt, mit Grundwasser versorgt. Man muss schon sagen, diese Leute haben in den letzten 20, 30 Jahren Hervorragendes geleistet. Wir sind hier wesentlich weiter, um Lichtjahre voraus den Deutschen, den Oberösterreichern, den Niederösterreichern, den Burgenländern. Wir sind hier wesentlich weiter, haben hier große Anstrengungen hinter uns, dass wir das geschafft haben und ich habe eigentlich nie ein Danke gehört. Nie ein Danke an die Leute, die da wirklich so gearbeitet haben. Gestatten Sie mir, dass ich das wirklich einmal mache. Ein Danke allen Bäuerinnen und Bauern, die da mitgewirkt haben. Ein Danke allen Umweltberatern des Landes Steiermark, aber auch ein Dankeschön an die zuständigen Fachabteilungen, die im Endeffekt großartig mitgewirkt haben, um hier Lösungen für die Bauern, aber auch für den Schutz unseres Grundwassers zu erreichen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Abschließend möchte ich noch sagen: Ich bin froh in der Steiermark zu leben, in einem der schönsten Länder, in einem der saubersten Länder und ich glaube, wir sollten den Leuten nicht immer

Angst machen bei uns, sondern wir sollten ihnen wirklich mit positiven Ansätzen, so wie es die Lara Köck gemeint hat, mit positiven Ansätzen ihnen sagen, dass sie etwas verändern können, etwas weiterbringen. Ich z. B. habe in dieser Woche eine 15 KW-Peek-Anlage, PV-Anlage aufgebaut. Wäre schön, wenn das noch mehrere machen könnten und ich hoffe, dass wir von der Angstmacherei, die oft herrscht, in die positiven Ansätze wechseln können. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.12 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Werner Murgg. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Dr. Murgg – KPÖ (15.13 Uhr): Frau Präsidentin, liebe Frau Landesrätin – jetzt sitzt der Herr Landesrat Seitinger auch da, auch Ihnen schönen Nachmittag!

Ich möchte mich jetzt noch einmal zu Wort melden, weil ich doch irgendwie – unter Anführungszeichen – kritisiert worden bin. Zuerst einmal auf den Kollegen Schwarzl zurückkommend: Ich habe nicht gesagt, dass uns, jetzt salopp ausgedrückt, alles wurscht sein soll und dass wir keine Ziele brauchen. Ich habe nur versucht klarzumachen, dass diese Ziele, die Sie sich setzen wollen, meiner bescheidenen Meinung als gebildeter Laie nach vollkommen unrealistisch sind. Ich habe Sie gebeten, nicht heute zum ersten Mal, schön öfter, aber jetzt sage ich es wieder: Kommen Sie einmal heraus und sagen Sie, wie Sie diese rund 65 %, die wir derzeit bei der gesamten Energieaufbringung in der Steiermark und auch in Österreich haben aus CO₂ schädlichen Energien, wie Sie das webringen wollen. Jetzt wären wir ... wenn ich schaue, es ist Kohle, es ist Erdgas und es ist Erdöl. Nur ein geringer Teil dieser drei Faktoren brauchen wir für die Stromerzeugung. Da ist die Kohle eh schon passé, das Erdöl schon lange, nur mehr das Erdgas. Die meisten dieser drei Energieformen gehen auf natürlich in den Verkehr, in die Heizung und in die Industrie. Und da sagen Sie mir bitte, wie das funktionieren soll. Ich habe ein paar Rechnungen aufgemacht, wie das mit der Stromreduktion aus den schädlichen Energieformen bis 2030 passieren soll. Selbst da ist es schwierig. Ich muss euch wirklich sagen, die Wasserkraft ist erschöpft. Bei jedem neuen Wasserkraftwerk, das gebaut werden soll, sind die Grünen die Ersten. Ich will auch nicht, dass die Sulm hier neuerlich verschandelt wird. Die großen Fließstrecken sind leider in Österreich mehr oder weniger vergeben, wenn ich das so sage. Ich habe es gesagt, in Leoben, da machen wir noch einmal 0.034 Gigawattstunden und wie viel bräuchten wir in der Wasserkraft alleine, um die 2030 Ziele zu erreichen? Sechs bis acht Terawatt und 0.034

Terawatt macht das neue Kraftwerk, wenn es überhaupt kommt, in Leoben. Oder beim Wind, kein Kogel, wo ein Windkraftwerk kommen soll, so die Grünen die Ersten sind, die sagen: „Brauchen wir nicht!“ Sehe ich ein, wir sind auch bei euch, aber ich habe andere Ziele. Darum fordere ich euch noch einmal heraus, kommt heraus und sagt, wo diese Energie herkommen soll. Da rede ich ja gar nicht von Österreich. Wir sind ja gesegnet. Man muss ja die Welt im Auge haben. Die Weltbevölkerung hat derzeit sechs bis sieben Milliarden. Angeblich ist mit 2050 der Peak bei neun Milliarden erreicht. Dann soll es wieder bergab gehen, ich glaube nicht ganz daran. Aber nehmen wir einmal an, es sind die neuen Milliarden. Wissen Sie, was die für eine Energie brauchen, wenn da in der Dritten Welt nur jeder einen Kühlschrank oder eine Waschmaschine oder eine ordentliche Behausung hat? Wo diese Baustoffe herkommen sollen? Da werden wir ja Terawatt und Terawatt brauchen, die unvorstellbar sind. Und ich kann mir nicht vorstellen, wie das ohne einen Teil der fossilen Energie auf längere Nutzung zu ermöglichen ist, wie das gehen soll. Mit dem Gas werden wir vermutlich noch sehr lange leben. Wir wüssten schon wie es geht, steht sogar, glaube ich, im Energiebericht drinnen. Ich habe das gar nicht glauben können, aber ich habe mich dann schlaue gemacht, es ist tatsächlich so. Die Sonneneinstrahlung, die auf 0,1 % der Erdoberfläche eintrifft, wenn man die einfangen könnte, würde ausreichen, um die gesamte Welt mit Energie zu versorgen. Nur können wir sie nicht einfangen, das ist das Problem. Aber die Wissenschaftler denken nach und sie arbeiten daran. Vielleicht werden wir in 20 oder in 30 Jahren eine Möglichkeit haben, dass wir andere Speichermöglichkeiten gewinnen, wie wir heute haben und dann werden wir vielleicht 2050 oder 2060 klüger sein, als wir heute sind. Aber derzeit sehe ich das nicht. Also bitte noch einmal, sagt wo das herkommt. Jetzt komme ich zur Fernwärme, ist ja fast ein Steckenpferd von mir. Sie wissen das, ihr wisst das alle, ich habe schon mehrere Anfragen und Anträge hier vorgebracht. Der Artikel, auf den Sie rekurrieren, könnte direkt von mir sein. Da ist genau das Wort wörtlich in der Kleinen Zeitung, was ich bei drei oder vier – ich habe anlässlich dieser Artikelerscheinung wieder meine Protokolle angeschaut –, es ist genau das, was ich kritisiere und was ich sage. Sie haben im Übrigen ... es ist eigentlich noch schlimmer, als Sie gesagt haben, denn es ist nicht nur so, dass in der Puchstraße Wasser mit Gas gekocht wird und dort keine KWK ist, sondern Feinstaub und CO₂ hinausgeblasen wird. Leider braucht man ein Drittel der Erzeugung in Graz ungefähr aus der Puchstraße. Es ist auch so, dass in Mellach, um diesen Ausfall wettzumachen, die Energie Steiermark dreimal 30 Kessel, also 90 MW errichtet hat, wo genau dasselbe passiert, wo auch nur mit Gas Wasser gekocht wird. Derzeit ist der Kessel,

glaube ich, eh kaputt, ich glaube sie arbeiten wieder dran, es funktioniert nicht. Aber nur, um zu zeigen, wie stumpfsinnig das ist, dass man nicht mit dem Verbund langfristig einen Vertrag wieder macht. Und da waren Sie, ob Sie jetzt gelacht haben oder nicht, kann sein, dass Sie über das Russengas gelacht haben, ist mir auch egal, so lange ich nicht selber über mich lache, ist mir wurscht wer da lacht, aber Sie haben es immer – Sie nicht, der Kollege Schönleitner – gesagt, das ist ein Unsinn mit der Fernwärmeleitung, weil unten wird mit Gas Fernwärme erzeugt. Zwar mit KWK (Kraft-Wärme-Kupplung), zuerst mit Kohle jetzt mit Gas, und das haben Sie kritisiert. Und jetzt sagen Sie aber zurecht auf die Wohnbauförderung bezugnehmend, dass die 80 % wir nur dann zusammenbekommen, wenn wir die KWK sozusagen auch in Mellach für die Fernwärmeerzeugung des Großraumes Graz nutzen. Auch die Grünen sind lernfähig, es freut mich. Im Übrigen möchte ich noch sagen, was diese Fernwärmeerzeugung betrifft, Sie fordern ja noch – wir werden Ihrem Antrag eh zustimmen, ich habe es schon gesagt –, dass man aufschlüsselt, was eigentlich die Energie, die alternativen Energieformen bei der Fernwärmeerzeugung tatsächlich kosten. Auch das habe ich hier schon – ich habe es nicht gefordert, ich habe es vorgerechnet, was nämlich die Peak-Solar, so hat es zuerst geheißen, auf der Sie lange herumgeritten sind, kosten würde. Nämlich eine deutliche, und das hat mir auch der Holter – Dipl.-Ing. Holter, Verzeihung – bestätigt, der selber einer der Mitentwickler war, das hätte zu einer deutlichen Verteuerung der Fernwärmepreise in Graz geführt, noch dazu, wo das – auch das habe ich gesagt – mit Gas zugeheizt worden wäre, weil der große Teich natürlich sehr schnell entleert wird und bis er wieder mit Sonnenenergie gefüllt ist, muss man mit Gas zuheizen. Jetzt hat sich die Energie Steiermark von dem eh verabschiedet, jetzt wollen sie eine Bio – heißt das Biosolar, ist viel kleiner, werden die Fernwärmepreise wahrscheinlich noch mehr steigen, aber es wird eh nicht kommen, weil ich höre, dass es hier in der Gemeinde Kalsdorf Widerstände gibt. Wahrscheinlich hat die Gemeinde Angst, wenn das jetzt mit Biomasse zugeheizt wird, was das für ein LKW-Verkehr dort bedeuten würde, die dann die Biomasse dorthin liefern. Ich vermute, das sind die Gründe, warum es angeblich in Kalsdorf Schwierigkeiten gibt. Das wollte ich nur zur Fernwärme noch dazusagen. Es ist richtig, wie gesagt, dieser Artikel hat mir wirklich aus der Seele gesprochen und Sie haben es heute gesagt, es ist ein Skandal. Ich bin jetzt eh in der Zeit, das kann ich noch sagen – dass hier entgegen der gesetzlichen Lage, denn es hat die UVP nur deswegen nicht gemacht werden müssen, weil die Energie Steiermark versprochen hat, dass diese nur zur Ausfallhaftung dient und, wenn jeder, der in Graz zuhause ist oder durch Graz durchfährt, braucht nur hinschauen, die drei Kamine

dampfen fast permanent. Also von einer Ausfallreserve keine Rede, es wird permanent gemacht und das ist falsch. Also, jetzt höre ich ohnehin, dass wieder an Verträgen gearbeitet wird, aber ich hoffe, dass das nicht nur kurzfristige Verträge sind, sondern, dass die Energie Steiermark mit dem Verbund wirklich wieder einen langfristigen Vertrag macht, damit man ein gutes Drittel der Fernwärme, den man im Großraum Graz braucht, von Mellach bekommt, dass dort die Abwärme nicht in die Luft oder in die Mur geht, sondern in den Haushalten in Graz ankommt. Jetzt wollte ich noch etwas sagen, aber jetzt sage ich es nicht, weil sonst werde ich gerügt. Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 15.22 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hubert Lang. Bitte, Herr Kollege, lieber Hubert.

LTAbg. Hubert Lang – ÖVP (15.23 Uhr): Liebe Frau Präsidentin, liebe werte Landesräte, Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich beginne meine Wortmeldung mit dem berühmtesten und häufigst gebrauchten Satz: „Ich wollte mich nicht zu Wort melden“, aber die Wortmeldung des Alex Pinter bezüglich Entschließungsantrag Pestizid erfordert es aus meiner Sicht als Vorsitzender im Ausschuss für Landwirtschaft, hier das Bild, das du gezeichnet hast, etwas richtigzustellen oder das Bild, das du gezeichnet hast, in eine Richtung zu lenken, das der sachlichen Darstellung entspricht. Das Thema Pestizid hat uns schon öfter in diesem Raum beschäftigt. Ich würde euch bitten, jeder hat einen Computer vor euch, schaut nach bei Google unter Pestizide, wie Pestizid definiert ist. Ihr habt es sogar im Antrag drinnen. Pestizid heißt Pflanzenschutzmittel, das ist die Gesamtzusammenfassung von Pflanzenschutzmittel. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie ein Brennnesselwasser ansetzen ist das ein Pestizid. Wenn Sie unterschiedlichste Schwefelkalklösungen oder was auch immer machen, die in der Natur vorkommen, ist das ein Pestizid. Pestizide, Pflanzenschutzmittel sind Arzneimittel um Pflanzen gesund zu halten und gerade in Tagen wie diesen, wo wir Millionen für Forschung ausgeben, um die Menschheit gesund zu erhalten, wo wir Millionen einsetzen in Forschung und Entwicklung, wo wir Millionen oder Milliarden einsetzen, damit wir einen Impfstoff zu bekommen, um die Menschen gesund zu erhalten, wo wir Tag täglich mit unseren Haustieren zum Tierarzt gehen, wenn sie eine Behandlung notwendig haben, dann ist das Bild zurechtzurücken, dass wir auch im Pflanzenschutz Pflanzenschutzmittel, Arzneimittel brauchen. Denn eines muss uns klar sein, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir mit unserem Haustier, mit unserem Hund,

mit unserer Katze zum Tierarzt gehen und er hat einen Läusebefall, einen Wurmbefall, dann brauchen wir auch dementsprechend Arzneimittel, um hier Maßnahmen zu setzen, dass das Tier gesund wird oder gesund bleibt. Wie beim Menschen, so ist es bei Tieren und so ist es bei den Pflanzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines muss uns schon klar sein – du hast das Thema Apfel angesprochen –, nur in einem gesunden Apfelbaum wächst eine gesunde Frucht, ein gesunder Apfel. Nur in einem gesunden Weinstock wächst eine gesunde Traube und ein gesunder Wein. Lieber Kollege Pinter, natürlich ist ein sorgsamer Umgang notwendig, du hast das ja angesprochen. Weinbauern, Obstbauern sind ausgebildet, sind mit dementsprechend nachgewiesener Prüfung, die einen Ausweis erzeugt, auch aufgefordert, diese Maßnahmen zu dokumentieren. Du weißt es auch, dass die Dokumentationspflicht im Betrieb vorhanden ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte dich, dieses Bild auch weiterhin so darzustellen, denn eines müssen wir auch unseren Landwirtinnen und Landwirten zugestehen. Maßnahmen maßvoll, effizient eingesetzt, um unsere Früchte zu schützen, muss auch in Zukunft gewährleistet sein. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.26 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, Herr Kollege Hubert Lang. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Sandra Krautwaschl. Bitte, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (15.27 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Werte Landesregierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen und ganz speziell einmal, lieber Kollege Murgg!

Hören Sie mir einmal zu, ich werde versuchen mich ganz einfach auszudrücken und ganz klar zu sagen, um was es hier geht, wenn wir von Energiewende sprechen. Es geht nämlich, wenn wir von Energiewende sprechen, nicht nur darum, und das ist das große Missverständnis, das ich im Übrigen auch immer wieder mit der Landesregierung habe und mit dem was uns dann vorgeworfen wird in Bezug auf erneuerbare Energien. Es geht eben nicht nur um den Ausbau und um das Weiterverschwenden wie bisher, es geht tatsächlich – ich sehe den Kollegen Murgg nicht mehr – es geht tatsächlich um eine tiefgreifende Wende, um einen Wandel in unserer Gesellschaft, der in allen Ebenen und in allen Bereichen, in ausnahmslos allen Lebensbereichen, die auch eine Reduktion von Verschwendung bedeutet, von verschwendeter Energie. Um das geht es auch, und sonst bin ich vollkommen bei Ihnen, sonst geht sich das nicht aus. Dann wäre aber alles was Sie sagen oder was ich bis jetzt, heute von Ihnen gehört

habe, es tut mir leid das so sagen zu müssen, bedeutet eigentlich eine Kapitulation vor dem Ist-Zustand, weil dann, wo ist denn die Lösung? Wir müssen einsparen und wir müssen den erneuerbaren Energieanteil heben. Das wird uns aber nicht gelingen, wenn wir nicht auch sinnvolle Einsparungspotenziale nützen. Und hierfür gibt es ganz viele Hebel, die die Landesregierung in der Hand hätte und zwar nicht solche, über die wir bis jetzt geredet haben, heute und hier, sondern viele, wo wir seit vielen Jahren Vorschläge einbringen. Zum Beispiel in der Raumordnung, wo ganz viel Energieverschwendung produziert wird, durch die Art und Weise wie wir in der Steiermark Böden zubetonieren. Und das wissen Sie genauso gut wie ich und das ist ein Teil des Ganzen. Es kann niemals nur der Ausbau sein weil, und da bin ich jetzt auch schon bei der Landesregierung, es ist ein absoluter Anspruch Grüner Politik und auch Grüner Regierungspolitik, wie es jetzt die Leonore Gewessler im Bund vorzeigt, auch den Ausbau an erneuerbaren Energien in allen Bereichen naturverträglich zu gestalten. Das hat im Übrigen die Frau Landesrätin im Übrigen unlängst kritisiert. Aber ich will da jetzt nicht in Klein-Klein ausarten, sondern ich will einfach sagen, ich glaube, dass hier in diesem Haus noch nicht angekommen ist und auch nicht bei der Landesregierung, wie tiefgreifend der Wandel sein muss und, dass es da gilt, alle Potenziale zu nützen, die wir haben und zwar auf allen Ebenen, in jeder einzelnen steirischen Gemeinde, in jedem Bundesland und ja, auch ein Klimaschutzgesetz werden wir brauchen. Das ist in Verhandlung mit den Ländern, und wir werden die Länder und den politischen Willen der Länder brauchen, da etwas zu tun und zwar rasch. *(Beifall bei den Grünen)* Und mit einer Sache möchte ich auch einmal aufräumen, weil ich so zutiefst davon überzeugt bin, und das hat uns auch die Corona-Krise auch gezeigt. Unser Wohlstand wird in Zukunft nicht davon abhängen, dass wir immer weiter Energie verschwenden, dass wir immer weitere Ressourcen verschwenden. Im Gegenteil, wenn wir für unsere Kinder diesen Wohlstand sichern wollen, ein richtiges Maß ein gutes Maß an Wohlstand sichern wollen, dann werden wir diese tiefgreifenden Wandel herbeiführen müssen und jeder und jede für sich, ich glaube, dass das etwas ist, was ganz viele Menschen 2019 in der Klimaschutzbewegung, vor allem junge Menschen, verstanden haben: Wir müssen selber was tun, aber auch alle auf politischer Ebene in ihrem Wirkungsbereichen. Das haben eben meine Kolleginnen und Kollegen heute schon sehr deutlich gesagt. Ja und deswegen hoffe ich, Herr Murgg, ich kann Ihnen jetzt kein Beispiel vorrechnen und ich glaube auch, dass es darum nicht geht. Es ist ganz klar, es müssen alle Hebel bedient werden, in allen Bereichen, damit wir in Zukunft Wohlstand sichern und Energie auf eine Art und Weise herstellen können, in einem Ausmaß, das uns als Gesellschaft ein Überleben

sicherstellt – ein Überleben. Und jeder, der hier herausgeht und sagt, dass das alles nicht so tragisch sei, wir können eh ein bisschen so weitertun, der gefährdet genau das und das hat nichts mit Angst zu tun, mit Angstmache, sondern es hat damit zu tun, dass ich absolut die Hoffnung habe, dass wir diese Wende schaffen. Ich bin in die Politik gegangen, weil ich diese Hoffnung in mir trage, weil ich absolut daran glaube, dass wir es schaffen können, aber dazu braucht es gemeinsame Kraftanstrengungen und dazu haben wir heute wiederum einige, ich glaube, doch sehr sinnvolle Vorschläge eingebracht. Ja, die werden voraussichtlich nicht die Mehrheit bringen, obwohl ich nochmals darum bitte den Entschließungsanträgen zuzustimmen, aber wir werden uns da nicht müde machen lassen, so lange wir hier sind, die Vorschläge immer wieder einzubringen. *(Beifall bei den Grünen)* Jetzt komme ich noch zu unserem Entschließungsantrag, der im Wesentlichen auch ein ganz ähnliches Thema in sich trägt, wenn man ihn genau liest und wenn man genau hinschaut. Es geht nämlich einerseits um die Luftgüte. Wir hatten das heute schon zu Beginn der Landtagssitzung. Es wurde mehrmals schon der Rechnungshofbericht, wo Luftgüte und Gesundheit der Menschen in Graz und Umgebung eindeutig nicht ausreichend von der Politik ernst genommen wurden. Aber das Ganze hat auch wieder mit einem Systemwandel zu tun. Alles, was der Rechnungshof empfiehlt, alles was der Rechnungshof kritisiert hat, was nicht umgesetzt worden ist, hat damit zu tun, dass die Politik der vergangenen Jahre – ich schließe nicht aus, dass sich das jetzt ändern wird, ich hoffe es sehr, ich hoffe auch, dass die Verhandlungen, die der Landesrat Lang heute zu Beginn der Landtagssitzung, von denen er gesprochen hat, erfolgreich zu Ende gehen – in der Vergangenheit wurde das nicht ernst genug genommen. Und ein Systemwandel war es insofern schon einmal gar nicht. Man hat weder den öffentlichen Verkehr ausgebaut im notwendigen Maß, noch hat man sichergestellt, dass der motorisierte Individualverkehr reduziert wird. Ja, und da geht es um eine Reduktion auch, wenn man darüber in der Politik nicht gerne spricht, eine Reduktion, die aber dann letztlich dazu führt, dass es uns allen irgendwann besser gehen wird und unseren Kindern und deren Kindern möglicherweise auch. In letzter Konsequenz glauben wir eben, wenn wir nicht alles das bedienen, wovon ich jetzt schon mehrfach gesprochen habe, wird es sich nicht ausgehen, dann werden unsere Kinder in mehrfacher Hinsicht zahlen und wir alle mit Ihnen und wir werden uns auch noch vorwerfen lassen müssen, dass wir nicht getan haben zum rechten Zeitpunkt, was möglich gewesen wäre. Insofern bezieht sich auch mein Entschließungsantrag jetzt schon wieder auf die Zukunft. Ist ein konstruktiver Vorschlag für die Zukunft und hat aber natürlich aus Anlass auch das, dass wir gesehen haben, dass der Rechnungshofbericht

nahtlos allen unseren Forderungen der letzten Jahre, um nicht zu sagen Jahrzehnte, rechtgegeben hat. So, jetzt habe ich meine Brille vergessen, aber ich versuche es einmal so. Vielleicht noch ein kurzer Beisatz dazu, habe ich sehr schön gefunden, einen Satz, den der Günter Pilch in einem Bericht vom 06.01.2021 geschrieben hat zum Thema Verkehrswende. Da hat er nämlich auch auf die Energieverschwendung durch den Verkehr hingewiesen. Darauf, dass der Bereich Mobilität mit 31 % der zweitgrößte Endenergieverbraucher ist und fast 50 %, das muss man sich echt einmal vorstellen, fast 50 % der steirischen Treibhausgasemissionen erzeugt, der motorisierte Individualverkehr. Der Herr Pilch hat da geschrieben: „Die Energieverschwendung des Mobilitätssektors ist unabhängig von der Antriebsart gewaltig und lässt sich nur strukturell lösen.“ Und strukturell heißt genau die Forderungen, die der Rechnungshofbericht auch noch einmal ganz klar auf den Tisch legt, jetzt umzusetzen und zwar so schnell wie möglich. Darauf bezieht sich jetzt unser Entschließungsantrag der lautet:

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag Steiermark bekennt sich dazu, dass zur Erreichung der Klimaschutzziele, der Bekämpfung der Klimakrise, der Gesundheit der Bevölkerung sowie zur allgemeinen Verbesserung der Mobilität im Personen- und Güterverkehr, eine Wende in der Verkehrspolitik notwendig ist. Allgemeine Verbesserung der Mobilität. Es tatsächlich um Verbesserung und es kann nur was besser werden, wenn man aufhört, gewisse Dinge zu verschwenden.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 - a) den Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes mit möglichst hohen lokalen und regionalen Effekten in der Stadt Graz und im weiteren Umland als oberste Priorität umgehend zu forcieren, um eine deutliche Reduktion der Luftschadstoffemissionen und klimaschädlichen Treibhausgase zu erreichen,
 - b) zu diesem Zwecke auf der Basis von vorliegenden Projekten Varianten zur bestmöglichen Mobilitätswende inklusive deren Finanzierung zu prüfen,
 - c) dem Landtag darüber regelmäßig Bericht zu erstatten.

Ich bitte um Annahme. (*Beifall bei den Grünen – 15.38 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Es liegt mir noch eine Wortmeldung vor, nämlich die Wortmeldung unserer zuständigen Landesrätin für Umwelt, Klimaschutz. Bitte, Frau Landesrätin Ursula Lackner.

Landesrätin Mag. Lackner – SPÖ (15.38 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete und Interessierte via Livestream! Der 27. Umweltbericht wurde jetzt wirklich auch breit und nuancen- und fassettenreich diskutiert und wir konnten durch manche Wortmeldungen der Redner/Rednerinnen auch einen Einblick bekommen in ein Fachwissen, das vorhanden ist und für das ich mich auch bedanke im Sinne des Umweltschutzes und der Umwelt, der ja sehr breit angelegt ist. Diese lange nuancen- und fassettenreiche Diskussion entspricht in Wirklichkeit ja auch der Bedeutung, die dieses Thema hat. Dieser Umweltbericht, der heute vorgelegt – nicht heute vorgelegt, aber heute diskutiert worden ist, der im Ausschuss vorgelegt und präsentiert worden ist, wurde von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der mir zugeteilten Abteilungen 15, unter der Leitung von Hofrat Gerhard Semmelrock, sowie der Abteilung 13, unter der Leitung von Hofrätin Birgit Konecny mit großem Aufwand und viel Einsatz zusammengestellt. Und dafür möchte ich mich hier im Rahmen der Landtagssitzung, und ich gehe davon aus, weil das ja Wortmeldungen auch schon impliziert haben, ich kann es im Namen aller hier anwesenden Abgeordneten auch tun, und möchte das auch an den Beginn meiner Wortmeldung stellen, bei allen Mitwirkenden ausdrücklich bedanken. Es verlangt viel Engagement, viel Wissen dieses umfangreiche Datenwerk zu erarbeiten, zu sortieren, zuzuordnen und letztlich auch so zusammenzustellen, wie wir es auch vorliegen haben. Einen herzlichen Dank an alle, die daran mitgewirkt haben. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Der Bericht, das haben wir auch schon gesehen, ist nicht nur für Sie, sondern auch für mich als Ressortzuständige eine wichtige Grundlage für die Planung und damit für das weitere Vorgehen. Er zeigt auf, was in den Jahren 2018 und 2019 im Umweltbereich passiert ist und – das ist heute auch schon angesprochen worden – wo auch noch Handlungsbedarf besteht. Das liegt im Sinn der Thematik, dass wir hier immer wieder Schritt für Schritt vorangehen, aber auch dieser Weg lange nicht fertiggegangen sein wird. Aber er gibt eben auch Auskunft darüber, welche Fortschritte erzielt worden sind und darüber, welche Wege uns den Zielen auch näherbringen. Gerade bei diesem Punkt zeigt sich, auch wenn es manche Rednerinnen und Redner von heute in der Sitzung nicht gezeigt haben oder nicht so wahrhaben wollen, dass wir in viele Bereichen doch auch auf einem guten Weg sind. Ein paar dieser Punkte möchte ich hier herausgreifen, weil verantwortungsvoll für das Land zu arbeiten heißt nicht immer nur das Negative herauszukehren, sondern für Steirerinnen und Steirer auch die zweite Seite der Informationsmedaille herzuzeigen und damit genau das auch machen, was Herr Abgeordneter Holler gesagt hat: Den Menschen auch zu zeigen, dass wir, wenn wir mutig

sind, wenn wir klare Ziele haben, dass wir auch diese Ziele gut verfolgen und erreichen können. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, die Menschen auch mitzunehmen bei diesem herausfordernden Weg und wir können uns ganz und gar nicht zurücklehnen, auch wenn wir gute Ergebnisse in diesem Bericht vorliegen haben. Wir müssen mutig und auch sehr ambitioniert diese Wege weitergehen. Aber einige Punkte, die ich jetzt herausgreife, die als gelungen bezeichnet werden können, sollen eben Motivation für uns alle sein. Nehmen wir beispielsweise die Luftreinhaltung. Das ist ein durchaus sehr aktuelles Thema, aber der in den vergangenen Jahren positive Trend, der setzt sich fort und die Luftqualität verbesserte sich. 2018 und 2019 waren für die Luftqualität gute Jahre. Die Vorgaben der EU-Luftqualitätsrichtlinie, die konnten betreffend Feinstaub eingehalten werden und beim Stickstoffdioxid gab es im Jahr 2019 erstmals keine Verletzung der Grenzwerte. Und damit nicht genug, einen Blick in das Jahr 2020 darf ich auch schon geben. Da wurden flächendeckend nicht nur alle Vorgaben der EU, sondern auch die des österreichischen Immissionsschutzgesetzes Luft – kurz IG-L genannt – eingehalten. Auch ein Erfolg, der heute Platz haben muss in dieser Diskussion. Machen wir beim Grundwasserschutz weiter. Ziel des Grundwasserschutzprogrammes ist die Sicherung und Erhaltung des Grundwasservorkommens im Grazer Feld, im Leibnitzer Feld und im Unteren Murtal. Das Grundwasser soll Trinkwasserqualität aufweisen und aus Sicht des Grundwasserschutzes dürfen schlecht wasserspeichernde Böden mit weniger Stickstoff gedüngt werden als gut wasserspeichernde Böden. Das ist so die Grundregel. Nach langwierigen, wie auch sehr ausführlichen und konstruktiven Gesprächen zwischen dem Land, den Wasserrechtsexperten und -expertinnen, Vertreterinnen und Vertretern der Landwirtschaft und Vertreterinnen und Vertretern der Wasserverbände ist es im vorigen Jahr gelungen, zu einer Weiterentwicklung des Grundwasserschutzprogrammes zu kommen. Und diese Einigung ist zum nachhaltigen Schutz unseres Trinkwassers und entspricht aber auch den Bedürfnissen der steirischen Landwirtschaft. Das Grundwasser wird danach auch bodenspezifisch angepasst, was die Stoffstoffdüngermengen betrifft und damit geschützt. Auch ein weiterer wesentlicher Punkt, der sich ganz stark auf die Qualität der Umwelt in der Steiermark auswirkt: Klima und Energie, auch schon angesprochen heute.

Im Berichtszeitraum 2018 und 2019 ist vor allem die Erstellung des Aktionsplans des Landes zur Klima- und Energiestrategie Steiermark 2030 hervorzuheben. Er umfasst diese Ihnen allen bekannten Maßnahmen in ganz unterschiedlichen Bereichen und die hier festgelegten Maßnahmen stellen im Berichtszeitraum unseren Fahrplan zur Erreichung der steirischen

Klimaziele bis 2030 dar. Ja, es haben sich inzwischen die Dinge verändert. Die EU hat neue Parameter vorgegeben, was nicht nur die Ziele, sondern auch die Zeitdimension betrifft. Der nationale Part ist noch ambitionierter und ja, wir müssen die steirische Klima- und Energiestrategie nachjustieren, wir müssen sie anpassen. Das stimmt alles, aber – und ich möchte das auch als Mitglied der Landesregierung sagen – es ist ganz wichtig, dass wir uns dieser Arbeit, die natürlich schon begonnen hat, dieser Zieldefinition widmen aber es ist trotz allem mehr als verwunderlich, dass die Grünen in der Bundesregierung diese neuen Klimaziele noch immer nicht gesetzlich verankert haben. Wir brauchen auch diese Bundeslinie, um in der Steiermark und in den anderen Bundesländern die richtigen Wege auch einzuschlagen. Und Frau Abgeordnete Lara Köck – jetzt habe ich kurz nachdenken müssen – du brauchst keine Sorge haben, wir warten nicht nur auf diese Ziele, wir tun das Unsrige jetzt schon, damit wir die Zeit nicht verlieren, weil wir haben so viel, wir haben Wissen, wir haben die Möglichkeiten. Das, was wir nicht haben, ist Zeit und deswegen mahne ich auch an dieser Stelle den Bund ein, endlich das entsprechende Gesetz vorzulegen. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Einen Punkt möchte ich – und das ist mir auch wichtig – auch noch anführen: Der Natur- und der Landschaftsschutz. Bereits erwähnt wurde, das großartige, das große Projekt Biosphärenpark Mur-Drau-Donau und es wird, wenn wir es erreichen, es ist in der Beschreibung bereits das weltweit erste Fünf-Länder-Projekt, über das wir dann anteilmäßig auch in der Steiermark verfügen. Die Auszeichnung vorigen Jahres, steht eigentlich am Beginn der Arbeit, die wir miteinander zu leisten haben, um diesen Biosphärenpark auch umsetzen zu können und zu beleben. Und im Berichtszeitraum kamen auch 18 neue Natura-2000-Europaschutzgebiete dazu, die ausgewiesen worden sind, und 2020 weitere acht Europaschutzgebiete – ganz, ganz wichtig, um auch dem Anspruch der Artenvielfalt der Biodiversität Rechnung zu tragen. Raumplanung, ja Umweltschutz, das ist eine inhaltliche Klammer, die natürlich besteht und die nachhaltige Raumplanung unterstützt dabei natürlich, was die Lebensgrundlagen von Mensch und Natur betrifft und was natürlich auch die schädlichen und lästigen Einwirkungen wie Lärm, Abgase, Erschütterungen usw. betrifft. Wir haben eine gute Datengrundlage in der Steiermark. Es gibt eine Geodatenstruktur, die wir sozusagen in Anlehnung von der EU auch anwenden und die sowohl für die Politik, als auch für die planerische Ebene ein wichtiges Instrument darstellt, damit wir auch die Nachvollziehung von Entscheidungen in der Bevölkerung sicherstellen können. Zahlreiche Projekte im Bereich der Regionalentwicklung, INTERREG-Programme, LEADER-Projekte, Agenda 21, all diese Projekte spielen mitherein, wenn es darum geht, in

der Steiermark im Bereich der Umwelt eine gute Situation vor Augen zu haben bzw. auch daran zu arbeiten, dass wir das schützen, ... (*Zweite Präsidentin Kolar: „Liebe geschätzte Frau Landesrätin, ich weiß es gäbe noch so viel zu sagen, was alles gemacht wurde, aber ich muss dich bitten zum Schluss zu kommen!“*) Ich komme zum Schluss, wenn ich auf einen Aspekt noch mit einem Satz eingehe, was das Sachprogramm Erneuerbare Energie betrifft. So wie wir das beim Sachprogramm Windkraft gemacht haben, gehen wir das auch ambitioniert in der Steiermark mit dem Sachprogramm Erneuerbare Energie an und das soll auch ein strategisches Instrument zur übergeordneten Steuerung was Wind, Wasser und insbesondere Solarenergie betrifft. Wir sind auf gutem Wege, Informationen haben stattgefunden, und auch das sind alles Beiträge für die Klima- und Energiestrategie für die Steiermark über das Jahr 2030 hinaus. Ich bedanke mich bei allen, die ihren Beitrag dazu leisten, dass wir eine lebenswerte Steiermark haben. Mein Anspruch ist es, meinen Anteil dazu beizutragen. Ich bedanke mich bei Ihnen, wenn Sie das auch tun und wie gesagt, wir haben viel vor, wir haben viele Maßnahmen schon erledigt, wir werden Weiteres planen. Dass, was wir nicht haben, ist Zeit! Deswegen werden wir uns alle weiter bemühen diese Zeit zu nutzen im Sinne der Umwelt und der Klimasituation in der Steiermark. Herzlichen Dank. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.51 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, Frau Landesrätin. Es liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1118/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke. Gegenprobe:

Dieser Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der Freiheitlichen Partei angenommen.

Zum Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1118/3, betreffend Klimaschutzziele an die höheren Standards der Bundesregierung und der EU anpassen, wurde von der KPÖ ein Antrag auf punktuelle Abstimmung hinsichtlich Punkt 1) eingebracht.

Ich ersuche die Damen und Herren, die hinsichtlich des Punktes 1) des Entschließungsantrages der Grünen mit der Einl.Zahl 1118/3 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die hinsichtlich der restlichen Punkte des Entschließungsantrages der Grünen mit der Einl.Zahl 1118/3 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1118/4, betreffend Endlich aktuelle Daten über die Luftgüte erheben! ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1118/5, betreffend Artenvielfalt braucht vernetzte Naturräume ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1118/6, betreffend Pestizidregister Steiermark ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1118/7, betreffend Reparieren statt Wegwerfen – Reparaturprämie Steiermark ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der Freiheitlichen Partei und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 118/8, betreffend Nachhaltige Fernwärme in der Steiermark ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 1118/9, betreffend Fassadenbegrünung für den Klimaschutz ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1118/10, betreffend Luftgüte und Klimaschutz brauchen eine Verkehrswende ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

5. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft, Einl.Zahl 764/5, betreffend Einführung einer steirischen Mutterkuhprämie zum Antrag von Abgeordneten der FPÖ, Einl.Zahl 764/1.

Ich ersuche um Wortmeldungen. Als Erstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Albert Royer. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Royer – FPÖ (15.55 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr zuständiger Landesrat Seitinger, Hoher Landtag!

Wichtiges Thema, die Mutterkuhbetriebe, nachdem diese Betriebe die letzten Jahre von der Politik leider sehr stiftmütterlich behandelt worden sind, wo man wirklich auf die Mutterkuhbetriebe über Jahre vergessen hat. Eine kurze Erklärung: In der letzten GAP-Periode hat es Österreich wirklich geschafft, dass man die Prämie, die es vorher gegeben hat, das waren damals kofinanziert mit Zusatzförderung von Österreich insgesamt 230 Euro pro Mutterkuh, die hat man ersatzlos gestrichen. Das Schlimme an der Geschichte, darüber haben wir eh schon einmal gesprochen: Trifft sehr viel kleinere Betriebe und Nebenerwerbsbetriebe.

Was in dem Zusammenhang vielleicht auch interessant war, es hat am 27. August 2020 von der Landwirtschaftskammer Steiermark, vom Bergbauernausschuss eine Vor-Ort-Sitzung gegeben – es gibt immer eine Sitzung im Jahr auf einer Alm. Das war dieses Mal in St. Katharein an der Laming, auf der Gruniser Alm, das ist Bezirk Bruck an der Mur, wenn ich es richtig im Kopf habe, im Grenzgebiet zwischen Bruck und Leoben in Wahrheit. Da haben wir uns getroffen und da hat der Mag. Martin Karoshi einen sehr interessanten Vortrag gehalten, wo er eben die Situation der Mutterkuhbetriebe mit einem Zahlenwerk untermauert hat. Ich habe heute nicht mehr die ganzen Zahlen mit, aber sie sind wirklich dramatisch, weil von den kleinen Nebenerwerb Mutterkuhbetriebe gibt es einige, die haben im Jahr nur 8.000, 9.000 Euro Umsatz, aber um die 6.000 Euro zahlen sie Sozialversicherungsbeiträge. Also, das geht sich hinten und vorne nicht aus. Bei diesem Antrag, den wir jetzt im Landtag gestellt hätten, da wäre es nicht darum gegangen, dass die jetzt wirklich sehr gut verdienen in dieser Sparte, sondern es wäre eigentlich ein Anerkennungsbeitrag gewesen, damit die Mutterkuhbetriebe nicht den Mut verlieren und nicht den Hut draufhauen, weil das ist die Gefahr bei dieser Sache und das ist bei dieser Bergbauern-Ausschusssitzung da sehr deutlich diskutiert worden. Die Zahlen sprechen ja auch in der Vergangenheit schon eine deutliche Sprache. Das heißt, in der Steiermark hat es 2010 noch 55.000 Mutterkühe gegeben, 2019 waren es dann nur mehr 43.000 Mutterkühe. Das sind im Schnitt 16 Kühe pro Betriebe und wie gesagt, viele davon im Nebenerwerb. Was auch noch erschwerend dazukommt ist die Prognose von den Experten und von den Mitgliedern dieses Ausschusses: Wenn da nichts passiert in dieser Sparte, wenn da keine Zuwendungen kommen in nächster Zeit, dann ist es wirklich die pessimistische Prognose, dass in der Steiermark in den nächsten drei bis fünf Jahren die Hälfte der Betriebe aufhören werden. Und das ist insofern eine beachtliche negative Auswirkung dann, weil damit auch die ganze Almwirtschaft irgendwo gefährdet ist und das trifft jetzt nicht nur mich oben im Ennstal, wo man immer glaubt, da sind die Almen daheim, sondern steiermarkweit. Was auch ganz klar gesprochen worden ist, gerade das Teichalm- und Sommeralmgebiet ist sehr stark betroffen, weil da sehr viele kleine „Aufreiber“ sind, die wirklich einen Nebenerwerbsbetrieb daheim haben, wie ich schon gesagt habe. Hätte eben dann zur Folge, dass die Almen verbuschen und zuwachsen und, dass die Kulturlandschaft dann das Aussehen sehr deutlich verändern würde, wenn die Auftriebszahlen von den Viechern nicht mehr da sind, weil eben das dann relativ schnell der Fall ist, wenn zu wenig bewirtschaftet wird auf den Almen. Insgesamt eine dramatische Entwicklung, darum haben wir eben unseren Antrag eingebracht, weil, es gibt natürlich jetzt schon wieder die Verhandlungen für die neue GAP-

Periode. Da muss man aber auch dazusagen, dass Problem ist, ich will jetzt gar nicht unbedingt unterstellen, dass wer nicht wollen würde, aber offensichtlich wird die Agrar-Politik in Österreich hauptsächlich in Niederösterreich gemacht und die niederösterreichischen Freunde haben halt offensichtlich für die Bergbauern im Rest von Österreich nicht wirklich viel über und auch nicht für die Mutterkuhbetriebe. *(Beifall bei der FPÖ)* Insofern sind wir nicht ganz so zuversichtlich, dass das groß was werden wird mit der neuen GAP-Periode, darum haben wir ja im Landtag Steiermark einen eigenen Antrag eingebracht, war eine Notmaßnahme sozusagen, eben um einen Anerkennungsbeitrag für die Mutterkuhbetriebe vom Land Steiermark sicherzustellen. Leider muss ich sagen, ist auf unseren Antrag überhaupt nicht eingegangen worden. Die Stellungnahme und der Abänderungsantrag, der jetzt im Hause heute beschlossen wird, geht auf alles Mögliche ein, nur in Wahrheit nicht auf die Mutterkühe. Also, da wird auf Schafe, auf Lämmer, auf Kitze, auf alles wird eingegangen aber wie gesagt, von der Mutterkuh ist keine Rede. Das tut mir sehr leid persönlich, darum werden wir natürlich beim Abänderungsantrag selbstverständlich dagegen stimmen, weil uns wäre wichtig gewesen, dass man die alte Förderschiene wieder zurückbekommt in irgendeiner Form und da wäre eben auch wichtig gewesen, dass wirklich die Mutterkuh als solches wieder gefördert worden wäre und nicht, wie jetzt das Programm, sollte es überhaupt kommen, für das Kalb geplant ist. Das ist auch nicht die richtige Richtung, weil da sind wieder Qualitätsauflagen, wo man dann wieder mit Kraftfutter zufüttern muss und in einer gewissen Zeit das Kalb ein gewisses Gewicht haben muss, was auch im Berggebiet wieder schwer erreichbar ist und eigentlich nicht unsere Intension ist. Insgesamt muss ich sagen abschließend zu dem ganzen Thema: Insgesamt eine vertane Chance vom Herrn Landesrat. Tut mir persönlich leid, dass da wieder nichts rausschaut und wie gesagt, beim Abänderungsantrag werden wir selbstverständlich dagegen stimmen. Schade für die Bauern, aber es ist halt so wie es ist in diesem Haus. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 16.01 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Wir unterbrechen die Tagesordnung und kommen zur Behandlung der Dringlichen Anfrage.

Am Freitag, dem 19. Februar 2021 wurde von Abgeordneten der NEOS eine **Dringliche Anfrage**, Einl.Zahl 1167/1, an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Anton Lang betreffend „**Ausbau des öffentlichen Verkehrs vorantreiben, um die Luftqualität der Steirer_innen zu erhöhen**“ eingebracht.

Ich erteile Herrn Klubobmann LTAbg. Nikolaus Swatek das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

Bitte schön, Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (16.02 Uhr): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, werter Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Herr Landesrat, liebe Steirerinnen und Steirer!

Wir alle wissen, dass die Luftqualität im Grazer Becken desaströs ist. Feinstaub und Stickstoffdioxide plagen Graz und sein Umland und keine andere Stadt Österreichs überschreitet die Feinstaubgrenzwerte so oft wie Graz. "City of Dust", Feinstaubhauptstadt Österreichs. Der Ruf über die schlechte Luftqualität in Graz eilt unserer Stadt voraus. Dabei schmälert Feinstaub und Stickstoffdioxide unsere Lebensqualität und schadet der Umwelt, nein, die sind auch eine besondere Bedrohung für unsere Gesundheit. Sie sind Auslöser für schwere Herz-Kreislauf-Krankheiten – Asthma oder auch Bronchitis. Die europäische Umweltagentur geht sogar davon aus, dass in Österreich im Jahr 2016 5.300 Personen vorzeitig auf Grund von Feinstaubemissionen und 1.000 Personen vorzeitig auf Grund von Stickstoffdioxidemissionen zu Tode kamen. Der Feinstaub und die Stickstoffdioxid-Problemik im Grazer Becken kann daher von der Politik nicht mehr ignoriert werden und vor sich hergeschoben werden, sie muss endlich angegriffen werden. Doch ein aktueller Rechnungshofbericht, von dem wir heute schon gehört haben, scheint genau das zu offenbaren, was viele von uns Steirerinnen und Steirern eh schon längst wussten: Die Luftqualität im Grazer Becken verbessert sich nicht, und das sage ich auch explizit, weil wir ja gerade von der Umweltlandesrätin etwas Anderes gehört haben. Aber wenn man sich die letzten zwei Jahre anschaut, dann haben wir nur die Grenzwerte nicht überschritten, weil wir das Glück hatten schönes Wetter zu haben, weil wir weniger Invasionstage haben, aber die Politik in der Steiermark kann nicht davon abhängen, welches Wetter draußen ist. Die Gesundheit der Steirerinnen und Steirer kann nicht davon abhängen, ob wir weniger oder

mehr Invasionstage haben müssen, stattdessen braucht es endlich den Willen und den Mut in der Steiermark gegen die Luftverschmutzung konsequent anzukämpfen und auch endlich eine Alternative zum Hauptverursacher der schlechten Luft, nämlich dem PKW, unserem Auto zu etablieren. Die Grazer Stadtregierung, wie wir alle wissen, ist mit ihrer Aufgabe ja komplett überfordert und kämpft hauptsächlich damit, für neue Bürgerinnen und Bürger der Stadt irgendwie öffentlichen Verkehr sicherzustellen, und wir hier im Land Steiermark sind der Verantwortung konsequent nicht nachgekommen und haben sie teilweise auch ignoriert. Dabei kann man die Pflicht, hier im Land zu handeln, nicht von sich weisen. Nicht nur, weil das Land auch verkehrspolitische Verantwortung trägt, sondern auch weil wir im Land ja für den Vollzug des Emissionsschutzgesetzes Luft, dem bekannten IG-L – oder „Igl“, wie es auch manche nennen – zuständig sind. Und deswegen haben wir damals ein Luftreinhaltungsprogramm ausgearbeitet. Das Luftreinhaltungsprogramm 2014 war dazu da, der Umweltbelastung und der gesundheitsgefährdeten Luftverschmutzung auch endlich Herr zu werden. Nur war dieses Luftreinhaltungsprogramm leider niemals verbindlich und so wurden die Maßnahmen darin auch kaum bis gar nicht umgesetzt. Das zeigt uns auch der aktuelle Rechnungshofbericht, der erst vor wenigen Wochen veröffentlicht wurde. Im Bericht Luftverschmutzung durch Verkehr ausgewählte Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität hält ja der Rechnungshof fest, dass zum Zeitpunkt der Prüfung lediglich drei von elf Maßnahmen des Luftreinhalteprogramms umgesetzt wurden – drei von elf! Damit hat man nicht einmal die Hälfte des eigenen Programmes im Land Steiermark umgesetzt. Weiter kritisiert der Rechnungshof, dass für das Luftreinhaltungsprogramm jegliche Wirkungsabschätzung fehlte, also man nicht einmal nachvollziehen kann, ob die vorliegenden Maßnahmen auch ausreichend Feinstaub und Stickstoffdioxide reduzieren und ob man dadurch auch in Zukunft eine Überschreitung der Grenzwerte entgegenwirken kann. Und besonders verkehrsspezifische Maßnahme, welche eine erhebliche Verringerung von Emissionen ja mit sich bringen würden, hat man kaum bzw. gar nicht umgesetzt oder viel zu niedrig im Luftreinhaltungsprogramm budgetiert. Aber dem nicht genug, eine weitere ernüchternde Tatsache ist es ja auch noch, die uns der Rechnungshofbericht aufzeigt, dass der Emissionskataster veraltet ist. Der Emissionskataster ist ja ein räumlich gegliedertes Verzeichnis, das über das Ausmaß von Luftstoffen, die in einem bestimmten Gebiet innerhalb eines bestimmtes Zeitraumes ausgestoßen werden, Auskunft gibt. Und damit dient dieser Emissionskataster als Grundlage für die Beurteilung der Luftqualität und der Planung für Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung. Und damit ist dieser Kataster auch die Grundlage

für jegliches politisches Handeln, um eine bessere Luftqualität zu bekommen. Deswegen schreibt die Emissionskatasterverordnung ja auch vor, dass, so lange die Sanierungsziele nicht nachweislich erreicht wurden, was sie in der Steiermark ja nicht sind, jedenfalls alle fünf Jahre eine Aktualisierung des Emissionskatasters stattfinden muss. Dies war in der Steiermark, wie wir wissen, leider nicht der Fall. Das Land veröffentlichte einen Emissionskataster im Jahr 2008, der auf den Luftschadstoffwerten aus dem Jahre 2001 basierte. Seither erfolgte jedoch keine grundlegende Aktualisierung. Das heißt, in den letzten Jahren wurden politische Entscheidungen und Maßnahmen getroffen, um die Luftgüte hier im Haus zu verbessern, auf Zahlen und Daten aus dem Jahr 2001 – zwei Jahrzehnte also. Das ist eine Menge Zeit, wenn wir uns an 2001 zurückerinnern, da kam der erste I-Pod von Apple auf den Markt, da zahlten wir in Österreich noch mit dem Schilling und ich bin mir sicher, viele Kinder können heute weder was mit einem I-Pod, noch mit einem Schilling anfangen. 2001, da war auch Graz noch eine ganz andere Stadt. 2001, da gab es die Murinsel noch nicht, da gab es den Friendly Alien noch nicht, 2001, da lebten gerade einmal 226.000 Menschen in Graz. Heute sind es über 60.000 mehr. Aber auch das Grazer Umland, wie wir alle wissen, wuchs in der Zeit ja enorm. Und das ist daher klar, dass so ein stark wachsender Ballungsraum wie der Ballungsraum Graz, der am stärksten wachsende Ballungsraum in Österreich, auch ein erhöhtes Bedürfnis an Mobilität mit sich bringt, wenn hier immer mehr Menschen herziehen und immer mehr Personen im Grazer Ballungsraum wohnen. Aber genau dieser Nachfrage an erhöhter Mobilität, die haben wir mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs nicht gesättigt und man kann sich in Graz-Umland leider nicht auf einen verlässlichen, schnellen öffentlichen Verkehr verlassen. Und die Folgen sind für uns deswegen ja auch alle klar. Jeder, der zu einem neuen Wohnort zieht und nicht sofort in unmittelbarer Nähe einen schnellen öffentlichen Verkehr findet, der kauft sich als Erstes auch ein Auto. Weil er natürlich zu seiner Arbeit muss, weil er natürlich sein Kind auch in den Kindergarten bringen muss, weil er natürlich auch zum Supermarkt fahren muss, der oft nicht die Straße daneben ist. Und sobald man sich ein Auto gekauft hat und diese hohe Investition auch tätigt, da ist auch klar, dass man so schnell, wenn man sich an das Auto gewöhnt hat und das auch zuhause stehen hat, nicht mehr umsteigt. Daher ist es auch so wichtig, dass wir überall für öffentlichen Verkehr sorgen. In der Stadt Graz sehen wir ja sehr deutlich, dass das in dieser Form nicht gelungen ist. Dort hat man ja die letzten Jahrzehnte konsequent verschlafen und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs nicht ausreichend vorangetrieben. Heute versucht man ja praktisch im Schnell-Schnell-Verfahren die letzten Jahrzehnte

irgendwie aufzuholen. Nicht mit großem Erfolg, wie wir wissen und wie sich auch mit Zahlen belegen lässt, denn die Stadt Graz hat sich ja selber das Ziel gegeben, dass bis 2020 30 % der Grazerinnen und Grazer mit dem öffentlichen Verkehr fahren – 30 %! In der letzten Model-Split-Umfrage ist aber ganz klar herausgekommen, dass in Graz derzeit nicht einmal 19,8 % mit dem öffentlichen Verkehr fahren. Das heißt, man ist von seinem eigenen Ziel meilenweit entfernt. Aber man muss auch sagen, dass Graz nicht die komplette verkehrspolitische Verantwortung trifft, auch wenn sie einen großen Brocken daran tragen muss, nein, in Graz gibt es ja bekanntlich auch 75.000 Pendlerinnen und Pendler, die jeden Tag nach Graz fahren. Das sind zusammen mit den Grazerinnen und Grazern, die über die Stadtgrenze fahren, 256.000 PKW-Fahrten über die Stadtgrenze pro Tag. Ein Problem, das der innerstädtische öffentliche Verkehr alleine sicher nicht lösen kann. Deswegen braucht es stattdessen endlich ein Denken, ein Ende des Denkens bis zur Gemeindegrenze hin. Es braucht eine echte Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinweg. Ein Ende des Denkens bis zur Gemeindegrenze, ein Denken des Grazer Ballungsraumes als eine Verkehrsregion. Doch, wenn wir uns den öffentlichen Verkehr heute ansehen und die einzelnen Busse auch ansehen, die über die Stadtgrenze hinaus fahren, dann sehen wir, dass das Angebot nicht reicht, dass es teilweise Gebiete gibt, die gar nicht vom öffentlichen Verkehr erschlossen werden, dass die Taktung teilweise nicht reicht, dass teilweise eine Ausdünnung gegen Nachmittag und Abend geschieht, dass die Tarifgestaltung im Raum Graz ja alles noch meilenweit davon entfernt ist, ein attraktives Angebot für das Grazer Umland zu sein. Und so leiden halt vor allem die Bewohnerinnen und Bewohner des Grazer Beckens Tag täglich an den Folgen der Luftverschmutzung. Das Problem ist, dass wir diese vielen Symptome des motorisierten Individualverkehrs derzeit nur bekämpft und nicht die Ursache beim Schopf packt. Die Ursache ist nun einmal der motorisierte Individualverkehr und deswegen müssen wir im Grazer Umland in der Steiermark auch endlich eine funktionierende Alternative zum PKW schaffen. Denn nur so wird es uns gelingen, die Luftqualität auch wirklich nachhaltig zu verbessern. Es ist also klar: Der Grazer Ballungsraum braucht endlich einen großen Wurf, braucht ein gemeindeübergreifendes Verkehrskonzept, an dem alle Beteiligten – Land, Stadt Graz, aber auch die Gemeinden – an einem Strang ziehen und dieses konsequent und gemeinsam umsetzen. Denn nur so wird eine wirkliche Reduktion des Feinstaub- und der Stickstoffdioxidwerte gelingen. Es braucht also einen öffentlichen Verkehr, der ineinander verschmilzt, statt nebeneinander oder hintereinander zu existieren. Wir brauchen endlich z. B. Straßenbahnen, die über die Stadtgrenze hinausgehen und Pendler_innen vor Ort, dort wo sie

wohnen, bereits abholen und in die Stadt bringen. Wir brauchen endlich einen Ausbau der S-Bahn und ein konsequentes Einbeziehen in die Grazer Öffis, denn das funktioniert noch immer nicht gut, dieser Übergang vom öffentlichen Verkehr, von der S-Bahn in den Grazer Stadtverkehr und wir brauchen mehr dezentrale Park&Ride Anlagen an Haltestellen des öffentlichen Verkehrs, damit Bürgerinnen und Bürger dort umsteigen können und nicht den Weg mit viel Stau in die Grazer Innenstadt suchen. Ja, und was für mich auch noch ein wahres Wunder ist, ist ja das Tarifsystem in Graz-Umland. Das Grazer Umland ist ja durch 17 Tarifzonen zerfleddert, kann man fast schon sagen. Und das ist der absolute Beweis dafür, dass man verkehrspolitisch im Grazer Umland immer noch beim Kirchturmdenken hängengeblieben ist. Noch immer denkt man an Gemeindegrenzen, statt den ganzen Grazer Ballungsraum als Eines zu betrachten. 17 verschiedene Tarifzonen für das kleine Grazer Umland, 17 Tarifzonen, die den öffentlichen Verkehr unattraktiv machen, 17 Tarifzonen, die den öffentlichen Verkehr, wenn ich einmal kurz das Auto stehen lassen möchte, auch absolut unattraktiv machen und vor allem Meilen weg sind von der Lebensrealität der Grazerinnen und Grazer, deren Denken nicht an der Gemeindegrenze endet. Ja, da muss uns endlich der große Wurf gelingen und wir müssen das Problem endlich bei der Wurzel packen und eine echte Alternative im Ballungsraum Graz zum Auto schaffen, weil nur so wird uns eine Ende der Luftverschmutzung gelingen und nur so wird es uns auch gelingen, den Stau zu dezimieren, aber auch den Lärm, der durch die vielen Fahrzeuge ja auch im Grazer Stadtgebiet entsteht, zu dezimieren und nur so wird es uns auch gelingen, die Gesundheitsbedrohung durch Feinstaub und Stickstoffdioxide abzuwehren und die Grazerinnen und Grazer und das Grazer Umland aus einer Staubwolke zu befreien. Aber das Problem von Umwelt und Gesundheit ist es ja nicht alleine, sondern, wenn wir nicht reagieren, kann es ja auch sehr teuer werden für die Steiermark. Und wir wissen ja, dass es europäische Grenzwerte gibt und dass bei Nichteinhalten dieser Grenzwerte hohe Geldstrafen auf die Steiermark bzw. auf die Republik Österreich warten. Bis jetzt haben wir es geschafft mit Ach und Krach Strafzahlungen zu entkommen, aber ob wir weiterhin so viel Glück in Zukunft haben, dass der Saharastaub uns rettet und wir ein paar Invasionstage hinausrechnen können, das ist fraglich und da geht es auch um viel Geld. Alleine die Mindestpauschale, wenn wir uns nicht an die europäischen Grenzwerte halten, beträgt 1,72 Millionen Euro und dazu kommen noch pro Tag des Säumnis ab Zeitpunkt der Urteilsverkündung, ein Zwangsgeld in der Höhe von gut 2.100 Euro pro Tag hinzu. Und wenn schon nicht der Umwelt zuliebe oder der Gesundheit der Steirer_innen zuliebe, dann sollten Sie als

Finanzlandesrat vor allem ja auch das Budget der Steiermark anschauen und dafür sorgen, dass wir diese Strafzahlungen nicht zahlen müssen, in dem wir vorausschauend beim öffentlichen Verkehr ansetzen. Es ist egal, wie man den Feinstaub oder das Stickstoffdioxid im Raum Graz dreht und wendet, eines wird klar: Wir müssen endlich handeln, wir brauchen endlich eine Alternative zum PKW im Ballungsraum Graz. Und dafür braucht es jetzt aber eine Politik, die gewollt ist, die Zügel in die Hand zu nehmen, die den Mut hat und auch den Willen hat, endlich etwas zu verändern und die gemeinsam mit Graz und mit den Umlandgemeinden auch endlich das Problem anpackt und ein Verkehrskonzept für den Grazer Ballungsraum nicht nur ausarbeitet, sondern auch endlich umsetzt, denn nur so kann man die Luftverschmutzung bekämpfen.

Und genau daher stelle ich heute auch meine Fragen an Sie, Herr Vize-Landeshauptmann. Ich möchte nämlich von Ihnen wissen: Was planen Sie? Sind Sie jemand, der dazu bereit ist in Zukunft die Verkehrspolitik in der Steiermark zu gestalten oder bleiben wir die kommenden Jahre weiterhin bei diesem Stillstand der letzten Jahre stehen?

Meine Fragen daher an Sie:

1. Welche Schritte haben Sie als Verkehrslandesrat gesetzt, um die Luftqualität in der Steiermark und insbesondere in der Stadt Graz zu verbessern?
2. Welche Schritte haben Sie gesetzt, um den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren?
3. Welche Schritte haben Sie für einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs in die Umlandgemeinden gesetzt?
4. Werden in Anbetracht der wachsenden Bevölkerungszahl in Graz und Graz-Umgebung sowie der steigenden Zahl an Pendler_innen die öffentlichen Verkehrsanbindungen in die Umlandgemeinden von Graz ausgebaut?
Wenn ja, bis wann und welche konkret?
5. Gibt es vonseiten des Landes eine spezielle Landesförderung für Gemeinden, welche die Straßenbahninfrastruktur über ihre Gemeindegrenzen verlegen wollen?
Wenn ja, wie hoch ist diese 2021 dotiert?
Wenn nein, planen Sie andere Maßnahmen, um den gemeindeübergreifenden Straßenbahnausbau zu finanzieren?

6. Werden Sie sich für eine Umsetzung des Ausbaus einer Straßenbahnlinie/S-Bahnlinie nach Hausmannstätten einsetzen?
Wenn nein, warum nicht?
Wenn ja, welche Schritte wurden bereits unternommen und bis wann soll dies geschehen?
7. Werden Sie den Bau von Straßenbahnlinien oder Ausbau von S-Bahnlinien in andere Umlandgemeinden von Graz prüfen und gegebenenfalls umsetzen?
Wenn ja, in welche Gemeinden in Graz-Umgebung konkret?
Wenn nein, welche anderen Lenkungsmaßnahmen sollen gesetzt werden, um den motorisierten Individualverkehr entgegenzuwirken, sodass mehr Pendler_innen auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen?
8. Welche konkreten Pläne gibt es zur Errichtung von Park&Ride Anlagen, um den Pendler_innen vor Graz eine Möglichkeit zu geben auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen?
9. Welche Schritte werden Sie setzen, um zum Umstieg auf emissionsarme Verkehrsmittel wie Fahrräder beizutragen?
10. Wie viele der rund 100 Millionen Euro, die als Mittel zum Ausbau der Radinfrastruktur beschlossen wurden, wurden für den Ausbau und die Förderung des Fahrradverkehrs in Graz mit dem heutigen Stand bereits ausbezahlt?
11. Welche konkreten Vorhaben zur "Ertüchtigung der Radinfrastruktur" wurden bereits in die Wege eingeleitet und welche sollen bis 2030 konkret noch folgen?
12. Gibt es konkrete Pläne für Fahrrad-Highways vom Umland Graz bis in die Stadt?
Wenn ja, wie sehen diese Pläne aus und bis wann sollen diese umgesetzt werden?
13. Ist Ihnen bekannt, dass die nicht regelmäßige Aktualisierung und unzureichende Detaillierung der IG-L Sanierungsgebiete im Emissionskataster nicht den Anforderungen der Emissionskataster-Verordnung entspricht?
14. Ist Ihnen bekannt, warum der Emissionskataster nicht wie rechtlich vorgesehen fünf Jahre nach der Veröffentlichung im Jahr 2013 aktualisiert wurde?
15. Ist Ihnen bekannt, warum der Emissionskataster nicht nach weiteren fünf Jahren im Jahr 2018 aktualisiert wurde, um eine realitätsnahe Datengrundlage zu haben?
16. Kann Ihres Erachtens ein Emissionskataster, welcher auf Daten aus dem Jahr 2001 und 2003 basiert, eine ausreichende Entscheidungsgrundlage für Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung darstellen?

17. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Emissionskataster endlich aktualisiert wird, um den gesetzlichen Anforderungen gemäß der Emissionskataster-Verordnung zu entsprechen?
18. Werden künftig IG-L Sanierungsgebiete für jede einzelne Maßnahme festgelegt?
19. Wer wird die Kosten tragen, sollte aufgrund einer Nichteinhaltung der EU-Grenzwerte in der Steiermark die Republik zu einer Strafzahlung verurteilt werden?
20. Wird eine Regelung über die Kostentragung zwischen den Gebietskörperschaften im Falle eines Vertragsverletzungsverfahrens gemeinsam mit dem Bund getroffen?
21. Gibt es eine Berechnung darüber, wie hoch die Kosten für die Steiermark wegen einer allfälligen Strafzahlung sein könnten?
Wenn ja, wie hoch wären diese?
22. Wurde budgetäre Vorsorge getroffen für den Fall, dass das Land Steiermark für allfällige Strafzahlungen aufkommen muss, oder sich das Ministerium im Falle einer Verurteilung beim Land Steiermark regressiert?
23. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die von der Verkehrsministerin Gewessler bereitgestellten finanziellen Mittel für Öffi-Projekte zum Bau von Straßenbahnen oder Ausbau von S-Bahnen von Graz in die Umlandgemeinden abgeholt werden?
Wenn nein, warum nicht?
Wenn nein, wann ist Ihres Erachtens ein besserer Zeitpunkt, um sich für Bundesmittel für Öffi-Projekte, welche über die Stadtgrenze hinausgehen, zu bewerben?
24. Wann wurde Ihnen als Verkehrslandesrat oder der zuständigen Abteilung die Machbarkeitsstudie zur geplanten Grazer U-Bahn vollumfänglich zur Kenntnis gebracht?
25. Ist das Land Steiermark bereit den kolportierten Kostenanteil von rund 825 Millionen Euro für die geplante Grazer U-Bahn zu übernehmen?
26. Wie bewerten Sie insgesamt die geplante U-Bahn in Graz?

Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 16.21 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Ich erteile Herrn Landeshauptmannstellvertreter Anton Lang das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt. Bitte schön, Herr Landeshauptmannstellvertreter.

Landeshauptmannstellvertreter Anton Lang – SPÖ (16.21 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eigentlich freue ich mich, dass ich diese Dringliche Anfrage bekommen habe, weil es gibt mir wieder einmal Gelegenheit, über dieses wirklich sehr, sehr bedeutsame Thema in der Steiermark, aber natürlich jetzt in diesem Fall auch was Graz betrifft, zu sprechen. Mobilität grundsätzlich ist also ein Grundbaustein für ein unabhängiges Leben und mit dieser Mobilität hat die Bevölkerung in der Steiermark die Möglichkeit, am Erwerbsleben auf der einen Seite sowie an sozialen und gesellschaftlichen Aktivitäten teilzuhaben. Und mit einer fortschrittlichen Mobilität, wie wir sie in der Steiermark haben, ist es möglich, auch die Trendwende zu einer modernen Klimapolitik zu schaffen. Es ist mir daher ein besonderes Anliegen, heute über diesen Öffentlichen Verkehr in der Steiermark – und ich betone immer in der Steiermark – zu sprechen. Ich sehe als zuständiger Verkehrslandesrat das Problem, das der Herr Klubobmann hier aufgezeigt hat aus seiner Sicht, nicht so, dass es sich hier auf die Stadt Graz beschränkt, sondern natürlich zum Teil auf die Steiermark und es gibt mir aber auch die Gelegenheit heute hier einmal aufzuzeigen, was in diesem Bereich der Mobilität in den letzten Jahren alles in der Steiermark weitergebracht wurde. Und ich weise schon eingangs zurück das Wort „Stillstand“, so wie es, glaube ich, der Herr Klubobmann wörtlich gesagt hat, das hat es nicht gegeben. Weil, ich bin 2016 in die Landesregierung gekommen, darf seitdem die Agenden des Verkehrslandesrates ausüben, und von Anfang an war es mein großes Ziel den Öffentlichen Verkehr in der Steiermark auszubauen. Und Sie können sich sicher noch erinnern, ich habe des Öfteren hier an dieser Stelle immer wieder gesagt: Es muss auch das Ziel sein, diese weißen Flecken, die wir in der Steiermark haben, wegzubringen. Und ich habe immer gesagt, es ist nicht möglich von heute auf morgen, und so nach in etwa fünf Jahren – im Mai werden es fünf Jahre, seit ich Landesrat sein darf – ist es uns doch gelungen, diese weißen Flecken erheblich zu reduzieren, nämlich auf der einen Seite durch den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs und auf der anderen Seite mit der Einführung des Mikro-ÖV in der Steiermark. Und ich möchte meine Ausführungen mit dem größten Erfolgsprojekt in der Steiermark beginnen, nämlich mit der S-Bahn. Und die S-Bahn ist seit Einführung in der Steiermark eine Erfolgsgeschichte und sie wurde von Jahr zu Jahr ausgebaut und hat eigentlich immer wieder Jahr für Jahr für einen erheblichen Kundenzuwachs gesorgt. Alleine im Jahre 2019, um Ihnen hier eine Zahl auch einmal zu sagen, haben im Schnitt pro Tag 54.000 Fahrgäste in der Steiermark die S-Bahn genutzt. Und wir haben es geschafft, mit 42 zusätzlichen Zugverbindungen quer durch die Steiermark, wo

es also die S-Bahn gibt, hier wirklich die größte Fahrbahnausweitung seit dem Start der S-Bahn zu vollziehen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und weil wir auch immer öfter von der S-Bahn sprechen, so möchte ich heute die Gelegenheit benutzen, auch einmal von der Graz-Köflacher-Bahn zu sprechen. Das ist mittlerweile, meine Damen und Herren, die zweitstärkste Regionalbahn in Österreich und sie ist immens wichtig für die Steiermark. Sie hat allein im Jahr 2019 6,2 Millionen Fahrgäste befördert. Und meine Damen und Herren, das ist kein Zufall, diese positive Entwicklung, weil wir vom Land Steiermark mit unseren Partnern sehr gut zusammenarbeiten und diese Entwicklung wäre nie möglich gewesen, ohne diese langjährigen und guten Partnerschaften. Und mit der aktuell geplanten Elektrifizierung der GKB Bahn steht also ein weiterer Meilenstein in den nächsten Jahren bevor. Um dies möglich zu machen, investieren wir auch von Landesseite, gemeinsam mit der Stadt Graz, und so hoffe ich auch gemeinsam mit dem Bund sehr, sehr viel Geld in den Umbau von Eisenbahnkreuzungen. Weil dies ist nämlich auch deshalb auch notwendig, um immer schnellere Verbindungen zu schaffen und vor allem einen noch engeren Takt. Wir bekommen dann mit der Koralmbahn, wenn sie in Betrieb ist, die Chance, hier also den schnelleren Takt und die besseren Verbindungen ins Leben zu rufen. Und zusätzlich dort, wo es keine Schiene gibt, haben wir gesagt, dort werden wir natürlich mit unseren Busverbindungen eine neue Möglichkeit des Öffentlichen Verkehrs schaffen. Und wir haben in den letzten Jahren sehr viele neue Regio-Buslinien eingeführt und gemeinsam haben wir es geschafft, Verbindungen zwischen Orten zu schaffen, die es in dieser Form vorher schlicht und einfach nicht gegeben hat. Bereits seit Juli 2019 ist in der Region Weiz der neue RegioBus unterwegs. Mit den neuen Bündeln im Thermenland, im Vulkanland, im Hartberger Oberland und in Aussee sowie im Grazer Südwesten haben wir also wesentliche Verbesserungen geschaffen, die für die Steirerinnen und Steirer in den Regionen erhebliche Mehrwerte mit sich bringen. Und ich kann Ihnen versprechen, der Bündelausbau geht weiter. Wir haben also auch im Budget 2021 dafür Mittel vorgesorgt. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Meine Damen und Herren, wir haben aber nicht nur in den Ausbau des Bus- und Bahnangebotes investiert, sondern wir haben auch dafür Sorge getragen, dass insbesondere unsere junge Menschen, die also wenig bis gar kein Einkommen haben, unsere öffentlichen Verkehrsmittel nutzen können. Neben dem Top-Ticket für Lehrlinge möchte ich hier vor allem das Top-Ticket für Studierende als echten Meilenstein bezeichnen. Um 150 Euro für sechs Monate durch die ganze Steiermark, das hat bei tausenden Studierenden eine Erleichterung in der Geldbörse gebracht, es war aber auch wichtig, weil ich höre es immer wieder von den Eltern, dass es also damit auch zu häufigeren

Besuchen der Jugendlichen wieder zuhause kommt, weil es einfach jetzt leistbarer ist, in den Öffentlichen Verkehrsmitteln wieder heimzufahren. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade das Jahr 2020 hat uns gezeigt: Man kann auch in unserer wunderschönen Steiermark Urlaub machen. Und wir haben sehr viele Angebote, die auch vor allem im vergangenen Jahr sehr gut genutzt wurden von unseren Steirerinnen und Steirern. Unser Freizeitticket – und das muss ich auch immer erwähnen, und das kann man gar nicht oft genug sagen –, mit dem man also das ganze Jahr an Wochenenden und Feiertagen um nur elf Euro pro Person – elf Euro pro Person – in der ganzen Steiermark unterwegs sein kann. Also ich glaube, das ist schon ein Angebot um auch hier an Feiertagen, an Wochenenden nicht mit dem eigenen Auto die Steiermark zu erkunden. Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren, die Attraktivierung des Öffentlichen Verkehrs ist keine Aufgabe, die halt mit einer Maßnahme erledigt ist. Vielmehr sind neben den ständigen Erweiterungen über die ich hier auszugsweise schon gesprochen habe viele kleinere, jedoch mindestens genauso wichtige, Schritte nötig. Für viele Steirerinnen und Steirer stellt sich nicht nur die Frage, welche Verbindungen sie vorfinden, sondern vor allem auch welche Bedingungen am Bahnhof in ihrer Gemeinde herrschen. Daher haben wir auch hier gemeinsam mit unseren Partnern ÖBB, GKB vieles in den letzten Jahren unternommen. Wir haben Park-&-Ride-Anlagen errichtet, wir haben Radabstellplätze an Bahnhöfen massiv ausgeweitet und vor allem auch das Mikro-ÖV-Angebot mit gezielten Förderungen unterstützt. Alle diese Maßnahmen, geschätzter Herr Klubobmann, liebe Kollegen der NEOS, fallen nicht vom Himmel, sondern waren wichtige Puzzlesteine, um den Öffentlichen Verkehr in der Steiermark noch attraktiver zu gestalten. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und ich habe immer gesagt, dass wir stets das Ziel einer multimodalen, klima- und umweltfreundlichen, aber vor allem auch für jeden Einzelnen zugänglichen Mobilität haben müssen in der Steiermark. Daher haben wir uns neben dem Öffi-Ausbau vor allem auch dem Radverkehr gewidmet. In unzähligen Arbeitsgesprächen haben wir es geschafft, mit der Stadt Graz gemeinsam ein Jahrhundertprojekt auf die Füße zu stellen. Und meine Damen und Herren, ich betone es hier und heute noch einmal bewusst, denn 100 Millionen Euro für den Radverkehr in Graz und auch in der Steiermark, weil das ist Bedingung, dass man hier also nicht nur die Radwege ausbaut, sondern die Umlandgemeinden miteinbezieht, sind nicht selbstverständlich und verdienen es hier des Öfteren erwähnt zu werden. Mit unserer Radverkehrsstrategie wollen wir vor allem auch – ich habe es schon gesagt – die Umlandgemeinden von Graz miteinbinden. Es sind bereits zahlreiche verschiedene Radverkehrskonzepte von Gemeinden genehmigt worden und ich

kann ihnen versichern, dass wir genug Budget reserviert haben, um noch zahlreiche Projekte weiter zur Umsetzung zu bringen! Und mit diesem verstärkten Ausbau der Rad-Infrastruktur wird es auch immer mehr Steirerinnen und Steirern möglich sein, das Rad im Alltagsverkehr zu nutzen. Und erst vergangene Woche haben wir vom Verkehrsclub Österreich eine hochinteressante Zahl erhalten, die möchte ich Ihnen nicht vorenthalten, persönlich hat es mich gefreut: Es gibt in der Steiermark mehr Fahrräder als Autos! Wir haben also in der Steiermark rund 900.000 Fahrräder und das zeigt, welches riesiges Potential in dieser Mobilitätsform steckt. Klar ist, dass es für Graz in Zukunft noch innovativere Mobilitätskonzepte braucht. Doch auch in der Stadt war und ist das Land Steiermark nicht untätig, denn der Straßenbahnausbau in der Landeshauptstadt wird erstmals zu einem Drittel von uns mitfinanziert. Ich habe es heute schon erwähnt, bei der Befragung, ich hoffe, dass auch der Bund das Drittel dazu beiträgt. Der Ausbau und die Erweiterung des öffentlichen Verkehrs bedürfen insgesamt vieler verschiedener Maßnahmen. Jeder errichtete Park-&-Ride-Parkplatz, jede verbesserte Linienführung bei Bus und Zug, jeder neue Radweg bringt uns näher an eine klimafitte und umweltfreundliche Mobilität und führt im Endeffekt auch zu weniger Luftverschmutzung. Das Land Steiermark hat in den letzten Jahren viel Geld in die Hand genommen um dorthin zu kommen, wo wir heute stehen. All unsere Partner, die Abteilungen des Landes Steiermark und nicht zuletzt ich selbst haben wirklich viel Herzblut und Schweiß in unzählige Projekte gesteckt und werden dies auch in den kommenden Jahren machen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Möchte mich auch an dieser Stelle sehr herzlich bei den zuständigen Abteilungen des Landes Steiermark, vor allem bei der Verkehrsabteilung, vor allem aber auch bei der Stadt Graz bei den zuständigen Abteilungen für die gute Zusammenarbeit bedanken und vor allem auch bei den Gemeinden und Städten in der Steiermark. Weil wir sehen jetzt mittlerweile wie ernst und wichtig vor allem die Radverkehrskonzepte in den Regionen in den Gemeinden gesehen werden. Und am Anfang, nachdem wir diese Radverkehrsstrategie vorgestellt haben, war ich doch in den ersten Monaten doch etwas betrübt, weil ich mir gedacht habe: „Okay, das wird nicht so angenommen, wie wir es uns erhofft haben!“ Mittlerweile muss ich sagen, muss ich mir fast ausschließlich nur mehr Gedanken machen: Wie können wir das alles finanzieren? Also wir sind auf dem richtigen Weg und liebe Abgeordnete der NEOS, bevor ich eure Fragen beantworte, erlaubt mir noch einen letzten Satz: Also Sie können mir vorwerfen, was immer Sie wollen, das ist natürlich Ihr gutes Recht, aber vor allem den Vorwurf der Untätigkeit im

Bereich des Öffentlichen Verkehrs kann und will ich so nicht stehen lassen, denn das ist wirklich frei von jeglicher Wahrheit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Ich komme nun zur Beantwortung der einzelnen Fragen:

Frage 1:

Das Verkehrsressort arbeitet seit Jahren kontinuierlich in verschiedenen Aufgabenbereichen am Ausbau und der Stärkung des Schienen-, Bus-, Fuß- und Radverkehrs sowie des innerstädtischen Öffentlichen Verkehrs.

Frage 2:

In meiner Zeit als Verkehrsreferent wurde der Anteil des Budgets für den Bereich des Öffentlichen Verkehrs sowie für den Radverkehr sukzessive per anno erhöht. Ich stehe nicht für eine Politik des Verbotens. Um eine tatsächliche Reduktion des Individualverkehrs herbeizuführen, braucht es viel mehr gezielte Anreize und strategische Investitionen in den Öffentlichen Verkehr sowie in den Radverkehr. Denn nur eine Verlagerung auf diese Verkehrsarten führt langfristig zu einer Reduktion des Individualverkehrs.

Frage 3. und 4. darf ich zusammenziehen:

Das Land Steiermark hat im S-Bahn sowie im Bus-Bereich bereits in den letzten Jahren das Angebot stetig ausgebaut. Dies wird auch zukünftig so gehandhabt werden. So wurde beispielsweise 2019 das größte S-Bahn-Erweiterungspaket seit Einführung der S-Bahn umgesetzt. Dies betraf die Linien S5, S6, S7, S31 sowie S61. Im Busbereich wurden die Angebote in den Bereichen Graz-Nord, Graz-Weiz, Graz-Südwest massiv verbessert. Für 2021 gehen in diesem Bereich mit Hartberg-Fürstenfeld und Voitsberg die nächsten Busbündel in Betrieb, welche Verbesserungen für den Ballungsraum Graz mit sich bringen.

Frage 5:

Das Budget zur Förderung des steirischen Nah- und Regionalverkehrs ist 2021 mit insgesamt rund 23,19 Millionen Euro dotiert. Aus diesem Topf werden auch die Straßenbahnprojekte in Graz gefördert.

Frage 6:

Im Rahmen der Neuerstellung des Regionalen Mobilitätsplans „Steirischer Zentralraum“ wird sich die Region gemeinsam mit dem Land Steiermark mit dieser Frage auseinandersetzen. Die letzte Studie zu diesem Thema besagt, dass in diesem Bereich hochrangigen Buskorridoren gegenüber der S-Bahn der Vorzug zu geben ist. Der Ausbau der S-Bahn nach Hausmannstätten und Fernitz ist Gegenstand einer Ausbaustudie zur S-Bahn und wurde vom

Land Steiermark beim zuständigen Bundesministerium als Projekt für das Eisenbahn-Zielnetz eingebracht.

Frage 7:

Um die wesentlichen Verbesserungen durch die S-Bahn auch in Regionen abseits der S-Bahn anbieten zu können, werden einerseits Buskorridore laufend auf S-Bahn-Standard gebracht und andererseits die S-Bahn-Haltestellen laufend zu Nahverkehrsknoten mit optimalen Anbindungen an den Busverkehr, den Radverkehr sowie an Mikro-ÖV und Carsharing entwickelt. Zusätzlich wird kontinuierlich eine Verbesserung von S-Bahnlinien untersucht.

Frage 8:

Die ÖBB hat ein mehrjähriges Bauprogramm betreffend Park&Ride-Anlagen. Das Land unterstützt die Gemeinden durch Förderungen.

Frage 9:

Mit Beschluss der Radverkehrsstrategie Steiermark wird insbesondere seit 2016 an Maßnahmen zur Erhöhung des Radverkehrsanteils im Gesamtverkehrsaufkommen gearbeitet. Besonderes Augenmerk wird auf die Ausarbeitung von regionalen Radverkehrskonzepten gelegt. Zusätzlich zu den Maßnahmenbündeln der Konzepte, werden Einzelmaßnahmen, beispielhaft möchte ich hier anführen: Lückenschlüsse, umgesetzt.

Frage 10:

Gemäß Landtagsbeschluss Nr. 1256, welcher in der 60. Landtagssitzung, in der XVII. Gesetzgebungsperiode, am Dienstag den 19. November 2019 beschlossen wurde, stehen die von Ihnen genannten 100 Millionen Euro für den Zeitraum 2021 bis 2030 zur Auszahlung zur Verfügung. Zur Abwicklung vorbereitender Arbeiten und Planungen wurden seitens Stadt und Land gemeinsam bereits Dienstleistungen in der Höhe von rund einer Million Euro vergeben.

Frage 11:

Bei einem Vorhaben in dieser Größenordnung und zur Erreichung eines durchgängigen, qualitativ hochwertigen Radwegenetzes sind eine umfassende Vorbereitung und eine ganzheitliche Herangehensweise zwingend erforderlich. Zur Ertüchtigung der Radinfrastruktur wurden daher Planungsarbeiten sowie bauliche Umsetzungen in die Wege geleitet.

Frage 12:

Im südlichen Umland von Graz werden gerade Radverkehrskonzepte ausgearbeitet oder befinden sich in der finalen Phase. Im Norden von Graz wurde mit dem Radverkehrskonzept

„Gratkorner Becken“ mit der Umsetzung bereits begonnen. Künftig sollen diese hochrangigen Radverbindungen sicheres, direktes und flüssiges Radfahren im steirischen Kernballungsraum sicherstellen.

Ich komme jetzt zu den Fragen 13 bis 22:

Hier darf ich ausführen, dass es aufgrund der Ressortzuteilungen mir es nicht möglich ist, diese Fragen heute hier zu beantworten und komme daher zu

Frage 24:

Eine vollumfängliche Präsentation wurde am Nachmittag des 17. Februar, also das war eigentlich knapp vor einer Woche, erstmals an Mitarbeiter meines Büros übermittelt.

Frage 25 und 26:

Die Stadt Graz und ihr Umland werden auch in den kommenden Jahren massiv wachsen. Daher braucht es für die Landeshauptstadt und den Ballungsraum gerade im Verkehrsbereich die bestmögliche Lösung. Wie angekündigt müssen für eine solche alle Überlegungen und Konzepte objektiv und fair bewertet werden. Es darf nicht sein, dass man sich bei einer solchen Beurteilung auf ein Verkehrssystem beschränkt, denn eine fortschrittliche, zukunftsfitte Mobilität muss unser aller Ziel sein.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 16.42 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Eine Wortmeldung. Bitte Herr Klubobmann Swatek.

LTAbg. Swatek BSc – NEOS (16.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter!

Vielen Dank für Ihre Ausführungen, vor allem sehr spannend, dass Sie immer das Gesamtbild von der Steiermark betrachten. Das ist schon richtig, was mir aber besonders Sorgen macht, ist ja das Grazer Becken, wo wir dieses enorme Problem haben, dass wir den Öffentlichen Verkehr und die gesamte Region an sich nicht endlich an eines denken, und das hat man auch ein bisserl in Ihren Wortmeldungen bemerkt, finde ich. Ich möchte, um Sie zu wiederholen, extra noch einmal erwähnen das Regionale Verkehrskonzept Graz und Graz-Umgebung. Wenn wir uns das in Erinnerung rufen: Das ist 2010 ausgearbeitet worden. Und wir wissen auch, dass auf diese Regionalen Verkehrskonzepte dann jeweils auch Mobilitätspläne entstehen sollten von den einzelnen Regionalversammlungen, also in dem Fall hier der steirische Zentralraum. Aber so ein Regionales Mobilitätskonzept, das ist noch nicht beschlossen. Und das Regionalverkehrskonzept haben wir vor zehn Jahren beschlossen, und

da frage ich mich schon: Was ist die letzten zehn Jahre passiert? Wenn man kein Mobilitätskonzept für Graz und Graz-Umgebung beschlossen hat, dann finde ich schon, dass man in einer gewissen Art und Weise auch von einem Stillstand sprechen könnte, weil ich sehr wohl der Meinung bin, dass es hier in diesem Bereich endlich auch ein starkes Leadership braucht. Es braucht endlich jemanden, der die Zügel in die Hand nimmt, die Leute an einen Tisch setzt und sagt: „He, wir brauchen jetzt konkret eine Lösung für den Grazer Ballungsraum. Wir müssen den Grazer Ballungsraum endlich als Eines denken!“ Und solange wir es nicht einmal schaffen, unsere eigenen Ziele zu erfüllen, nämlich so ein Mobilitätskonzept für den steirischen Zentralraum auszuarbeiten, haben wir unsere Ziele nicht erreicht. Punkt. Und das war 2010 geplant. Und wir dürfen uns daran erinnern: Die Stadt Graz hat ja für sich selber verkehrspolitische Leitlinien beschlossen mit verkehrspolitische Leitlinien 2020, und selbst dort sehen wir, dass die Ziele, die man sich selbst gesetzt hat, nicht erreicht wurden. Ich habe es schon erwähnt: 30 % der Grazerinnen und Grazer sollen mit dem Öffentlichen Verkehr fahren, wir sind bei 19,8 %. Was aber noch sehr interessant ist und deswegen finde ich Verkehrspolitik ja an und für sich was sehr Spannendes, weil man hat derzeit so viele Möglichkeiten – auf der ganzen Welt ist der Verkehr ein riesen Problem: Man versucht fast überall innovative neue Konzepte. Man versucht irgendwie, Mobilität für jeden kostengünstig und schnell zu ermöglichen. Und wir sind auch ... was in Graz sehr interessant ist, dass man sich hier als Ziel gesetzt hat, dass mehr Leute in einem einzelnen Auto sitzen, dass mehr Fahrgemeinschaften gegründet werden. Und in diesen zehn Jahren, in denen man das Konzept der verkehrspolitischen Leitlinien in Graz versucht hat umzusetzen, ist etwas passiert, nämlich der Anteil der Personenanzahl von Personen in Fahrzeugen ist gesunken. Das heißt, es sitzen heute mehr Leute alleine im PKW als es noch vor zehn Jahren waren. Dabei gibt es heute, wenn man auch nur kurz über die Grenzen hinwegschaut nach Deutschland, viele Konzepte, viele innovative Ideen, wie man das fördern kann, dass mehr Menschen in einem Auto sitzen, wie man es fördern kann, dass mehr Fahrgemeinschaften sich bilden. Weil Fahrgemeinschaften an sich, sind ja Win-win-win-Situationen. Für die Personen, die in Fahrgemeinschaften sitzen, sinken die Verkehrskosten, für alle Bürgerinnen und Bürger heißt das weniger Stau auf der Straße, weniger Lärm, weniger Emissionen und ja, für uns als Land, hat es den essentiellen Vorteil, dass wir durch weniger Emissionen und weniger Feinstaub auch viel weiter weg sind von unseren Grenzwerten. Und ein großes Konzept, wie es Ballungsräume wie Hamburg haben, wo alle Kommunen im Umland auch dabei sind, wo sie gezielt Fahrgemeinschaften bilden, wenn man auf ihre Verkehrsauskunft

geht und schaut: „Wie bin ich am schnellsten von A nach B?“, wie bei uns die Verbundauskunft, Bus-, Bahn-, Bim-Auskunft, sogar angezeigt wird, wenn auf diesem Weg eine Fahrgemeinschaft ist, um auch wirklich den schnellsten Weg zu finden, von dem sind wir meilenweit entfernt. Von dem redet man in der Steiermark eigentlich gar nie. Ich glaube, die Arbeiterkammer hatte einmal ein Konzept dazu, ein Pendlerportal auch zu etablieren und hat sogar ein Pendlerportal etabliert, dass sich aber nicht ganz durchgesetzt hat. Aber heutzutage gibt es technologisch betrachtet, viele Möglichkeiten solcher Pendlerportale auch zu schaffen und die umzusetzen und viele andere tolle innovative Ideen, die überall auf der Welt eingesetzt werden, nur halt in der Steiermark schaut man sich solche Dinge, habe ich das Gefühl, halt teilweise nicht einmal an. Was ich noch erwähnen möchte ist: Verkehr und Öffentlicher Verkehr ist nur dann attraktiv, wenn er schnell ist, wenn es nämlich kein Umweg ist, und genau das ist das große Problem, dass wir derzeit im Grazer Umland haben. Ich habe oft, wenn ich mit dem Bus früh in die Stadt fahre, am Nachmittag ewig lange Wartezeiten auf den Bus. Und wenn mein Termin um vier aus ist und der Bus erst um fünf fährt, dann ist er unattraktiv, das ist so. Und natürlich ist es auch die Fahrzeit an sich. Wenn ich da ewig durch die Gegend fahre, dann ist das auch nicht attraktiv und wir haben ja auch in Graz und im Grazer Umland teilweise Flächen freigelassen, um dort später ins Grazer Umland auch eine Straßenbahn hinzubauen. Letztens war erst wieder die Debatte mit Hausmannstätten. In Hausmannstätten, beim Knoten Hausmannstätten hat man eigentlich eine Trassenführung freigelassen um dort eine Straßenbahn hinzubauen. Vor 40 Jahren gab es die Konzepte dazu, jetzt möchte man wieder beginnen mit den Konzepten. Da ist die Frage, setzt man das endlich um? Das wäre zum Beispiel was, was in so ein regionales Mobilitätskonzept auch reingehört, dass man diese Straßenbahn auch hernimmt. Es gibt aber auch Pläne, wie Sie alle wissen, von einer Straßenbahn nach Seiersberg. Da gab es 2002 – 2002 gab es im Grazer Gemeinderat einen Grundsatzbeschluss für eine Straßenbahn nach Seiersberg. Und man hat auch, wenn Sie sich erinnern, beim Gebiet von IKEA Richtung Autobahn, bei diesen Schrebergärten einen Bereich freigelassen, wo theoretisch auch eine Straßenbahn gebaut werden könnte. Wo man auch eine Trasse freigelassen hat. Und ich sehe verkehrspolitisch gar keinen Willen und gar keine Konzepte, dass man diese freien Trassen angreift und sagt: „Ja, dann bauen wir eine Straßenbahn dort hin. Dann schauen wir, dass der Öffentliche Verkehr schnell ins Umland geht, dann schauen wir, dass man bequem in die Innenstadt fahren kann!“ Weil, so lange wir nicht bequem, kostengünstig und schnell in die Innenstadt fahren können aus dem Grazer Umland, wird das Auto auch weiterhin die beliebtere Wahl bleiben. Das ist einfach so. Ich

möchte noch ein Beispiel erzählen, weil es mich wirklich stört, das ist das Tarifsystem. Das Tarifsystem mit 17 Tarifzonen ist der absolute Beweis dafür, dass verkehrspolitisch das große Ganze fehlt, dass man den Verkehrsraum, die Verkehrsregion Graz-Umgebung mit dem Ballungsraum nicht als Eines denkt. Ich möchte da auch ein Beispiel von meiner Freundin erzählen, die in Raaba gewohnt hat, Nähe Hart bei Graz und zwei Möglichkeiten hat nach Hause zu kommen: Entweder sie steigt um in Raaba und verliert dadurch natürlich Zeit oder sie nimmt einen Bus direkt vom Jakominiplatz über Hart bei Graz fast direkt bis zu ihrer Haustür. Das Problem ist nur, dass dieser zweite Bus, der fast direkt bei der Haustür stehen bleibt durch Hart bei Graz fährt und damit durch zwei Zonen fährt und damit teurer ist. Beim Stundenticket heißt es: 2,50 auf 4,70 und beim Jahresticket geht das auch ordentlich ins Geld. Und solange mal halt in der Verkehrsplanung ein Tarifsystem hat, dass, weil es um wenige Meter geht, nur, weil ich halt zufälligerweise eine Gemeinde mit dem Bus auch streife, wesentlich teurer wird, ist das halt unattraktiv, vor allem wo wir uns in diesem kleinen Raum Graz-Umgebung bewegen. Das kann mir doch niemand sagen, dass das sinnvoll ist, und ich glaube deswegen, dass wir einerseits ein starkes Leadership brauchen. Das heißt, es braucht meiner Meinung nach endlich eine Gruppe von Personen, die sich zusammensetzt in einer Taskforce, in einer Arbeitsgruppe – nennen Sie es wie Sie wollen –, die endlich die Zügel in die Hand nimmt und den Öffentlichen Verkehr raus ins Grazer Umland ausbaut, die Projekte, wie eine Straßenbahn nach Hausmannstätten, die seit 40 Jahren da liegen und seit 40 Jahren ungenutzt sind, endlich umsetzt und auch vermehrt, weil da fehlt es halt auch noch – und da können wir uns ja auch das regionale Verkehrskonzept noch anschauen –, Park&Ride-Anlagen auch stärker ausbaut bei jeder Haltestelle rund um die Grazer Umlandgemeinden. Und daher möchte ich den ersten Antrag einbringen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. eine Taskforce unter der Leitung des Verkehrs- und Finanzlandesrats Lang mit der Stadt Graz sowie den Umlandgemeinden einzusetzen, um ein innovatives und nachhaltiges Verkehrskonzept zum Ausbau der öffentlichen Anbindung durch die Straßenbahn von Graz nach Graz-Umgebung auszuarbeiten und umzusetzen,
2. zumindest eine rasche Umsetzung der Straßenbahn-Anbindung von Graz nach Hausmannstätten zu garantieren, sowie
3. den Bau von Park&Ride-Anlagen an den Haltestationen der öffentlichen Verkehrsmittel zu forcieren, um Pendler_innen die Möglichkeit zu geben, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen, und den motorisierten Individualverkehr in der Stadt Graz zu reduzieren.

Zweiter Antrag: Schluss mit den 17 Tarifzonen, die den Preis in die Höhe treiben und den Öffentlichen Verkehr im Grazer Umland absolut unattraktiv machen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die notwendigen Schritte zu setzen, um den Großraum Graz zu einer Tarifzone der Verbundlinien zusammenzulegen, sodass keine preislichen Unterschiede im gemeindeübergreifenden öffentlichen Verkehr im Bezirk Graz-Umgebung und Graz mehr bestehen.

Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 16.52 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Werner Murgg. Bitte schön Herr Kollege.

LTAbg. Dr. Murgg – KPÖ (16.53 Uhr): Geschätzter Herr Landesrat, liebe Frau Präsidentin! Ein paar Bemerkungen nur zu dieser Dringlichen Anfrage von unserer Seite. Verkehrsproblematik in Graz! Ich glaube, das kann man mit zwei Sätzen zusammenfassen: Zu wenig Öffis und zu viel PKW, wenn man auch die Umweltsituation mitberücksichtigt. Zu den PKWs werden wir uns hier auch über weite Strecken einig sein, dass man den Individualverkehr verringern muss. Die Frage ist nur, wie man das macht: Ob das rein allein – wie Sie sagen – mit Anreizen und mit Angeboten geht, oder ob man nicht andere Lenkungsmaßnahmen auch braucht? Ich glaube, wir brauchen beides. Ich könnte mir ohne Weiteres vorstellen, dass man in Graz endlich zu einem, ja vielleicht sogar zu zwei autofreien Tagen kommt, wobei einer müsste unter der Woche sein, weil nur Samstag, Sonntag, das wird nicht viel bringen, um den Individual-PKW-Verkehr zu reduzieren. Ich könnte mir auch vorstellen, dass man die verkehrsberuhigten oder vom Individualverkehr befreiten Zonen in Graz ausweitet. Jetzt ist ja das im Gespräch im sogenannten Joanneumsviertel, das sind, glaube ich, richtige Schritte, wo man noch weiterdenken könnte. Wir sind – ich sage es hier, ich habe es schon öfter gesagt, aber man kann es nicht oft genug sagen – mit einer City-Maut werden wir uns nicht anfreunden können, weil wir glauben, solche verkehrsbeschränkenden Maßnahmen sollten gerecht sein, dass jeder gleich betroffen ist, und nicht einer, der eine dickere Brieftasche hat, dann sich eben leichter tut, um diese Maßnahmen einzuhalten. Aber noch viel wichtiger ist – und da bin ich bei Ihnen –, das Angebot muss vor allem verbessert werden, um die Leute wirklich zum Umsteigen zu bewegen. Es sind heute einige Sachen gesagt worden von Ihnen, Herr Landesrat, aber auch Vorschläge von den NEOS. Ich will das nicht alles wieder in die Länge ziehen. Das ist bekannt: Wir werden einen Straßenbahnausbau

brauchen, vor allem zur Feinverteilung in Graz, aber ich bin fest davon überzeugt, dass wir, vor allem was die Nord-Süd-Achse und die Ost-West-Achse betrifft, in Graz ein schnelleres Verkehrsmittel brauchen. Die Straßenbahn ist vielfach zu langsam. Wenn jemand von Andritz zum LKH fährt, dann muss er noch dazu umsteigen, wenn er von Liebenau, ich weiß nicht, zum Schloss Eggenberg fährt, ist es genauso – unzählige Stationen. Das ist alles wichtig und gut, aber man braucht, glaube ich auch, ein schnelleres Verkehrsmittel. Da gibt es jetzt zwei Überlegungen, das eine ist diese Mini-S-Bahn oder Metro, das andere ist ein S-Bahn-Ausbau. Wobei der S-Bahn-Ring um Graz da nicht viel bringt, um den Verkehr in der Stadt zu beschleunigen. Und wenn ich mir die S-Bahn anschau, na gut, da gibt es die Linie im Südwesten rein, aber das ist eher vom Südwesten bis zum Hauptbahnhof und dann gibt es halt eine, die zwar Graz durchschneidet, aber eigentlich nicht in der Nord-Süd- oder Ost-West-Achse, oder sie kommt auch vom Südosten, fährt dann im Südwesten entlang bis zum Bahnhof und – umschifft kann man in dem Fall nicht sagen – umfährt eigentlich das zentrale Gebiet. Aber man sollte sich beides anschauen. Ich bin da bei der Elke Kahr, sie ist eher eine Verfechterin dieses S-Bahn Konzeptes, aber sie hat gesagt: „Beide Studien jetzt auf den Tisch, vergleichen, und schauen was es kostet!“ Und jetzt bin ich eigentlich beim entscheidenden Punkt, was ich noch sagen wollte, wenn ich lese, dass diese Mini-U-Bahn 3,3 Milliarden Euro kosten würde – ich weiß gar nicht, was dieser S-Bahn Ring kosten würde, wird auch nicht billig sein. Und wenn ich dann höre – heute habe ich es vom Herrn Landesrat gehört –, der Bund hat angeblich zugesagt, einen dreistelligen Millionenbetrag für diesen Ausbau zu zahlen, nehmen wir einmal an, das ist das, was das Land zahlen würde: 825 Millionen sind da kolportiert worden, sagen wir noch einmal 825 Millionen, sind 1,6, also ich glaube nicht, dass Graz 1,6 Milliarden Euro selbst aufbringt, um das dann finanzieren zu können. Ich könnte mir vorstellen, dass das Land, vielleicht auch der Bund, aber auch das Land deutlich mehr zahlt. Warum kann man nicht einen Kredit oder eine Anleihe hergeben, sagen wir für eineinhalb Milliarden Euro, die wird über 50 Jahre zurückgezahlt und gezahlt wird sie beispielsweise mit einer zweckgebundenen Nahverkehrsabgabe? Also über solche Dinge, wird man, glaube ich, nachdenken müssen, weil, wenn man Graz auf der Hälfte dieser Kosten sitzen lässt, dann wird es, fürchte ich – also ob das jetzt die S-Bahn ist oder die Mini-Metro –, wird das nichts werden. Und jetzt bin ich schon eigentlich dort, wo ich hin will, auch bei den Preisen, aber in dem Fall, bei den Preisen für die Fahrgäste. Ich habe jetzt vernommen, dass Innsbruck, die haben ja auch einen – Tirol, Verzeihung – die haben ja auch einen Verkehrsverbund, diese regelmäßigen Preiserhöhungen ausgesetzt hat, zumindest jetzt

einmal für ein Jahr, ich weiß nicht, wie da die Überlegungen weiter sind. Sie kennen ja unser Begehren, also nicht nur wir allein, es gibt andere Überlegungen auch schon in diesem Haus, dass wir sagen, dass mit den – früher waren es ja einmal 1,75, jetzt ist es eh Gott sei Dank nur mehr 1,5, aber auch das ist zu viel, das kann nicht sein, dass der Öffentliche Verkehr, die Verbundkarte jedes Jahr um das eineinhalbfache der Inflationsrate steigt. Ich glaube, der Kollege Swatek hat das jetzt auch wieder gesagt: Mit dieser Karte, wenn man zwei Zonen braucht, das kostet zuerst 2,50 und dann kostet es 4,70, kann man sagen gut zwei Euro. Aber das sind Hürden für viele Personen, weil der Fahrpreis eben nicht attraktiv ist, dass sie dann, wenn sie nicht unbedingt müssen, auf den öffentlichen Verkehr nicht umsteigen. Deswegen werde ich dann noch, bevor ich noch einen Gedanken einbringe, auch diesen Antrag stellen, aber eines möchte ich noch zu diesen verschiedenen Zonen sagen, im Großraum Graz: Wir werden dem Antrag der NEOS zustimmen, aber man muss da, glaube ich, die ganze Steiermark im Kopf haben. Denn, wenn ich mir jetzt zum Beispiel anschau, wenn einer von, naja, sagen wir einmal von Admont ... nehmen wir gar nicht Admont, von Selzthal nach Leoben fährt, dann durchquert er, glaube ich, vier oder fünf Zonen und hat eigentlich außer der Bahn und einer Buslinie kein Angebot. Und wenn ich mir in Graz die eine Zone kaufe, dann habe ich ein dichtes Netz der Holding Graz, dann habe ich die ÖBB, dann habe ich viele andere Buslinien, dann habe ich die GKB, alles Mögliche. Also ich glaube, wenn wir hier über die neuen Aufteilungen der Verkehrsverbundzonen sprechen, dann muss man die gesamte Steiermark im Kopf haben und nicht nur den Großraum Graz. Weil sonst werden sich viele Steirer und Steirerinnen, die weiter draußen wohnen, bedanken, dass sie sagen: „Die kriegen jetzt eigentlich noch mehr Privilegien!“ Ich habe von den vielen Verbundzonen im Vergleich dazu eigentlich recht wenig. Jetzt komme ich zu unserem Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die von ihr in den Lenkungsausschuss des Verkehrsverbundes Steiermark entsendeten Vertreter anzuweisen, sich zukünftig in diesem Gremium gegen die Anhebung der Fahrpreise um das bis zu 1,5-fache des Verbraucherpreisindexes auszusprechen.

Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 17.01 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Abschließend zu Wort gemeldet Landeshauptmannstellvertreter Anton Lang. Bitte schön.

Landeshauptmannstellvertreter Anton Lang – SPÖ (17.02 Uhr): Ja geschätzte Frau Präsidentin, Hoher Landtag!

Herr Dr. Murgg, ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, um ein Missverständnis aufzuklären. Ich habe heute Vormittag gesprochen vom „Steiermark-Paket“, wo wir in Verhandlungen sind mit der Frau Bundesministerin, über Projekte in der Steiermark. Möchte hier dezidiert festhalten, nicht über das von Ihnen angesprochene Metro-Projekt, S-Bahn-Ring, wie auch immer, sondern hier geht es um ein Steiermark-Paket, das wir schon seit, ja, mehr als einem Jahr verhandeln. Darf beispielhaft sagen: Da geht es eben um Wünsche von Städten, Gemeinden, dass man einen Bahnhof ausbaut, dass man bei einem Bahnhof eine Park&Ride-Anlage errichtet und so. Um das geht es. Also da sind wir in guten Verhandlungen, ich bin sehr optimistisch, dass uns da auch ein Abschluss gelingt, alles andere höre ich auch nur aus den Zeitungsberichten. Ich kann das auch nur so nachvollziehen, was die Kosten betrifft. Aber da möchte ich noch einmal festhalten: Da gibt es keine Gespräche, wo ich als zuständiger Landesrat irgendwie eingebunden bin. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 17.03 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen somit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, mit der Einl.Zahl 1167/3, betreffend Einheitliche Tarifausgestaltung im Großraum Graz ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde von KPÖ, den Freiheitlichen und den NEOS nicht mehrheitlich abgestimmt. Das heißt keine Mehrheit für diesen Antrag. *(Anm. der LTD: Minderheit (FPÖ, KPÖ und NEOS))*

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, mit der Einl.Zahl 1167/4, betreffend Großraum Graz: Öffi und Park & Ride Angebot ausbauen! ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, mit der Einl.Zahl 1167/5, betreffend Automatische Teuerung beim Öffentlichen Verkehr stoppen! ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Damit ist die Behandlung der Dringlichen Anfrage beendet. Wir fahren nunmehr mit den Beratungen zu TOP 5 fort. Und als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Alexander Pinter. Bitte schön Alex.

LTabg. Mag. Pinter – Grüne (17.05 Uhr): Danke Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung, lieber Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Steirerinnen und Steirer!

Wir springen vom Verkehr wieder in den Stall, es geht weiter mit der Mutterkuhhaltung. Auch aus grüner Sicht wollte ich da ein paar Dinge dazu sagen, weil die Mutterkuhhaltung ja aus vielerlei Hinsicht unterstützenswert ist. Und worum geht es im Kern der Sache? Bei der Mutterkuhhaltung bleibt das Kalb bei seiner Mutter, und es ist allein schon von der Betrachtungsweise des Tierwohls einmal eine sehr begrüßenswerte Sache. Die Tiere haben im Normalfall viel Auslauf auf der Weide oder auch auf der Alm und natürlich ist es auch eine gute Sache für die Fleischqualität und bringt mich aber auch gleich zum nächsten Thema, nämlich das Thema der Almen. Ich habe ja erst letztens bei meiner Dringlichen Anfrage den hohen Verlust von Almflächen thematisiert. Da war ja die Rede davon, wir sind von 140.000 Hektar auf 40.000 Hektar heruntergekommen und da kann man ja auch nicht mit Betriebszusammenführungen argumentieren, weil wenn die Fläche weg ist, ist die Fläche weg. Und bei meinen Recherchen zu dem Thema habe ich mich auch mit Statistiken beschäftigt, weil warum ist es denn so, dass die Betriebe praktisch w.o. geben müssen? Es sind vor allem einmal wirtschaftliche Gründe, warum Almbäuerinnen und Almbauern ihre Hofstore für immer schließen müssen. Ich möchte zu fünf Punkten kommen, was jetzt die Mutterkuhhaltung betrifft. Es ist so, dass 80 % der Mutterkühe im Berggebiet gehalten werden auf ertragsschwachen Standorten. Es ist dann so, dass es sich hier um extensive Bewirtschaftung handelt und für Milchvieh wäre sowieso zu wenig Futter da. Insofern ist das aus unserer Sache begrüßenswert, wenn man das unterstützt und der Kollege Royer hat schon gesagt, dass es sich im Schnitt um 16 Mutterkühe pro Betrieb handelt. Es sind also kleine

Betriebe und gerade die sind es ja, die uns wegsterben, insofern ist eine Unterstützung wünschenswert. Dann, auch schon erwähnt, Mutterkuhhaltung ist insbesondere für Nebenerwerbslandwirt_innen interessant, weil auch einfach weniger Anwesenheitszeit von Nöten ist, weil gewisse Arbeiten überhaupt wegfallen und weil auch weniger Arbeit im Stall notwendig ist. Ein weiterer Punkt über den wir heute noch gar nicht geredet haben, der uns aber auch wichtig ist, ist einfach auch die Gesundheit der Tiere. Die Eutergesundheit der Kühe ist einfach verbessert in der Mutterkuhhaltung und auch die Gesundheit der Kälber ist verbessert und da geht es natürlich auch um das Stichwort Antibiotikaeinsatz. Ich möchte noch einen ganz anderen Punkt zur Sprache bringen, weil die aktuelle Praxis, nämlich die Trennung von Kalb und Kuh, das ist auch von Seiten der Konsumentinnen und Konsumenten etwas, das immer kritischer gesehen wird. Und das ist ja auch ein Punkt, der uns Grüne auch immer schon beschäftigt, und es ist ja kein Zufall, dass auch wir bei der Landwirtschaftskammerwahl immer besser abschneiden. Es ist einfach immer mehr Bäuerinnen und Bauern und Konsumentinnen und Konsumenten ein Anliegen, dass das Tierwohl eine größere Rolle spielt. Und wenn man so unter diesen ganzen Tatsachen, die ich hier aufgelistet habe, jetzt einen Strich zieht, dann fällt auf, dass es sich um viele Themen handelt, die uns als Grünen einfach besonders wichtig sind. Es geht um extensive Bewirtschaftung, es geht um kleinstrukturierte Betriebe, es geht um artgerechte Tierhaltung und in weiterer Folge betrifft es natürlich auch wieder – und ich komme zum dritten Male heute darauf und ich komme gerne darauf zurück, weil es wieder um Artenschutz und Biodiversität geht, wenn es um diese Flächen geht. Und was auch noch ein Faktum ist: 38 % der Mutterkühe stehen in Biobetrieben. Insofern ein weiterer Grund warum man das unterstützen sollte. Komme nur jetzt noch zu diesem Stück. Wir werden diesem Stück zustimmen, aus dem Grund, weil es ja auch ein Beitrag ist, um die Mutterkuhhaltung weiter auch finanziell zu unterstützen, auch wenn unser Zugang vielleicht ein wenig ein anderer wäre, aber das heißt ja nicht, dass man auch weiter an diesem Thema arbeiten kann, aber wie gesagt, wir werden diesem Bericht zustimmen. Vielen Dank. *(Beifall bei den Grünen – 17.09 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Können wir bitte das Rednerpult – juhu – können wir bitte das Rednerpult ... danke. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Gerald Holler. Bitte schön Herr Kollege.

LTabg. Ing. Holler, BA – ÖVP (17.10 Uhr): Ja sehr geehrte Frau Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, werte Kollegen und Zuhörer!

Ja, der Kollege Pinter hat schon gesagt, es geht jetzt nicht um den Stall, es geht ja mehr um das Rauslassen der Viecher. Ich gebe den Kollegen Royer auch Recht: Das war ein tolles Projekt, bis 2015 ein niederschwelliges Verfahren. Man hat leichten Zugang gehabt, man hat eigentlich antragslos das Ganze bekommen und über den Mehrfachantrag abgewickelt bekommen. Ja und dann war das eben mit dem EU-Recht nicht kompatibel und man hat in Wahrheit eine Nachfolgeregelung gesucht. Und ich weiß, wie unser Landesrat, der Landesrat Seitinger, sich dafür auch aus anderen Dingen, wo eben Sachen nicht mehr so gehen, wie sie eben waren, dafür einsetzt, dass es dafür Nachfolgeregelungen gibt und dass Ersatzprojekte entwickelt werden. Ein solches Ersatzprogramm – das war eben das Qualitätsfleischprogramm, das Kuhprogramm –, hier muss man sagen, ich war bei der Vorstellung dabei und habe gesehen, dass das eben nicht so niederschwellig, nicht so einfach ist, wie eben das alte oder vormalige Programm, und dass hier eben die Aufzeichnungen, Kontrollen und Kontrollgebühren oft das auffressen, was eben der Aufwand oder die Prämien sind, vor allem bei den Kleinen und Nebenerwerbsbetrieben, die wir vor allem im Süden auch haben. Da haben wir doch einige, die sich mit dem beschäftigt haben und dann eben nicht mehr mitmachen haben können oder nicht mehr mitmachen haben wollen. Trotzdem haben 2.840 Betriebe mitgemacht und 1,4 Millionen Euro sind ausbezahlt worden. Also es hat schon etwas gegeben. Vielleicht schon zu bedenken: Das Förderregime wird jetzt komplett neu aufgestellt. Es kommen von Wien die neuen Geschichten, also die neuen Projekte über die Mehrfachanträge und ich glaube schon, dass man das abwarten sollte, was sich hier wirklich ergibt. Ich glaube auch, dass dieses Kalb-Rosé-Programm, das hier in Warteschleife ist oder kommen soll, vieles abdecken könnte, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen könnte, weil wir dann auch die oft geschmähten oder oft verurteilten Kälbertransporte weg hätten. Die Leute müssen halt mitmachen. Es geht um das, dass da auch die Großhändler einsteigen, dass die Gastwirte einsteigen und schließlich und endlich auch die Konsumenten da mitmachen und einfach nicht mehr dieses weiße Kalbfleisch fordern, das halt in Wahrheit von Kälbern von anämiekranken Kälbern aus Holland kommt, sondern eben unser Fleisch aus Österreich, das wir immer verlangen, fordern und haben wollen und auch in der Gastronomie auch fordern, dass das halt auch ordentlich gekennzeichnet wird. Was jetzt zurzeit auch ein großer Diskussionspunkt ist, weniger beim Rind als bei allen anderen Fleischsorten, da bitte ich Sie schon alle miteinander, auch Werbung dafür zu machen. Ihr habt alle in eurem Bereich die

Zugänge. Macht Werbung für die österreichische Ware in allen Bereichen und dann hoffe ich schon, dass wir etwas zusammenbringen. Und ganz wichtig wird sein, das glaube ich auch, dass wir in absehbarer Zeit, da meine ich in ein, zwei Jahren, hier eine Evaluierung durchführen können oder müssen, damit man sieht, wenn dieses Projekt dann nicht so funktioniert, wie man es sich vorstellt, dass man da schon gegensteuern kann. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 17.13 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist noch einmal der Kollege Albert Royer. Bitte schön Herr Kollege.

LTAbg. Royer – FPÖ (17.13 Uhr): Ja Frau Präsidentin, Herr Landesrat, Hoher Landtag!

Muss mich nur ganz kurz noch einmal zu Wort melden und antworten auf den Kollegen Holler. Das was du da gesagt hast, das stimmt so natürlich nicht. Jetzt weiß, glaube ich, jeder in meinem Umfeld, dass ich nicht der begnadete EU-Fan bin, aber in dem Fall muss ich die Europäische Union verteidigen. In der letzten GAP-Periode ist die Mutterkuhprämie nicht abgeschafft worden, weil die EU schuld war, sondern Österreich hätte einen nationalen Spielraum gehabt und im Sinne des nationalen Spielraumes wäre es trotzdem möglich gewesen, bei dem Säulenmodell die-EU Prämie ... die EU Prämie sage ich, die Mutterkuhprämie weiter zu bezahlen. Es war ein Verteilungskampf. Letztlich ist dieser nationale Spielraum nicht genutzt worden und es war ein Verteilungskampf zwischen den Niederösterreichern und dem Rest von Österreich. Und die Mutterkuhprämie ist in Österreich ersatzlos gestrichen worden. Da kann ausnahmsweise die EU nichts dafür. *(Beifall bei der FPÖ – 17.15 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Hubert Lang. Bitte schön.

LTAbg. Hubert Lang – ÖVP (17.15 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Kurz repliziert auf den Kollegen Albert Royer: Natürlich ist die Mutterkuhprämie in dieser Bezeichnung 2015 weggefallen und die Mutterkuhprämie, die nur in der Bezeichnung einen besonderen Wert bei unseren Bäuerinnen und Bauern gehabt hat, ist impliziert, da hat es eine Prämie gegeben. Du weißt es aber auch ganz genau, dass es 2015 auch Anpassungen gegeben

hat, auch was die Betriebsprämie betrifft, Ackerflächen zu Grünflächen. Also hier ein Angleich, der sich positiv auf die Grünlandbewirtschaftung und auch auf die Mutterkuhbetriebe ausgewirkt hat. Du weißt aber auch, dass wir im Rahmen des ÖPUL-Programmes gerade Mahd- und Steiflächen, gerade die Pflege von Almwirtschaft besonders bewerten können und hier im regionalen Programm, im ÖPUL-Programm sehr viele Maßnahmen hier mitbegleiten. Es ist auch schon angeführt worden, ein Qualitätsprogramm für die Kälber hier zu schaffen, um besondere Unterstützungen für unsere Mutterkuhbetriebe auch sicherzustellen. Erlauben Sie mir aber trotzdem, weil heute die Almwirtschaft angesprochen worden ist, ist eh von dem Kollegen angesprochen worden, Region Teichalm, Sommeralm, auch der Rückgang, was die Viehzahlen betrifft, nicht nur die tierhaltenden Betriebe, sondern auch der Rückgang der Tiere, was Mutterkuh betrifft. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, die Almbewirtschaftung ist nicht einfach. Wir haben immer wieder auch den Konflikt oder auch immer wieder die Herausforderungen für die Betriebe, wo sie zur Rechenschaft gezogen werden. Ich darf an das Almurteil in Tirol erinnern, das ist allenfalls ein Mutterkuhbetrieb gewesen. Wenn es darum geht: Wie geht man mit der Eigenverantwortung um? Wie geht man mit dem Schutz des Eigentums um? Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen es: Mutterkuhhaltung ist eine Herde, und die Mutterkühe schützen die Herde. Mutterkühe schützen ihre Kälber, Kalbinnen, dass ich es richtig sage, und es ist tatsächlich für die Begegnung mit den Gästen, mit Touristen eine besondere Herausforderung in Zukunft. Eine Herde, die ständig auf der Weide ist, gewinnt wieder den ursprünglichen Instinkt zurück, was die Herdenentwicklung betrifft und darum ist die Gefahr, die auch davon ausgeht, wenn Rinder sich zu wehren beginnen, nicht zu unterschätzen. Sie wissen, wir haben in diesem Raum schon einige Male auch das Thema Hörner oder das Horn der Rinder besprochen. Enthornung, die ja im Konsumentenbereich nicht unbedingt geschätzt ist, aber Hörner im Einsatz in Mutterkuhhaltung ist eine Gefahr, die man nicht unterschätzen darf. Ich darf hier an dieser Stelle appellieren, auch auf das Verantwortungsbewusstsein in der kommenden Saison, wenn es um die Almbewirtschaftung geht, auch um die Wertschätzung der Bäuerinnen und Bauern in ihrer Aufgabe, wenn sie die Herden betreuen. Und die Bäuerinnen und Bauern sind bereit, für eine gelebte Partnerschaft, sie brauchen die Unterstützung, ob das jetzt Mutterkuhprämie heißt, ob das die ÖPUL-Maßnahmen als Ausgleichszahlungen betrifft, sie brauchen die Unterstützung in Zahlungen, in Ausgleichszahlungen, aber insofern brauchen sie umso mehr die Unterstützung aus der

Bevölkerung für ihre Themen, was das Thema Eigentum und Eigenverantwortung betrifft.
Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 17.19 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Abschließend zu Wort gemeldet ist der zuständige Landesrat Johann Seitinger. Bitte schön Hans.

Landesrat Seitinger – ÖVP (17.19 Uhr): Danke. Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordnete!

Ich möchte es nicht lange ausweiten, aber ein paar Korrekturen seien hier schon angebracht im Wechselbad der Themen jetzt, vorher haben wir gerade die Emissionen diskutiert, jetzt die Mutterkuhprämie und in der Folge kommt jetzt dann die faire Elektronik, also das ist schon ein ordentliches breites Themenfeld, würde ich einmal sagen.

Lieber Kollege Royer, du kannst mir glauben und ich nehme einmal an, dass dir das auch berichtet wurde, dass ich nahezu in Österreich der Einzige war, der sich für dieses Thema im letzten Jahr massivst eingesetzt hat, um eine derartige Prämie wieder in Gang zu bringen. Wir arbeiten daran jetzt mittlerweile schon zwei Jahre an diesem Projekt, über verschiedene Möglichkeiten des Förderzuganges, weil ich ja alles unterstreiche, was du da sagst, wie wichtig diese Prämie ist und ich kann das nur mit dem Allgesagten heute teilen. Es ist uns enorm wichtig, dass wir gerade jetzt auch, wo wir wissen, dass im extremen Berggebiet zunehmend mehr Bauern auch mit der Milchviehhaltung aufhören und mehr und mehr auch in diese Art der Mutterkuhhaltung einsteigen, dass wir hier auch diesen Bauern eine Zukunft geben. Leider ist es nun mal auch so, dass wir in Österreich eine gemeinsame Linie finden müssen und dass die meisten Bundesländer davon nichts hören wollen. Das ist nun mal so, das ist nicht nur Niederösterreich, die da hier sich sehr klar und deutlich dagegen aussprechen, sondern es sind viele andere auch, die hier nicht mitziehen wollen. Aber ich habe trotzdem etwas zusammengebracht, würde ich einmal sagen, was für den ersten Teil auch durchaus einmal passen kann. Es ist bei Gott nicht das, was wir uns alle vorgestellt haben, weder quantitativ noch qualitativ, aber es ist zumindest einmal ein erster Zugang sozusagen zu einer Prämie, die man auch als solche deuten kann. Zum Zweiten, es ist natürlich so – und das stimmt nicht, was du gesagt hast, dass das ersatzlos gestrichen worden ist, ja, wir haben die Mutterkuhprämie nicht ersatzlos gestrichen, denn es ist auf der einen Seite – na, es ist eindeutig so – es ist das „QPlus-Rind-Projekt“ entstanden. Wir haben auch aufgeschmolzen sozusagen in den Flächenprämien, das heißt, die Flächenprämie verstärkt, wir haben die AZ

verstärkt in der Aufdoppelung, das hat uns besonders als Steirer viel gebracht und wir haben auch mit den sogenannten Top-Ups bei den Zuschlägen für Biobetriebe und auch für Investitionen im Steilgelände, also der Dreier- und Vierer-Zone, einen Zuschlag von 5 % zusammengebracht, den wir so quasi durchaus als Gegenaspekt da hier ankündigen dürfen. Und das sollte man durchaus auch erwähnen. Das heißt, die Prämie ist nicht verschwunden vom Bildschirm und die Bauern bekommen da hier weniger, sondern das ist halt in andere Teile sozusagen verschmolzen worden. Und das Geld ist ja auch nicht verschwunden, es ist ja sogar in dem Bereich auch gestiegen. Ich gebe zu, der Zugang zur Prämie ist nicht mehr so leicht wie er früher war. Denn früher war das mehr oder weniger eine Prämie von 200 Euro plus 30 Euro Top-Up, den die Länder bezahlt haben, da hat sich natürlich etwas geändert. Wir haben auch für die künftige Periode jetzt – also zumindest mit einem Probeprogramm im heurigen Jahr, dann werden wir das ja weiterbeurteilen – gerade auch eine Art Staffelung, dass wir die kleineren Betriebe stärker unterstützen als größere Betriebe, hier einmal beschlossen, in der Agrarlandesrätekonferenz, und ich hoffe, dass wir hier doch einen kleinen Kompromiss und einen Weg für die Zukunft auch zeichnen können. Ein Zweites – und das möchte ich auch hier ansprechen, nachdem es auch der Kollege Pinter und der Hubert Lang angesprochen haben – und es ist mir schon auch ein wichtiger Punkt, ja, die Almflächen oder die Almbewirtschaftung allgemein ist ein außerordentlich wichtiges Thema, nicht nur was die Gesundheit der Tiere und im Gesamtkontext sozusagen der Landwirtschaft betrifft, sondern auch was die touristische Qualität unseres Landes in Zukunft anbelangt. Und daher müssen wir alle danach trachten, dass die Almbewirtschaftung unbedingt weiter Zukunft haben kann. Warum sage ich das? Der Klimawandel gibt seinen Teil dazu bei. Wir wissen alle, dass mit einem einzigen Grad Temperaturzunahme im Schnitt, also im Jahresmittel, die Alm oder die Waldfläche um etwa 180 bis 200 Meter nach oben wandert. Das heißt, wenn alle diese Prognosen eintreten, die uns die Klimaforscher prognostizieren bis zum Ende des Jahrhunderts, wenn wir nicht wirklich aggressiv sozusagen auch eine Verbesserung hier herbeiführen, dann wächst innerhalb dieses Jahrhunderts die Waldfläche um etwa – kann man fast sagen – um 1.000 Meter, ja. Das heißt, Almen, wie die Teichalm oder andere Mittelalmen sind verschwunden, und insofern ist schon einmal eine Bewirtschaftung von größter Bedeutung, um solche wichtigen touristischen Gebiete zu erhalten, aber dazu braucht es auch die entsprechenden Rahmenbedingungen. Der Kollege Lang hat es angesprochen, das Thema Almurteil, das Thema Wolf. Ich sage das ganz bewusst hier und sehr deutlich – ist ein Thema für unsere Almbauern, die sagen: „Wir treiben unsere Tiere nicht mehr rauf, wenn wir mit

dem Wolf keine Korrektur hier vornehmen!“ Das ist nicht irgendeine kleine Drohung, sondern das passiert auch schon, ja. Und daher haben wir auch hier einen gewissen Handlungsbedarf, sonst werden wir früher oder später keine Bauern mehr finden, die ihre Tiere auf die Alm raufreiben. Denn, diese Wundervorstellungen, die so manche haben, dass da noch Almhirten raufgehen, sich mit zwei Hunden da oben einen ganzen Sommer so quasi ihr Leben befristen, diese Geschichte gehört ins 19. und Beginn des 20. Jahrhunderts, aber nicht mehr ins 21. Das kann sich schlichtweg niemand leisten und wenn man sich ein bisschen mit den agrarischen Zahlen auseinandersetzt, dann weiß man auch, dass das eine Utopie ist, eine Wunschvorstellung einiger, die allerdings nicht eintreffen wird. Faktum ist: Wir brauchen die Bewirtschaftung der Almen, dafür braucht der Bauer seine Rechtssicherheit, sowohl auch in der Beurteilung sozusagen heikler Fragen, wie wir das beim Almurteil auch gesehen haben und auch in der Eigenverantwortungsfrage sozusagen hier, wenn es um Wandertourismus und mehr geht, gerade in Bezug auch auf die Mutterkuhhaltung. Also das soll schon einmal angesprochen sein, wobei – und das möchte ich auch ganz klar sagen, lieber Kollege Pinter –, was die Eutergesundheit anbelangt, da will ich jetzt nicht zu tief hineingehen, also da können wir uns dann einmal im Gesonderten unterhalten. Das ist bei der Mutterkuhhaltung nicht immer so eine einfache Geschichte. Das klingt nur oft sehr schön, da ist die Natur leider im Widerspruch zu dem, was du hier auch gesagt hast. Aber wie gesagt, da wollen wir jetzt nicht Zeit verlieren. Zum Kollegen Holler – und das möchte ich schon sehr deutlich sagen –, weil er hat eines angesprochen, nämlich, dass jetzt ein neues Förderregime kommen wird für 2021 bis 2027. Hier werden natürlich wesentliche Teile der EU-Förderungen und der nationalen Förderungen neu geordnet. Wir werden auch den Bereich der Kälber, der Kälbertransporte – eine ganz, ganz heikel diskutierte Geschichte –, bin ich durchaus dafür, dass wir also auch hier viel, viel mehr Kalbfleisch von unseren eigenen Kälbern im Land behalten und nicht nach Spanien führen und dann vielleicht das Kalb wieder importieren, aber ich bitte nur da auch hier und das hat auch der Kollege Holler sehr deutlich gesagt, schon, dass wir beim Anstand bleiben, ja. Wenn dann wieder das Kalb im Regal oder in der Vitrine übrig bleibt und das weiße holländische oder das weiße spanische Kalb gekauft wird, wenn alle unsere öffentlichen Einrichtungen auch auf dieses billigere Fleisch hingreifen und das Unsrige dann drinnen bleibt und keinen Markt hat, sind alle unsere Wunschvorstellungen, die wir haben, rund um die Kälbertransporte und um das neue Produkt Kalb-Rosé oder wie es immer heißen möge, eine Wunschvorstellung. Und da haben wir dann schon auch eine Gesamtverantwortung, wenn wir dieses Thema hier ansprechen. Ich bin sehr

dafür, dass wir die Kälbertransporte im Maximum abdrehen, weil sie wirklich nahezu unverantwortlich sind, die da hier zum Teil abgehen, speziell, wenn sie nach Libyen gehen oder in andere weit entfernte Länder gehen. Das kann man heute nahezu wirklich nicht mehr verantworten. Aber wie gesagt, es braucht auch die zweite Seite dazu, dass wir dieses Selbstverständnis auch hier leben, dass das Kalb dann auch bei uns gekauft wird. Denn ein Faktum ist – und das hat die Natur eingerichtet –, dass die Kuh halt ein Kalb geben muss, damit sie Milch wieder gibt und wieder gibt und wieder gibt, ja. Das kann man nicht ausschalten, das ist ein naturgegebenes Gesetz und daher müssen wir alle auch hier wissen: Wenn wir A sagen, müssen wir auch B sagen. Also, wenn wir den einen Teil verlangen – Kälbertransporte aus –, dann müssen wir auch bereit sein, dieses Produkt, auch wenn es ein bisschen röter ist oder vielleicht nicht so deutlich im Geschmack einem klassischen Kalb Holland oder Kalb Spanien oder Kalb Frankreich entspricht, trotzdem kaufen. Das ersuche ich in dem Kontext des breit Diskutiertem auch. Also lieber Kollege Royer noch einmal: Das Geld ist nicht verschwunden, das Geld ist auch nicht aufgesaugt, das Geld hat sich sozusagen im nationalen Bereich verschoben, aber es ist nicht befriedigend und auch für mich nicht befriedigend, wie die Situation derzeit ist. Das gebe ich zu, aber in einer Demokratie muss man halt auch Mehrheiten akzeptieren, so leid es einem tut, auch wenn man Tag und Nacht dafür kämpft. Hin und wieder ist es so – das wisst ihr auch, ihr Freiheitlichen –, dass das nicht immer möglich ist, was man sich in den Kopf setzt, dass man es auch durchsetzt. In diesem Sinne vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 17.30 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, mit der Einl.Zahl 764/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, den Grünen und den NEOS mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Verfassung, Einl.Zahl 878/5, betreffend Faire Elektronik im Land Steiermark zum Antrag von Abgeordneten der Grünen, Einl.Zahl 878/1.

Zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Sandra Holasek. Bitte schön Frau Abgeordnete.

LTabg. Mag. Dr. Holasek – ÖVP (17.31 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, geschätztes Forum dieses Hohen Hauses!

Dieser Tagesordnungspunkt gibt uns ein sehr wichtiges Thema „Faire Elektronik“. Ein Thema, das gerade im Innovationsland Steiermark, glaube ich, ein sehr wichtiges ist, wenn es darum geht, Prozesse richtig aufzusetzen, Prozesse auch im Sinne der Nachhaltigkeit zu generieren. Im Antrag der Grünen wird im ersten Punkt ein Bekenntnis eingefordert und entlang des Bundesvergabegesetzes von 2018 mit vollständig inhaltlicher Umsetzung des gemeinschaftlichen Vergabegesetzes werden alle Vergabeverfahren im Bereich der Informationstechnik des Landes Steiermark zurzeit modern aufgerollt und abgehandelt. Dabei kommt es verstärkt auch zu Berücksichtigung ökologischer, sozialer und innovativer Aspekte, sprich einer insgesamt nachhaltigen Beschaffung. Hervorheben dabei möchte ich die Anknüpfung an ökologische Spezifikationen, soziale Zielsetzungen und innovativ angesetzte Maßnahmen im Vergabeverfahren. Und all das wird berücksichtigt im gesamten Verfahren, im gesamten Ablauf des Verfahrens. Als kompetente Beratungsstelle, vor allem auch in Fragen der Nachhaltigkeit wird die Bundesbeschaffungsgesellschaft in der entsprechenden Stellungnahme der Landesregierung angeführt. Und da komme ich jetzt zum Punkt 2.a) auch im Antrag, wo es darum geht, Unterstützung bei Electronics Watch zu holen. Das BBG hat als zentrale Beschaffungsstelle hier in Österreich, der Bundesländer und der Gemeinden bereits eine Mitgliedschaft bei Electronics Watch geprüft. Und das BBG hat dabei seit Mitte 2018 im Austausch mit Electronics Watch über die Organisation Südwind einige Fortbildungen auch besucht und in diesem Zuge einen Einblick auch gewonnen in den Ablauf der Organisation und meint, der Dienstleistungsprozess an sich und die Möglichkeiten sind nicht adäquat. Noch dazu ist der Mitgliedsbeitrag sehr hoch: 6.000 bis 7.200 Euro und Electronics Watch darf als Monitoring Firma meist auch nicht in die Werke, ist also auf Interviews angewiesen und Electronics-Watch-Anforderungen sind nicht überprüfbar und umsetzbar. Damit empfiehlt das BBG die Responsible Business Alliance Richtlinien auch denen nachzugehen und diese Richtlinien sind auch unabhängig von Auditoren, wie zum Beispiel dem TÜF belegbar und damit kann man auch im Sinne unternehmerischer Gesellschaftsverantwortung über die Gesetze hinaus geltend agieren. Durch diese negative Stellungnahme vom BBG ergibt sich auch für die Regierung kein zusätzlicher Vorteil im Vergabeverfahren. Zum dritten Punkt, da

geht es um die Prüfung und Berichterstattung betreffend der EU Richtlinien über die öffentlichen Aufgabeverfahren und dazu: Alle Beschaffungen werden zurzeit ressourcenschonend durch die Abteilungen in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen selbst vorgenommen, und die Abteilungen können dabei die Fachabteilung des Verfassungsdienstes zu Rate ziehen, sind aber nicht dazu verpflichtet. Daraus ergibt sich, dass keine umfassenden Aufzeichnungen aller getätigten Vergaben seit April 2018 bei einer Stelle des Landes zur Verfügung stehen und damit ist auch klar, dass ein umfassender Bericht, wie er im Antrag dargestellt wird, zurzeit nicht möglich ist. Das Land Steiermark steht für Einhaltung der Nachhaltigkeitsziele und der sozialen Verantwortung in entsprechenden Vergabeverfahren. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 17.36 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Sandra Krautwaschl. Bitte schön Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (17.37 Uhr): Danke Frau Präsidentin, werter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen und Zuhörende!

Nur ganz kurz dazu nochmals – die Frau Kollegin Holasek hat eh grundsätzlich schon sehr gut erläutert, wie die Landesregierung auf unser Ansinnen reagiert hat. Ich glaube auch, dass da schon durchaus erste Schritte im positiven Sinne getan werden. Ich glaube aber schon, dass noch mehr möglich ist. Das kommt für mich aus der Stellungnahme auch heraus, weil es eben genau darum ginge, dass man hier auch Verpflichtungen schafft, nachhaltige Beschaffung sowohl was ökologische, aber sehr wohl auch soziale Kriterien – gerade bei Elektronik wissen wir, spielen sie eine große Rolle – anbelangt. Ich glaube, eben mit diesem Zugang, dass man Beschaffung grundsätzlich fair, sozial gerecht, ökologisch sinnvoll vonseiten des Landes forciert, ja, das passt im Übrigen auch zu dem, was der Herr Landesrat beim letzten Tagesordnungspunkt gesagt hat. Da hat das Land Steiermark auch wieder so einen Hebel in der Hand, um das Richtige, das, was wir haben wollen, was wir in Zukunft brauchen, die Art von Wirtschaft, wo wir hinwollen, voranzutreiben. Und deswegen glaube ich eben auch, dass es hier durchaus auch im Einflussbereich des Landes, das ja wie jede Gebietskörperschaft ständig neue IT-Produkte anschaffen muss, einiges noch mehr möglich ist. Wir werden uns das auch in weiterer Folge noch genauer anschauen. Ich glaube eben, dass dieser Responsible-Business-Alliance-Index nicht ausreichend sicherstellt, dass die Beschaffung wirklich so funktioniert, wie sie es irgendwann einmal sollte, weil einfach die Kontrollmechanismen

fehlen, ja. Und jetzt hast du gesagt Sandra, dass bei Electronics Watch diese Kontrollmöglichkeiten auch gering sind, ja. Ich hätte gedacht, dass sie doch, jedenfalls mit einem Schritt in die richtige Richtung darstellen, aber wenn das nicht so gesehen wird, gibt es im Einflussbereich des Landes, meiner Ansicht nach, doch noch mehr Möglichkeiten, hier nachzuschärfen. Wir werden uns das angesichts dieser Stellungnahme auch noch einmal genau anschauen und versuchen, auch hier mit weiteren Vorschlägen darauf einzuwirken, dass eben das Land Steiermark nicht nur dafür steht, fair und sozialgerecht zu beschaffen, sondern dass hier auch wirklich konkrete weitere Schritte erfolgen. In diesem Sinne, aber jedenfalls auch danke für die Stellungnahme und danke für die Bereitschaft hier auch Schritte hoffentlich dann in weiterer Folge zu tun. Danke sehr. *(Beifall bei den Grünen – 17.39 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, mit der Einl.Zahl 878/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und ÖVP mehrheitlich angenommen.

Bei den Tagesordnungspunkten **7** und **8** ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ich weiß, es ist schon später Nachmittag. Ich ersuche um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Einl.Zahl 1116/2, betreffend Auflassung der L 137, Jasnitzstraße von km 2,800 bis km 7,296 in einer Länge von 4.496 m, Übernahme der Zubringerstraße als L 118a in einer Länge von 189 m Stadtgemeinde Kindberg (pol. Bez. Bruck-Mürzzuschlag) zur Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1116/1.

Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Einl.Zahl 1117/2, betreffend Verkauf von drei zusammenhängenden Grundstücken an der L 401; Gesamteinnahmen 82.790 Euro zur Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1117/1.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Armin Forstner. Bitte schön Herr Abgeordneter.

LTabg. Forstner, MPA – ÖVP (17.41 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

TOP 7, TOP 8: Es geht da um die Auflassung zum einem der Jasnitzstraße, L 137 – die Frau Präsidentin hat es schon gesagt – von Kilometer 2,8 bis zirka Kilometer 7,3 in einer Länge von 4,5 Kilometer. Dieser Teil sollte in Zukunft von der Gemeinde Kindberg übernommen werden. Dafür übernehmen wir die Zubringerstraße der L 118a auf einer Länge von zirka 190 Metern von der Gemeinde Kindberg. Dabei handelt es sich um einen Abtausch. Zum einen die Landesstraße an die Gemeinde Kindberg und zum anderen die Abfahrt Kindberg-Ost, also von der S 6 der Semmering Schnellstraße zu der Gemeinde Kindberg. Also werden 4,5 Kilometer also gegen zirka 190 Meter eingetauscht. Viele von uns wissen, was der Meter Straße kostet. Also haben wir in Zukunft bei der Landesstraßenverwaltung – dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter wird es freuen – weniger zu erhalten.

TOP 8 ganz kurz: Verkauft werden drei zusammenhängende Grundstücke in Blumau. Es handelt sich dabei um eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von ca. 14.500 Quadratmeter in Blumau, bestehend aus drei Grundstücken, welche vom Land Steiermark nicht mehr benötigt werden. Der Verkehrswert der drei Grundstücke wurde von einem Sachverständigen in der Höhe von zirka 50.928 Euro bewertet. Das Bestbieterangebot ist dabei 82.790 Euro, also um 30.000 Euro mehr, als vom Sachverständigen bewertet. Da es sich um eine landwirtschaftliche Nutzfläche mit über 3.000 Quadratmeter handelt, ist dafür die Zustimmung der Grundverkehrskommission der BH Hartberg-Fürstenfeld erforderlich. Die Genehmigung dafür wurde von der BH Hartberg-Fürstenfeld gemäß dem Steiermärkischen Grundverkehrsgesetz erteilt. Ich bitte um Zustimmung. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 17.43 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Kollege Albert Royer. Bitte schön Albert.

LTabg. Royer – FPÖ (17.44 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, Hoher Landtag!

Ja, im Grunde hat der Armin Forstner jetzt schon vieles gesagt, nur die Sichtweise ist aus unserer Sicht eine andere. Möchte mich ganz kurz melden eben zu TOP 7 zu der Sache in Kindberg. Der Armin hat es angesprochen: Es werden sozusagen 189 Laufmeter gegen 4.496 Laufmeter Straße gegengetauscht. Jetzt mag das sachlich schon einen Sinn machen, mit den 189 Metern für das Industriegebiet, dass das rechtlich ganz sauber aufgeschlossen ist mit dieser Straßenerschließung. Das macht durchaus einen Sinn, nur 4.496 Meter Landesstraße, die anscheinend in einem sehr desolaten Zustand war und vom Land sowieso saniert hätte werden müssen und da hört man eben aus Kindberg, dass da etwas mehr wie sanfter Druck ausgeübt worden ist, damit die Gemeinde Kindberg dieses Straßenstück in Zukunft übernimmt. Da kann sich jetzt die Landesstraßenbauverwaltung zwar freuen über ein kürzeres Straßennetz, wie du gesagt hast, aber in Wahrheit sprechen wir uns gegen diese Vorgehensweise aus, dass eben das Land Steiermark Straßen dann abwälzt auf die Gemeinden und in Zukunft dann die Gemeinden auf den Kosten sitzen bleiben und deshalb können wir diesem Punkt nicht zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ – 17.45 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, mit der Einl.Zahl 1116/2 (*TOP 7*), enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, den Grünen und den NEOS mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, mit der Einl.Zahl 1117/2 (*TOP 8*), enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, FPÖ und den NEOS mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Verfassung, Einl.Zahl 1115/2, betreffend Gesetz, mit dem das Steiermärkische Pensionsgesetz 2009 und das Gesetz über die Regelung des Dienst-, Besoldungs- und Pensionsrechtes der Distriktsärzte und Landesbezirkstierärzte, ihrer Hinterbliebenen und Angehörigen geändert werden zur Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1115/1.

Es liegt mir keine Wortmeldung vor. Ich komme somit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, mit der Einl.Zahl 1115/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 904/3, betreffend Prüfbericht zu Creative Industries Styria GmbH zum Bericht, Einl.Zahl 904/2.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Alexander Pinter. Bitte schön Herr Kollege. Geschätzter Herr Kollege Alex Pinter, die Gespräche mit Herrn Landesrat Seitinger mögen fruchtbringend sein, allerdings du hast dich zu Wort gemeldet zum Tagesordnungspunkt 10 und wärst jetzt dran.

LTabg. Mag. Pinter – Grüne (17.48 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Verzeihung. Wir waren inhaltlich in eine Diskussion vertieft und da habe ich ganz übersehen, wie schnell hier im Landtag jetzt gearbeitet wurde. Also danke Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Steirerinnen und Steirer!

Ja es geht um den Prüfbericht zu den Creative Industries Styria und ich möchte da gern auf einige Punkte eingehen, sowohl was den Rechnungshofbericht betrifft, als auch einige ausgewählte inhaltliche Punkte. Ja, was macht die Firma Apple eigentlich so erfolgreich? Ein wesentlicher Punkt dabei ist das Produktdesign. Und da sind wir schon mitten im Bereich der Kreativität. Steve Jobs war ja wirklich ein sehr wacher Geist und ein heller Geist und hat auch

die Zeichen der Zeit erkannt und einen Punkt ganz im Besonderen, nämlich dass die industrielle Massenproduktion in dieser Form, wie wir sie gekannt haben, nicht mehr funktioniert. Und das haben wir auch bei uns in der Werbung immer mehr gespürt. Die Menschen präferieren einfach individuelle Lösungen und wie hat Steve Jobs das zum Beispiel gelöst? Der erste Schritt war die individuelle Namensgebung über den Titel iPhone, iMac, iPod, also der hat einen ganz starken Bezug zum Individuum hergestellt. Und wenn Sie jetzt zum Beispiel sich ein Produkt von Apple bestellen, ich muss gar nicht weit schauen: Abgeordneter Zenz zum Beispiel hat ein Applegerät vor sich stehen, ich selber habe ein Applegerät vor mir stehen und wenn man das bestellt, kann man ganz leicht einmal aussuchen, was das für eine Farbe hat, was da drinnen an Prozessoren und an Speicher ist und weiter geht es, dass man einen individuellen Namen sich eingravieren lassen kann, das ist ja wirklich clever. Weil der Steve Jobs hat wirklich auch nur ein industrielles Massenprodukt verkauft, hat das aber in ein Kleid gesteckt, wo er jedem vermittelt hat, das ist nur meines und das war ganz ein cleverer Schachzug. Und wenn man heute ein Fahrrad kauft, ist es ja auch nichts anderes. Sie können sich die Rahmenfarbe aussuchen, sie können sich die Schaltung aussuchen und die Laufräder und den Sattel, also es wird vermittelt, das was du da kaufst, das ist nur meines, aber da sieht man auch schon den enormen Mehrwert, den Kreativität im Produktdesign hat. Und am Ende des Tages geht es ja da um einen Wirtschaftsfaktor, wenn wir da von Design und Kreativität sprechen. Jetzt geht es aber nicht nur rein um den wirtschaftlichen Erfolg solcher Maßnahmen, sondern es geht darum, nachhaltig und ökologisch zu denken bei diesem Thema. Und das ist ja in dem Fall auch kein Widerspruch. Und das sieht man auch ganz gut an einigen Produkten und Projekten der Creative Industries Styria. Wenn man es jetzt noch ins Kalkül zieht, dass es hier um steirische Produkte geht, dann hat man ja noch den Faktor Regionalität auch dabei und das ist ja auch ein wesentlicher Punkt. Ich möchte auch aus Grüner Sicht auf das eine oder andere Projekt eingehen, welches sich als besonders zukunftssträchtig darstellt, nämlich Möbel aus steirischem Holz. Das ist ja wirklich eine schöne Sache, wenn Design, Rohstoff und Produktion, wenn alles hier bei uns stattfindet. Das kann man ja auch mal lobenswert hervorheben und ich möchte auch auf einen Vortrag eingehen, den ich letztes Jahr gehört habe, der unter dem Thema „Der zweite Wald“ gelaufen ist. Worum geht es da beim zweiten Wald? Es geht darum, dass möglichst viele Produkte, die im Umlauf sind, durch Holzprodukte ersetzt werden. Da geht es um den CO₂-Speicher, der da nachhaltig installiert wird, deshalb auch der Name „zweiter Wald“, weil diese Produkte praktisch wie ein zweiter Wald den Kohlenstoff an sich binden. Und noch ein

Projekt aus dem Dunstkreis Creative Industries Styria ist das Projekt „WOODC.A.R“, das ich noch hervorheben möchte. Da geht es tatsächlich auch um Teile aus der Automobilindustrie, nämlich wirklich tragende und dynamisch belastete Teile in der Automobilindustrie, die durch Holzprodukte ersetzt werden könnten und das ist schon ein Ansatz, wo ich sage: In solche Produkte muss man reininvestieren und mit solchen Produkten soll man sich auch aus der Krise rausinvestieren. Weiters auch Produkte, die die sanfte Mobilität fördern, sind natürlich lobenswert. Und wir haben ja auch sogar ein E-Bike aus österreichischer Produktion mit dem Geero und mittlerweile kann man dieses Produkt auch an 35 Standorten testen und natürlich auch kaufen. Weiters gibt es dann noch die Erlebniswirtschaft. Wir haben es ja in vielen Sparten, wir haben es ja auch in der Landwirtschaft, dass man sagt: „Okay, die Konsumentinnen und Konsumenten verlieren immer mehr den Bezug zum Urprodukt und wenn man hier die Möglichkeit hat, zu den Betrieben zu gehen und sich diese anzuschauen, das ist ja auch durchaus wünschenswert, dass man diesen Konnex wieder herstellt.“ Wenn man jetzt die Geschichte der Creative Industries Styria anschaut, das ist auch verständlich, lässt sich, wenn man die Hintergründe kennt, ein gewisser Schwerpunkt in Richtung Design und Architektur feststellen und da möchte ich auch ein bisschen Einhaken von meiner Seite her, weil ein Faktor, den ich etwas unterrepräsentiert sehe, ist der Faktor der Musikwirtschaft. Möchte aber schon auch erwähnen, dass es durchaus diese Gedanken, diese Bestrebungen gegeben hat, ganz konkret auch zum sehr wichtigen Thema, weil zum Thema Streaming hat es eine Arbeitsgruppe gegeben und da kann ich natürlich schon ein gewichtiges Wort mitreden, was das heißt. Ich möchte es Ihnen nur auch noch kurz veranschaulichen. Wenn Sie sich jetzt vorstellen, wenn Sie einen Tonträger kaufen, dann zahlen sie so irgendwas zwischen zehn bis 30 Euro, sagen wir pro Stück, und was kostet Sie jetzt ein Abo bei einem Streaming Portal? Das kostet zehn Euro und Sie können damit Millionen Alben und Millionen Titel abrufen und dass da ein Ungleichgewicht einkehrt, das ist natürlich eine logische Schlussfolgerung und darunter leiden die Ausübenden, die Musikerinnen und Musiker natürlich ganz beträchtlich, dass man da hinschaut ist gut und richtig, aber leider ist das mit der Zeit ein bisserl im Sand verlaufen. Jetzt könnte man aber schon natürlich hergehen und sagen: „Wo sind neue Impulse, die man setzen kann?“ Und man könnte ja zum Beispiel auch diese wirklich guten Produkte mit einer Signature-Melody ausstatten. Wenn man sie präsentiert, könnte man auch Musikerinnen und Musiker – wir haben hervorragende Musikerinnen und Musiker in der Steiermark –, die könnte man hier auch einsetzen oder ein anderer Ansatz, der mir gut gefällt: Jeder von uns sitzt täglich, wöchentlich in Zoom-

Meetings oder in Webex-Meetings oder wie sie auch immer heißen mögen, auch hier könnte man diese Präsentationen etwas auffetten, in dem man sagt, man macht vielleicht eine Intro-Musik, eine Pausenmusik oder einen Abspann dazu. Und wenn das vielleicht ein bisserl abstrakt vorkommen mag, ich mag hier ein wirklich spannendes Beispiel noch zur Sprache bringen, weil eine Bäuerin in Großbritannien war es glaube ich, hat ihre Ziegen gefilmt und das für Zoom-Meetings zur Verfügung gestellt, die hatte, glaube ich, in sehr kurzer Zeit 50.000 Pfund damit verdient. Also das ist wirklich auch ein Zweig, den man anzapfen könnte und was das Thema Musik betrifft, hat es vom Otmar Klammer vom Stockwerk sogar eine kleine Protestaktion gegeben, in dem er auch Sticker produziert hat im City-of-Design-Look, wo „City of Jazz“ dann oben gestanden ist. Also beim Thema Musikwirtschaft, da sehe ich einfach ein bisserl Potential, das man kreativ ausreizen könnte.

Komme noch zu einigen Punkten des Rechnungshofberichtes. Ich möchte auch vorausschicken, dass wir natürlich schon den einen oder anderen Punkt gehabt haben, den wir diskutieren wollten, aber das haben wir in bilateralen Gesprächen vorab klären können zu unserer Zufriedenheit. Ein wesentlicher Punkt war ja die Asymmetrie in der Finanzierung und das war ja, wie gesagt, auch einer unserer Kritikpunkte, aber wir haben auch schon gesehen, dass hier die Weichen in eine gute Richtung gestellt wurden, insofern sehen wir das Thema als positiv behandelt an. Natürlich gibt es da noch andere Sachen, wie zum Beispiel Empfehlung drei auf Seite 76 bezüglich Verwaltungsvereinfachungen. Dem kann man ja auch sicher nachkommen. Ein Punkt, der natürlich noch eine gewisse Herausforderung darstellt, das wird ja auch im Rechnungshofbericht angedeutet, bei Empfehlung zehn und elf ist die Dokumentation von Maßnahmen, die Design und Kreativität betreffen, das ist natürlich nicht immer ganz einfach, das in Zahlen zu gießen. Wenn man sagt: „Was für einen Affekt hat es jetzt, wenn eine Stadt in der Stadtentwicklung auf Designelemente, auf Architektur setzt?“ Das ist nicht einfach, aber hier gibt es, glaube ich, noch einiges an Verbesserungspotential, das man wahrnehmen könnte. Grundsätzlich sehen wir aber neben dem einen oder anderen Verbesserungsvorschlag oder Anregungen – möchte das bewusst auch positiv formulieren – weiterhin viel Potential in der Einbindung von Kreativität und Design in der Wirtschaft und das ist ja auch eine Tatsache, dass gerade die steirische Kreativwirtschaft im Bundesvergleich überdurchschnittlich performt. Möchte zum Abschluss noch einen Satz bei Ihnen lassen: Good Design keeps the user happy, the manufacturer in the black and the aesthete unoffended. Vielen Dank. *(Beifall bei den Grünen – 17.57 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Sandra Holasek. Bitte Frau Kollegin.

LTabg. Mag. Dr. Holasek – ÖVP (17.57 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätin, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, Hohes Haus!

Im Rechnungshofbericht des vorliegenden Tagesordnungspunktes geht es auch ganz stark um den Aspekt der Wirkungsanalysen, die auch sehr entscheidend sind, um eine Einschätzung eines Unternehmens auch darstellen zu können. Ich möchte zu diesem Aspekt ein paar neue, vielleicht neue Sichtpunkte hinzufügen. Creative Industries Styria ist ja seit 2007 aktiv und nicht nur als enormer Wirtschaftsbooster und mittlerweile mit einem unglaublichen Branchenmix unterwegs, von der Architektur über Buch- und Verlagswesen, Software bis hin zur darstellenden Kunst, Bibliotheken, Museen und Gärten, sondern auch eine starke steirische Plattform für den intensiven Austausch und das freut mich besonders als Sprecherin der Wissenschaft, von Hochschulen und innovativen Unternehmen. Und das ist etwas, was natürlich unsere Landesrätin Mag. Barbara Eibinger-Miedl mit Ihren Kompetenzen in diesen Bereichen und den Verantwortlichkeiten stark stützt und dafür herzlichen Dank auch für diese Möglichkeiten, die sich ergeben. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Dr. Eberhard Schrempf hat mit seinem Team, vor allem auch eines möglich gemacht: Nämlich, dass auch sichtbar wird, welche Studienmöglichkeiten und Ausbildungsmöglichkeiten es in der Steiermark, im kreativen Bereich gibt. Und wenn man sich das anschaut – und es ist auch schön auf der Homepage von Creative Industries Styria zu sehen –, dann sehen sie 20 Fachstudien, 30 Fachbereiche von Schulen und Kollegs und über 20 Lehrmöglichkeiten, Lehrstellen im kreativen Bereich und das ist, glaube ich, etwas ganz Besonderes der Aktivität von der CIS in der Steiermark. Creative Industries Styria ist damit über zehn Jahre eine erfolgreiche Vernetzung von kreativen Potentialen in unserem Land. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 18.00 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Eine weitere Wortmeldung ... oh Frau Landesrätin, ja, bitte schön. Frau Landesrätin Eibinger-Miedl hat sich noch zu Wort gemeldet. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin MMag. Eibinger-Miedl – ÖVP (18.00 Uhr): Herzlichen Dank Frau Präsidentin, dass diese spontane Wortmeldung noch möglich war. Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Möchte mich bei den beiden Rednern – bei der Rednerin und beim Redner – herzlich bedanken. Gerade Alex Pinter hat sehr schön dargestellt, was Design für einem Mehrwert für Produkte hat und dass Design eben bei einem Produkt einen Unterschied macht. Du hast das iPhone und Apple als Beispiel genannt, was ein sehr gutes Beispiel ist, denn ich kann hier noch eines ergänzen und draufsetzen: Einer der Chefdesigner von Apple in Kalifornien, den ich persönlich getroffen habe vor wenigen Jahren im Rahmen einer Delegationsreise, ist ein Absolvent der Fachhochschule Joanneum, Studiengang Industrial Design, den auch Sandra Holasek angesprochen hat, und auch das ist ein Teil der Erfolgsgeschichte dieser Creative Industries Styria. Wir haben seit 2007 diese Netzwerkgesellschaft und sie hat ein breites Aufgabenfeld. Weil es geht uns nicht nur darum, darzustellen, dass diese Kreativbranche so eine enorme Bedeutung hat und auch wachsen wird in den nächsten Jahren, gerade auch, wenn Automatisierung zunimmt, wenn Digitalisierung zunimmt, werden es die kreativen Leistungen der Menschen sein, die in Zukunft besondere Wichtigkeiten haben, sondern die Creative Industries Styria ist darüber hinaus, auch jene Einrichtung, die im Gewerbe, im Handwerk, in der Produktion darauf aufmerksam macht, wozu Design eben nützen kann und welchen Mehrwert es bringen kann und den Konnex zur Wissenschaft, hast du liebe Abgeordnete Sandra Holasek, bereits angesprochen. Die positiven Effekte wurden bereits hervorgehoben. Es ist nachweislich, dass sich die Kreativwirtschaft in der Steiermark deutlich besser entwickelt hat als in anderen Bundesländern und ich bin davon überzeugt, dass das kein Zufall ist, sondern dass das auch Teil der erfolgreichen Arbeit ist. Und was ich immer wieder auch hervorheben möchte ist, dass es mit der Creative Industries Styria gelungen ist, die Steiermark und Graz auf die internationale Landkarte zu bringen. Wir wurden beispielsweise – und ich glaube, auch darauf können wir sehr stolz sein – mit der Veranstaltung „Designmonat Graz“, zu den TOP 10 besten Designveranstaltungen auf der ganzen Welt gewählt. Also meine Damen und Herren, ich denke, das kann sich wirklich sehen lassen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Kurz zwei Sätze zum Rechnungshofbericht. Es sind einige Verbesserungsvorschläge vom Rechnungshof gekommen, die wir konstruktiv und gerne auch aufgegriffen haben. Es wurde sogar im Bericht vermerkt, welche hohe Kooperationsbereitschaft die CIS aber auch die SFG im Rahmen der Gespräche gezeigt haben, und ich kann Ihnen sagen, dass bereits zum

heutigen Zeitpunkt zwei Drittel dieser Empfehlungen entweder schon umgesetzt sind oder sich gerade in Umsetzung befinden und das restliche Drittel werden wir prüfen und selbstverständlich sehr ernst nehmen. Worauf ich aber trotzdem verweisen möchte, weil das auch angesprochen wurde: Ein einfaches Förderprogramm der SFG für die Kreativwirtschaft könnte diese vorher dargestellten Leistungen der Vernetzung, der Bewusstseinsbildung, auch Richtung Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen niemals leisten und deswegen werden wir selbstverständlich weiterhin zu diesem Erfolgsmodell der Creative Industries Styria stehen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 18.04 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank Frau Landesrätin. Jetzt liegt mir aber wirklich keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, mit der Einl.Zahl 904/3, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe:

Das ist die einstimmige Annahme.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Regionen, Einl.Zahl 686/6, betreffend Wiederherstellung der Abfragemöglichkeit von Grundbuchsdaten im Digitalen Atlas Steiermark in ihrer bewährten Form zum Antrag von Abgeordneten der KPÖ, Einl.Zahl 686/1.

Ich ersuche um Wortmeldungen und sie sind auch schon da. Als Erstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Alexander Pinter. Bitte Herr Kollege.

LTAbg. Mag. Pinter – Grüne (18.05 Uhr): Danke Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Steirerinnen und Steirer!

Ich mach es jetzt ganz kurz. Die Abfragemöglichkeit im GIS Steiermark, war wirklich in der Steiermark einzigartig und soweit ich das beurteilen und bewerten kann – weil ich ja auch wirklich in vielen landwirtschaftlichen Kreisen unterwegs bin und auch eine Ausbildung genossen habe –, wurde das immer als Alleinstellungsmerkmal sehr positiv hervorgehoben, weil einfach dadurch Möglichkeiten sich eröffnen, die sich in mehrerlei Hinsicht einfach gut

benutzen lassen. Ich bin auch wirklich wöchentlich in diversen Arbeitskreisen – Arbeitskreis Forst und Wald usw. – und hätte noch nie bemerkt, dass sich irgendein Forstwirt oder Forstwirtin oder Landwirt oder Landwirtin sich darüber beschwert hätte – das ist natürlich eine subjektive Wahrnehmung, das ist mir schon bewusst – aber ich wüsste nicht, dass da schon einmal etwas Negatives darüber gesagt wurde. Und ich möchte nur das eine oder andere Anwendungsbeispiel kurz darlegen, warum das eine gute Sache ist und auch von unseren Ausbildern in der FAST Pichl auch immer positiv bewertet wurde. Wenn ich jetzt zum Beispiel unterwegs bin irgendwo in der Steiermark und ich sehe wo was, was mir auffällt, zum Beispiel einen Käferbaum, das kann man auch als Laie relativ schnell beurteilen, ich kann mir einen GPS-PIN machen und dann ganz schnell nachschauen: Wo war das? Das kann ich dann wirklich sehr niederschwellig jemanden mitteilen oder wir sagen ja auch immer – das Thema Mountainbiken – wenn ich wo fahren will, muss ich den Grundeigentümer fragen. Und wie will ich denn den Grundeigentümer fragen, wenn ich gar nicht schauen kann, wem der Grund gehört? Wenn ich mir da vorstelle, ich habe ja auch die Ausbildung zum staatlichen Mountainbike-Instruktor gemacht und unsere Tourenführer haben genauso ihre Touren überall legal geplant, die sind auch davon abhängig, das legal zu machen, und da fährst einmal über 20, 25 Grundstücke drüber und wenn man das jetzt praktisch ausheben muss und da wohin gehen muss dafür, dann wird das eine sehr lange Reise, auf die man sich da begibt und es ist schon ein Nachteil. Ich sehe da auch datenschutzrechtlich keine Hindernisse, weil es sind ja öffentliche Daten, also meiner Meinung nach, ist es ein positives Beispiel, das wir da in der Steiermark gehabt haben. Ich kann nur in die Richtung appellieren, dass wir uns das wieder praktisch einführen, weil es einfach, meiner Meinung nach, nur positive Effekte hat, wenn man diese Möglichkeit hat. Vielen Dank. *(Beifall bei den Grünen – 18.07 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Abgeordneter Bruno Aschenbrenner. Bitte.

LTabg. Ing. Aschenbrenner – ÖVP (18.08 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, werte Landesrätinnen, meine sehr geehrten Damen und Herren hier im Hohen Landtag, werte Steirerinnen und Steirer, die uns via Livestream verfolgen!

Es ist schon angesprochen worden: Das Grundbuch ist öffentlich, das stimmt schon. Wir wissen aber auch, dass die Daten, die im Grundbuch vorhanden sind, Daten sind, die vom

Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen verwaltet werden. Wenn man ein Interesse daran hat, aus dieser Datenbank Informationen zu bekommen, sehr wohl einmal nachgewiesen sein muss, wenn ich es öffentlich mache, dass ich zumindest eine Einlagezahl, eine Grundstücksnummer oder eine genaue Adresse habe und diese Daten von der zuständigen Behörde – und das sind die Bezirksgerichte – zu bekommen. Das Land Steiermark hat es für sich verwendet, weil man sagt: „Als Behörde, als Landesbehörde kann ich in vielen Verfahren, in vielen Bereichen, mir das Leben erleichtern, wenn ich mir diese Daten zukaufe.“ Das hat das Land gemacht, für den inneren Gebrauch verwendet und steht auch jetzt noch immer für den inneren Gebrauch zur Verfügung. Das heißt, im Land Steiermark, für die Arbeiten, die du auch angesprochen hast, wenn jetzt zum Beispiel ein Bezirksförster draußen unterwegs ist und sich seinen PIN setzt auf seinem Handy, auf seinem GPS Gerät, dann hat er die Grundbuchsdaten, die er braucht, um den Waldbesitzer über seinen Käferbaum sowohl in Kenntnis zu versetzen, lieber Alexander Pinter. Die andere Seite ist, man kann es auch so verwenden, dass man sagt: „Ich reise durchs Land, schaue mir die einzelnen Grundstücke an, setze mir überall einen PIN, wo ich nicht nur Wald- und Wieseneigentümer vorfinde, sondern auch Hausbesitzer habe, wo ich durch eine ganze Straße durchfahre und überall schaue, wer dort zuhause ist.“ Da sehe ich schon, dass das datenschutzrechtlich nicht ganz einfach zu sehen ist. Wir wissen: Das Grundbuch ist ganz klar zu sehen, dass es einen eingeschränkten zugangsbeschränkten öffentlichkeitswirksamen Bereich hat, gleich, wie mehr oder weniger das Melderegister, das ja auch öffentlich ist, ich aber nur dann, wenn ich nachweisen kann, aus dieser Datenbank Daten brauche – für ein Verfahren, für eine andere Angelegenheit, begründend –, diese Daten auch erhalte. Und was noch dazu kommt ist: Wenn ich mir beim Grundbuch die Daten besorge, habe ich pro Auszug, pro Grundstücksabfrage, pro Einlagezahl 14,40 Euro zu bezahlen. Das war im GIS Steiermark, wo das Land Steiermark für die interne Nutzung bezahlt hat, einmal im Jahr die Daten abgefragt sind, die sind ja nicht tagesaktuell dann für den inneren Gebrauch – wenn ich in einem Verfahren bin, muss ich ja tagesaktuelle Daten, auch als Land Steiermark, zukaufen – der Öffentlichkeit zur Verfügung gestanden und die Öffentlichkeit hat kostenlos auf Daten des Grundbuches zugreifen können. Das ist der Grund, warum man auch seitens des Verfassungsdienstes gesagt hat, dass das bis jetzt zwar ein schönes Entgegenkommen den Bürgerinnen und Bürgern war, aber es kann über das GIS ja auch der Wiener in der Steiermark zugreifen, wenn er sagt: „Und ich schaue mir jetzt an, wo überall ein Schnäppchen ist, ich das irgendwo erwerben möchte“, weil GIS, so wie du richtig sagst, in dieser Art und

Weise über den Computer, über das Handy jederzeit verfügbar wäre. Aus diesem Grund ist die Stellungnahme so ausgefallen und ich ersuche auch deshalb diese so zur Kenntnis zu nehmen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 18.12 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Nikolaus Swatek. Bitte.

KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (18.12 Uhr): Werte Frau Landtagspräsidentin, liebe Mitglieder der Landesregierung!

Als ehemaliger, sehr oft GIS-Nutzer, habe ich mich mit dem Thema ein bisschen beschäftigt und auch mit einer Datenschutzexpertin gesprochen. Und ich sehe da auch ein paar Dinge unterschiedlich zum Land Steiermark und so, wie es hier in dem Bericht auch vorliegt. Der erste Punkt – und daher möchte ich Ihnen, Herr Aschenbrenner, auch klar widersprechen – ist ja, dass wir beim GIS oder generell beim Grundbuchauszug ja keinen Grund angeben müssen, warum wir diese Daten haben wollen. Das ist ein wesentlicher Grund zum Melderegister. Und jetzt ist es so, dass, wenn eigentlich jeder Bürger grundsätzlich Zugang zu Daten hätte und das hat ja jeder mit dem Grundbuchauszug, das kann man machen, ohne einen Grund anzugeben, sondern übrigens nur, wenn man Gebühren zahlt, und dass diese Daten damit eigentlich öffentlich sind und der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, und weil es keinen Unterschied macht, ob ich diese Daten jetzt beim Bezirksgericht hole oder online in einer Datenbank abrufen kann. Das ist der erste Grund, warum ich glaube, dass man das nach wie vor im GIS veröffentlichen kann. Der zweite Grund ist aber meiner Meinung nach noch viel interessanter und den haben Sie auch irgendwie angeschnitten: Sie haben ja erwähnt, dass das Land Steiermark diese Daten eingekauft hätte und dann nicht tagesaktuell den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt hätte. Und jetzt kommt was sehr Interessantes, weil da ist ja das Land Steiermark ja nicht alleine, sondern der Grundbuchauszug ist ja mittlerweile ja eigentlich schon kommerzialisiert. Geben Sie einmal bei Google ein: Grundbuchauszug Steiermark. Sie werden einen Haufen Google Werbungen bekommen mit Anbietern, die Ihnen anbieten, einen Grundbuchauszug zu machen. Das heißt also, Leute verdienen Geld mit dem Grundbuchauszug, weil die regelmäßig Grundbuchauszüge machen und diese Daten dann bei sich sammeln und Ihnen weiterverkaufen. Und wenn ich als Privater ein Unternehmen gründen kann und diese Daten weiterverkaufen kann, ja dann werde ich ja wohl auch als Land Steiermark, als öffentliche Hand, diese Daten auf meiner Homepage für jede

Bürgerin und für jeden Bürger zur Verfügung stellen können. Der dritte Punkt, warum es meiner Meinung nach eine Veröffentlichung braucht ist, weil es die Kontrollarbeit in den Gemeinden wesentlich erschwert. In meiner Zeit als Gemeinderat habe ich fast wöchentlich einen Grundbuchsauszug oder bzw. nachgeschaut im GIS, wem ein Grundstück gehört. Jetzt ist die Hürde dazu viel, viel größer geworden. Jetzt muss ich dafür auch regelmäßig Gebühren zahlen. Und das macht es vor allem für kleinere Fraktionen, auch für unsere Bürgerlisten, wesentlich schwerer in den Gemeinden, Grundstückskäufer nachzuvollziehen, aber auch ein Kontrollrecht voll auszuüben. Weil, nur, weil man einmal Abgeordneter ist oder halt Gemeinderat, hat man nicht automatisch Zugriff kostenlos auf das Grundbuch und das halte ich dann schon für eine wesentliche Einschränkung zum Kontrollrecht, als es vorher war. Und aus diesen drei Gründen, weil die Datenbank ohnehin öffentlich ist, weil sie mittlerweile kommerzialisiert ist und weil es die Oppositionsarbeit in den Gemeinden verschlechtert, bin ich nach wie vor dafür, dass dieses im GIS weiterhin veröffentlicht gehört und dass wir hier uns rechtlich mit diesem Bericht auf der falschen Seite bewegen. Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 18.15 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, mit der Einl.Zahl 686/6, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Mehrheitliche Annahme? Gegenprobe:

Das ist die mehrheitliche Annahme mit den Stimmen der ÖVP und der SPÖ.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 1120/2, betreffend Tätigkeitsbericht 2020 zum Bericht, Einl.Zahl 1120/1.

Ich ersuche um Wortmeldungen und als Erstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Nikolaus Swatek. Bitte Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (18.16 Uhr): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin!

Die Landesrechnungshofberichte kommen ja leider meist zum Schluss unserer Tagesordnung, aber das Beste kommt ja bekanntlich zum Schluss, vor allem wenn uns so ein erfreulicher Bericht vorliegt, wie es heute der Fall ist, nämlich der Tätigkeitsbericht. Und wir wissen ja, dass viele Institutionen und Einrichtungen im letzten Jahr sehr stark mit der Corona-Krise kämpfen mussten und auch Probleme damit hatten, ihre alltägliche Arbeit im Homeoffice und mit all den Hürden, die auf sie zukommen, voll zu verrichten. Der Landesrechnungshof ist da eine großartige Ausnahme. Denn für das letzte Jahr hat der Landesrechnungshof 16 Prüfberichte geplant und hat dann insgesamt 18 Prüfberichte geliefert und hat damit sein eigenes Ziel übertroffen. Sie können das eh im uns ausgedruckten Bericht nachlesen, 18 Berichte: Zehn Gebarungskontrollen, drei Folgeprüfungen, drei Gemeindeprüfungen und jeweils eine Stellungnahme zum Rechnungsabschluss und zum Landesvoranschlag. Und dafür möchte ich den heutigen Platz auch nutzen, um dem Landesrechnungshof und vor allem dem Herrn Direktor Drobesh stellvertretend für das ganze Team des Landesrechnungshofes zu danken. Zum einen als Landtagsabgeordneter, aber vor allem auch als Steuerzahler, denn der Landesrechnungshof kümmert sich ja um die großen und kleinen Probleme in unserer Verwaltung und drängt immer wieder auch darauf, möglichst sparsam mit unserem Steuergeld umzugehen, und dabei hat er auch die wesentliche Rolle, Missstände aufzudecken und ist dafür auch in der Öffentlichkeit bekannt. Was weniger bekannt ist, ist ja, dass der Landesrechnungshof auch laufende Projekte kontrolliert und hier eine Projektprüfung durchführt. Diese Arbeit geschieht ja leider meist im Hintergrund, wird nur bei uns im Ausschuss diskutiert und daher ist es glaube ich an der Zeit, auch hier zu sagen, dass diese Arbeit wirklich wichtig ist, dass da diese Inputs und Empfehlungen, die der Landesrechnungshof hier abgibt, auch wirklich essentiell dafür sind, Fehler zu vermeiden und Kosten zu sparen wenn es vorkommen kann, und dass der Landesrechnungshof ja eine wichtige Institution bei uns im Land ist, die wir uns nicht mehr wegdenken können. Insgesamt hat der Landesrechnungshof ja 445 Empfehlungen abgegeben, davon 139, die umgesetzt wurden, bei 53 % da wurde die Umsetzung angekündigt und bei 15 % wurden die Empfehlung nicht durchgeführt. Also da ist noch Luft nach oben. Ich möchte zwei Berichte hervorheben, die im Tätigkeitsbericht vorkommen: Der erste ist das Landespflegezentrum Mautern. Da sieht man, wenn man öfter auf den Landesrechnungshof hören würde, könnte man sich auch Geld sparen. Das Projekt wurde 2015 vom Landesrechnungshof in Form einer Projektkontrolle kontrolliert und wurden die Empfehlungen nicht zur Gänze umgesetzt und

die Kosten für ein Pflegebett sind jetzt doppelt so hoch wie in anderen Pflegeeinrichtungen. Mehrkosten, die verhinderbar gewesen wären, wenn man auf den Landesrechnungshof gehört hätte und seine Empfehlungen ernst genommen hätte. Zweiter Bericht, den ich noch sehr interessant finde und den ich hervorheben möchte, ist ja die Folgeprüfung vom FH Joanneum. Da geht es ja vor allem auch um Postenbesetzungen und da sehen wir nach wie vor, dass wir beim FH Joanneum einen zu großen Aufsichtsrat haben. Wir haben den größten Aufsichtsrat aller FHs in Österreich. Da ist dringend Handlungsbedarf nötig. Ja, noch ein Thema, das ich kurz anreißen möchte und wo ich auch einen Antrag einbringen möchte, ist, dass wir letztes Jahr auch eine Premiere hatten, denn das erste Mal hat der Landesrechnungshof ja hier auch die Wahlkampfobergrenze von über einer Million Euro kontrolliert und dieser Bericht wurde am 10. September 2020 der Landesregierung übermittelt und auch auf der Homepage des Rechnungshofes für all interessierten Bürgerinnen und Bürger veröffentlicht. Im Sinne der Sparsamkeit und Transparenz ist damit der erste Schritt getan. Allerdings wurde damals gesetzlich, als diese Wahlkampfobergkostengrenze eingeführt wurde, nicht geregelt, dass dieser Bericht zur Wahlkampfobergrenze im Landtag diskutiert wird. Und ich halte den Landtag als Zentrum der steirischen Demokratie. Und wo, wenn nicht hier, sollte darüber diskutiert werden, ob die finanziellen Regeln in einem Wahlkampf eingehalten wurden und ob sich alle Parteien daran gehalten haben und daher würde ich es für sehr wichtig und richtig erachten, wenn wir als Parteien auch hier in der Debatte den Bürgerinnen und Bürgern Rechenschaft ablegen und hierzu auch eine Debatte im Landtag verfolgen.

Dazu möchte ich noch einen Antrag einbringen: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten, um eine verpflichtende parlamentarische Debatte im Landtag über Wahlwerbungsausgaben zu verankern, und diesen dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abschließend bleibt noch zu sagen: Vielen Dank für die konstruktive und wertvolle Arbeit im Landesrechnungshof und ich freue mich schon auf den nächsten Tätigkeitsbericht. *(Beifall bei den NEOS – 18.21 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Detlev Eisel-Eiselsberg. Bitte Herr Kollege.

LTabg. Eisel-Eiselsberg – ÖVP (18.21 Uhr): Danke Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Auch von meiner Seite ein paar Worte zum Tätigkeitsbericht 2020 des Landesrechnungshofes. Kann beim Kollegen Swatek dahingehend anschließen, dass auch ich namens unserer Fraktion, dem gesamten Team des Landesrechnungshofes mit Herrn Direktor Heinz Drobesh an der Spitze sehr herzlich gratulieren möchte und auch danken möchte, dass auch im vergangenen Jahr, wo ja alle Lebensbereiche, so natürlich auch die öffentliche Verwaltung und der Rechnungshof unter Corona zu leiden hatten und bis heute leiden, diese Leistung möglich war. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Kollege Swatek hat es gesagt: Die eigenen Wirkungsziele wurde sogar übertroffen, eben mit Zahlen dokumentiert und ich möchte auch besonders darauf hinweisen, dass mehr als 84 % der Empfehlungen des Landesrechnungshofes umgesetzt wurden bzw. sich in Umsetzung befinden. Das ist aus meiner Sicht eine besondere Auszeichnung auch für die Prüferinnen und Prüfer des Rechnungshofes bzw. eine Bestätigung der Ergebnisse des Rechnungshofes, weil ich gehe nach wie vor davon aus, dass diese Prüfungsempfehlungen so transparent sind, so nachvollziehbar sind für jene, die geprüft wurden, dass sie nur gerade deswegen auch in Umsetzung kommen. Wären diese oder hätten diese Empfehlungen nicht die notwendige Substanz für die geprüften Stellen, wäre ein Umsetzungsgrad zweifellos nicht so hoch. Auch in dieser Hinsicht einen Glückwunsch an den Landesrechnungshof und an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechnungshofes für die Qualität ihrer Arbeit.

Zum Entschließungsantrag, Herr Kollege Swatek, den kann ich nicht ganz nachvollziehen. Wenn wir über einen Teil des Tätigkeitsberichtes 2020, nämlich über die Wahlwerbungsausgaben für die Landtagswahl 2019 diskutieren wollen, ja, wir können es ja hier, weil im Rahmen des Tätigkeitsberichtes aus heutiger Sicht vermutlich im Tätigkeitsbericht 2024 des Rechnungshofes über die Wahlwerbungsausgaben der Landtagswahl 2024 ja diskutiert werden kann, wofür wir hier eine gesetzliche Änderung brauchen, wenn dieses Stück ja ohnedies so wie heute ins Haus kommt und hier debattiert werden kann. Das erschließt sich mir nicht und auch die Begründung in diesem Entschließungsantrag, dass durch eine öffentliche Diskussion, die ja möglich wäre, wie ich jetzt ausgeführt habe, dass der Druck auf die Parteien steigen würde, weil ja dann öffentlich über die Wahlwerbungsausgaben diskutiert wird, das kann ich auch nicht nachvollziehen. Der Bericht ist ja öffentlich und er ist einsehbar auf der Homepage des Landesrechnungshofes. Und wie gesagt, niemand hindert uns daran, auch heute darüber ausführlich zu diskutieren, wenn man will. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 18.25 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Mario Kunasek. Bitte Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Kunasek – FPÖ (18.25 Uhr): Ja danke Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wirklich in aller gebotenen Kürze, Abgeordneter Eisel-Eiselsberg, jawohl volle Unterstützung, es stimmt, auch wir können diesem Antrag der NEOS nicht zustimmen, du hast es eigentlich auf den Punkt gebracht. Eine Diskussion über diesen Punkt ist natürlich möglich und ich bin auch sehr froh, dass wir diesen Schritt geschafft haben und das zeigt ja auch der Bericht, auch die Parteien in der Steiermark hier sehr diszipliniert auch gewesen sind. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte nur die Möglichkeit noch nutzen, als Vorsitzender des Kontrollausschusses mich sehr herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesrechnungshofes, bei den 32 Mitarbeitern, zu bedanken, für ihre, so denke ich, für uns alle sehr wichtige Tätigkeit. Ich glaube, der Landesrechnungshof ist insgesamt aus der politischen Arbeit des Landtages nicht mehr wegzudenken. Möchte mich aber auch sehr herzlich bedanken, bei den Mitgliedern des Kontrollausschusses für die Arbeit im Jahr 2020. Ich glaube, auch dort ist konstruktiv und auch im Sinne der Kosteneffizienz und des Steuerzahlers gearbeitet worden. Und jetzt kommt noch was Persönliches am Schluss: Natürlich kann man immer besser werden, was die Umsetzung betrifft, aber ganz so schlecht, ist kein Regierer mehr da – jetzt hören sie mich gar nicht mehr –, ganz so schlecht ist der Umsetzungsgrad auch wieder nicht. Das muss man auch als Oppositionsabgeordneter einmal anerkennen. Besser geht es immer, aber gut, dass diese Richtung eingeschlagen ist. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ – 18.26 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank Herr Klubobmann. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Bernadette Kerschler. Bitte Frau Abgeordnete.

LTAbg. Mag. Kerschler – SPÖ (18.27 Uhr): Herzlichen Dank Frau Präsidentin!

Meine Wortmeldung wird ganz kurz werden. Ich möchte mich im Namen meiner Fraktion, der sozialdemokratischen Fraktion auch ganz, ganz herzlich für diesen umfassenden Rechnungshofbericht, aber für die dahinterstehende Arbeit des Landesrechnungshofes ganz, ganz herzlich bedanken. Und wie schon erwähnt wurde von meinen Vorrednern, die Arbeit ist besonders in diesem letzten Jahr nicht selbstverständlich. Die vielen Berichte, die vielen

Controllingarbeiten, aber auch die für uns nicht sichtbare Arbeit, die dahintersteht, die Vernetzungsarbeit, die Weiterbildungsarbeit, also herzlichen Dank an den Herrn Landesrechnungshofdirektor Mag. Heinz Drobesh und das gesamte Team. Wir sind sehr dankbar, dass diese Arbeit für uns geleistet wird und wir so auch immer ganz gute Grundlagen zur Diskussion haben, auch in unserem Ausschuss. Herzlichen Dank von unserer Seite. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 18.28 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen herzlichen Dank, liebe Frau Abgeordnete. Ich habe jetzt keine Wortmeldung mehr hier bei mir liegen. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, mit der Einl.Zahl 1120/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe:

Danke, das ist die einstimmige Annahme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, mit der Einl.Zahl 1120/5, betreffend Die Wahlkampfkostenobergrenze der Landtagswahl muss im Landtag behandelt werden ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Landtages findet die nächste Sitzung voraussichtlich am 23. März 2021 statt.

Zu dieser Sitzung des Landtages wird verbindlich auf schriftlichem d.h. elektronischem Weg eingeladen.

Die Sitzung ist beendet. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise.

Ende: 18.29 Uhr